

Weltwirtschaft:
Das Scheitern internationalistischer Pläne

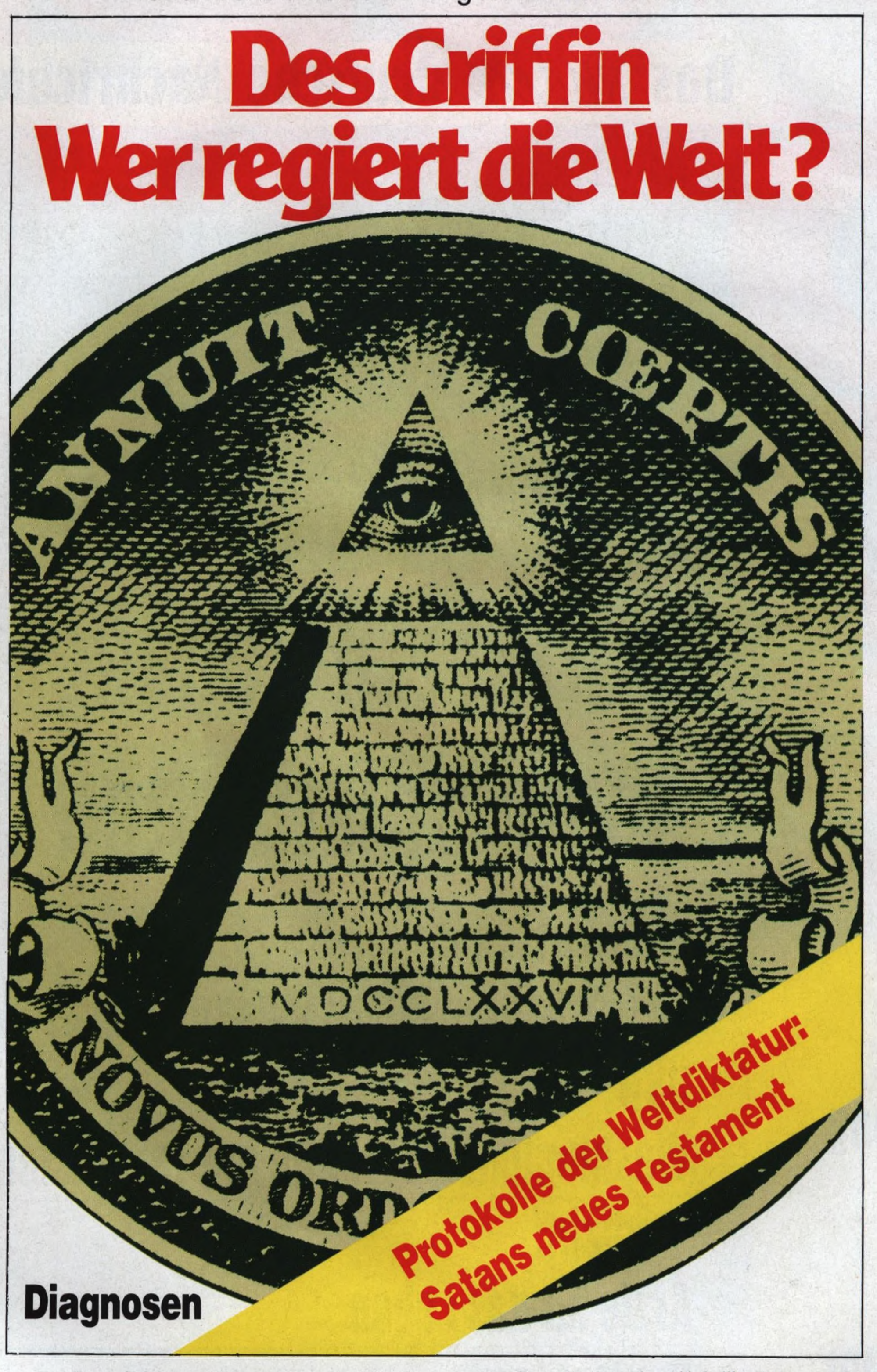
USA:
Washingtons Geschäfte mit Terroristen

Medizin:
Ärzte für das Leben

Deutschland:
Spiegelfechterei um Asylanten

Henry Kissinger:
Vertuschung des BNL-Skandals und der Fall Saddam Hussein

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli.
Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 25,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06-0, Telex 862 662, Telefax 02 61/8 07 06 54



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vornome

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land



Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

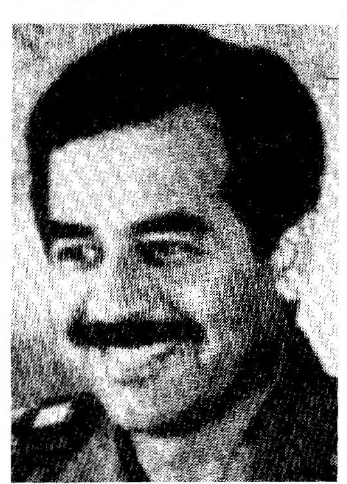


Willy Brandt als deutscher Bundeskanzler am 7. Dezember 1970 vor dem Ehrenmal für den Warschauer Ghettoaufstand 1943.



Michail Gorbatschow wartet auf seine Stunde, um als Leninist das alte sowjetische Imperium wieder aufzubauen.

6. Jahrgang Nr. 12 Dezember 1992



Iraks Präsident Saddam Hussein erhielt vor dem Golfkrieg mehr als sechs Milliarden Dollar an Darlehen von den USA.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Justizskandal Nr. 1

Der angeblich schwerkranke RAF-Terrorist Rössner ist nach Angaben des Bundesjustizministeriums am 17. November vorzeitig aus der Haft entlassen worden, ohne daß zuvor über sein Gnadengesuch entschieden wurde. Dem Strafausstand sei eine Anordnung von Bundespräsident Richard von Weizsäcker vorausgegangen. Rössner werde sich einer Therapie unterziehen.

Man stelle sich einmal vor: Da wird ein wegen Mord an Botschaftsangehörige verurteilter Links-Terrorist nach knapp 15 Jahren aus der Haft entlassen, bloß weil er schwere Kreislaufprobleme hat. Gleichzeitig macht der Staat aber Front gegen alles was rechts oder auch nur vermeintlich rechts ist. Da ordnet ein Bundespräsident, bevor die Justizbehörden über die Resozialisierungsmöglichkeiten des Terroristen entschieden haben, einfach seine Entlassung an.

Das ist der selbe Bundespräsident, der sich am 8. November an die Spitze einer Demonstration gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit stellte. Kritische Worte zum Asylmißbrauch oder ein entsprechender Schritt bei linksextremen Krawallen, etwa in der Hamburger Hafenstraße, ist von ihm aber unterblieben. Wie sehr dieser Mann in seiner bisherigen achtjährigen Amtszeit sein Amt mißbraucht hat, dürfte in der deutschen Geschichte wohl einmalig sein. □

Justizskandal Nr. 2

Während gleichzeitig ein noch nicht einmal 50 Jahre alter Terrorist wegen angeblicher starker Gesundheitsbeschwerden vorzeitig aus der Haft entlassen wird, verurteilte die Erste Große Strafkammer des Landgerichts Schweinfurt den 80jährigen ehemaligen Generalmajor Ernst Remer wegen »Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß« zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten ohne Bewährung. Seine einzige »Schuld« bestand darin, daß er in der von ihm herausgegebenen »Remer-Depesche« die Judenvergasung in deutschen Konzentrationslagern bestritten hatte.

Dieses Gerichtsurteil zeugt von einem wahrlich seltsamen Demokratie-Verständnis. Da hat sich ein Mann nichts anderes zu Schulden kommen lassen, als eine andere Meinung zu der etablierten Geschichtsschreibung zu haben, und wagt es auch noch, diese offensiv in der Öffentlichkeit zu vertreten, und schon soll er ohne Bewährung für 22 Monate hinter Gitter. Jemand von dem keinerlei Gefahr für Leib und Gesundheit irgendwelcher Personen ausgeht, sondern der bloß eine andere Meinung zu einem bestimmten Teil deutscher Geschichte hat. Wo bleibt denn hier die Verhältnismäßigkeit der Mittel? Nicht Remer, sondern vielmehr das Gericht hat mit seinem Urteil zur »Aufstachelung zum Rassenhaß« beigetragen, da hier eine bestimmte Volksgruppe als schutzwürdiger als das deutsche Volk bezeichnet wird und ihm dadurch quasi ein Sonderstatus zugestanden wird. □

Weiter Hetze gegen die »Böhsen Onkelz«

Die Hetze gegen die frühere Skinheadband und jetzige Heavy Metal-Gruppe »Böhse Onkelz« nimmt immer hysterischere Formen an. Nun haben sich sogar mehrere Plattenfirmen zusammengetan, die »rechten Rocker« zu stoppen.

Die Frankfurter Gruppe hat in der deutschen Musikgeschichte einmaliges geschafft. Praktisch ohne jede Werbung und ohne Rundfunk- und Fernsehunterstützung schafften sie mit ihrem neuen Album »Heilige Lieder« – das von der seriösen Plattenfirma Bellaphon vertrieben wird – binnen nur drei Wochen den Sprung von Null auf Platz 5 in den Charts und bekamen eine Goldene Schallplatte (Mindestverkauf 250.000 Platten)! Selbst große, international bekannte Gruppen brauchen hierfür meist länger.

Obwohl sich die Gruppe von dem im Alter zwischen 14 und 16 Jahren geschriebenen Lied »Türken raus« distanziert und selbst der Verfassungsschutz keine rechtsextremen Inhalte in ihren Liedern erkennen kann – weder in ihren neuen noch ihren weitaus aggressiveren alten Songs –, geht die Hetze weiter.

So sagte dann auch der Chef der Plattenfirma EMI, Helmut Fest: »Das darf man nicht verharmlosen. Die können sich nicht von ihrer Vergangenheit distanzieren, dafür waren sie viel zu eindeutig. Solche Bands würde ich aus den Charts ausschließen. Die Plattenindustrie wird einen entsprechenden Vorstoß beim Bundesverband Phono machen.«

Die Worte Fests, die stellvertretend für die deutsche Plattenindustrie stehen, zeigen nicht nur ein seltsames Demokratieverständnis – Stichwort Zensur –, sondern sind auch voll der Heuchelei.

Nach Angaben der Gruppenmitglieder haben sie in der Vergangenheit – als sie sich zu einer deutschsprachigen Rockband mit anspruchsvollen Texten wandelten – nämlich von vielen großen Plattenfirmen Angebote bekommen. Diese waren aber an die Bedingung geknüpft, ihren Namen zu ändern. Dies wurde von Stephan Weidner, Kevin Russel, Peter Schorowsky und Mathias Röhr aber immer wieder abgelehnt. »Wir haben als Onkelz angefangen und machen als Onkelz weiter«, sagten sie seinerzeit.

So war dann letztlich nur Bellaphon bereit, die Band so zu übernehmen – und verdient heute an den vier Jungs sehr viel Geld. Dies schürte aber den Neid der anderen Firmen. Folglich halten sie sich an das heutzutage immer mehr Gültigkeit erlangende Motto: »Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?« und gehen mit einer Hetzkampagne ohnegleichen gegen die Frankfurter Band vor.

Dazu paßt dann auch, daß etliche Plattenläden den Verkauf der »Heiligen Lieder« boykottieren und statt dessen in die entsprechenden Chart-Plätzen »Pro Asyl«-Platten hineinstellen.

Ohne sich um die entsprechende Erklärung des Verfassungsschutzes zu kümmern, schlägt dann auch die Presse, allen voran auch »Der Spiegel«, der sich doch sonst immer als Art Gewissen der Demokratie aufspielt, auf die Gruppe ein. So überschrieb dann die Hamburger Morgenpost einen Artikel über die »Onkelz« wie folgt: »Die Onkelz haben Kreide gefressen. Ex(?)-Faschoband auf Platz acht der Charts.« Ausnahmsweise wurde hier einmal ein richtiges Bild verwendet; oftmals waren nämlich irgendwelche obskuren Punkbands abgebildet. □

IG Medien-Linksaußen-Gewerkschaft

Die DGB-Einzelgewerkschaft IG Medien entwickelt sich immer mehr zu einer Linksaußen-Gewerkschaft. Nicht nur, daß der neue Vorsitzende Detlef Hensche sich in der Vergangenheit durch linkeste Äußerungen und Anbiederung an die damalige DDR-Staatsgewerkschaft hervorgetan hat – die Nachrichtenagentur dpa bezichtigte ihn einmal der »klassenkämpferischen Ideologielastigkeit« –, wurde nun auch noch das langjährige Mitglied der »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP), Gisela Kessler, zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. □

Bundesbank muß falschen Kurs korrigieren

Das Verhalten der Bundesbank in den vergangenen Monaten kann nicht anders als skandalös genannt werden. Mit einer vollkommen falschen Politik hat sie den konjunkturellen Abwärtstrend in der Bundesrepublik noch verstärkt.

Man erinnere sich: Im Juli dieses Jahres hob die Bundesbank für alle vollkommen überraschend und gegen die Warnungen führender Wirtschaftsexperten die Leitzinsen nochmals auf einen Nachkriegshöchststand an. Schon damals kritisierten viele Analysten, daß dies nicht nur die konjunkturelle Schwäche verstärken, sondern auch international zu schwerwiegenden Komplikationen und Konsequenzen führen könne.

Und so traf es dann auch ein. Die Zinsdifferenz anderer Länder zur Bundesrepublik vergrößerte sich noch weiter, beziehungsweise mußten andere Länder der Maßnahme der Bundesbank folgen, auch ihre Leitzinsen erhöhen und ihre Konjunktur endgültig abwürgen. Dies löste dann aber eine riesige Kapitalflucht in die Deutsche Mark aus, mit sicherlich, auch dies soll nicht verschwiegen werden, durchaus positiven Konsequenzen für die deutschen Zinsen, die daraufhin im langfristigen Sektor um etwa einen halben Prozentpunkt nachgaben. Nur änderte dies nichts an der Krise, da die kurzfristigen Zinsen, die entscheidend sind, nach wie vor sehr hoch blieben.

Folge war ein Kursrutsch der wichtigsten Währungen gegenüber der Mark. So fielen etwa der amerikanische Dollar, das britische Pfund, der französische Franc, die spanische Peseta und die italienische Lira auf ein neues Rekordtief. Wenngleich der schwache Dollar sicherlich positive Auswirkungen auf die deutsche Inflationsrate hatte, überwogen aber die negativen Konsequenzen aus den Mindereinnahmen beim Export. Der dadurch entstandene wirtschaftliche Schaden ist weitaus höher einzuschätzen als die positiven Aspekte einer minimal niedrigeren Preissteigerungsrate.

So korrigierten dann auch immer mehr volkswirtschaftliche Abteilungen von Banken und Wirtschaftsforschungsinstituten ihre Prognosen für dieses Jahr nach unten. Während Bundesbank-Präsident Helmut Schlesinger und Bundesbank-Chefvolkswirt Ottmar Issing noch immer an einem völlig utopischen Wachstum des Bruttosozialprodukts von etwa 1,5 bis zwei Prozent in diesem Jahr festhalten, liegen die seriösen Prognosen derzeit bei 0,5 bis ein Prozent Wachstum. Dies würde aber praktisch einen Stillstand mit der großen Gefahr eines Abgleitens in eine Rezession bedeuten. Durch die extreme Hochzinspolitik wurde nämlich auch das Weltwirtschaftswachstum massiv beeinträchtigt und damit die Chance für eine nachhaltige Belebung 1993 erschwert, ebenso wie die Umstrukturierung der mitteldeutschen Wirtschaft.

Inzwischen schienen die Bundesbanker, zumeist geschasste Politiker, denen noch ein lukrativer Posten zugeschoben werden sollte, auch in die volkswirtschaftlichen Lehrbücher geschaut zu haben. Denn wie aus Kreisen der Bundesbank inzwischen inoffiziell verlautet, soll es jetzt eine Mehrheit dafür geben, die durch die Hochzinspolitik die Gefahr eines Abwürgens des an ein zartes Pflänzchen im Winter erinnernden Aufschwungs in den fünf neuen Bundesländern gefährdet sehen und deshalb für weiter sinkende Zinsen plädieren.

Und diese Absicht ließ die Bundesbank auch recht deutlich erkennen, in dem zum Beispiel der Mengentender in einen Zinstender geändert wurde – überspitzt ausgedrückt, konnten die Banken durch entsprechende Gebote jetzt selber den Zinssatz für die Wertpapier-Pensionsgeschäfte festsetzen –. Auch durch andere Verlautbarungen gaben die obersten deutschen Währungshüter zu verstehen: Die kurzfristigen Zinsen müssen runter!

Und die ersten Erfolge zeigten sich prompt. Die Turbulenzen an den Devisenmärkten beruhigten sich zusehends, bleiben aber noch immer in Warteposition, falls die Bundesbank ihren schönen Worten keine Taten folgen lassen sollte. Die ersten Schätzungen für das Wirtschaftswachstum 1993 werden wieder etwas besser und die Unternehmensgewinnerwartungen, die im Sommer dieses Jahres noch deutlich nach unten revidiert wurden, weisen wieder leicht steigende Tendenz auf.

Man kann von daher mit vollster Berechtigung sagen, daß die Bundesbank mit ihrer Entscheidung im Juli, die Leitzinsen zu erhöhen, ein volkswirtschaftliches Nichtwissen bewiesen hat, wie es größer eigentlich gar nicht mehr sein könnte. Genau das, wovor CODE seinerzeit exclusiv gewarnt hatte, ist dann auch eingetreten. Die einzige richtige Konsequenz könnte eigentlich nur der Rücktritt Schlesingers sein. Da dessen Amtszeit aber ohnehin im Herbst 1993 endet und man einen derartigen, Charakter erfordernden Schritt von Schlesinger nicht erwarten kann, muß Deutschland noch fast ein ganzes Jahr mit einem Bundesbank-Präsidenten vorlieb nehmen, der mit seinem volkswirtschaftlichem »Wissen« das Land fast in eine Rezession gesteuert hätte! □

Riesige deutsche Steuerflucht

In Deutschland ist eine riesige Steuerflucht zu beobachten. Experten schätzen, daß alleine in diesem Jahr rund 90 Milliarden Mark aus Deutschland nach Luxemburg umgeschichtet werden. Täglich würden zwischen 60 und 80 Konten deutscher Kapitalflüchtlinge in Luxemburg eröffnet mit einem Wert von durchschnittlich mehr als einer viertel Million Mark! Hinzu kommen im Lauf der kommenden Monate noch die derzeit in Tresoren liegenden festverzinslichen Wertpapiere, deren Zinskupons zur Umgehung der 30prozentigen Zinsabschlagssteuer im Ausland eingelöst werden müssen.

Im Moment wirkt sich diese Kapitalflucht noch nicht tragisch auf die deutschen Finanzmärkte aus. Wegen der hohen Zinsen in Deutschland wird dies Geld aus dem Ausland wieder in deutschen Papieren angelegt. Sobald aber die deutschen Zinsen weiter stark sinken – wie dies die Bundesbank bereits deutlich signalisiert hat und was in den kommenden Monaten noch an Schnelligkeit gewinnen wird –, werden sich die Anleger aber nach lukrativeren Anlagemöglichkeiten umschauen.

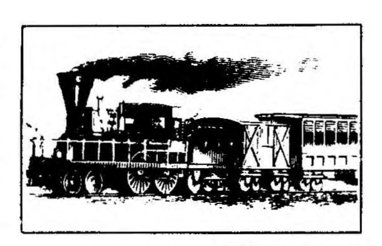
Und hier wird das Ausland immer interessanter, da zum Beispiel in den USA das Zinstal erreicht sein dürfte und die Zinsen in den kommenden Monaten wohl wieder anziehen werden. Dies würde auch einen festeren Dollar nach sich ziehen, so daß neben den Zinsgewinnen auch Währungsgewinne winken. Damit würden dann aber Milliarden und Abermilliarden Mark aus den deutschen Finanzmärkten abgezogen werden, mit all ihren negativen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft.

Damit werden aber auch die Pläne von Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) konterkariert, durch die Quellensteuer Mehreinnahmen von sieben Milliarden Mark zu erzielen. Auf mittlere und lange Sicht könnte sich dies sogar zum Bummerang entwickeln, da die volkswirtschaftlichen Schäden weitaus größer sein können als die wenigen Mehreinnahmen □

Seehofer neuer Star am Kabinettstisch

Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) gilt neben Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU) und Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) als neuer Star am Bonner Kabinettstisch. Sein Gesundheitsreformgesetz wird allgemein gelobt, besonders auch dafür, daß er eine Einigung mit der SPD erreichte. Diese wird wegen der Bundesratsmehrheit der SPD benötigt.

»Allgemein ist man voller Bewunderung, mit welchem Geschick und mit welcher Konsequenz der 42jährige alle Parteien auf seine Seite gebracht und überzogen kritisierende Verbände des Gesundheitswesens letztlich doch noch eingebunden hat«, schrieb die »Privat-Depesche« hierzu. Vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl sehe in Seehofers entschlossenem Handeln ein Beispiel dafür, wie durch klare Politik bis zum Wahljahr 1994 noch das Ruder herumgerissen und eine Mehrheit für die Bonner Koalition gesichert werden könne. □



Bonn

Deutschland noch immer kein souveränes Land

Alfred König

»Spätestens seit der Wiedervereinigung ist Deutschland wieder im Besitz seiner vollen Souveränität.« So wurde und wird es der Bevölkerung von den Politikern immer wieder eingebleut. Hieran sind gleich zwei Dinge schuld. Zum einen handelte es sich natürlich nur um eine Teilwiedervereinigung, da mit Ostdeutschland ein Drittel urdeutschen Landes fehlt. Zum anderen ist es wie bei einer Lobotomie. Der Körper lebt zwar noch, das Gehirn funktioniert aber nicht mehr, sondern gehorcht Befehlen anderer. Genauso ist es auch mit Deutschland!

Gerade die vergangenen Wochen haben mit aller Deutlichkeit aufgezeigt, wie sehr Deutschland in seiner Entscheidungsfähigkeit eingeschränkt ist, sich vielmehr dem Willen anderer Länder beugen muß und gravierendste Einmischungen nicht nur hinnimmt, sondern sogar toleriert. Dabei wird nicht nur fein säuberlich diplomatisch umschrieben Einfluß genommen, sondern wird in unmißverständlicher Unverblümtheit darauf hingewiesen, daß Deutschland nach wie vor als besiegtes Land gilt, das sich den Anordnungen der Siegermächte zu beugen hat.

Der Krach um die Raketen

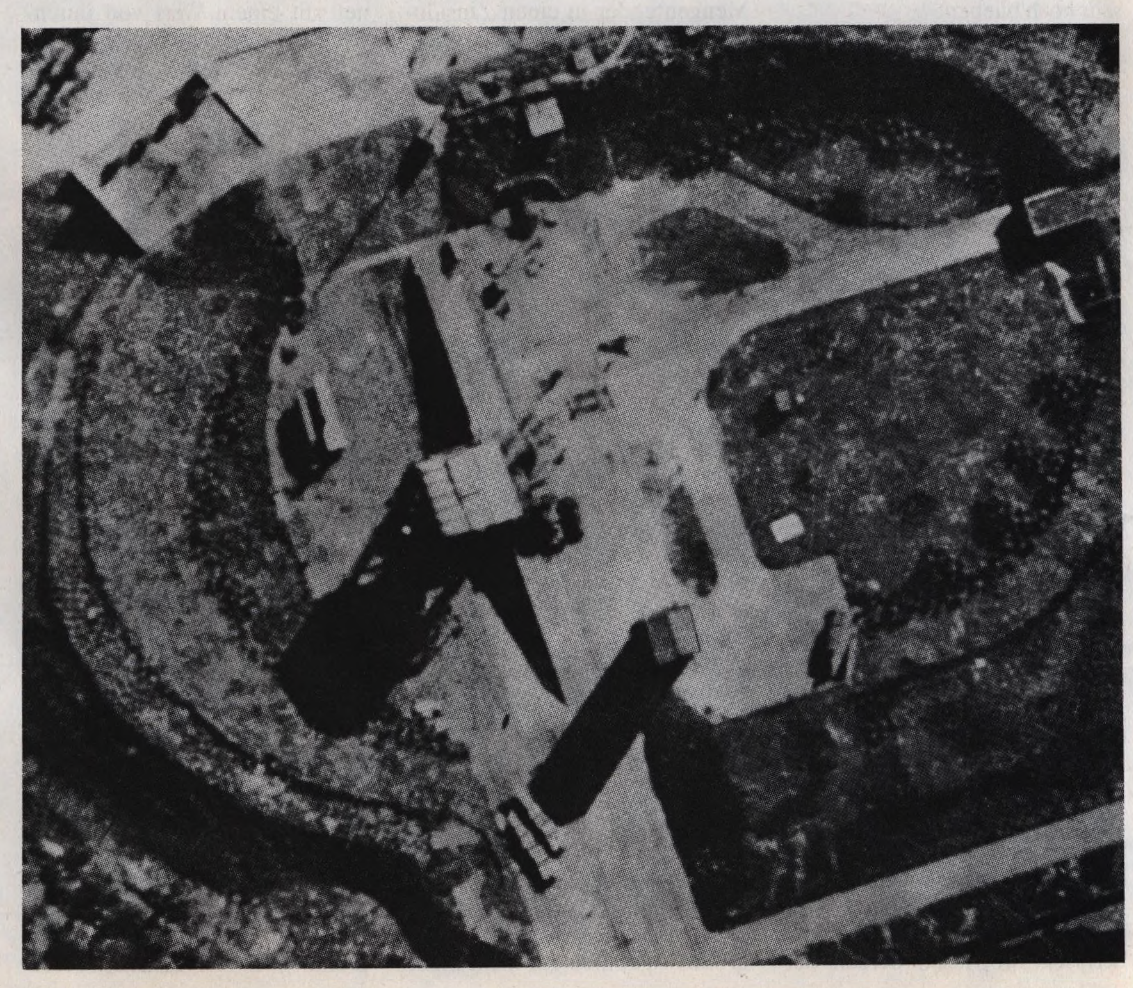
Besonders deutlich wurde dies bei der Diskussion darüber, ob Deutschland ständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat werden soll. Diese Frage müsse »mit viel Umsicht« behandelt werden, sagte der französische Außenminister Dumas in einem RTL-Rundfunkinterview. Zwar sei der Wunsch Deutschlands verständlich, die Vereinten Nationen beruhten jedoch auf einem »Abkommen aus der direkten Nachkriegszeit« und seien die »Frucht einer grausamen, schwierigen Geschichte«. Dumas wies zugleich auf das Problem hin, daß alle 119 Mitgliedsstaaten einer Änderung der Charta zustimmen müßten.

Wieviel deutlicher muß der Außenminister eines angeblich befreundeten Staates eigentlich noch werden, ehe die Bundesregierung hiergegen protestiert oder zumindest ihre Verwunderung über derartige Reden äußert. Vielmehr wurde praktisch parallel dazu seitens deutscher Politiker, auch aus der Regierung, darauf hingewiesen, wie wichtig die Achse Frankreich-deutschland für die weitere Entwicklung Europas sei.

Noch direktere Auswirkungen hatten aber die Interventionen der seinerzeitigen Siegermächte gegen die geplante Gedenkfeier des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt und Ausrüstungsindustrie (BDLI) anläßlich des 50. Jahrestags des Abschusses der Rakete »A 4«. Dies war der erste erfolgreiche Abschuß einer mit Flüssigbrennstoff betriebenen Rakate gewesen und hatte das moderne Raumfahrtzeitalter eingeleitet. Daß hieraus später die »V 2« entstand, mit der das Dritte Reich Vergeltung an den völkerrechtlich verbotenen britischen Luftangriffen auf die Zivilbevölkerung übte, sollte auf der Feierstunde gar nicht verschwiegen werden, aber auch kein Grund sein, die Feier nicht stattfinden zu lassen. Denn dann dürfte man kaum einer wesentlichen Erfindung der vergangenen vier bis fünf Jahrzehnte gedenken, denn diese hatten fast immer einen militärischen Hintergrund.

So sah es dann unter anderem auch der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Riedl (CSU), der die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernahm. Als erste – noch recht leise – Kritik aus dem Ausland, besonders aus Italien und England, an der Veranstaltung laut wurde, tat

Ein Luftbild der Engländer von Peemünde. Deutlich sind die zwei großen Wartungstürme für die »A-4«-Rakete zu erkennen.



Riedl diese noch als »hysterisches Geschrei« ab und sah keinen Grund, die rein wissenschaftliche und vollkommen unpolitische Veranstaltung abzusagen beziehungsweise seine Schirmherrschaft niederzulegen. Noch am Morgen des 28. September äußerte er sich in diesem Sinne in einem Rundfunkinterview.

Bonn schließt sich der Kritik an

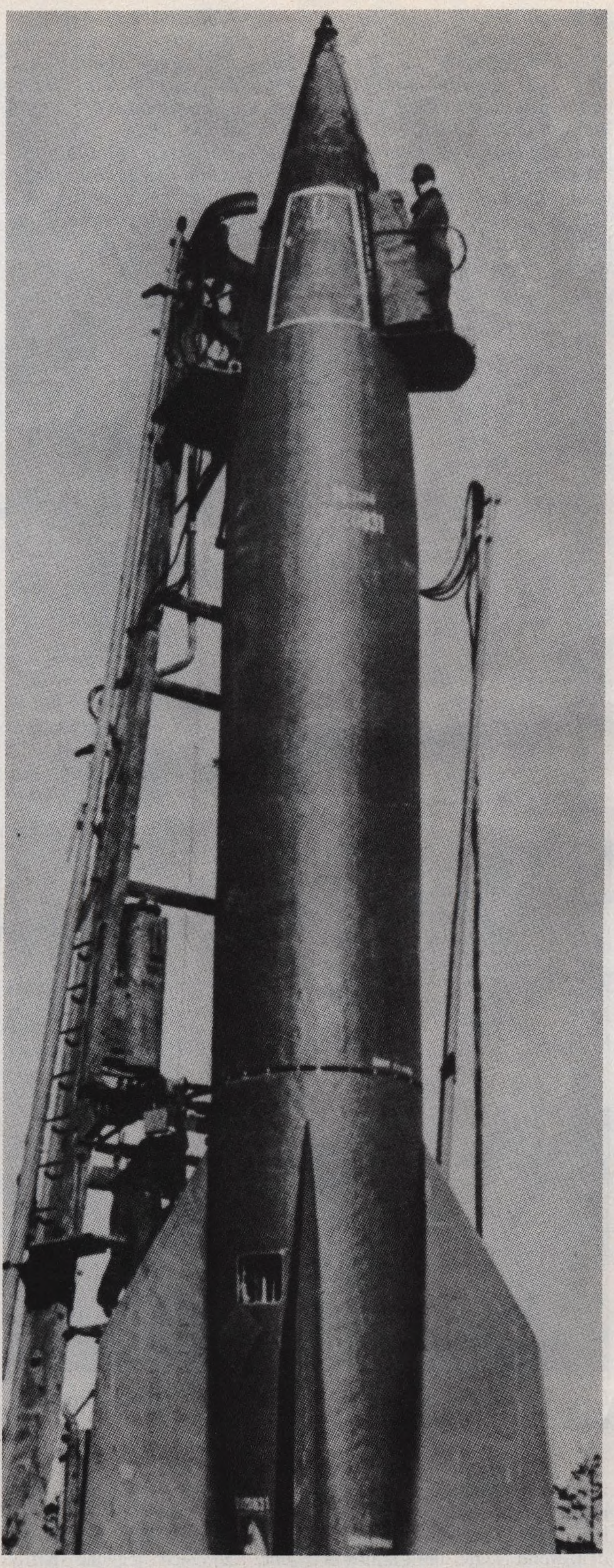
Wie wenig Gewicht aber heutzutage das Wort eines Politikers hat, zeigte sich nur wenige Stunden später. Nachdem Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) Riedl »intensiv« darum gebeten hatte, die Schirmherrschaft niederzulegen, folgte Riedl dann auch diesem »Ratschlag«, den man besser Befehl nennen könnte.

Was war geschehen? Der Druck aus dem Ausland und seitens deutscher Politiker – keineswegs nur linker, sondern aus allen Parteien – war derart stark geworden, daß die verantwortlichen Regierungspolitiker – mal wieder –, salopp ausgedrückt, »den Schwanz einzogen« und ohne jede Gegenwehr nachgaben und ihrerseits mittel- und unmittelbar massiven Druck auf den BDLI ausübten. Mit Erfolg! Denn am frühen Nachmittag des gleichen Tages sagte der BDLI die Veranstaltung dann ab.

Verbands-Präsident Dersch erklärte hierzu, er bedauere sehr, daß die bahnbrechende wissenschaftliche Leistung deutscher Raumfahrtpioniere nicht angemessen gewürdigt werden könne. Die Veranstaltung sei leider Gegenstand einer politischen Diskussion geworden, die den wissenschaftlichen Fakten nicht gerecht werde.

Was war geschehen? Besonders britische Politiker und Kriegsveteranen – aber auch Italiener – hatten massive Empörung daran geübt, daß Deutschland, zudem noch am 3. Oktober und angesichts der derzeitigen »rassistischen Hetze« einiger Deutscher und dem »Wiedererstarken des Neonazismus«, die »Rakete Hitlers« habe feiern wollen.

Schließlich sei die »V 2« am 8. September 1944 erstmal gegen London abgeschossen worden.



Rakete »A-4«, die »Großmutter« aller Raketen in West und Ost. Sie ist fast 14 Meter hoch.

Bis Kriegsende seien 4230 Raketen dieses Typs abgeschossen worden, von denen etwa 1230 London getroffen hätten. Dabei seien 2724 Menschen getötet und fast 6500 verletzt worden.

Die gleichen Personen, die diesmal ihre Empörung aussprachen und nur so mit Zahlen um sich herumwarfen, hatten nur wenige Monate zuvor mit feierlichstem Gesicht der Enthüllung des Denkmals von Bomberkommandant Harris in London beigewohnt. Die ehrten den Harris, der mit der flächendeckenden Bombardierung deutscher Städte und der Auslöschung des nur von Zivilisten und Flüchtlingen bewohnten Dresdens eines der größten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges begangen hatte. Mehrere hunderttausend Menschen waren dem zum Opfer gefallen – aber es handelte sich schließlich nur um Deutsche!

Kein Grund zum Feiern

Auch scheuten sich die damaligen Siegermächte nicht, die Forscher von Peenemünde, die seinerzeit an dem Raketenprogramm gearbeitet hatten, sofort nach Kriegsende in ihre eigenen Dienste zu stellen und aufbauend auf den deutschen Vorleistungen den Weltraum zu »erobern«, ohne auch nur einmal die Vorleistung der Deutschen zu würdigen. Man denke nur an den Namen Wernher von Braun, der später in den USA hochgeehrt wurde, dessen Leistung in Deutschland aber nun nicht einmal mit einer kleinen Gedenkfeier geehrt werden darf.

Und was machen »unsere« Politiker? Statt sich dem ausländischen Druck entgegenzustellen, diesen kategorisch abzulehnen und auf die eigene Souveränität hinzuweisen, schlagen sie sogar noch zusätzlich auf den BDLI ein!

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte, er sei über die Schirmherrschaft Riedls gar nicht informiert gewesen. »Wenn er es gewußt hätte, dann hätte er sie unterbunden«, erklärte hierzu Regierungssprecher Vogel. Bundesaußenminister Kinkel warnte, das Ansehen Deutschlands könne im Ausland Schaden erleiden. Verteidigungsminister Rühe bezeich-

Bonn

Deutschland noch immer kein souveränes Land

nete die geplante Feier als »instinktlos« und Forschungsminister Riesenhuber sie als »nicht besonders instinktsicher«.

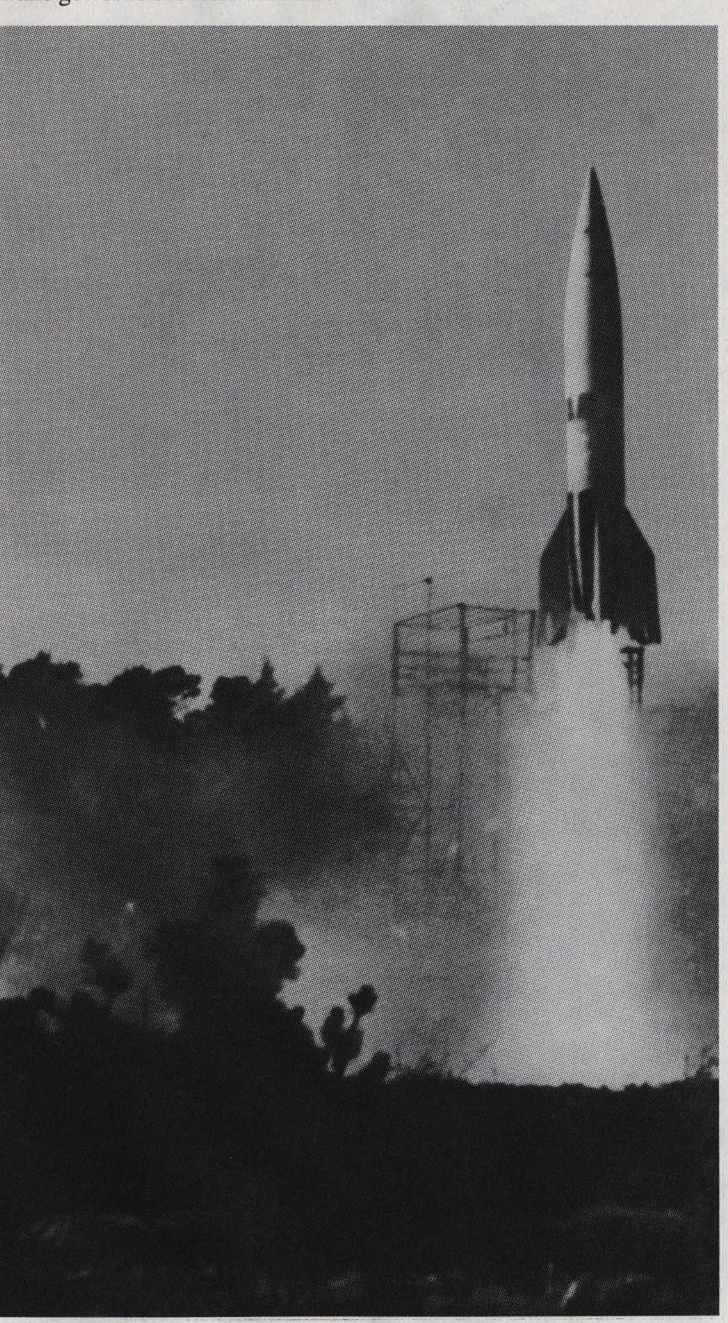
Der SPD-Vorstand erklärte: »Die Geburtsstunde einer Rakete, die die Grundlage für die V 2-Rakete der Hitler-Diktatur war, ist wahrlich kein Grund zum Feiern.« Der CDU-Generalsekretär nannte die Veranstaltung eine »historische und politische Instinktlosigkeit«. Grüne, PDS und die FDP-Politikerin Hamm-Brücher verlangten gar die Entlassung Riedls.

Es gab nicht einen einzigen deutschen Politiker der etablierten Parteien, der sich gegen die massivste ausländische Einmischung in die deutsche Innenpolitik wandte oder zumindest die geplante Gedenkfeier guthieß. Komisch, sie wußten alle von der 50-Jahres-Feier – und keiner hatte im Vorfeld etwas dagegen. Erst als der Wind auf einmal von vorne wehte und die »Freunde« Deutschlands sich meldeten, brachen sie wie ein junger Birkenstamm im Orkan und verrieten die Interessen des eigenen Volkes.

Bonn wird von Vasallen regiert

Nicht viel anders sieht es bei der derzeitigen Asylpolitik und den rechten Krawallen aus. Es ist unglaublich, in welchem Ausmaße sich fremde Staaten in die Belange Deutschlands einmischen und Einfluß nehmen wollen. Früher war dies nur bei angeblich rechten Diktaturen, wie etwa Chile oder Südafrika bekannt. Ist es aus ihrer Sicht fast noch verständlich – je mehr Asylanten nämlich nach Deutschland kommen, desto weniger kommen in ihre Länder –, umso unverständlicher ist dann aber das Verhalten der deutschen Politiker hierzu. Nicht daß sie sich dieses Einmischen in nationale Belange ausdrücklich verbieten und darauf hinweisen, daß sie in ihren eigenen Ländern genügend eigene Probleme haben, um die sie sich kümmern sollten – etwa in Großbritannien die Jugendkrawalle in Bristol und anderswo –, beklagen sie auch noch, daß das Ausland bereits aufmerksam auf die Krawalle geworden sei und das Ansehen Deutschlands Schaden nehmen könne. Komisch, das Ansehen der USA nimmt keinen Schaden, wenn Neger und Latinos in Los Angeles ganze Stadtteile verwüsten und ausplündern, tausende Weiße zusammenschlagen und etliche sogar töten. Schließlich handelt es sich dabei auch um von den bösen Weißen unterdrückte Minderheiten.

Der israelische Ministerpräsident Rabin sah sich bereits mehrfach genötigt, sowohl in Israel als auch bei seinem Besuch in Deutschland, das angebliche Ausbreiten der Ausländerfeindlichkeit und des Neonationalsozialismus allgemein zu kritisieren. Es ist genau der gleiche Rabin, der sich jegliche Kritik Deutschlands etwa an der verbrecherischen Araber- oder Siedlungspolitik des Judenstaates ausdrücklich verbietet und als Einmischung in die eigenstaatlichen Belange bezeichnet. Außerdem habe Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber Israel, so daß sich Kritik hieraus alleine verbiete.



Das »Aggregat 4«, die spätere »V 2«, hat sich zu einem Probeflug abgehoben.

Auch hier haben die deutschen Politiker nichts besseres zu tun, als ihm sofort nach dem Wort zu reden und ihm Briefe zu schreiben, in denen sie ihr tiefstes Bedauern über die Vorfälle ausdrükken. Kein Wort darüber, daß, selbst wenn alle Vorwürfe, die die Juden gegen das Dritte Reich erheben, vollends stimmen, es nach 50 Jahren keinen Grund mehr gibt, zu irgendwelchen Menschenrechtsverletzungen zu schweigen, bloß weil sie in Israel stattfinden.

Wenn man bloß die drei obigen Dinge – denen noch viele andere folgen könnten – etwas näher durchleuchtet, dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß »unsere« Politiker nichts anderes als von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs eingesetzte Vasallen sind, die den Auftrag haben, das Interesse dieser Länder vor das eigene, sprich deutsche Wohl zu stellen.

Wie jedes Schlechte, so hat aber auch dies einen positiven Aspekt, besonders die Vorfälle in Peenemünde. Mit Sicherheit haben jetzt wieder einige Leute mehr erkannt, welch' Geistes Kind die Politiker der etablierten Parteien sind und daß sie das eigene Land verraten, wenn das Ausland auch nur ein bißchen hüstelt. Dies werden aber wieder einige Wähler weniger für die etablierten Parteien und einige Wähler mehr für die nationalen Parteien sein.

In diesem Zusammenhang soll nochmals darauf hingewiesen werden, daß kürzlich höchstrichterlich entschieden wurde, daß der Amtseid des Bundeskanzler und der Minister, »zum Wohle des deutschen Volkes« zu arbeiten, keinerlei Rechtsverpflichtung enthält. Es ist vielmehr nur eine leere Floskel ohne jegliche bindende Kraft. Dies ist für den Großteil der derzeit in deutschen Regierungen – sei es auf Kommunal-, Landes und Bundesebene – sitzenden Politiker auch gut: Denn sonst würden sie fast alle wegen Meineides lange Zeit das Gefängnis von innen betrachten! □

Bonn

Politiker betrügen jährlich um Milliarden

Alfred König

Die ungebremste Scheinasylantenschwemme hat Deutschland an den Rand des wirtschaftlichen Ruins gebracht. Mindestens 35 Milliarden Mark kosten die derzeit rund 1,5 Millionen Asylbewerber jährlich den deutschen Staat und damit uns alle. Aber dennoch verdummen sich Politiker und Wirtschaftsbosse nicht, die Mär zu erzählen, Deutschland würde von ihnen profitieren.

CODE hatte in der Vergangenheit als einzige deutsche Publikation immer wieder darauf hingewiesen, daß die offizielle Zahl von sieben bis acht Milliarden Mark, die jährlich für Asylanten aufgebracht werden müßten, nie und nimmer der Wahrheit entsprechen kann, die wahren Kosten deutlich über 30 Milliarden Mark, wahrscheinlich aber sogar bei 50 Milliarden Mark liegen würden. Ganz einfach aus dem Grunde, weil in dieser Summe nur die Sozialhilfe enthalten ist, alle anderen Kosten, wie etwa auch Gerichtskosten – da für Asylanten immer Armenrecht gilt – von der Regierung kurzerhand auf andere Bilanzen verteilt werden.
Nun hat der Pforzheimer Oberbürgermeister Joachim Becker (SPD) die wahren Zahlen erstmals an die Öffentlichkeit gebracht und das bestätigt, was in diesem Blatt schon lange zu lesen war. Nach Becker teilen sich die Kosten wie folgt auf:

1) Sozialhilfe und Betreuung. Hierfür muß pro Person 9.000 bis 10.000 Mark gerechnet werden, da Arzt- und Zahnarztkosten hier einbezogen werden müssen. Nach Berechnung von CODE müßte dieser Kostenblock aber weitaus höher liegen.

2) Die Mieten für die Unterkünfte und der Kauf derselben. Erst kürzlich mußte zum Beispiel Pforzheim für 1,3 Millionen Mark ein Haus kaufen, um dort 60 Asylbewerber unterzubringen.

3) Die Bürokratie. Auf 1.000 Asylbewerber kommt eine Planstelle, die im Jahr mit 60.000 bis 70.000 Mark zu Buche schlage.

4) Die Gerichte. Hinzu müssen hierbei noch die indirekten Kosten gerechnet werden. Die Verwaltungsgerichte sind nämlich durch die Asylverfahren derart überlastet, daß alle anderen Verfahren für lange Zeit blockiert werden. Da aber Verwaltungsgerichte auch über Baumaßnahmen entscheiden müssen, entstehen hierdurch Verluste, die durchaus hohe Millionenbeträge erreichen können.

5) Strafjustiz und alles, was dazugehört (Ermittlungen, Polizei). Auch diese Kosten – mittlerweile sind Asylanten für 20 bis 25 Prozent der Verbrechen verantwortlich – sind nicht in den offiziellen Angaben der Bundesregierung enthalten, sondern werden ohne weitere Erläuterung einfach in die Etats der Städte und Gemeinden aufgenommen.

Becker: »Es findet bei uns eine Verschwendung der sozialen und finanziellen Ressourcen statt.« Dabei muß der SPD-Politiker selber zugeben, die 35 Milliarden Mark seien nur »eine vorsichtige Schätzung von mir«.

Der Staat hilft den Asylschwindlern

Immerhin hat jetzt aber erstmals ein Politiker wenigstens andeutungsweise zugegeben, welche Kosten dem Staat wirklich entstehen. Rechnet man, daß fünf Prozent wirkliche politische Flüchtlinge sind, dann bedeutet dies nichts anderes, als daß Jahr für Jahr etwa 33,75 Milliarden Mark Verbrechern in den Rachen geworfen werden.

Denn nichts anderes als Verbrecher sind Scheinasylanten. Sie verstoßen gegen geltendes deutsches Recht. So besagt der Artikel 16 des Grundgesetzes »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«. Jeder, der nicht dazu gehört, dennoch aber diese Leistungen in Anspruch nimmt, verstößt damit gegen die Gesetze.

Es ist von daher äußerst peinlich, wenn die Politiker jedwelcher Couleur etwa Skinheads oder anderen Jugendlichen vorwerfen, durch Gewalttaten gegen Asylanten Verbrechen zu begehen, ein entschiedeneres Vorgehen der Polizei verlangen, gleichzeitig aber nicht bereit sind, entschieden gegen diesen eklatanten Mißbrauch des Asylrechts vorzugehen und dadurch den Staat, dem sie eigentlich dienen sollen, bewußt um über 30 Milliarden Mark jährlich betrügen!

Ja, man kann sogar noch weiter gehen. Dadurch, daß sie nichts gegen den offenen Asylbetrug machen, helfen sie den Asylschwindlern sogar. Würden sie dies etwa in einem Unternehmen machen, würde man sie wegen Beihilfe zum Betrug anklagen und verurteilen! Sie sind also nichts anderes als Mittäter!
Nichtsdestotrotz werden sie, unterstützt von opportunistischen und internationalistisch gelenkten Wirtschaftsbossen, nicht müde, den angeblichen Schaden zu beschwören, den der »zunehmende Rechtsextremismus und die Zunahme der Gewalttaten gegen Asylanten und jüdische Einrichtungen« für die deutsche Wirtschaft auslösen würde. Es wird von ihnen immer wieder darauf hingewiesen, daß bereits etliche ausländische Unternehmen ihre Investitionen gestoppt oder Unternehmensgründungen nun in andere Staaten verlegt hätten. Dabei wird immer auf ein amerikanisches Textilunternehmen verwiesen, daß statt in Mitteldeutschland nun lieber in Taiwan eine Zweigstelle eröffnen wird.

Unternehmen ziehen dem Geld nach

Interessant ist dabei, was der Treuhandchef Dresdens sagte, daß ihm nämlich bislang kein einziger derartiger oder ähnlicher Fall bekannt geworden sei!
Tatsache ist, daß es einem Unternehmer in erster Linie um das Geld geht und erst in zweiter Linie, wenn überhaupt, um Moral. Was war denn, als die Sowjetunion noch existierte und ein kommunistisches Terrorregime dort herrschte? Oder was war mit Südafrika – wenn man die ganzen damaligen Vorwürfe jetzt einmal fälschlicherweise als richtig erachtet –, Kuba, China und wie die Diktaturen sonst noch hießen.

Kein Unternehmer hat sich auch nur eine Sekunde lang gescheut, mit diesen Ländern Riesengeschäfte abzuwickeln. Der damalige Vorsitzende des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Wolff von Amerongen, hat sich sogar gegen jedwelche staatliche Bevormundung oder irgendwelche Sanktionen – etwa gegen die UdSSR nach dem Einmarsch in Afghanistan – ausgesprochen! Vielmehr hat er bei jeder sich bietenden Gelegenheit Werbung für derartige Geschäfte gemacht.

Und das gleiche gilt auch für Mitteldeutschland, wobei hier noch zu berücksichtigen ist, daß sich die Übergriffe in der überwiegenden Mehrzahl nur gegen Asylanten und nicht gegen Ausländer allgemein richten und gemessen an den Verbrechen der kommunistischen Staaten unermeßlich gering sind.

Wenn ein ausländisches Unternehmen jetzt wirklich auf eine in Aussicht gestellte Investition verzichtet, dann liegt dies etwa in den hohen Steuersätzen – die auch eine direkte Folge der von Asylanten verursachten Kosten sind – oder anderen wirtschaftlichen Ursachen, aber nicht in der Politik begründet. □

Deutschland

Spiegelfechterei um Asylanten

Helmut Fasbender

Die öffentliche Diskussion um den Asylparagraphen 16c des Grundgesetzes ist eine reine Spiegelfechterei der Parteien, um dem Volke den Eindruck zu vermitteln, jetzt werde endlich etwas getan. Es wird sich aber auch nach einer Grundgesetzänderung in der Praxis nichts ändern. Nach offizieller Statistik halten sich zur Zeit in Deutschland etwa 500 000 Menschen, deren Asylantrag bereits abgelehnt worden ist, als Flüchtlinge auf. Wir haben schließlich das Genfer Flüchtlingsabkommen mit unterzeichnet.

Für den Fall einer Grundgesetzänderung, die kommen wird, hat man aber schon vorgebeugt und führt daher in zunehmendem Maße wirtschaftliche (Schein-) Gründe an, die den kontinuierlichen Zustrom rechtfertigen sollen. Hauptvorwand ist der in der Tat erschreckende Geburtenrückgang unseres Volkes, der sich in folgenden Zahlen ausdrückt:

Ein rasender Einfall aus dem Tollhaus

Die Zahl der Deutschen unter 15 Jahren wird von 13,7 Millionen (1990) auf rund zehn Millionen (2010) schrumpfen. Die Zahl der Erwerbspersonen (15- bis 65jährige) wird bis zum Jahr 2010 ebenfalls um rund vier Millionen abnehmen. Bei Abschottung der deutschen Grenzen ab 1992 schrumpft die Gesamtbevölkerung von derzeit rund 80 Millionen bis 2020 um rund 12 Millionen Menschen. Gleichzeitig geht das Angebot an Arbeitskräften nach jeweils zehn Jahren von 41 Millionen über 39 und 37 auf rund 32 Millionen zurück.

Fazit: Wir brauchen die ständige Zuwanderung von Ausländern als Arbeitskräfte, unter anderem um unsere Renten zu sichern.

Nun ist aber die Idee, ein zunächst nur vorläufig gegebenes Bevölkerungsdefizit mit dem Strandgut aus aller Herren Länder aufzufüllen, eigentlich ein rasender Einfall aus dem Tollhaus. Wäre man nach dem Dreißigjährigen Krieg so verfahren, als Deutschlands Bevölkerung auf ein Drittel zusammengeschmolzen war, gäbe es uns schon längst nicht mehr. Das Argument ist folglich schlecht, aber für uns ist es wohl gut genug. Das Volk wird auch nicht gefragt, ob es das will. Da die Regierenden den Volkswillen in dieser Frage also offenkundig ignorieren oder sogar mißachten, hat es gar keinen Zweck, an ihre Einsicht zu appellieren, da wir es mit einer Absicht zu tun haben. Trotzdem darf man die pseudowirtschaftliche Argumentation nicht unwidersprochen stehen lassen.

Warum lassen die Japaner niemanden ins Land?

Der Bundesarbeitgeberverband Chemie hat in seinem »Informationsbrief für Führungskräfte«, Nr. 5, die vorstehend genannten demoskopischen Zahlen veröffentlicht und seinen Lesern als Argumentationshilfe in Diskussionen mit Mitarbeitern zur Ausländerfrage empfohlen. Ich habe dem Verband dazu folgende Fragen gestellt:

Erstens: Wieso brauchen wir bei mindestens drei Millionen Arbeitslosen (demnächst mehr) noch ausländische Arbeitskräfte? Sollen wir nicht zuerst unsere eigenen unterbringen?

Zweitens: Warum suchen wir uns die Leute, die wir aufnehmen wollen, nicht aus, so wie es andere Staaten auch tun, sondern lassen ungehindert alle einströmen, die nichts haben als Ansprüche und ihre Muskelkräfte?

Drittens: Besteht bei immer weiter wachsender Produktivität wirklich noch ein steigender Bedarf an Arbeitskräften? Sind wir nicht jetzt schon froh, einen großen Teil der Erwerbstätigen in Beschäftigungsgesellschaften oder im Umweltschutz, einem künstlich geschaffenen Bedarfsfeld, unterzubringen?

Viertens: Menschenmassen allein machen noch keine Wirtschaftskraft. Ist nicht der Grund für die fortschreitende Verelendung der Dritten Welt ihre Überbevölkerung, mit der das Wirtschaftswachstum nicht Schritt halten kann?

Fünftens: Wie ist eine gute Volksbildung, ohne die eine florierende Wirtschaft nicht existieren kann, noch möglich, wenn das Grundschulsystem kaum noch funktioniert?

Sechstens: Wie ist bei diesen Zuwanderermassen eine Integration noch möglich?

Siebtens: Wieso lassen die Japaner niemanden in ihr Land?

Noch ist Deutschland kein Einwanderungsland

Achtens: Wie will man die überproportionale Kriminalität bei Ausländern in den Griff bekommen?

Neuntens: Besteht nicht die Gefahr der Bildung von Minderheiten, die nach einigen Generationen dieses Land als ihres betrachten?

Zehntens: Wie lange kann man den Ausländern noch das Wahlrecht vorenthalten?

Elftens: Gibt es nicht andere Möglichkeiten, sich eine Altersrente zu sichern, als durch ständiges Nachschieben zahlender Mitglieder? Warum sind die Rentenkassen leer? Erhalten nicht zu viele Leute Leistungen, die nichts oder wenig eingezahlt haben?

Zwölftens: Wird hier nicht bewußt eine Mischgesellschaft wie in den USA geschaffen, die uns als »multikulturelle« Gesellschaft angepriesen wird, aber im Endeffekt (siehe Kalifornien und Kanada) nur zu permanenten sozialen Spannungen führt?

Dreizehntes: Was haben wir letztlich von einer – vielleicht – durch die Einwanderung bewirkten Mehrung unseres Wohlstandes, wenn er eines Tages ein Opfer sozialer und ethnischer Auseinandersetzungen wird? Oder soll er das wie zum Beispiel in Jugoslawien?

Die Antworten auf diese Fragen haben mich leider in keiner Weise befriedigen können. Ich kann sie aber nicht wiedergeben, um nicht gegen das Gebot der Diskretion zu verstoßen. Es wurde im Antwortschreiben auch auf ein Interview mit Herrn Staatssekretär Waffenschmidt vom Innenministerium verwiesen, das in Nr. 6 des Informationsbriefs abgedruckt wurde. Nach dessen Äußerungen zu dem Thema ist die Bundesrepublik kein Einwanderungsland.

Warum das Grundgesetz ändern?

Der Asylparagraph 16c, ob richtig oder falsch interpretiert, gibt uns wenigstens noch die geringe Chance, Zuwanderer nach Ablehnung ihres Asylantrages wieder loszuwerden. Ist aber erst einmal Deutschland, aus welchen Gründen immer, zum Einwanderungsland erklärt worden, gibt es nicht einmal mehr diese Möglichkeit. Es könnte also sein, daß wir uns nach einer Grundgesetzänderung bald nach dem guten alten Paragraphen 16c zurücksehnen werden.
Man gönnt uns Deutschen unsere Apartheid eben genau so wenig wie den Südafrikanern die ihre. □



Das Ausland verstärkt seinen Druck

Klaus Baumann

»Wenn man solche Freunde hat, dann braucht man keine Feinde mehr.« Dieses alte Sprichwort fällt einem unwillkürlich ein, wenn man sich betrachtet, wie die »Freunde« Deutschlands sich derzeit verhalten. Von Freundschaft und Partnerschaft ist derzeit nicht das geringste festzustellen; vielmehr wird in schönster Siegermanier des Zweiten Weltkriegs auf die Bundesrepublik eingeknüppelt und wird unser Land als Paria der Welt behandelt.

Nachfolgend soll dies nur an einigen wenigen Beispielen dokumentiert werden, Beispielen, denen problemlos noch viele ähnliche folgen könnten. So schrieb die auflagenstarke britische Tageszeitung »Daily Mirror« am 26. September folgendes auf den Titel: »Donner und Blitzen! Fury as Germans celebrate 50th anniversary of V2 rocket.« Daneben ein Bild von Adolf Hitler. Kein Wort fand sich dagegen in dieser Zeitung seinerzeit gegen die Aufstellung des Bomberkommandanten-Schlächters Harris. Während die V2 nach offiziellen britischen Angaben knapp 2700 Personen das Leben gekostet hat, kamen durch die von Harris eingeleitete völkerrechtswidrige Flächenbombardierung ziviler Ziele hunderttausende Deutsche um ihr Leben.

Instinktlosigkeit deutscher Journalisten

Dennoch verdummt sich etwa ein Rudolf Augstein nicht, im »Spiegel« Nummer 41 vom 5. Oktober dieses Jahres in seinem Kommentar »Nach rückwärts gezählt« – in dem er die Instinktlosigkeit der Feier, die an nichts anderes als den Beginn der modernen Weltraumfahrt erinnern sollte, kritisierte –, folgendes zu schreiben: »Die Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung wurde von Churchill (dem damaligen britischen Premierminister; die Redaktion) in der wohl irrigen Annahme gebilligt, damit dem Feind eher zermürben zu können als durch gezielte Angriffe gegen die Kriegsmaschinerie.
Harris mag, was er getan hat, mit der Lust des Kriegsspezialisten getan haben, er mag ein Schlächter gewesen sein. Aber er hatte die Rückendeckung seines Premierministers in einem vollauf gerechtfertigten Krieg, einem der ganz wenigen ›gerechten‹ Kriege in der Geschichte der Menschheit.

Nur läuft auch der gerechteste Krieg Gefahr auszuarten. Churchill hat das erst nach der mehr als unnötigen Zerstörung Dresdens erkannt, zu spät also. Selten geht es in einem Krieg gerecht und vernünftig zu, anständige Kriege gibt es nicht.

Die Beliebtheit der Deutschen

Die Aufrechnungspolemik Möllemanns tut uns nicht gut, die Entfernung seines Staatssekretärs Riedl aus dem Amt täte es. Wir haben allen Grund Churchill dankbar zu sein, weil er so hartnäckig dabei mitgeholfen hat, das Monstrum Hitler in die Wolfsschlucht zu stürzen.«

Kein Wort des Bedauerns, hört man von Herrn Augstein. Seine Worte sagen damit nichts anderes aus, als daß er die hunderttausende tote Deutsche billigend in Kauf nimmt. Wenig später schwadroniert er aber darüber, was hätte passieren können, wenn Hitler 500 V2-Raketen zur Verfügung gehabt und diese auf London geschossen hätte. Hätte, Herr Augstein, das ist das entscheidende Wort. Während das Deutsche Reich heute eben keine hunderttausende unschuldige Opfer auf seinem Gewissen hat, so kann man dies von den Briten eben nicht sagen.



Winston Chruchill, britischer Premierminister während des Zweiten Weltkrieges, war der Befürworter der Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung.

Und vor allem war es auch kriegsunsinnig. Denn durch die Zerstörung der Städte und der Abschlachtung hunderttausender Kinder, Frauen und alter Menschen ist der Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einen Tag eher zu Ende gegangen. Und selbst wenn es eine Woche gewesen wäre, dann wären dabei noch immer viel weniger Menschen zu Tod gekommen als durch das Vorgehen von Schlächter Harris.

Sehen wir uns an, was in Italien passiert. Der deutsche Pater Eberhard von Gemmingen, Leiter der deutschen Sektion von »Radio Vatikan«, muß sich von seinen Kollegen, also ebenso Geistlichen wie er, Vorwürfe anhören, wie »Ihr in Deutschland werdet jetzt wohl wieder braun« oder »Die Deutschen sind doch alle Faschisten. Das war doch abzusehen«.

Davon abgesehen, daß diese Vorwürfe nicht stimmen, daß der Faschismus eine italienische Erfindung ist und nicht sonderlich viel mit dem Nationalsozialismus zu tun hat, ist es doch verwunderlich diese Vorwürfe von einem Volk zu hören, daß sich wie ein Blatt im Wind drehte und von einem Tag zum anderen gegen seine ehemaligen Verbündeten wandte und die gleichen Leute abknallte, mit denen man nur wenige Tage zuvor noch in den Schützengräben Karten gespielt hatte.

Interessant sind auch Umfragen, was die anderen Länder Europas über Deutschland denken – diese sind vom Gallup-Institut noch vor den Krawallen in Rostock durchgeführt worden, so daß die jetzigen Zahlen wahrscheinlich noch schlechter ausfallen werden –. Danach mögen 52 der Griechen die Bundesrepublik nicht, ebensowenig wie 45 Prozent der Italiener und Luxemburger – die aber dennoch gerne nach Deutschland als Gastarbeiter kommen –. Im EG-Durchschnitt sind es immerhin noch 31 Prozent, die ein negatives Bild über Deutschland haben. Besonders beliebt sind wir, den Umfragen zufolge, bei den Dänen mit 70 Prozent und den Franzosen mit 64 Prozent – wobei letztere Zahl ernstlich anzuzweifeln ist; eher könnte dies für die Iren gelten –.

Deutschland

Das Ausland verstärkt seinen Druck

Sehr viele Menschen in den anderen EG-Staaten sehen in der deutschen (Teil-)Einheit sogar eine »Gefahr für den Frieden«.

EG-weit sind es 31 Prozent, während 50 Prozent in den Deutschen keine Gefahr sehen. Besonders skeptisch sind die Griechen mit 48 Prozent, die Briten mit 44 Prozent und die Portugiesen mit 42 Prozent.

In den kritischen Stimmen dürfen natürlich auch jüdische nicht fehlen. Nicht nur, daß der neue Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, anscheinend nichts aus den Fehlern Galinskis gelernt hat, wirft er der Bundesregierung sogar vor, man könne fast den Eindruck haben, diese habe die Krawalle gewollt. Auch sei es durchaus möglich, daß Juden wieder aus Deutschland auswandern werden.

Der jüdische Schriftsteller Amos Oz, der dieses Jahr mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde, fragte: »Wo sind die Zehntausende Deutsche, die auf die Straßen gingen, um gegen den Golfkrieg zu demonstrieren? Wo sind sie heute, wenn neonazistischer Rassismus und Hooliganismus in ihren eigenen Straßen wild werden?«

Da muß doch eine kurze Gegenfrage erlaubt sein: »Wo waren denn, Herr Oz, die tausende Israelis, die gegen die Abschlachtung der Araber am Tempelberg, gegen die völkerrechtswiedrige Besiedlung in den besetzten Gebieten, gegen die Häuserzerstörung als Terroristen verdächtiger Palästinenser demonstriert haben.« Statt erst einmal den Dreck vor der eigenen Haustür wegzukehren, mischt sich dieser Mann unverblümt in deutsche innenpolitische Dinge ein, die ihn nichts angehen.

Der Israeli Daniel Barenboim, der im Oktober als Musikchef an der Deutschen Staatsoper Berlin begann, sagte: »Für einen Ausländer ist es ein beklemmendes Gefühl, ein auf zehn Jahre angelegtes, verantwortliches Amt zu übernehmen, wenn gleichzeitig Steine auf Asylbewerberheime und Molotowcocktails in die Schlafzimmer von Kindern fliegen.«

Billigste Polemik und Hetze

Ja, Herr Barenboim, keiner zwingt Sie doch, dieses Amt zu übernehmen. Ein Land, das einen Beethoven, Bach, Mozart und einen Wagner, um nur einige wenige zu nennen, zur Welt brachte, wird wohl in der Lage sein, einen Musikchef für die Deutsche Staatsoper Berlin zu finden. Vielmehr täte Herr Barenboim sicherlich nicht schlecht daran, die Musiklandschaft seines Landes etwas auf Vordermann zu bringen, denn sonderlich toll sieht es dort nun beim besten Willen nicht aus.

Einen der bisherigen Höhepunkte setzte aber die »New York Times«. In einem Artikel schreibt das zu den einflußreichsten Zeitungen gehörende Blatt:

»Wenn Deutschland seine Nachbarn ökonomisch platt walzt, wenn so viele Deutsche der ausländerfeindlichen Gewalt ihrer Nazi-Youngster applaudieren, wenn Deutschland entscheidet, die Antwort auf Flüchtlinge heißt Einschränkung des Asylrechts, wenn Deutschland die Deportation von Zigeunern vorbereitet, der ersten Opfer der alten Nazis, dann müssen die Europäer unbedingt die Vereinigung mit dem neuen Deutschland überdenken, bis Klarheit herrscht, ob dieses Deutschland wirklich ein vollständig neues ist.«

Deutschland hat sich nichts vorzuwerfen

Diesen Artikel kann man nur als pure Heuchlerei bewerten. Was kann Deutschland dafür, wenn die anderen Länder Europas nicht in der Lage sind, eine halbwegs vernünftige Wirtschaftspolitik zu betreiben? Wie kann man 95,6 Prozent Scheinasylanten als »Flüchtlinge« im Sinne des Asylrechts bezeichnen? Und das von einer Zeitung, die keinerlei Anzeichen macht, sich für eine Lokkerung des weitaus restriktiveren amerikanischen Einwanderungs- und Asylrechts einzusetzen!

Kein Wort davon, daß die Zigeuner in Rumänien eben nicht politisch verfolgt werden und sie sich von daher illegal in Deutschland aufhalten! Kein Wort davon, daß bei ihnen die Kriminalitätsrate besonders hoch ist! Es handelt sich hier um eine Rückführung illegaler Einwanderer! Nichts anderes machen aber die USA mit den Mexikanern. Von daher ist dieser Artikel der einflußreichen »New York Times« nichts anderes als billigste Polemik und Hetze.

Deutschland hat sich nichts, aber auch absolut nichts vorzuwerfen. Ganz im Gegenteil. Während die anderen EG-Staaten, wenn überhaupt, dann jeweils nur wenige tausend Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und Kroatien aufgenommen haben – England schickt diese sogar zurück –, sind es fast 300000, die hierzulande eine herzliche Aufnahme gefunden haben. Bei den Asylanten sind es 70 Prozent, der nach Westeuropa kommenden, die in der Bundesrepublik ansässig werden, einem Land, das ohnehin schon mit die höchste Bevölkerungsdichte der Welt hat. Umgerechnet müßten die USA und Kanada jährlich Millionen aus Mittel- und Südamerika flüchtende Menschen aufnehmen – doch diese beiden Staaten denken gar nicht im entferntesten daran.

Ebensowenig die anderen europäischen Staaten. Jetzt haben die deutschen Christdemokraten im Europäischen Parlament zwar den Antrag eingereicht, daß EG-weit eine »Asylanten-Quotenregelung« eingeführt werden soll, nach der sich jedes Land dazu verpflichten muß, eine bestimmte Quote der nach Westeuropa strömenden Asylanten aufzunehmen. Kommen mehr Asylanten in ein Land, als es seiner Quote entspricht, darf dieses Land die Asylbewerber in das Land abschieben, das zu dieser Zeit am deutlichsten unter seiner Quote ist.

Diesem Vorschlag der Christdemokraten, der erste wirklich konstruktive, der zu dieser Problematik je von ihnen kam, ist voll zuzustimmen. Die Reaktion der anderen EG-Staaten war aber, wie nicht anders zu erwarten, äußerst ablehnend. Man habe die Verpflichtung, die Angehörigen der ehemaligen Kolonien aufzunehmen und die Wirtschaft wäre weitaus schwächer als die Deutschlands lauteten die peinlichen Beschwichtigungsversuche.

Gleichzeitig wurde die Bundesregierung aber von diesen gleichen Staaten dazu aufgefordert, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Krawalle einzudämmen und Anschläge gegen Asylantenheime und jüdische Einrichtung im Vorfeld zu verhindern.

Die Anderen haben nichts gelernt

Zwar werden die Leistungen der Deutschen in der Asylpolitik allgemein anerkannt und werden sie hierfür gelobt. Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, daß es angesichts des Dritten Reichs und der Aufnahme, die viele Deutsche während dieser Zeit im Ausland fanden – obwohl dies natürlich so gar nicht stimmt, da es zum einen insgesamt nur wenige tausend waren und zum anderen genügend Staaten sich weigerten, selbst diese relativ wenigen Menschen aufzunehmen –, eine Selbstverständlichkeit sei.

Auch weisen die Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs, und hierbei vor allem die Amerikaner, zwar nicht offen, so aber doch in diplomatischen Kanälen darauf hin, daß Deutschland nur durch ihre Hilfe, besonders durch den Marshall-Plan, sich so schnell nach dem Krieg wieder wirtschaftlich regenerieren könnte.

Von daher sei es nur richtig, wenn Deutschland jetzt durch eine ausgeprägte Asylpolitik, die auch anderen Staaten Lasten abnimmt, sich für diese Hilfe revanchiert, zumal die Ausländer aber auch wesentlich den Aufbau des Landes mitgetragen haben.

Die Wahrheit sieht dagegen ganz anders aus: Der Verlierer des Zweiten Weltkriegs ist aufgrund seines unwahrscheinlichen eigenen Einsatzes – die ersten Gastarbeiter kamen erst in der Phase des Hochbooms in den sechziger Jahren – mittlerweile zur wirtschaftlichen Weltmacht Nummer eins geworden. Die Mark hat den Dollar fast überflügelt. Und dieses kann natürlich so nicht hingenommen werden. □

Heuchelei der etablierten Parteien um Willy Brandt

Alfred König

Der Tod von Herbert Ernst Karl Frahm, besser bekannt unter seinem Pseudonym Willy Brandt, hat eines ganz deutlich ans Licht der Öffentlichkeit gebracht: Die etablierten Parteien unterscheidet so gut wie nichts voneinander. Hinter den verschiedenen Namen versteckt sich der gleiche Einheitsbrei, der nur in insgesamt winzigen Punkten in der Tagespolitik voneinander entfernt liegt. Das Aufbauschen der angeblich so stark voneinander abweichenden Meinungen ist nichts anderes als Taktik, um den blöden Wähler an sich zu binden.

Daß sich die CDU nur unwesentlich von der SPD unterscheidet, hatte sich bereits 1982, dem Jahr des Regierungswechsels von der SPD zur CDU, gezeigt. Vor der Wende hatte die SPD/FDP-Koalition angefangen, den Bundesbankgewinn zum Abbau der Staatsverschuldung zu verwenden. Begleitet wurde dies von schärfsten Protesten der CDU, die dadurch die Souveränität der Bundesbank gefährdet sah. Nach dem Machtwechsel machte die CDU aber genau das gleiche – nur daß diesmal die SPD gegen das protestierte, was sie wenige Jahre zuvor selber eingeführt hatte.

Was man alles loben kann

An diese, für die derzeitig praktizierte Demokratie so typische Episode mußte man sich zurückerinnert fühlen, als man die Reaktionen der etablierten Parteien und Medien nach dem Tode Willy Brandts sah oder hörte. Sie bewiesen nämlich nichts anderes, als das im ersten Absatz gesagte: Daß die Parteien sich zwar offiziell unterscheiden, intern aber der gleiche Einheitsbrei sind.

Wenn man diese Reaktionen hört, muß man unwillkürlich glauben, mit Brandt wäre der Bewahrer des Vaterlands gestorben, der Mann, ohne den Deutschland niemals in den Kreis der ach so zivilisierten Länder zurückgekehrt wäre, ja, sogar der Mann, dem Deutschland die (Teil-)Wiedervereinigung verdankt.



Der Warschauer Kniefall des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt, der der polnische Öffentlichkeit verschwiegen wurde.

Daß in Wirklichkeit das genaue Gegenteil der Fall ist, daß Brandts Bestreben seit jeher dem Nachteil Deutschlands diente, sagt niemand mehr. Selbst die Leute, die nach Ratifizierung der Ostverträge lautstark über ihn schimpften, überschlugen sich nun vor Lobeshymnen.

In einer halbseitigen Anzeige in den führenden deutschen Tageszeitungen – was alleine zighunderttausende Mark kostete – schreibt der Bundeskanzler: »Mit Willy Brandt verliert die Bundesrepublik Deutschland eine herausragende und prägende Persönlichkeit. Er hat sich stets als deutscher Patriot, Europäer und Weltbürger zugleich verstanden. In diesem Bewußtsein hat er den Kampf gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und als Regierender Bürgermeister im geteilten Berlin gegen das kommunistische Regime geführt.«

Der Mythos und der Widerstand

Die Bezeichnung »Patriot« für Brandt müßte eigentlich dazu führen, daß sich die wenigen echten Patrioten, wie etwa ein Kurt Schumacher, sich nicht nur im Grabe umdreht, sondern sogar rotiert. Denn Willy Brandt war alles andere, nur kein deutscher Patriot.

Doch führen wir uns einige weitere Politiker-Äußerungen über Brandt zu Gemüte. Kohl: »Ich selbst verdanke ihm – vor allem in den letzten Jahren – klugen Rat. Bei der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands konnte ich auf seine Unterstützung zählen.« Weizsäcker: »Neben dem Abschiedsschmerz steht die Dankbarkeit für das Leben von Willy Brandt ... Zusammen mit unzähligen anderen denke ich an seine nimmermüde Menschlichkeit.« Mit ähnlichen Worten anderer, darunter auch vieler angeblich konservativer Politiker setzt sich der ganze Sermon seitenweise fort. Bundestagspräsidentin Süßmuth hatte sogar Tränen in den Augen und brach ihre Stimme mehrfach,als sie vor dem Plenum eine Lobeshymne über Brandt hielt.

Und um bloß nicht den kleinsten Kratzer am Mythos Brandt zu lassen, scheut die etablierte Presse selbst von Geschichtslügen nicht zurück. So schreiben etwa »Bild am Sonntag« und »Der Spiegel« (wie viele andere auch), daß Brandt bereits in den dreißiger Jahren in die SPD eingetreten sei, aus der heraus er dann die Nazis bekämpft hätte.

Die Wahrheit sieht ganz anders aus. Besonders der Hamburger Journalist Joachim Siegerist hat in den vergangenen Jahren mehrere Enthüllungsbücher über Brandt geschrieben, die heute natürlich völlig ignoriert werden. Richtig ist, daß Brandt bereits mit 16 Jahren, also 1930, in die SPD eintrat. Er tat sich damals aber eher als politischer Schläger denn als Demokrat hervor. So sagte etwa der Schulkamerad Brandts, Fritz Schmidt, über den späteren Friedensnobelpreisträger: »Lange warten mußten wir nicht. Bald kam Herbert Frahm mit seiner wilden Horde. Mit Hallo fielen sie wieder über die beiden Hitlerjungen her, die gerade Feierabend gemacht hatten.«

Der Major der norwegischen Armee

Als die Sozialdemokraten rund um ihren damaligen Vorsitzen-

Bonn

Heuchelei der etablierten Parteien um Willy Brandt

den Julius Leber einen harten Kampf gegen die Nationalsozialisten ausfochten, verriet Brandt seinen Mentor: Im Oktober 1931 schloß er sich nämlich des Lübekker Ortsverbandes der linksextremen »Sozialistischen Arbeiterpartei« (SAP) an. Die »Lübecker Nachrichten« vom 5. März 1972 schrieben hierzu: »Herbert Frahm gehörte dem Vorstand als Leiter der örtlichen Jugendgruppe des Sozialistischen Jugendverbandes (SJV) an.«

In der SAP mischten nicht nur linke Sozialdemokraten mit, sondern auch Personen der sogenannten Großkommunistischen Parteiopposition (KPO), die von der KPD als »Trotzkisten« ausgestoßen worden waren. Im Programm der SAP findet sich unter anderem als Ziel der »Sturz des Kapitalismus« entweder »auf demokratischem Wege« oder in der Form der »proletarischen Diktatur«. Auch verpflichtete sich die SAP in ihrem Programm, die Sowjetunion gegen Aggressionen kapitalistischer Staaten zu unterstützen.

Joachim Siegerist schreibt dazu in seinem Buch »Willy Brandt – das Ende einer Legende«: »Unter den Mitgliedern des ersten SAP-Vorstandes waren drei Persönlichkeiten, die nach 1945 in der sowjetzonalen SED eine führende Rolle spielen sollten: Max Seydewitz, der spätere sächsische Ministerpräsident, Edith Baumann, die langjährige FDJ-Führerin und Lebensgefährtin von SED-Chef Erich Honecker, und Hans Seigewasser, der Ostberliner Staatssekretär für Kirchenfragen. Sie waren die geistigen und politischen Weggefährten des jungen Herbert Frahm.«

Man muß hier einmal klar betonen: Als Willy Brandt 1933 Deutschland verließ, war er nicht etwa Mitglied der SPD, jener aufrechten, kämpferischen und demokratischen Partei, deren Führer und Mitstreiter größtenteils in



Willy Brandt als Bundeskanzler in Moskau. Er hatte schon 1944 für das Abtrennen Ostdeutschlands plädiert.

Deutschland blieben, gegen den Nationalsozialismus kämpften und für diesen Kampf in die Zuchthäuser Hitlers wanderten – Fritz Erler, Kurt Schuhmacher –, sondern Brandt war erklärter Gegner der demokratischen SPD, war fanatischer Gegner der Weimarer Demokratie und propagierte als SAP-Mann mit den Kommunisten die Volksfront.

Brandts Hetze gegen Deutsche

Und das eigentlich Tragische daran: Brandt kann diese Zeit nicht mit jugendlicher Unreife entschuldigen. Er hat seine Taten von damals auch niemals bedauert oder gar revidiert. Im Gegenteil. Fast vierzig Jahre später, am 9. Dezember 1971, bekannte Brandt anläßlich der Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo auf einer Pressekonferenz bei der Erläuterung seines politischen Lebenswerkes: »Ich glaube, meine grundlegenden Überzeugungen haben sich nicht geändert.«

Als Brandt dann im norwegischen »Exil« weilte, sah er seinen Hauptsinn darin, Hetzbücher gegen Deutschland zu schreiben. Dafür wurde er dann mit dem Rang eines Majors in der norwegischen Armee belohnt.

In seinem Buch »Guerillakrieg«, in dem Siegerist eine »Handlungsanweisung zum Töten« sieht, schreibt Brandt: »Sie (die Nazis) benützen die Zivilisten als Spione ... Wo Personen auftreten, die sich der Okkupationsmacht zur Verfügung stellen, ist es die Aufgabe der Partisanen, mit ihnen abzurechnen. Die Verräter werden schonungslos ausgerottet ... Der Mord an deutschen Soldaten und Gendarmen muß vor dem Hintergrund der deutschen Besatzungspolitik gesehen werden, die in Polen betrieben wird.«

In der SPD-Zeitschrift »Neue Front«, die 1936 in Paris erschien, gab Brandt folgendes von sich: »Seit dem Bestehen der Sowjetunion war es für alle Revolutionäre eindeutig klar, daß der Sowjetstaat sich mit allen Kräften verteidigen und dort, wo erforderlich, den revolutionären Krieg führen müsse. Für die Proletarier der kapitalistischen Welt ergab sich die unbedingte Pflicht zum Schutz des Sowjetstaates, im Kriegsfalle durch Lenkung ihres ganzen Kampfes gegen den Kriegsapparat der kapitalistischen Mächte.«

Während des Spanischen Bürgerkriegs schrieb Brandt in einem Flugblatt: »Ein Jahr lang schon tobt der revolutionäre Krieg in Spanien. Ein Jahr lang sind wir Zeugen dieses größten Ereignisses in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung seit der großen russischen Revolution ... Um die revolutionären Errungenschaften zu retten, bedarf es im Rahmen breiter Aktionseinheit einer Sammlung der bewußt sozialistischen Kräfte aus den sozialisitischen, kommunistischen, anarchistischen und unabhängigen Lager in einem festen Schutz- und Trutzbündnis ... Die Aufgaben der bürgerlichen Revolution sind zum Teil im ersten Ansturm gelöst worden. Ein reinigender Sturm hat die Kirchen und Klöster gesäubert.«

Der reinigende Sturm sah so aus, daß tausende Priester und Nonnen von den linken Horden getötet wurden!

Brandts Haltung zu Ostdeutschland

Wie sehr Brandt »Patriot« war, ergibt sich aus folgendem: In einer Broschüre der Landsmannschaft Ostpreußen heißt es wörtlich: »Es muß einfach abgeklärt werden, ob der Mann, der von 1969 bis 1974 Bundeskanzler und heute noch Vorsitzender einer der beiden großen deutschen Volksparteien ist, tatsächlich 1944 als erster deutscher Politiker noch vor Kriegsende die Abtretung unserer Heimat Ostpreußen an Polen vorgeschlagen hat.

Unzweifelhaft echte Dokumente aus dem amerikanischen Nationalarchiv sagen das aus. In verschiedenen Schreiben an Außenminister Cordell Hull berichtet der amerikanische Gesandte in Stockholm, Hershel V. Johnson, von mündlichen und schriftlichen Meinungsäußerungen des damals in Schweden lebenden Willy Brandt. In seiner Nachricht Nr. 4027 von 2. September 1944 berichtet er, daß sich ein Mitglied des Gesandtschaftsstabes mit Brandt über die Probleme der Ostgrenze Deutschlands nach dem Krieg unterhalten habe. Der deutsche Sozialdemokrat habe vorgeschlagen, den größten Teil Ostpreußens mit seiner Hauptstadt Königsberg an Polen abzutreten. Der offizielle Gesandtschaftsbericht fährt wörtlich fort:

›Brandt fügte hinzu, in einem solchen Fall solle ein vollständiger Austausch von Bevölkerungen in den betreffenden Gebieten stattfinden. Dies ist nach Auffassung der Gesandtschaft ein nicht unvernünftiger Vorschlag, der von einem Deutschen kommt.‹«

Die linke schwedische (Gewerkschafts-)Zeitung »Aftonbladet« schrieb am 14. Dezember 1966 auf Seite 1, daß die schwedische Sicherheitspolizei Brandt bis 1966, als er schon deutscher Außenminister war, in ihren Regi-

stern als der »Ostblockspionage verdächtig« führte. Wörtlich heißt es hierzu:

Der »Ostblockspionage verdächtig«

»Heute ist der westdeutsche sozialdemokratische Führer Willy Brandt westdeutscher Außenminister. Es muß für die Sicherheitspolitik so etwas wie ein Schock gewesen sein. In ihrer Geheimliste befindet sich nämlich ein umfangreiches Material über Willy Brandt. Er gilt als der Ostspionage erheblich verdächtig. Viele der Dokumente über Brandt (der unter seinem ursprünglichen Namen Karl Frahm geführt wird) stammen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs, als die schwedische Sicherheitspolizei mit der deutschen Gestapo Unterlagen austauschte. Aber das Bemerkenswerte ist, daß die schwedische Sicherheitspolizei noch nach dem Krieg bis zum heutigen Tag auch weiterhin Material über Willy Brandt gesammelt hat – unter der Nachforschungsrubrik ›Ostblockspionage‹.«

Und so ist es dann nur folgerichtig, daß Brandts Politik als Bundeskanzler immer pro östlich und antideutsch angelegt war. Man siehe nur die Ostverträge, die er kurz nach seinem Amtsantritt in unglaublich kurzer Zeit durchpeitschte und die den Beginn der deutschen Verzichtpolitik auf ein Drittel urdeutschen Landes darstellte. Unvergeßlich die Worte Bahrs (sinngemäß): Das deutsche Volk war noch nicht bereit, um die ganze Wahrheit zu erfahren.

Unvergeßlich der 7. Dezember 1970, einer der schmachvollsten Tage deutscher Nachkriegsgeschichte. In einer angeblich spontanen, wahrscheinlich aber sorgfältig eingeplanten Aktion kniete Brandt als damaliger Bundeskanzler vor dem Ehrenmal für den Warschauer Ghettoaufstand 1943, ließ sich Frahm theatralisch auf die Knie fallen und bat damit symbolisch um Verzeihung für das »unendliche Leiden, daß der Nationalsozialismus den Juden und den Polen angetan« habe.

Kein Wort davon, daß in Polen stets selber ein starker Antisemitismus herrschte oder von dem polnischen Todeslager Lamsdorf, in dem zigtausende Deutsche von den Polen nach dem Krieg bestialisch umgebracht wurden.

Wie eingangs erwähnt, wird Willy Brandt jetzt in den Lobhudeleien über ihn auch immer als ein Mann bezeichnet, ohne den die deutsche (Teil-)Wiedervereinigung überhaupt nicht möglich gewesen wäre. Auch dort offenbart sich wieder ein seltsames Erinnerungsvermögen! Sehen wir uns dies doch mal etwas genauer an.

Die zwei Zungen des Herrn Brandt

Vor 1969: »Die Bundesrepublik kann und darf ein Teildiktat nicht anerkennen, ohne die Verfassung zu brechen. Wir sind uns darüber mit unseren Verbündeten einig, die ebenfalls die Wiedervereinigung zum Ziele ihrer Politik gemacht haben.« (Vor dem Bundestag am 18. August 1961)

Nach 1969: »Ich muß gestehen, daß ich aufgehört habe, über Wiedervereinigung zu sprechen.« (Interview in »US News and World Report«, Dezember 1969)

Vor 1969: »Von uns die Zustimmung zur deutschen Teilung zu verlangen, ist die Erwartung, daß wir uns ehrlos machen. Wer dazu seine Hand reicht, gehört nicht zu uns.« (In Berlin am 17. Juni 1961)
Nach 1969: »Wir haben die Einheit verloren – und es gibt bestimmt keinen Weg zurück.« (Im Fernsehen vor der Abreise nach Erfurt am 18. März 1970)

»Der Wolf hat Kreide gefressen«

Vor 1969: »Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg – das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern – niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden ... Der Wiedervereinigung gilt unsere ganze Leidenschaft.« (Zum Schlesiertreffen im Juni 1963)

AKTUELL! BRISANT! EXKLUSIV!

Neuerscheinung der Reihe HINTERGRUND-Publikationen
aus dem INSIDE Verlag Lothar Buchecker Otto Komander GdbR:
Graue Liste 6/A: OKKULTE MAFIA DM 60,–
Teil 1: »P-2«-Connection in Italien
Insider-Dossier mit exklusiven Hintergrundinformationen über die italienische »P-2«-Logenprominenz und ihre Verbündeten in Vatikan und Mafia (Andreotti – Benelli – Berlusconi – Calvi – Casaroli – Cossiga – Craxi – De Benedetti – Fanfani – Gelli – Marcinkus – Ortolani – Paul VI. – Pertini – Sindona – Viktor Emmanuel von Savoyen u. v. a.).
Teil 2 (»P-2«-Connection international) erscheint zu einem späteren Zeitpunkt.

MEHR LICHT!

Das Magazin des Hintergrundwissens aus Politik, Hochfinanz und Geheimgesellschaften.

MEHR LICHT! erscheint in unregelmäßigen Abständen. Anfang 1993 beginnt die 5. Bezugsperiode. Die Abonnementsgebühr für eine Bezugsperiode (6 Ausgaben) beträgt DM 50,– inkl. Porto, die Einzelausgabe kostet DM 10,– inkl. Porto.

BESTELLSCHEIN

Stück	Titel	Preis/DM
☐	GL 1: Freimaurerei in Deutschland	30,–
☐	GL 2/A: Weltfreimaurerei (Teil 1)	40,–
☐	GL 2/B: Weltfreimaurerei (Teil 2)	40,–
☐	GL 3/A: Signale der Insider	20,–
☐	GL 3/B: Signale der Insider (Ergänzungsband)	20,–
☐	GL 4/A: Rosenkreuz und Flammender Stern I	20,–
☐	GL 4/B: Rosenkreuz und Flammender Stern II	30,–
☐	GL 5/A: Rotarier in Deutschland	30,–
☐	GL 5/B: Rotarier in Deutschland (Ergänzungsband)	30,–
☐	GL 6/A: Okkulte Mafia (Teil 1)	60,–
☐	Dossier: Das Weltstaat-Kartell	30,–
☐	MEHR LICHT! Sammelband I (1986/1987)	60,–
☐	MEHR LICHT! Sammelband II (1987/1989)	60,–
☐	MEHR LICHT! Sammelband III (1990/1991)	60,–
☐	MEHR LICHT! Sammelband IV (1992)	40,–
☐	MEHR LICHT! Abonnement (5. Bezugsperiode 1993)	50,–

NEU!

Bei gleichzeitiger Bestellung der, »MEHR LICHT« -Sammelbände I, II, III und IV beträgt der Gesamtpreis nur DM 180,– (statt 220,– DM)!

Zur Vorbestellung bieten wir an:

Stück	Titel	Preis/DM
☐	GL 6/A: Okkulte Mafia (Teil 2)	60,–
☐	GL 6/B: Okkulte Mafia (Ergänzungsband)	40,–
☐	GL 7: Lions in Deutschland	50,–

Die Erscheinungstermine der Vorbestelltitel sind noch unbestimmt.

Sämtliche Werke erscheinen als **Broschüren im Format DIN A4** und können auch über den Buchhandel bezogen werden.

***** INSIDE Verlag Lothar Buchecker Otto Komander GdbR *****
Postfach 13 · D-8317 Mengkofen
Tel.: (08733) 632 · Fax: (08733) 1458

Die Auslieferung erfolgt nur bei Vorauszahlung (Scheck, Überweisung) oder gegen Nachnahme.
Sparkasse Aiterhofen (BLZ 74250000) 240321141
Postgiro Nürnberg (BLZ 76010085) 308841-856

Bonn

Heuchelei der etablierten Parteien um Willy Brandt

Nach 1969: »Aus der Logik unserer Politik folgerte, daß die Unantastbarkeit der Grenzen auch für das Verhältnis zum Osten und auch für die beiden Staaten in Deutschland gelten mußte, die ihre Zuordnung zu den beiden Bündnissystemen gefunden haben.« (Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 1971 in Oslo)

»Und eine Provokation ist es, uns für dumm verkaufen zu wollen. Seine Teilung als Volk besiegeln, die Wiedervereinigung aufgeben und West-Berlin zur vogelfreien Stadt machen zu lassen, dazu kann sich und dazu wird sich niemand hergeben, der ein freiheitsliebender Deutscher sein will. Wie werden uns nicht selbst ins Gesicht schlagen und die Menschen abschreiben, die das Pech hatten, am Ende des Krieges in Chemnitz, Dresden, Magdeburg oder Leipzig zu wohnen. Dazu wird mich und dazu wird uns keine Macht bewegen können.« (In Berlin am 17. Juni 1961)

»Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, in diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war. Wir haben den Mut, ein neues Blatt in der Geschichte aufzuschlagen.« (In Brandts Fernsehansprache aus Moskau vom 12. August 1970)

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Brandt immer das sagte, was zu dem jeweiligen Zeitpunkt opportun erschien. Man kann auch sagen »Der Wolf hat Kreide gefressen.« Lassen Sie uns zum Schluß dieses Artikels einige Passagen aus Brandts wohl größtem Skandalbuch, dem 1946 in Oslo erschienenen »Verbrecher und andere Deutsche«, zitieren (entnommen aus dem Buch von Joachim Siegerist »Verbrecher und andere Deutsche – Das Skandal-Buch Willy-Brandts«):

»Ich habe niemals eine Begeisterung für Todesurteile aufarbeiten können. Aber so, wie die Welt, in der wir nun einmal lebten, war, rechnete ich damit, daß es notwendig werden würde, eine ganz große Anzahl wertloser nationalsozialisitischer Leben auszumerzen.«

Die Seifenfabriken des Herrn Brandt

»Rudenkow (der Hauptankläger der Sowjetunion beim Nürnberger Gerichtshof; die Redaktion) sprach im Namen von Millionen von unschuldigen Opfern, die von dem faschistischen Terror getroffen worden waren. Er sagte, daß den Angeklagten eine vollständige und genaue Rechenschaft präsentiert werde, mit Gedanken auf die Erhaltung des Weltfriedens, mit Gedanken an die Zukunft und die Sicherheit der Völker. ›Dies ist die Rechenschaft der ganzen Menschheit, eine Rechenschaft, die dem Willen und dem Gewissen der freiheitsliebenden Nationen entspringt. Möge die Gerechtigkeit zur Genüge stattfinden ...‹ Nur schade, daß Hitler, Himmler und Goebbels Gelegenheit erhalten hatten, sich selbst zu richten.«

»Man sah eine Aufnahme von dem Orchester in einem der Konzentrationslager, das den ›Todestango‹ spielen mußte, während die ›Liquidierung‹ vor sich ging. Bilder von Maschinen, die man benutzte, um die Gebeine von 250000 Menschen zu zermahlen. Seifenfabriken in Danzig ... Nein, es war keine propagandistische Übertreibung. Es gab ein chemisches Institut in Danzig. Und dieses Institut wurde von einem Professor Spander geleitet, der die Anleitungen zur Produktion von Kernseife und Grünseife mit Menschenfett als Rohmaterial ausarbeitete. Prüfstücke von dem fertigen Produkt wurden in die Sammlung des Beweismaterials des Gerichts aufgenommen. Mit der kommerziellen Ausnutzung von Menschenhaut war man noch nicht so weit gekommen. Dort befand man sich noch im Versuchsstadium.«

»Und dann gibt es Leute, die es unrichtig finden, daß in der Sowjetunion ein starker Haß und ein starker Drang nach Rache aufgeflammt ist. Kann man sich darüber wundern, daß die Russen Vergeltung übten, für das, was sie empfangen hatten.«

»Die Alliierten müssen mit Nürnberg und den anderen Kriegsverbrechern fertig werden. Die Deutschen müssen die ausstehende Säuberung so gründlich wie möglich durchführen. Sie müssen mit den Schuldigen abrechnen und gleichzeitig zu einer richtigen Erkenntnis des Verantwortungsproblems kommen.«

Das Material für die Umschulung

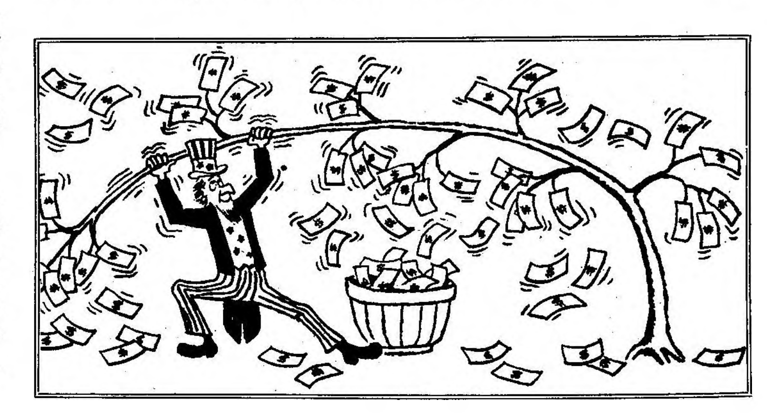
»Durch die schauerlich und sorgfältige Dokumentation in Nürnberg ist ein umfangreiches Material für die ›Umschulung‹ zurechtgelegt worden. Jetzt geht es darum, das Material auf die richtige Art und Weise zu benutzen.«
»Das, was in Potsdam geschah, war, daß die westlichen Alliierten im Prinzip die Forderung akzeptierten, daß Deutschland die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie weggenommen werden sollten. Man wählte die Form, daß Polen diese Gebiete bis zu einer endgültigen Entscheidung, die in einer Friedenskonferenz getroffen werden sollte, administrieren sollte. In der Realität bedeutete das, daß die bereits angefangene Polnisierung östlich der Oder weitergehen konnte. Die Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung von annähernd zehn Millionen ... wurde auch akzeptiert.

Man sollte möglichst wissen, wie die endgültigen Grenzen auf einer Friedenskonferenz festgesetzt werden. Es gibt die, die meinen, daß die Oder-Neiße-Linie nicht das letzte Wort in dieser Sache ist, und das Deutschland vielleicht einige Teile der Gebiete zurückbekommt, die jetzt unter polnischer Verwaltung stehen. Es besteht kein Zweifel, daß es starke, nicht zuletzt wirtschaftliche Argumente für eine solche Modifikation gibt. Die planmäßige Polnisierung, die bereits stattgefunden hat, deutet allerdings darauf hin, daß ›neue Fakten‹ mit einem dauerhafteren Charakter geschaffen werden. Die Westmächte sagten in Potsdam, daß sie die Oder-Neiße-Linie als eine vorläufige Ordnung betrachteten, aber andererseits stimmten sie der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung zu, einer Maßnahme, die sinnlos gewesen wäre, wenn es sich nur um eine vorläufige Lösung handeln würde.«

Ein Kommentar ist überflüssig

»Aber Geschmeidigkeit ist vielleicht nicht seine (Kurt Schumacher; die Redaktion) stärkste Seite. Seine außenpolitische Orientierung schien ziemlich einseitig zu sein. Seine Haltung in der Einheitsfrage (zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der SED) ›wirkte negativ‹...

Diese Partei (die KPD, die Redaktion) nahm im Gegensatz zu früher eine positive Haltung zur Demokratie und zum Parlamentarismus ein ... Die Kommunisten traten, wie gesagt, mit einem demokratischen Programm hervor ... Auf dem wirtschaftlichen Gebiet waren die Vorschläge der Kommunisten nicht weitgehend. Sie waren im allgemeinen praktisch ... Wo es um Arbeitsprogramme ging, fand sich in Wirklichkeit kein großer Unterschied zwischen den beiden Arbeiterparteien (KPD und SPD) ... Man kann sich deshalb fragen, warum sie nicht zusammengingen.«
Diese Äußerungen brauchen nicht kommentiert zu werden; sie sprechen für sich. Brandt hatte als Bundeskanzler einmal erklärt: »Ich kann zu dem stehen, was ich früher gesagt und geschrieben habe.« □



Ärzte für das Leben

Claus v. Aderkas

Ärztliche Tätigkeit und ärztlicher Berufsauftrag sind in der Berufsordnung für Ärzte festgelegt: Das Leben zu erhalten, die Gesundheit zu schützen und wiederherzustellen, und keine Vorschriften oder Anweisungen zu beachten, die mit seiner Aufgabe nicht vereinbar sind oder deren Befolgung er nicht verantworten kann.

Die Legitimation für diesen Auftrag leiten Ärzte aus der Fortschreibung des hippokratischen Eides in der Fassung des Genfer Gelöbnisses ab. Dort steht: »Ich werde jedem Menschen von der Empfängnis an Ehrfurcht entgegenbringen und selbst unter Bedrohung meine ärztliche Kunst nicht in Widerspruch zu den Geboten der Menschlichkeit anwenden.«

Fehlentwicklungen werden oft nicht erkannt

In unserer Zeit, in der nur noch indifferente »Werte« zur Leitlinie allgemeinen und auch ärztlichen Tuns propagiert werden, versuchen die Ärzte in einem Balanceakt, einerseits gesellschaftlichen Forderungen und Erwartungen nachzukommen und gleichzeitig andererseits bindenden Grundsätzen ihres Berufes nicht zu widersprechen.

Die zeitgeistbestimmte allgemeine Neigung ist, nach eigenen Handlungsmaßstäben zu leben. Die Alltags-Ethik hält das für richtig, was alle (oder die meisten) tun. Die Devise ist: »Anpassung an Strömungen und Gruppierungen«, vor allem dann, wenn sie sich vermeintlich politisch-fortschrittlich gebärden. Das Ergebnis: Ein individualistisch-hedonistisches Lebenskonzept in einem Neuen Gesellschaftsbewußtsein.

»In Gewissensfragen (Ethos) hat das Mehrheitsprinzip keinen Platz.« (Mahatma Ghandi)

Eine relativierte Ethik führt dazu, daß selbst Gesetze dem (manipulierten) Willen und dem verwandelten Verhalten der Mehrheit angepaßt werden. Es bedarf keiner prophetischen Gaben, um die Folgen dieser ins Chaos führende Entwicklung vorauszusehen. Leider lehrt die Geschichte, daß Fehlentwicklungen sehr oft im Ansatz nicht erkannt, bagatellisiert, mitunter sogar positiv bewertet werden. Die Bedrohlichkeit dieser relativierten Ethik ist zudem deshalb schwer zu erkennen, weil sie sich für viele kaum merkbar in das allgemeine Verhalten eingeschlichen hat. Langsam vorgehende Veränderungen führen durch Anpassung und Gewöhnung schließlich zu ihrer Annahme; was nicht geschähe, wenn sie in einem Schritt erfolgen würden. Das »Gewissen« aber verliert seine Beurteilungsfähigkeit, wenn es dauernd verletzt wird und wenn wir nicht bereit sind, es dauernd zu schärfen.

Auswirkungen auf die ärztliche Tätigkeit

Die ärztliche Tätigkeit ist vielen Einflüssen und Einwirkungen der Gesellschaft ausgesetzt. Die Tatsache, daß die relative Ethik keine absoluten Grundwerte anerkennt, ja selbst die Existenz absoluter Werte an sich bezweifelt, führt dazu, daß gegenwärtig vielfach ärztliches Handeln weder mit dem Dekalog, noch dem Grundgesetz, noch dem Genfer Gelöbnis übereinstimmt.
Das fragwürdige und wechselnde »Moralgefühl« der »Öffentlichkeit« wird zur Rechtsnorm erhoben. Vergessen ist, daß der Mensch eher an Grundwahrheiten erinnert, als belehrt werden muß.

»Wer sich mit dem Zeitgeist verheiratet, wird bald Witwe.« (S. Kierkegaard)

Grundwahrheiten können aber nicht zur Disposition stehen, sie sind keine Handelsware. Den Ausverkauf der Ethik verdeutlicht die Äußerung des »Vaters« des ersten Retortenkindes, Edwards: »Manchmal muß sich die Ethik der gesellschaftlichen Entwicklung und dem technischen Fortschritt anpassen.«

Die Probleme der Gentechnologie

Weltweit sind Genforscher dem Code des Lebens auf der Spur, in 10 – 15 Jahren wird ein kompletter Gen-Atlas erwartet, für einige Krankheiten wurden Gendefekte identifiziert, um entsprechende Tests beziehungsweise therapeutische Ansätze zu finden.

Aber therapeutische und diagnostische Innovationen sind für die Genanalyse ein gefährlicher januskÖpfiger »Erfolg«:

Berichte aus den USA und selbst aus unserem Land besagen, daß in einigen Betrieben Gentestuntersuchungen über besondere Verhaltensweisen (Aggressivität) oder Krankheitsanfälligkeiten von Mitarbeitern durchgeführt wurden. Schon ist es traurige Realität, daß Versicherungen sich weigern, Krankheitskosten für erbkranke Kinder zu übernehmen. Der Verlust des Versicherungsschutzes wird angedroht, wenn Mütter und Väter einer Abtreibung nicht zustimmen. Die Frage muß erlaubt sein, ob sich die Gesellschaft auf diese Art vor Kranken schützen will, anstatt die Menschen vor Krankheit? Die Horror-Vision A. Huxleys ist schon heute sichtbar: Der Mensch als Maß aller Dinge macht Menschen nach Maß! Aber nach wessen Maß!?
Der von G. v. Böhm recherchierte Fernsehfilm » K U 1« (Künstlicher Uterus), ARD 1. April 1992, zeigte den öffentlich zugänglichen Stand der Forschung. Was mag sich erst in den verschlossenen Laboratorien abspielen?! Zwar gilt die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit noch als konservative Industrienation, was den Embryonenschutz und die Genforschung anbelangt. Wie lange noch? Wenn zur Zeit unsere Grenzen noch einen gewissen Schutz bieten, wird das in einem Europa ohne Grenzen wohl kaum noch möglich sein.

Immer stärker ausgeprägte Defensiv-Medizin

»Wrongful birth« unter diesem Begriff sind Klagen gegen Ärzte geführt worden, die nicht alle zur Zeit relevanten vorgeburtlichen Untersuchungsmethoden ausgeschöpft haben, um so die Geburt eines behinderten Kindes zu vermeiden. Ärzte wurden zur Unterhaltszahlung für das Kind verurteilt. Eine derartige »Recht-Sprechung« führt zu immer stärker ausgeprägter Defensiv-Medizin, die alle zur Verfügung stehenden Ausschlußkriterien für eine kindliche Behinderung zu erfassen sucht. So werden dann auch neben weitgehend gesicherten Untersuchungsmethoden zunehmend Untersuchungsverfahren angeboten, die eine nur geringe Sensitivität und Spezifität aufweisen.

Soll und kann der Arzt hierzu verpflichtet oder gezwungen werden? Schon muß er alle Informationen liefern, damit eine Frau von ihrem »Recht« Gebrauch machen kann, ihr wahrscheinlich oder möglicherweise behindertes Kind frühzeitig abtreiben zu lassen.

Abtreibung ist dann die barmherzige Korrektur des von Gott gemachten Fehlers.

Entmenschlichen wir behinderte und andersbegabte Menschen, was bedeutet dann Menschlichkeit? Höchstes ärztliches Behandlungsziel war lange Zeit, präventiv fetalen Erkrankungen vorzubeugen. Sollte es höchster ärztlicher Auftrag sein, Feten vor einem überzogenen Anspruchsdenken der Umgebung zu schützen? Wer kann sich die Prognose anmaßen, den Grad einer Behinderung des Kindes und der Belastbarkeit einer Familie zu werten?

Das Leben behinderter Kinder verhindern

Die Schwerbehinderten sprechen sich in überwältigender Mehrheit eindeutig für das Le-

Medizin

Ärzte für das Leben

ben, für ihr Weiterleben aus, aber mit unserem Beistand, unserer Hilfe und unserem Verstehen. Nur können wir immer ihren Anblick ertragen? Sind wir bereit zum Mit-Tragen?

Zu befürchten ist, daß aus sogenannten eugenischen oder kindlichen Gründen in Zukunft vermehrt Fetozide vorgenommen werden. Ganz im Sinne der 1981 vom damaligen Bundesminister für Arbeit ausgezeichneten Dissertation des Freiherr von Stakkelberg, in der geschrieben steht: »Angesichts ... des langsameren Wirtschaftswachstums, ... des verengten Spielraumes für soziale Leistungen, ... und in einer Zeit der knapper werdenden Mittel muß überlegt werden, ob es nicht billiger ist, das Leben behinderter Kinder zu verhindern ... Der öffentliche wie auch private Wohlstand steigt, wenn es keine behinderten Kinder mehr gibt.«

Unfähigkeit zum Mit-Leiden hat also nicht nur eine ethische Kategorie, sondern offenbar handfeste wirtschaftliche Gründe.
»Das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit muß im Verkehrsrecht Berücksichtigung finden.« (Verkehrsjuristen-Tagung 1991, Goslar) Frage: »Nur im Straßenverkehr?«

»Notlagenindikation« – »ungewollte Schwangerschaft«

Wird eigentlich auch bedacht – so darf wohl gefragt werden –, daß die »ungewollte Schwangerschaft« nicht selten aufgrund des unbewußten Wunsches der Frau nach fester Partnerschaft (Ehe) eintritt, die Schwangerschaft erst den Konflikt der Lebenspläne der »Partner« offenbart und so zu einer deutlicheren Sicht der Realität führt? Der eventuelle zur »Lösung des Konfliktes« vorprogrammierte Schwangerschaftsabbruch kann aber nur eine symptomatische »Behandlung« eines speziellen Lebensumstandes sein. Die »Beseitigung der Notlage« kann zu neuer seelischer Not führen, die Krankheitsausmaße annehmen kann. Diese wäre vermeidbar, wenn das »Ärztliche Gespräch« wirklich umfassend wäre.

Frauenärzte – Anwälte der Frauen – nehmen wir an, daß sie sich so verstanden wissen wollen, suchen das an sich schändliche Tun der Abtreibung vor sich selbst und der Gesellschaft zu rechtfertigen. Da die meisten das so tun, ein kleiner Teil lebt fast ausschließlich davon, pervertieren sie die Einstellung zum Töten dahingehend, daß gut ist, wer der Frau hilft, und den Fetozid vornimmt, und das hartherzig, unmenschlich, frauenverachtend jener ist, der diese verwerfliche Ansinnen verweigert.

Im Widerspruch zur noch bestehenden Berufsordnung für Ärzte entschied das Bundesverwaltungsgericht in einem Grundsatzurteil (AZ. 8 C 26, 90): Kliniken dürfen bei der Einstellung von Ärzten die Bereitschaft der Mediziner voraussetzen, legale Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen.

Professor Schneider, Medizinische Hochschule Hannover: »Der Krankenhausarzt ist unter den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, Abtreibungen vorzunehmen.«

Die Delegierten der Hessischen Ärztekammer wollen in einem »Gleichstellungsantrag«, daß abbrechenden, sprich tötungswilligen, und lebenserhaltenden Ärzten die gleiche moralische Stellung zuzusprechen ist.

So werden nicht wenige Ärzte entgegen klarer Handlungsanweisung übergeordneter Gesetze aus Unkenntnis oder falschverstandenem Mitleid als Erfüllungsgehilfen zum Töten mißbraucht.

Es ist leidvolle Wirklichkeit, daß einerseits Gesetze (einschließlich des Grundgesetzes) vielfältig mißachtet werden, andererseits aber Gesetze, die dem Zeitgeist entsprechen, Zustimmung erfahren und befolgt werden.

Die Abtreibungspille RU 486

Ihre Erprobung und spätere Einführung wird unser Gewissen weiter abstumpfen. Wieder werden wir mit der Salamitaktik, sprich einschleichende Gewöhnung, besänftigt. »Schonendere Methode«, »nebenwirkungsfreiere Anwendung« sind die Nebelkerzen, die zu einer Privatisierung der Abtreibung verhelfen und eine weitere Absenkung der Hemmschwelle für Tötungsdelikte sorgen. Auftakt einer Tötungsspirale ohne Ende?

Dieses und ähnliche Präparate werden bald zur Selbstbedienung einladen, auch wenn das jetzt noch bestritten wird. Die einzigen Gewinner werden die Pharma-Industrie, die Verkäufer dieser Präparate und ein Heer von »Seelen-Behandlern« für die »Spätfolgen« sein.

Und die Gesellschaft? Sie wird noch weniger mit dem Problem des Schwangerschaftsabbruches zu tun haben, als bisher.

Professor Tröndle: »Der eigenverantwortliche Gewissensentscheid bringt eine Schwangere sogar noch um ihr Grundrecht nach Artikel 6, Absatz 4 Grundgesetz (Schutz und Fürsorge der Gemeinschaft). Man sollte sich darüber Gedanken machen, ob hier nicht eine Minderheit feministisch gesonnener Frauen mit einer Mehrheit der Männer im Bunde ist, auf Kosten der im Stich gelassenen Frauen und der ungeborenen Kindern.«

Und den meisten Christen fällt dazu kaum noch etwas anderes ein, als daß sie sich auf die bequeme Formel zurückziehen: »Ich selbst würde so etwas nie tun, aber ich respektiere und toleriere das Recht auf freie Entscheidung.« Leider besteht das Christsein ohnehin bei vielen Menschen nur noch in einem christlichen Gedankenspiel.
Unser Schweigen wird zur Schuld, wenn sich auf Recht und Gesetz berufenden Politikern, Interessenvertretern und Feministinnen gestattet wird, die zeitgeistige Verwirrung und Verführung eines Großteils unserer Mitbürger weiter zu betreiben. Im Zusammenhang mit der zu erwartenden Einführung von RU 486 in Verbindung mit der Fristenlösung ist die Frage zu stellen: Wird es überhaupt noch Schutzmaßnahmen geben, die eine Frau und das Kind vor einem Schwangerschaftsabbruch bewahren können?

Viele unserer Probleme bleiben ungelöst, weil wir die Lösungen fürchten.

Die Ideologie der Selbstverwirklichung

Hier droht eine analoge Entwicklung: »Einhaltung eines Grundrechts auf Selbstbestimmung«, dieses soviel bemühte Wort der relativen Ethik wird mißbraucht auf dem Wege von der passiven (oder indirekten) zur aktiven (oder direkten) Sterbe- »Hilfe«. Die Überbewertung des Selbstbestimmungsrechts führt zur Fremdbestimmung mit der Konsequenz, daß aus dem »Recht auf Leben« eine »Pflicht zum Sterben« wird. Verformung des gesellschaftlichen Verhaltens führt durch Gewöhnung und Anpassung zum »Neuen Verständnis« von Selbstbestimmung, dabei hilfreich zur Seite steht die zur Ideologie erhobene Selbstverwirklichung.

Warum sollte nicht bald die Forderung nach »freiwilliger Entscheidung«, frühzeitg aus dem Leben zu scheiden, Zwang ausüben, in einer Gesellschaft, in der kaum noch Bereitschaft besteht, »Leidensdruck« zu ertragen, in der »tödliches Mitleid« praktiziert wird, in der die wachsende Zahl betagter Menschen eine optimale Betreuung erschwert.

Sollen die Worte in der Eröffnungsansprache des Europäischen Bevölkerungskongresses (Straßburg, 1966) Wirklichkeit werden?
»... die endogene Sterblichkeit ..., ... wird erhebliche Mittel fordern, die man nicht allen bieten kann, und man wird dann diejenigen auszuwählen haben, die man sterben lassen muß ... Der Tod von morgen wird ein soziales Problem sein, für das wir noch Gesetze finden müssen. Auch das ist gelenkte Sterblichkeit.«

Schon wird über gesetzliche Regelungen in allen europäischen Parlamenten nachgedacht. Der Antrag des Europarlamentes an die Deutsche Bundesärztekammer, daß jeder Arzt verpflichtet werden soll, dem Wunsch des Patienten auf aktive Sterbe-»Hilfe« nachzukommen, konnte im Juni 1991 noch einmal zurückgewiesen werden.

»Noch etwas anderes ist klar: Der Mensch ist sterblich. Man kann jedoch die Köpfe zählen, die daraus die letzten Schlüsse gezogen haben.« (A. Camus)

Sterben – ein Teil des Lebens

Leben und Sterben gehören zusammen. Sterben ist der Grenzbereich zwischen Leben und Tod, er kann seelisch, geistig und sozial vor dem körperlichen Sterben beginnen. Es fehlen zuverlässige Erkennungskriterien, wann das Sterben beginnt und die Zeit des Heilens endet.

Wir haben verlernt, mit dem personalen Tod zu leben. Anstatt Sterbe-Begleitung im Sinne der Lebenshilfe für den letzten Lebensabschnitt zu leisten, werden die meisten Menschen in ein Krankenhaus oder ein Heim »überstellt«. So wird der Tod aus dem Gesichtsfeld der Öffentlichkeit und der Familie verbannt. In einer diesseits orientierten Gesellschaft, die die Lösung aller Probleme vom Fortschritt der Wissenschaft und Technik erwartet, führt diese »Verdrängung« dazu, daß auch das »Problem Tod« und das »Problem Leiden« auf diese Art zu lösen sind. Damit geht das Lernen einer sinnvollen Lebensgestaltung für die Lebenden verloren, ein Grund für die Vereinsamung und Hoffnungslosigkeit der Betagten und Sterbenden.

Als Ersatz einer Betreuung durch Familie und Nachbarschaft werden professionelle Helfer tätig, die die Last der alleingelassenen, pflegebedürftigen Menschen in die Überforderung treibt:

Als ein Ausweg aus physischer und psychischer Überlastung bleibt für die Mehrheit der Pflegenden als Selbstschutzmaßnahme oft eine gewisse distanzierte Empathie, andere opfern sich fast bis zur Selbstaufgabe, und einem kleinen Teil versagt das Gewissen, indem sie aus »Mitleid« töten.

Mit dem Sterben leben – mit dem Sterbenden leben

Die Hospizbewegung sucht seit einigen Jahren einen menschenwürdigen Weg aus der bedrückenden Situation zu weisen. Das Konzept beeinhaltet, nicht nur ein Haus zu bieten, sondern vielmehr den Bedürfnissen des Sterbenden nachzukommen, nicht alleingelassen zu werden, nicht unter Schmerzen sterben zu müssen, letzte Dinge regeln zu können, die Sinnfrage des Lebens und Todes zu klären.

Hauptberufliche und ehrenamtliche Helfer arbeiten gemeinsam. Solange die Finanzierung möglich sein kann, sind Hospize durchaus eine Alternative. Allerdings erreichen uns Berichte aus den USA, wonach die Pflegesätze durch die Versicherungen so knapp bemessen sind, daß ausreichendes Pflegepersonal nicht mehr zur Verfügung steht. Es kann zur Verwahrlosung der Untergebrachten kommen, die in etlichen Fällen durch Verhungern zum Tode geführt haben soll. Wachsamkeit ist auch bei uns geboten, damit nicht diese Orte zu Einrichtungen aktiver, direkter Sterbe-»Hilfe« werden.

»Omega« und andere Organisationen verfolgen ähnliche Ziele wie die Hospizbewegung, und haben sich die Aufgabe gestellt, ambulante Begleitung beim Sterben durch Besuche in der Wohnung und der vertrauten Umgebung zu leisten. Berufliche und ehrenamtliche Helfer stehen zur Verfügung.

Die Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben sieht dagegen als ihre Hauptaufgabe nicht die Begleitung beim Sterben an, sondern vielmehr eine erweiterte passive Sterbe-»Hilfe« bis hin zur Tötung auf Verlangen (oberstes Gebot: Selbstbestimmung).

Von dieser Gesellschaft wird Hilfe beim Sterben zunehmend in Hilfe zum Sterben uminterpretiert. Humanes Sterben ist für sie, den Zeitpunkt des Todes selbst bestimmen zu können. Dabei schreckt sie nicht vor einer Sterbe-Nach-Hilfe zurück. Vor derartigen Bestrebungen ist dringend zu warnen. Ärzte sollen ihr Mittun versagen. Der Arzt kann nur mit seinem auf absolute Ethik gegründeten Gewissen entscheiden, wann der Tod am Ende therapeutischer Bemühungen zuzulassen ist, um nicht als behandlungsbesessener Therapeut verkannt zu werden.

Die Organspende ist neuerlich in die Diskussion gekommen. Der Gesetzgeber denkt darüber nach, das bestehende Recht, Organe nach dem eigenen Ableben oder sogar zu Lebzeiten weiterzugeben, in eine Verpflichtung zur Organ-»Spende« umzuwandeln. Derjenige, der keine Weigerungserklärung bei sich trägt, soll automatisch als Organ-»Spender« betrachtet werden können. Damit würde, überspitzt ausgedrückt, der Mensch zum Ersatzteillager degradiert werden. Auch wenn der Gesetzgeber, das heißt die vom Bürger auf Zeit gewählten Volksvertreter, dieser drastischen Darstellung widersprechen wird, so darf doch die Gefahr einer zunehmenden Kommerzialisierung des Organhandels nicht übersehen werden.

Der Mensch als Ersatzteillager

Besonders betroffen wären Spätaborte und junge Unfalltote. Wäre es abwegig, sich vorzustellen, daß Menschen in finanzieller Notlage ihre Organe vermarkten?

An die leukämiekranke junge Frau aus den USA ist zu erinnern, die dringend einer Knochenmarktransplantation bedurfte, um weiterleben zu können. Die Eltern unterzogen sich einer Refertilisierungsoperation und zeugten ein Kind, das nun als Knochenmark-Lieferant für die kranke Schwester Verwendung findet.

Es fällt keineswegs schwer, sich vorzustellen, daß demnächst Menschen extrakorporal erzeugt werden, um dann eine totipotente Zelle zu teilen, deren eine Hälfte in uterum verbracht wird, während auf die andere Hälfte – kyrokonserviert –, im Bedarfsfalle als Ersatzteillager identischen Genmaterials zurückgegriffen werden kann.

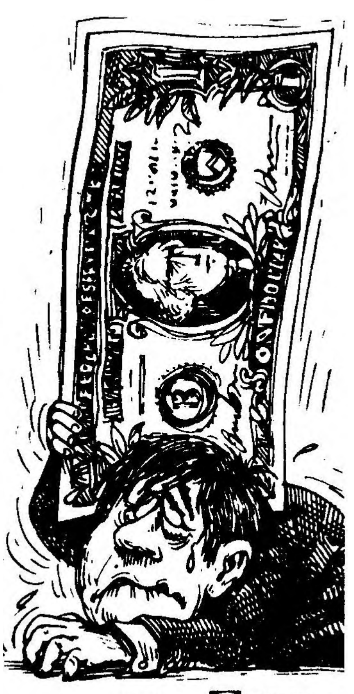
»Mit der Neuregelung der Organspende wird ein Erwartungsdruck derjenigen ausgelöst, die als geeignete Organspender schwerkrank darniederliegen, umso mehr bei Berücksichtigung der neuaufgeflammten Euthanasiedebatte, und zweitens, daß sich im Arztberuf ein Wechsel der Optik vollzieht, daß aus Patienten, deren Wohl dem Arzt erstes Gebot sein soll, potentielle Organspender werden. Das Trennungsgebot von Arzt und Entnahmeteam ist demgegenüber zwar löblich, aber nicht mehr Wert als eine Staumauer aus Styropor.« (Professor Löw)

Keinesfalls soll die Transplantationsmedizin generell diskreditiert werden. Allerdings darf doch an die vielschichtige Verantwortung in diesem so sensiblen Bereich erinnert werden.

Die Medizin – Opfer eigener Leistungsfähigkeit

Sie ist im Teufelskreis medizintechnischer Möglichkeiten gefangen, sodaß ohne Rückbesinnung auf eine absolute Ethik mit unumstößlichen Werten der Sturz in eine Katastrophe vor Augen steht. Die Medizin kann bei weitem mehr als sie dürfte. Innovative Forschung zur Bekämpfung der Not bringt neue Nöte. Ein selbstkritisches Bedenken der eigenen Grenzen wird in Frage gestellt durch die Umkehrung des ehemaligen Leitsatzes: Erste Pflicht ist es, nicht zu schaden (primum nihil nocere) in die defensiv, neu-medizinische Parole: Nur nichts unversäumt lassen.
Der Wahn, das Machbare auch in die Tat umzusetzen, hat zu einer Erwartungshaltung geführt, die durch mannigfache Grenzüberschreitungen zur Lebensbedrohung geworden ist. □

Dr. Claus v. Aderkas ist Vorsitzender des Vereins Ärzte für das Leben, Bahnhofstraße 40, D-4703 Bönen.



Offener Brief

Wer glaubt an die Ehrlichkeit von Politikern

**Herrn Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzleramt
5300 Bonn**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

zwei Völker Europas, die Dänen und die Franzosen, haben in einer Volksbefragung ihrer Meinung zu einem Europa gemäß den Verträgen von Maastricht Ausdruck gegeben. So knapp die einen mit Nein stimmten, so knapp stimmten die anderen mit Ja, wobei das französische Ja durch einen gewaltigen, irreführenden Medieneinsatz erzielt wurde. Das tatsächliche Ergebnis dieser Befragung ist das Offenkundigwerden einer Spaltung im nationalen Konsens, der die frühere Zustimmung zu Europa zu Grabe getragen hat.

Eine Kombination von Kapitalismus und Kommunismus

Ein von Ihnen, Herr Dr. Kohl, und Ihren Hintermännern geplantes Europa mit entmündigten Völkern und einer Esperanto-Währung internationaler Spekulanten, sowie einer superzentralistischen Unterdrückungsbürokratie nach dem Muster der ehemaligen Sowjetunion mit Sitz in Brüssel, ist nichts anderes als eine Kombination von parasitärem Kapitalismus und menschenverachtendem Kommunismus und somit eine Kreation jener Kräfte, die vom Jordan auszogen, für beide Infektionen verantwortlich sind und zu Lasten anderer Völker gewaltige Profite machten.

Sicherlich haben die Völker noch nicht die Pläne gewisser Politiker und den dahinter stehenden Logen, Geheimbünden und One-World-Diktatoren, mit denen die Völker Europas in Fesseln gelegt und anschließend ethnisch vernichtet werden sollen, durchschaut; der beginnende Erkenntnisprozeß ist nicht mehr aufzuhalten.

Jede nationale Eigenständigkeit, jede nationale Kultur – und nur eine solche ist möglich – stellen unüberwindbare Hindernisse für eine politische Unterwelt dar, die mit der Herrschaft des Geldes und des psychischen Terrors alle Völker in ihre Knechtschaft zwingen will. Wie Sie wissen, fehlt es diesen Monstern nicht an salbungsvollen Phrasen von Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Friede, Freiheit, Wohlstand, missionarischem Gehabe und Heuchelei, als sollten sie im Auftrag eines Allmächtigen die Welt beglücken. Für den gesunden Menschenverstand ist es unbegreiflich, mit welch einer Hybris und Menschenverachtung zu Werke gegangen wird, es sei, man erkennt die in diesen Kreisen tiefgreifenden psychischen Defekte als Antrieb ihrer politisch kriminellen Handlungen.

Die willfährigen Vollstrecker sind Deutsche

Blättert man zurück und liest die Erklärungen, die Sie, Herr Dr. Kohl, in bezug auf Deutschland gemacht haben, so wird der derzeitige verworrene Zustand von Land und Volk verständlich. Demnach war es von Anfang an Ihr Ziel, den deutschen Staat und gleichzeitig das deutsche Volk zu demontieren. Die Vernichtungsabsichten sind zwar nicht neu, denn sie wurden bereits in den dreißiger Jahren von unseren Gegnern verkündet. Schon 1941 lautete ein Buchtitel: »Deutschland muß ausgelöscht werden«. Wer konnte aber ahnen, daß die willfährigsten Vollstrecker dieser Forderung Deutsche selbst sein könnten?

Aus dem Jahre 1982 liegen zwei Erklärungen von Ihnen vor. Einmal: »Einen deutschen Nationalstaat im Sinne Bismarcks wird es nicht mehr geben, weil niemand in Ost und West ein so wiedervereinigtes Deutschland mit 80 Millionen Bewohnern will«, und dann sagten Sie noch »Der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen«. Dies war stets der Wunsch rheinischer Separatisten.

Frage: Ist es die Angelegenheit des deutschen Volkes gemäß dem vielgepriesenen Selbstbestimmungsrecht der Völker, sein Dasein zu gestalten oder bestimmen andere Staaten unsere Daseinsform? Eine vorauseilende Unterwerfung ist ehr- und würdelos.

Der organisierte Verrat an Europa

Weiter erklärten Sie 1984: »Die Wiedervereinigung steht nicht auf der Tagesordnung der Geschichte.« Als Sie 1982 das Kanzleramt antraten, leisteten Sie den Eid auf das Grundgesetz. Ihre obige Erklärung steht im krassen Widerspruch zum Verfassungsauftrag, die Einheit in Freiheit herzustellen, eine Verpflichtung, die von der ersten Stunde der Spaltung Deutschlands an auf der Tagesordnung der Geschichte stand. Somit sind bereits in jenen Jahren Ihre wahren politischen Absichten erkennbar geworden.

Der Gedanke einer europäischen Völkergemeinschaft wurde bald nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegriffen, um dem westlichen Teil dieses Kontinents ein politisches Gewicht zwischen den Blöcken in Ost und West zu geben. Es sollte das Europa der Vaterländer sein, eine politische und wirtschaftliche Vereinigung freier Völker als Hüter von Kultur, Sprache, nationaler Werte und Gemeinschaft zur Verteidigung gegen raumfremde Mächte. Dieses hehre Ziel hatte die Fürsprache der Völker Europas.

Wie sich nun zeigt, war dieses Europa nicht nach dem Sinne geheimer internationaler Mächte, denn die Entwicklung ist, wie man sieht, anders gelaufen, als es von den Vätern der Europa-Idee vorgesehen war. Nun begann der organisierte Verrat an Europa.

Da ist einmal die ganz offen betriebene ethnische Zerstörung der Völker Europas durch Überfremdung mittels Einschleusen von Menschen, die der abendländischen Kultur völlig fernstehen. Nicht nur nach Deutschland werden solche Menschen in großer Zahl aus Asien und Afrika herein geholt, ebenso nach Frankreich, Belgien, Holland, Italien, England und den nordischen Ländern entsprechend der Forderung des Gründers der Pan-Europa-Bewegung, Coudenhove-Kalergi, nach einer eurasisch-negroiden Rasse. Welche Verdienste haben Sie hierbei, Herr Dr. Kohl, da Ihnen die Coudenhove-Kalergi-Medaille verleihen worden ist? Der Erfolg dieser Bestrebungen wird in unserem Land von Tag zu Tag deutlicher.

Über die Verfremdung unter dem irreführenden Begriff Asyl sind Sie bestens orientiert, wie Ihrer Erklärung vom August 1986 entnommen werden kann. Sie sagten: »Die Zahl der Asylanten steigt von Monat zu Monat ... Ich bin nicht gewillt, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen ... Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernstgenommen werden, denn die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden.«

In der Sache haben Sie nichts unternommen

Seitdem sind sechs Jahre vergangen und die Verhältnisse mit den sogenannten Asylanten haben unerträgliche Dimensionen angenommen, wobei Sie entgegen Ihrer Erklärung von damals in der Sache nichts unternommen haben. Warum? Haben Sie sich mittlerweile die Forderung Coudenhove-Kalergis zu eigen gemacht?

Sie haben nicht einmal etwas gegen die Förderer der Multikultur beziehungsweise der Multikriminalität in den Reihen Ihrer Partei unternommen, obwohl Sie sonst gegen Andersmeinende oder solche, die im Verdacht stehen, überlegen zu sein, sofort mit dem Daumen nach unten zeigen. Der Gegensatz zwischen Ihrer Erklä-

rung und den erschreckenden Realitäten ist beängstigend und hat jedes Vertrauen zerstört.

Geht man den Dingen weiter nach, so stößt man auf Ihre Äußerung gegenüber Herrn Mitterrand vom Mai 1987, die da lautet: »Ich bin der letzte Kanzler, der sich der Wiedervereinigung entgegenstellt.«

Diese Aussage stimmt mit Ihren früheren bezüglich der Ablehnung der Einheit Deutschlands überein, weshalb es ein Witz der Geschichte ist, Sie als Kanzler der Einheit zu bezeichnen.

Lange Zeit wurde das SED-Regime jährlich mit vielen Milliarden DM aus Bonn gestützt und ein Honecker hofiert, was aber auf Dauer den wirtschaftlichen und politischen Konkurs Pankows zu einem für Bonn zu frühen Zeitpunkt, also vor einem geplanten Maastricht, nicht verhindern konnte; nach einem Maastricht hätte es keine Wiedervereinigung mehr gegeben, da die Teilhaber der Wertegemeinschaft dies verhindert hätten. Und als die Wiedervereinigung entgegen dem Willen Bonns auf die Tagesordnung der Geschichte kam, verstanden Sie es zweifellos geschickt, auf den Zug der Einheit aufzuspringen, aber nicht deshalb, weil Ihnen das Ziel der Wiedervereinigung am Herzen lag, sondern die Wiederwahl ins Kanzleramt.

Der Beweis dafür, daß in Bonn niemand die Wiedervereinigung mit den Brüdern und Schwestern in Mitteldeutschland wollte, ist durch das Fehlen jeglicher Planung und Vorsorge für den Tag X gegeben. Es herrschten nur Konfusion, Irreführung und falsche Versprechungen wie »... Keinem wird es schlechter gehen vielen aber besser«. Erinnern Sie sich noch an Ihre Worte, Herr Dr. Kohl?

Aus dem freudigen Jubel wurden Pfiffe

Was dann mit unseren Landsleuten in Mitteldeutschland, die Jahrzehnte ein Banditenregime zu ertragen hatten, geschah, ist beschämend und kennzeichnend. Aus dem freudigen Jubel sind Pfiffe, Buhrufe und faule Eier geworden und das mit Recht.

In falscher Einschätzung der Lage hat man zur schnellen Überfremdung der mitteldeutschen Bevölkerung den Asylantenstrom verstärkt nach dort gelenkt. Man hatte aber nicht bedacht, daß die dortige Bevölkerung noch hinreichend viel Nationalgefühl im Herzen hat, um sich dieser kriminellen Entwicklung zu erwehren. Nun glimmt ein neuer Hoffnungsfunke in Deutschland.

Im Osten und Westen Europas besinnen sich die Völker auf ihre nationalen Kräfte und wehren sich gegen Bevormundung und Unterdrückung. Die Völker der Sowjetunion haben ihre vom Marxismus auferlegten Ketten gesprengt und ein neues Rußland wird wieder entstehen. Auch die Völker der Sowjetunion sollten durch Überfremdung biologisch ausgehebelt werden und bei genauer Betrachtung waren es dort die gleichen Kräfte, die in Europa am Werke sind.

Das Völkergefängnis Jugoslawien, eine Schöpfung Frankreichs und Englands nach dem Ersten Weltkrieg, ist unter wohlwollender Duldung der Europäischen Gemeinschaft und aktiver Mitwirkung internationaler Logen zum Schlachtfeld geworden nach dem Motto Ihres Freundes Mitterrand, der öffentlich erklärte, man wolle auf dem Balkan keinen deutschen Hinterhof. Millionen von Menschen werden wegen Mitterrand und anderer Menschenfreunde ihrer Heimat beraubt, gefoltert und ermordet. Dabei wird im feierlichen Ton von einer europäischen Wertegemeinschaft gesprochen, die in der Tat nichts anderes ist als ein Instrument der blutigen Interessendiktatur geheimer Zirkel. Sogar schlichte Geister haben schon begriffen, daß Jugoslawien ein Signal im Konzept jener Diktatur ist, mit dem diese den freiheitlichen Völkern auf blutige Weise ihre Macht demonstrieren will.

In schöner Offenheit das dubiose Ziel kundgetan

Als Saddam Hussein das historisch zum Irak gehörende kleine Kuwait vereinnahmte, war wieder einmal die Stunde der internationalen Heuchler gekommen, die unentwegt von Demokratie, Menschenrechten und Selbstbestimmungsrecht der Völker faselten. Auch Sie, Herr Dr. Kohl, steuerten zu dem Vernichtungsfeldzug gegen das irakische Volk 17 Milliarden DM aus den Taschen der deutschen Steuerzahler bei. Wo lagen hier die Interessen der Wertegemeinschaft? Beim Öl oder bei den Rüstungsgütern? Plötzlich waren die riesigen Waffenlieferungen Frankreichs, Englands und der USA vor Kriegsbeginn an den Irak vergessen. Aber die Deutschen waren schuld daran, daß in Israel einige Raketen detonierten, was Israel immerhin einige hundert Millionen DM nebst den dazugehörigen Selbstbeschmutzungen deutscher Politiker einbrachte.

Am 20. Januar 1988 war in der französischen Zeitung »Le Monde« ein Interview mit Ihnen zu lesen, wonach Sie sagten: »Unsere Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft ist unumkehrbar ... Mein größtes Ziel ist es, daß dann, wenn ich einmal meine Ämter abgeben werde, der Weg der Deutschen in die Zukunft so festgelegt ist, daß man ihn nie mehr umkehren kann.«

Wahrheit und Recht werden zum Durchbruch kommen

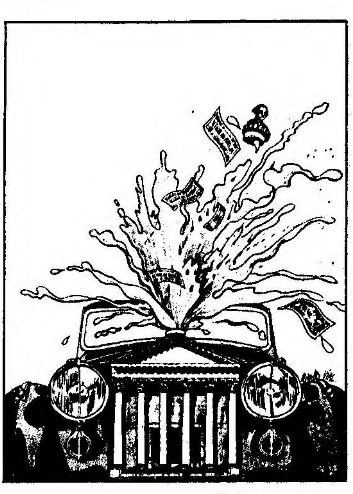
In schöner Offenheit haben sie Ihr dubioses Ziel kundgetan, das den demokratischen Gepflogenheiten in keiner Weise entspricht, denn es ist weder Ihre Aufgabe noch Ihr Recht, das Schicksal des deutschen Volkes für alle Zeiten zu bestimmen. Solche Absichten lassen nur Böses ahnen. Die Verwirklichung Ihres Ziels setzt die völlige Entrechtung des deutschen Volkes voraus. Dazu gehören die Fremdbestimmung unserer Wirtschaft, unseres Bauerntums, unserer Währung, unseres Bildungswesens, das nach Regierungsauskunft bereits heute von der zionistischen Loge B'nai B'rith gesteuert wird, und vor allem die Überfremdung des deutschen Volkes durch Asiaten und Schwarze. Eine weitere Folge Ihrer Bestrebung ist die Zerstörung unseres einmaligen Sozialsystems, das bisher von der Solidarität pflichtbewußter deutscher Menschen getragen worden ist.

Eine weitere Rolle in der bewußten Demoralisierung unseres Volkes spielen die gegen uns gerichteten Lügen und Verleumdungen unserer Gegner, die außerdem zur politischen Waffe gewisser Bonner Politiker gegen das eigene Volk geworden sind, um es dauernd schuldbewußt zu halten und gefügig zu machen. Wahrheit und Recht werden eines Tages zum Durchbruch kommen, dessen darf man sicher sein. Und so möchte ich Ihnen, Herr Dr. Kohl, ein Wort des großen griechischen Geschichtsschreibers Herodot mit auf den Weg geben, der vor 2300 Jahren sagte: »Soviel aber weiß ich: Wenn alle Menschen ihre eigenen Übeltaten auf einen Haufen zusammentrügen, um sie miteinander auszutauschen, so würde jeder, nachdem er die der andern gesehen, seine eigenen wohl gern wieder mit nach Hause nehmen.«

Dann bleibt noch die Frage, wie Deutschland, das nach wie vor ein besetztes Land ist, keinen Friedensvertrag mit seinen ehemaligen Gegnern hat und für das nach wie vor die Feindstaatenklausel gilt, wonach jeder deutsche Soldat in den Unterzeichnerländern als Partisan auf der Stelle erschossen werden darf, als gleichberechtigt gelten kann. Wer glaubt an die Ehrlichkeit von Politikern, die uns den Friedensvertrag verweigern, aber als Melkkuh in Europa integrieren wollen? Oder handelt es sich in der Tat um die Fortsetzung der Weltkriege mit dem Ziel, Deutschland unter aktiver Beihilfe Bonns auf andere Weise endgültig zu erledigen?

Aufgrund meiner Ausführungen und Erkenntnisse ist es mir nicht möglich, meinen an Sie gerichteten Offenen Brief mit freundlichen Grüßen zu beschließen.

Dipl.-Ing. Arnulf Neumaier, Riederau □



Banker-Journal

Rotchina kritisiert Verkauf von F-16 an Taiwan

Der chinesische Außenminister Qian Qichen sagte bei seinem, wie die BBC es nannte »am stärksten formulierten chinesischen Angriff auf die USA seit Jahren«, daß die USA für alle ernsthaften Folgen ihrer Entscheidung, 150 F-16 an Taiwan zu verkaufen, verantwortlich zu machen seien. Qian sprach auf einer Pressekonferenz in Djakarta, wo er am Gipfeltreffen der Bewegung der Blockfreien teilnahm.

Qian Qichen äußerte, daß der von Bush gebilligte USA-Taiwan-Deal gegen Verpflichtungen, die die USA vor Jahren eingegangen seien, verstoße. Regierungssprecher meinten, der Handel »wird in der jetzt friedlichen taiwanischen Meerenge Spannungen hervorrufen«.

In Peking ließ der stellvertretende Außenminister Liu Huaqiu den US-Botschafter J. Stapleton Roy zu sich ins Außenministerium kommen, um diesem gegenüber den »stärksten Protest« wegen Bushs Ankündigung, daß die USA die Flugzeuge an Taiwan verkaufen wollen, zum Ausdruck zu bringen. »Die chinesische Seite ist über diese Entscheidung schockiert und äußerst empört, und ihr bleibt keine andere Wahl als scharf zu protestieren«, sagte Liu. »Dies wird zu einem bedeutenden Rückschritt in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen führen und schließlich einen negativen Einfluß auf die chinesisch-amerikanische Kooperation bei den Vereinten Nationen und in anderen Organisationen ausüben.«

Liu kommentierte, China werde sich aus Rüstungsbegrenzungsgesprächen der »Ständigen Fünf« Mitglieder des Sicherheitsrats zurückziehen, falls die USA ihr Abkommen mit Taiwan nicht noch einmal überprüfe. Liu nannte den Verkauf eine »eklatante Sabotage« der Bemühungen Chinas, eine friedliche Wiedervereinigung mit Taiwan herbeizuführen.

Bush selbst war vor zehn Jahren an den Verhandlungen, über die von den Vereinigten Staaten und China unterzeichnete Vereinbarung zur Begrenzung amerikanischer Waffenverkäufe an Taiwan und diese schließlich ganz auslaufen zu lassen, beteiligt. □

Frankreich stellt Kontrolle über staatliche Gesellschaften ein

Die französische Regierung gab das Monopol über ihre Ölgesellschaften auf und bot diese den von den Anglo-Amerikanern dominierten »Seven Sisters« zu Investitionen an.

Der Ministerrat entschloß sich dazu, das protektonistische Gesetz von 1928 über französische Ölgesellschaften dem europäischen Einzelmarkt »anzupassen«. Dieses war von Charles de Gaulle während seiner Präsidentschaft sogar auf die Ölvertriebsnetze ausgedehnt worden. Der Minister für Industrie und Handel, Dominique Strauss-Kahn, argumentierte dahingehend, daß, da der Ölhandel weltweit »Gegenstand der Marktspekulation geworden ist, er nicht mehr das Anhängsel eines kleinen Kreises von Ländern darstellt«. Daher sei es »logisch«, daß dieser Handel der freien Marktwirtschaft angepaßt wird. □

Ukraine weist IWF-Sparprogramm zurück

Die Regierung der Ukraine hat auf einer Pressekonferenz in Kiew wieder einmal die Politik der Schocktherapie des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückgewiesen. Der ukrainische Wirtschaftsminister Valentin Symonenko, der in diesem Sommer das Amt von seinem Pro-IWF-Vorgänger, Wolodomir Lanovoj, der gefeuert wurde, übernahm, gab bekannt, daß »ein sofortiger Übergang zur Marktwirtschaft unrealistisch ist, wie das Beispiel Rußland zeigt«.

Wegen seiner Reaktion auf IWF-Erklärungen dahingehend, daß, wenn Ukraine nicht den Kurs übernimmt, den der amtierende russische Ministerpräsident Jegor Gaidar verfolgt, sie keine Kredite bekommen werden, befragt, erwiderte Symonenko: »Es gibt weltweite Unterschiede zwischen dem, was wir tun, und dem, was der IWF vorschlägt. Wir brauchen keine radikale Schocktherapie. Stattdessen brauchen wir eine langsame, revolutionäre Reform.«

Leider habe die ukrainische Regierung, obwohl sie radikale IWF-»Reformen« zurückweist, nicht mit dem IWF-Programm gebrochen. Symonenko gab bekannt, daß er dem Parlament ein Paket vorlegen werde, das den Industriesektor intakt halten, ihn aber einer allmählichen, kontrollierten Privatisierung unterziehen werde.

Symonenko sagte auch, er habe einen Erlaß herausgegeben zur Ausgabe eines Bankkontos von 30.000 Rubel an jeden erwachsenen ukrainischen Bürger. Diese Konten dürfen aber nur zum Ankauf von Staatseigentum verwendet werden. Symonenko wurden weitgehende Vollmachten übertragen, die er, wie an diesem speziellen Fall der Bankkonten zu erkennen ist, ohne Zögern ausübt. □

Überfluß des Nordens hängt von Entwicklung im Süden ab

Der indonesische Außenminister Ali Alatas warnte auf einer Zusammenkunft von Außenministern in Djakarta, daß »die entwickelten Länder des Nordens ihren derzeitigen Überfluß nicht beibehalten können, wenn die Entwicklungsländer des Südens nicht in die Lage versetzt werden, mit deren Entwicklung aufzuholen«.

Alatas drängte auf eine vereinte Front zum Kampf für eine gerechtere Welt, zur gleichen Zeit, in der andere islamische Länder Unterstützung mobilisieren, um Rest-Jugoslawien aus der Non-Aligned Movement auszustoßen. »Wenn die Totenglocke über die von Hungersnot betroffenen Länder Afrikas läutet, wenn sie über den durch Bomben zerissenen Steinhaufen in den Städten Mitteleuropas widerhallt, sollte kein Mensch oder Land fragen, wem die Stunde schlägt. Sie schlägt für uns alle«, sagte er. »Wir in der Bewegung der Blockfreien lassen uns weiterhin von der Vision der Solidarität der Menschheit und den Idealen und Grundsätzen und den sich logisch daraus ergebenden Idealen und Grundsätzen leiten.« □

China arrangiert Tauschhandel mit Rußland

China unterzeichnete in diesem Frühjahr einen Tauschhandel über 500 Waggonladungen Nahrungsmittel und Textilien gegen vier russische Tu-15M-Passagier-Düsenflugzeuge, das größte Tauschgeschäft des nichtbehördlichen chinesisch-russischen Handels, berichtete die »China Daily«. Der Gesamtwert der Tauschgüter belaufe sich auf 313 Millionen Dollar.

Spezialmärkte für Leute aus Rußland und Osteuropa, die sowohl Tauschhandel betreiben als auch mit bezahlten Gütern handeln, wurden in der Inneren Mongolei und Schanghai eingerichtet. Lebensmittel und Bekleidung sind die Schlüsselposten nach denen Russen suchen.

Der Architekt des Flugzeug-Abkommens, Mou Qizhong, plant, ein jährliches Weltwirtschaftsforum für Leute chinesischer Abstammung aus der ganzen Welt zu veranstalten. Das Forum, das vom Davos World Economic Forum inspiriert wurde, »soll die Weisheit der Menschen chinesischen Blutes aus der ganzen Welt zum wirtschaftlichen Fortschritt

Chinas und des Wohlstands chinesischer Gemeinden überall in der Welt zusammenlegen«, sagte Mou. □

Boeing richtet Zentrum bei Moskau ein

Die Boeing Corporation wird im Raume Moskau ein technisches Forschungszentrum einrichten, um sonst arbeitslose russische Raumfahrtwissenschaftler, Ingenieure und Techniker in der Entwicklung von kommerziellen Flugzeugen beschäftigen zu können, berichtete das »Journal of Commerce«. Benjamin A. Cosgrove, Boeings dienstältester Vizepräsident für technische und Regierungsangelegenheiten, der im Namen der Commercial Airplane Group der Firma Boeing handelte, unterzeichnete zusammen mit Anatoly G. Bratukhin, Generaldirektor der russischen Luftfahrt, ein gemeinsames Kommuniqué.

Airbus Industry und McDonell Douglas, die beiden anderen westlichen Hersteller großer kommerzieller Flugzeuge, haben in Rußland Gespräche geführt, aber noch keine Abkommen getroffen.

L. Paul Bremer III, ein Berater bei Kissinger Associates in New York City, sagte zum »Journal of Commerce«: »Auf lange Sicht sind die einzige Möglichkeit für die russische Wirtschaft, sich zu festigen, hereinströmende private Investitionen und die Mobilisierung inländischer Ersparnisse.« □

Sudan weicht IWF-Politik aus

Im November 1990 »dezertifizierte« der Internationale Währungsfonds (IWF) das Land Sudan und traf Maßnahmen, um das Land von internationaler Kreditvergabe zu einem Zeitpunkt abzuschneiden, als eine schwere Dürre die Nahrungsmittelgetreideernte des Landes verwüstete. In den darauffolgenden zwei Jahren griffen sudanesische Landwirtschaftsplaner ein, um das Land für Nahrungsmittelgetreide autark zu machen.

Die Zeitung »New Horizon« aus Khartum, der Hauptstadt des Sudans, schreibt: »Die gesamte Getreideproduktion des Sudans für die Saison 1991 – 92 belief sich auf 4,8 Millionen Tonnen, im Vergleich zu 1,9 Millionen Tonnen 1990 – 91.« Der Sudan führt jetzt Getreide nach Ägypten und Äthiopien aus.

Diese Leistung wurde durch entschlossene Erhöhung des Inputs pro Morgen für Getreide vollbracht. Die Regierung verlegte einen Großteil des Einsäens von Getreide aus der regenreichen Region, die den Launen des Regenfalls unterliegt, in die berühmte Region Gezira mit den bewässerten Äckern, die dort liegt, wo der Weiße und der Blaue Nil zusammenfließen.

Bargeld-Ernten, wie Baumwolle, zu deren Anbau die Länder vom IWF als Mittel zur Geldbeschaffung zur Rückzahlung von Schulden ermuntert werden, wurden in umgekehrter Richtung verlegt. Wenn es nicht regnet, leidet in dem Jahr niemand unter Nahrungsmittelknappheit. □

Volvo-Chef greift Harvard-Wirtschaftswissenschaftler an

Pehr Gyllenhammar, Leiter des schwedischen Automobilherstellers Volvo, gab in einem Rundfunk-Interview seinem Pessimismus über Entwicklungen in Rußland Ausdruck und griff Wirtschaftwissenschaftler der Harvard University wegen ihrer Politik der »Schocktherapie« gegenüber Rußland an.

»Schauen Sie«, sagte Gyllenhammar, »das einzige Land, das wirklich die Marktwirtschaft in die Tat umgesetzt hat, das östliche Deutschland, bringt sogar das reichste Land in Europa, Deutschland ins Schwanken. Wenn man eine Milliarde in Mitteldeutschland braucht, dann rechne man sich nur einmal aus, wieviel man wohl in Rußland benötigt!... Ich glaube nicht an eine radikale wirtschaftliche Veränderung, weil das zu einer Katastrophe führen kann.«

Gyllenhammar erläuterte: »Eine radikale Öffnung der Grenzen bedeutet, daß alle Fabriken unmodern sind. Dies wiederum bedeutet einen völligen Zusammenbruch, der zum politischen Chaos führt, das gewaltige Bevölkerungswanderungen mit sich bringen kann. Wir haben schon Schwierigkeiten, die Wanderungen aus Jugoslawien, aus einem verhältnismäßig kleinen Land, zu meistern. Wir sind weder körperlich noch geistig darauf vorbereitet, ein Problem wie Rußland in den Griff zu bekommen... Wenn es schlimmer wird, dann werden die Politiker dazu getrieben, Entscheidungen zu treffen, die sich Harvard-Wirtschaftswissenschaftler nicht vorstellen können, weil das, was jetzt geschieht, ohne Präzedenzfall ist.« □

Polnische Regierung verstärkt Razzien

Ganz im Sinne des Internationalen Währungsfonds (IWF) handelnd, führt die polnische Regierung Razzien auf Protestversammlungen der Arbeiter durch und zwingt die Betriebsführung des Autoherstellers Tychy-FSM dazu, 2.400 der 7.000 Arbeitern, die dort beschäftigt sind, mit Entlassungen zu drohen. Dies würde die meisten der 3.000 Arbeiter betreffen, die den Streik in der Fabrik weiterführten – auch nachdem die Regierung ihnen gesagt hatte, ihn abzublasen und Aufstandsbekämpfungspolizei gegen Arbeiter eingesetzt hatte. Die Streikwelle richtete sich gegen die Sparpläne des IWF und gegen Pläne, große Teile der polnischen Industrie, des Bergbaus, der Produktion und der Landwirtschaft stillzulegen.

Die Betriebsleitung von Tychy-FSM legte eine Liste der ersten Arbeiter, darunter 64 Streikführer, vor, die gefeuert werden sollen. Dies sind annähernd alle Mitglieder des organisierten Streikkomités, das die Gewerkschaft Solidarnosc 80, der Katalisator des Streiks, in der Fabrik unterhält. Solidarnosc 80 war bislang die einzige von sechs dissidenten Gewerkschaften, die gegen die Entlassungspolitik protestierte und die Weiterführung des Streiks befürwortete. Die anderen Gewerkschaften denken daran, den Streik abzublasen und sich an die Sparplanregelungen der Regierung zu halten, um die Arbeitsplätze »ihrer« Arbeiter zu retten.

Eine von der Regierung für die streikenden Kohlenbergleute im Bergwerk Rozbark in Oberschlesien und für die Landwirtschaftsmaschinenfabrik Ursus gesetzte Frist, verstrich ohne Zugeständnisse seitens der Arbeiter. Diese beiden Anlagen sind diejenigen, die mit von der Regierung angedrohten Massenentlassungen rechnen, von denen mehrere tausend Arbeiter betroffen sein werden, als Vergeltung für den Streik. □

Landwirtschaftliches Einkommen in den USA sinkt

Eine neue Studie der Federal Reserve Bank in Dallas besagt, daß wenn der Handel liberalisiert wird, das landwirtschaftliche Einkommen in den meisten Lebensmittel produzierenden Staaten der USA, darunter Iowa, beträchtlich sinken werde, und der Weltstatus der amerikanischen Landwirtschaft würde ebenfalls sinken, berichtete der »Des Moines Register«.

Einkommen aus Futtergetreide, Weizen, Zucker, Sojabohnen und Reis würden am nachteiligsten betroffen. Die assoziierte Wirtschaftswissenschaftlerin Fiona Sigalla kommentiert, die Liberalisierung des Handels würde einen Teil der Nahrungsmittelproduktion aus Industrieländern, einschließlich die Vereinigten Staaten, in Entwicklungsländer verlagern.

Bei Freihandel »wird das Einkommen aus der Weizenproduktion erwartungsgemäß um fast 50 Prozent sinken. Der Maisausstoß würde sich nur leicht verringern, aber eine Verringerung der Erzeugerpreise um fast ein Drittel würde das Einkommen aus der Produktion von Mais um 34 Prozent verringern. □

Mitteldeutschland

Der Flaschenhals ist die Verwaltung

Personalmangel, fehlendes administratives Know-how und vor allem das Eigentums-Chaos haben im vergangenen Jahr schätzungsweise ein Drittel der potentiellen Investitionen in den neuen Bundesländern verhindert. Die mitteldeutschen Behörden stehen trotz Unterstützung westdeutscher Fachleute vor einem Riesenberg von Restitutionsansprüchen. Nicht einmal ein Zehntel der über zwei Millionen Anträge wurde bislang bearbeitet.

Nach einer IW-Umfrage bei ostdeutschen Unternehmen haben vier von fünf Betrieben erhebliche Probleme mit der öffentlichen Verwaltung. Vor allem das Amt für Vermögensfragen und die Grundbuchämter machen Investoren und Existenzgründern in den neuen Bundesländern das Leben schwer.

Schlimm ist das Eigentums-Wirrwarr

Den Behörden allein ist das nicht anzulasten. Überall fehlt es an qualifiziertem Personal, das den westdeutschen Rechts- und Verwaltungsrahmen unter den schwierigen Bedingungen in Ostdeutschland zu handhaben versteht.

Viel schlimmer jedoch ist das Eigentums-Wirrwarr. Geschwärzte Grundbucheintragungen, Zwangsverkäufe, willkürliche Eigentumsüberschreibungen und andere Rechtsbeugungen des ehemaligen DDR-Regimes sind schwer zurückzuverfolgen und machen die Beantwortung der Frage, wem was gehört, in vielen Fällen nahezu unmöglich.

Insbesondere bei Grundstücken und Gebäuden erweist sich die ungeklärte Eigentumsfrage als Investitionshindernis ersten Ranges. Das Hemmnisbeseitigungsgesetz vom März 1991, ein kompliziertes Regelwerk mit acht Verfahrensstufen und über 30 Verwaltungsschritten für Vorfahrtsverfahren, konnte seinem Namen nicht gerecht werden. Als Reaktion darauf schuf der Gesetzgeber das Vermögensrechtsänderungsgesetz vom Juli 1992. Wichtigste Punkte sind die Verlängerung der Vorfahrtsregel für Investitionen bis Ende 1995 und weitere Einschränkungen der Resitution. Im einzelnen:

Bei strittigen Vermögensfragen erhält der Investor Vorrang gegenüber Alteigentümern, die nicht zu vergleichbaren Leistungen bereit oder fähig sind.

Die Verfahren sollen verkürzt werden

Die Vorfahrtsregel ist auch auf Immobilien anwendbar und auf Unternehmen, die vor der Liquidation stehen.

Die Alteigentümer müssen ihre Einsprüche innerhalb von zwei Wochen geltend machen, damit das Verfahren verkürzt wird.

Bei großen Investitionsprojekten, die mehrere Grundstücke umfassen, genügt für die Investitons-Vorfahrt ein einziges Sammelverfahren – auch wenn auf einzelne Grundstücke noch Restitutionsansprüche erhoben werden.

Auf dem Papier ist das Gesetz somit verbessert und erweitert worden – am langwierigen administrativen Ablauf und an den komplizierten Zuständigkeiten hat sich indes nichts geändert. Nach wie vor bleiben die meisten Verfahren im Dickicht von Besitzern, Alteigentümern, Investoren, Verwaltung und Rechtsprechung hängen. Beispiel Immobilien und Grundstücke:

Bis Juni 1992 wurden rund 2,2 Millionen private Restitutionsansprüche gezählt; knapp 1,7 Millionen davon betrafen Grundstücke und Gebäude.

Aufgrund der zu DDR-Zeiten möglichen Trennung zwischen Grundstücks- und Gebäudeeigentum ist die Rechts- und Beweislage in diesem Bereich besonders schwierig.

Nur knapp 130000 private Anträge auf Grundstücke und Gebäude sind bislang bearbeitet worden – das sind rund acht Prozent.

Die Unsicherheit der Kommunen

In mehr als der Hälfte der inzwischen entschiedenen Fälle sind die Grundstücke und Gebäude an die Alteigentümer zurückgegeben worden. Ein Viertel der Anträge wurde abgelehnt.

Hauptgrund für die geringe Zahl der bearbeiteten Vorfahrts-Verfahren ist die Unsicherheit der Kommunen. Sie haben nicht genügend qualifiziertes Personal, das die komplizierte Materie bearbeiten kann. Dadurch entsteht Rechtsunsicherheit, und die Kommunen scheuen mögliche Haftungsfolgen wie Schadensersatz, Prozeß- und Anwaltskosten.

Doch diese Hemmnisse wären relativ leicht zu beseitigen. Zum einen könnten die Gemeinden private Dienstleistungsfirmen mit den Verfahren beauftragen. Zum anderen könnte die Haftungsfrage durch Haftungsfreistellung der verantwortlichen Mitarbeiter gelöst werden – in Sachsen wird dies praktiziert.

Doch auch eine wasserdicht konstruierte Vorfahrtsregel kann das Wirrwarr zwischen Investoren, Alteigentümern und Verwaltung nicht lösen. Denn die ostdeutschen Kataster- und Grundbuchämter sich nicht allein für die Restitutionsverfahren zuständig. Sie werden zusätzlich durch die Flurneuordnung und die Neuvermessung der Grundstücke strapaziert. Folge:

In den Amtsstuben stauen sich inzwischen rund eine Million unerledigte Grundbucheintragungen.

Fall für Fall läuft eine zeitraubende Prozedur ab: Bevor ein Grundstück verkauft, verpachtet, geteilt oder beliehen werden kann, muß zunächst sichergestellt sein, daß kein Restitutionsanspruch darauf lastet.

Ein Routinevorgang beschäftigt die Hälfte der Mitarbeiter

Für diesen Negativtest reicht jedoch der Grundbuchauszug nicht aus. Vielmehr bedarf es einer Bestätigung durch das Amt für offene Vermögensfragen. Rund 500000 Mal wurde dieses Papier inzwischen beantragt – der Routinevorgang beschäftigt die Hälfte aller Mitarbeiter in den Vermögensämtern.

Rund drei Prozent der Restitutionsansprüche endeten bisher mit einer Entschädigungsregelung – die gesetzlichen Grundlagen dafür sind jedoch so vage,



daß lediglich ein Grundlagenbescheid ergeht, der das Wieviel und das Wann zunächst offen läßt. Nach den bisherigen Vorschlägen werden die Alteigentümer ungleich behandelt:

Beim Investitions-Vorrangverfahren erhalten die Alteigentümer den Verkehrswert.

Bei der Entschädigung, die laut Einigungsvertrag zum Beispiel bei redlichem Erwerb möglich ist, wird das 1,3fache des Einheitswerts aus dem Jahr 1935 vorgeschlagen.

Bei der Rückgabe sind eine Vermögensabgabe und die Rückerstattung der Lastenausgleichs-Zahlungen vorgesehen – ostdeutsche Erwerber sollen allerdings von der Vermögensabgabe befreit werden.

Die Entschädigungs-Variante ist für die Alteigentümer also wenig attraktiv – tatsächlich wurden bislang von rund 130000 entschiedenen Fällen in Sachen Grundstücke und Gebäude lediglich rund 4000 auf diese Art geregelt.

Neben der privaten Restitution gilt es, auch das öffentliche Vermögen neu zu ordnen. Die Eröffnungsbilanz:

Das öffentliche Vermögen umfaßt 170000 Verwaltungsgebäude, rund 2,9 Millionen volkseigene und genossenschaftliche Wohnungen, 2 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Fläche, rund 650000 Grundstücke und Gebäude sowie Verkehrsflächen und Finanzvermögen.

Die große Zahl unerledigter Fälle

Für die Zuordnungsverfahren sind die Oberfinanzdirektion und die Treuhand zuständig – doch auch diese Behörden sind hoffnungslos überlastet. Während sich mit der privaten Restitution immerhin 216 Vermögensämter befassen, konzentrieren sich die Anträge von 7565 Gemeinden auf Übertragung des öffentlichen Vermögens auf nur 15 Zuordnungsstellen der Oberfinanzdirektion und 15 Außenstellen des Bundesvermögensamtes.

Bis zum Juni 1992 bekamen insgesamt fast 330000 Anträge den Eingangsstempel der Behörden – doch nur knapp ein Siebtel davon trägt bislang den Aufdruck erledigt.

Die große Zahl unerledigter Fälle ist auch deshalb so störend, weil der Abschluß des Zuordnungsverfahrens noch nicht das Ende des bürokratischen Weges markiert: In vielen Fällen folgt dann nämlich noch das Vorfahrts-Verfahren – und die Prozedur beginnt wieder von vorn.

Auch in puncto Gewerbeansiedlungen und Belebung der Bautätigkeit bilden die Verwaltungsdefizite das Epizentrum der Schwierigkeiten:

In den neuen Bundesländern fehlen derzeit 2000 Richter, 2500 Rechtspfleger und ebenso viele qualifizierte Mitarbeiter in den Vermögensämtern.

Viele Investoren ziehen auf die grüne Wiese

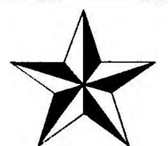
Hinzu kommt die Gebiets- und Kreisreform, die für mehr als 90 Prozent der ostdeutschen Gemeinden neue Ämterstrukturen vorsieht. Bis diese Reform steht, dürfte sich das Durcheinander noch weiter zuspitzen. Beispiele:

In Brandenburg sind rund 60 Prozent der von den Kommunen angemeldeten Gewerbeflächen landesplanerisch nicht einzuordnen.

Im Regierungsbezierk Dresden liegen derzeit 1900 Bauleitpläne von 651 Kommunen zur Entscheidung vor – im ersten Quartal '92 wurden gerade 52 Genehmigungen erteilt.

Recht seltsame Blüten treibt das Hemmnisbeseitigungsgesetz vom März 1991 in Sachen Umweltschutz: Unternehmen in Ostdeutschland können danach von den kostspieligen Haftungsfolgen der Umweltaltlasten freigestellt werden. Das Haftungsrisiko trägt die öffentliche Hand.

Doch nun fürchten die Länder gravierende Folgelasten und handhaben deshalb die Freistellung sehr restriktiv – rund 44000 Antragsteller warten auf Klärung. Die Folge: Viele Investoren meiden erschlossene, aber belastete Industriegebiete – und ziehen statt dessen auf die grüne Wiese. □



Politischer Durchblick!

I.M. Maiski: Wer half Hitler?
I. M. Maiski war Botschafter der Sowjetunion in London von 1932 bis 1943. **Im Anhang - Die Sensation:** Adolf Hitler als Agent einer US-amerikanischen Freimaurerloge entlarvt. 255 Seiten, kt., DM 29,80

D. Rüggeberg: GEHEIMPOLITIK
Der Fahrplan zur Weltherrschaft. Kirchen, Logen und Orden im Kampf um die politische Macht. Ursachen und Hintergründe für den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Planung des 3. Weltkrieges.
2. Auflage, 240 Seiten, kt., DM 29,80
Allen: Die Insider. 10. Aufl., 252 Seiten, kt., DM 24,80
Bronder: Bevor Hitler kam. Ein Grundlagenwerk - ersetzt fast ein Lexikon. 464 Seiten, Leinen, DM 60,--
Engdahl: Mit der Ölwaffe zur Weltmacht. TB.,DM 19,80
Heise: Entente-Freimaurerei und Weltkrieg.
408 Seiten, kt., DM 42,--

Gratisliste mit über 200 Titeln:
Buchversand Rüggeberg
*Postfach 13 08 44 * D-W-5600 Wuppertal 1*
Tel. + Fax: 02 02 - 59 28 11

DR. MED. OTTO MENNERICH
ZEIT WENDE
DURCH EINE NEUE BIOLOGIE, METAPHYSIK UND MEDIZIN

»Das Werk von Dr. med. Otto Mennerich, der hoffentlich als einer der Überwinder des medizinischen Materialismus in die Geistesgeschichte eingehen wird, ist so original einmalig, daß es entweder gar nicht beachtet werden wird oder eine geistige Revolution großen Stils auszulösen vermag.« Dr. Bodamer

Martin Verlag · 8941 Buxheim
228 Seiten DM 28.–

Weltwirtschaft

Das Scheitern internationaler Pläne

C. Gordon Tether

Bleibt die Weltwirtschaft noch jahrelang in der Flaute, die sich allmählich verschlimmert, oder haben die Eine-Weltler das Fundament für eine gigantische Explosion gelegt?

Seit Jahren streben die Bilderberger und Trilateralen, zusammen mit anderen Eine-Welt-Organisationen, die die Korridore der politischen Macht monopolisiert haben, danach, den internationalen Verkehr auf allen Gebieten zu »liberalisieren«. Dies geschieht mit der Begründung, dies werde den breitesten Raum für weltweites Wirtschaftswachstum schaffen; vor allem durch die Sicherstellung des Kapitals könnten Arbeitskräfte und Industrien sich leicht dorthin bewegen, wo sie mit der größtmöglichen Wirkung eingesetzt werden können.

Der Erfolg, den sie für sich verbuchen konnten, ist an der Art und Weise zu erkennen, in der die Geldmärkte internationalisiert worden sind. Nichts spielt eine größere Rolle bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Erfahrung der Welt im allgemeinen und der einzelnen Länder im besonderen als das Verhalten der Zinssätze, die mit Geld verdient werden können.

Düstere Tatsache ist, daß es in der Welt von heute keine einzige Regierung gibt, die sich bei der Wirtschaftsführung ihres Landes nicht nach dem Verhältnis zwischen den Zinssätzen an der Heimatfront und denen, die auf ausländischen Märkten vorherrschen, richten muß.
Allgemein gesagt, jedes Land hat derzeit nur zwei Auswahlmöglichkeiten. Eine besteht darin, die inländischen Zinsen mit denen, die man anderswo bekommen kann, vereinbar zu halten, was dies auch immer für das Wohlergehen der Binnenwirtschaft bedeuten mag.

Die andere besteht darin, eine eigene Zinssatzpolitik zu betreiben, selbst auf Kosten dessen, daß man sich massiven Geldverschiebungen über die Grenze hinweg aussetzt – Verschiebungen, die in der Lage sind, den internationalen Wert der Währung eines Landes auf völlig unrealistische Niveaus zu drücken, mit unvermeidlich ernsthaften Auswirkungen für Schlüsselgesichtspunkte seines Wirtschaftslebens.

Träume werden zu Alpträumen

Was derzeit in Erscheinung tritt, ist, daß die Anwendung dieser Formel die Träume der Verfechter eines Eine-Welt-Systems in einen Alptraum von schrecklichen Proportionen verwandelt.

Fast alle schrittmachenden Länder Westeuropas sahen sich vor kurzem dazu verurteilt, ihre Zinssätze auf Niveaus zu halten, die kalkuliert waren, die Probleme, mit denen sie es bei der Umkehrung politisch explosiver Wirtschaftsflauten zu tun hatten, noch zu verschlimmern.

Dies ist so, weil sie gezwungen waren, solange sie die erste der oben umrissenen Auswahlmöglichkeit ergriffen, sklavisch der auf dem überaus bedeutsamen Gebiet der Zinssätze etablierten Führung eines einzigen Landes – Deutschland – nachzueifern.

Und Deutschland beharrte unbequemerweise darauf, seine Zinssätze aus innenpolitischen Gründen auf außergewöhnlich hohen Niveaus zu halten.

Gleichzeitig behauptete auf der anderen Seite des Atlantik der größte Fisch im globalen Geldteich – die Vereinigten Staaten –, die Wiederbelebung der Binnenwirtschaft sei von so wesentlicher Bedeutung, daß sie eine unabhängige Zinssatzpolitik betreiben müssen – eine, die sich so auswirkt, daß ihre Zinssätze weit unter denen liegen, die anderswo gelten.

Die stillschweigende Folge davon ist, daß Washington bereit ist, die sich daraus ergebende gewaltige Kapitalflucht aus dem Lande heraus und die spektakuläre Abwertung des Dollar unter dem Aspekt der anderen Hauptwährungen, die diese unvermeidlich mit sich gebracht hat, in Kauf zu nehmen.

Es war eine Situation, in der es schmerzhaft offensichtlich wurde, daß irgendetwas nachgeben muß. Und das geschah auch in der Gestalt der gewaltigen Umwälzung auf den Geldmärkten in den vergangenen Wochen, die in dem Herausnehmen des Pfund Sterling und einiger anderer Währungen der Europäischen Gemeinschaft aus dem Verbund der festen Paritäten des europäischen Währungssystems gipfelte.

Die Organisation war ein Flop

Es ist daher keine Übertreibung, zu sagen, daß der »Erfolg«, den die Eine-Weltler damit errangen, daß sie die Weltwirtschaft umkrempelten, der Menschheit die fürchterlichste Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren beschert hat. Darüber hinaus ist jetzt mehr als deutlich geworden, daß Organisationen, die die Eine-Weltler geschaffen haben, um den Grundstein für eine Weltregierung zu legen, die geeignet ist, die Funktion des Eine-Welt-Systems zu überwachen – die Gruppe der Sieben, bestehend aus Repräsentanten der Vereinigten Staaten, Britannien, Deutschland und vier anderen Ländern der ersten Liga – sich als gewaltiger Flop erwiesen hat.

Ihre Bemühungen, eine durch die Entschlossenheit Deutschlands und der Vereinigten Staaten, ihr eigenes Süppchen zu kochen, entstandene Lücke zu überbrücken, glich einer Explosion und ging völlig ins Leere.

Die Flucht Britanniens und anderer aus dem europäischen Währungssystem brachte vorübergehend Erleichterung. Es muß aber erkannt werden, daß die in eine bereits spannungsgeladene Weltwirtschaft injizierten Störfaktoren, so wie die Dinge liegen, dazu bestimmt sind, für eine unvorhersehbare Zukunft weiterhin spürbar zu sein.

Bestenfalls muß das bedeuten, daß eine Weltwirtschaftsflaute, die bereits in ihr drittes Jahr eingetreten ist, auf unbestimmte Zeit weiterbestehen könnte – sich im Laufe der Zeit eher verschlimmert als umgekehrt, angesichts der Tatsache, daß sie bereits Eigenschaften eines Teufelskreises angenommen hat.

Aussicht auf noch verheerendere Folgen

Schlimmstenfalls könnte die Welt von einer gewaltigen Explosion überrollt werden, die in der Lage ist, die gesamte Wirtschaftsstruktur bis auf die Grundfesten zu erschüttern.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Dinge nicht so weitergehen können. Da sie sich jedoch hat nötigen lassen, auf der Eine-Welt-Straße soweit in den Abgrund zu fahren, wird es die Menschheit in der Tat sehr schwer haben, diesen Prozeß umzukehren. Sie sollte aber darauf bestehen, daß dies die einzige Möglichkeit ist, mit der Naturkatastrophe, mit der wir es zu tun haben, fertigzuwerden.

Die Menschheit darf auf keinen Fall tatenlos zusehen, wie sich die Eine-Weltler bemühen, ihre Visionen dadurch wieder auf Kurs zu bringen, daß sie Regierungsmechanismen fördern, die wie sie glauben, besser geeignet sein werden, das defekte Eine-Welt-System, das sie ins Leben gerufen haben, in den Griff zu bekommen.

Die bestüberlegten Pläne für Mäuse und Menschen laufen oft schief, wie der Poet warnte. Wie wir jetzt wieder erleben, sind die am schlechtesten überlegten Pläne gleichermaßen geeignet, auf den Felsen zu zerschellen, mit möglicherweise noch verheerenderen Folgen. □

Neue Weltordnung

Die Grundlage heißt Völkermord und Vertreibung

Martin Jenke

Mitunter sind die Tatsachen so eindeutig, zum Beispiel jetzt im serbischen Krieg gegen Bosnien und Kroatien, daß sogar in der französischen, britischen und US-amerikanischen Presse – die im Zeichen »alter Waffenbrüderschaft« sonst prinzipiell proserbisch ist – diese Tatsachen nicht ins Gegenteil verbogen werden können.

Allerdings wagen selbst einzelne objektive Kommentatoren nicht, an die Vorbilder für die serbischen Vertreiber und »Landreiniger« zu erinnern: an Stalin, Churchill und ihre polnischen und tschechischen Handlanger, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges über 13 Millionen Deutsche allein aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Ost-Brandenburg, Schlesien und dem Sudetenland verjagt haben.

Europa kann sich nicht leisten Serbien zu beschwichtigen

Einer der nordamerikanischen Ausnahme-Leitartikler, der sich immerhin getraut, offen von serbischer Aggression zu schreiben, ist William Pfaff, ständiger Kommentator in der »Los Angeles Times« und in der »International Herald Tribune«. In letzterer erschien am 3. August 1992 ein Artikel unter der Überschrift »Europa kann es sich nicht leisten, Serbien zu beschwichtigen«, in dem es heißt:

»Die westeuropäischen Regierungen tun nicht mehr, als über das Schicksal von 2,5 Millionen Flüchtlingen zu debattieren, die durch die Aggression Serbiens verursacht wurden. Soll man diese Flüchtlinge in die benachbarten Länder hereinlassen?

Das macht es leicht für Serbien und billigt anausgesprochen den Völkermord mit völkischer ›Reinigung‹ der eroberten Gebiete ...



Eine Flüchtlingsfrau im zerstörten Berlin. Sie hat keine Schuhe an den Füßen, auf dem Rücken trägt sie ihre Habe.

Die deutsche Presse kreidet den Franzosen an, serbischen Propaganda-Interessen zu dienen, und beschuldigt die Briten, mit Absicht nur fruchtlose Konferenzen einzuberufen.

Dies ereignet sich zu einem Zeitpunkt, da die Konstruktion von Europa schon durch den unüberlegten und allzu ehrheizigen Maastricht-Vertrag unterminiert worden ist. Die Einwände dagegen nehmen in allen großen europäischen Staaten zu, seitdem die Dänen in einer Abstimmung im Frühjahr den Vertrag abgelehnt haben.

Es ereignet sich auch zu dem Zeitpunkt, da die deutsche Wiedervereinigung und das Ende des Kalten Krieges die Machtverhältnisse in Europa umgerissen haben, und da gleichzeitig die USA kurz vor der Rückkehr zum Isolationismus stehen.

Die Briten waren seeräuberisch erfreut, 1982 einen Kampfverband in den Südatlantik zu entsenden, um die Falklandinseln zurückzuerobern. Die Franzosen sehen es als selbstverständlich an, ihre Fremdenlegion und Fallschirmtruppen nach Westafrika zu schicken, um dort Ordnung zu schaffen.

Beide Staaten sekundierten bereitwillig der fixen Idee von George Bush, den Irak aus Kuwait zu vertreiben.

Keiner von ihnen aber will etwas tun, um Westeuropa von einer fundamentalen Drohung gegen die Ordnung Europas und gegen die Zukunft Europas zu schützen. Diese Herausforderung ist für sie zu gefährlich und die Lösung der Aufgabe zu ungewiß. Darüberhinaus haben sie in diesem Fall Washington nicht als Fürsprecher im Rücken.

Die berühmte Weltordnung ist am Ende

Die USA haben heutzutage einen Präsidenten, der aus höchst verachtenswerten Gründen für einen Parteivorteil seinen eigenen politischen Kurs umgedreht hat und die Vereinigten Staaten dazu verpflichtet hat, jede Einmischung in Jugoslawien zu verweigern.

Gleichzeitig greift er seinen Wahlgegner Bill Clinton an und nennt ihn ›leichtsinnig‹, weil der eine minimale Luft-Intervention vorgeschlagen hat, um humanitäre UN-Missionen zu schützen. Der Eroberer von Panama und Kuwait will seine Wiederwahl.

Wenn Serbien erlaubt wird, zu demonstrieren, daß Waffengewalt wiederum in Europa regiert und daß eine Politik des Völkermordes keinen wirksamen Widerstand erfährt und somit in der heutigen westlichen Welt eine von tausendjährigem Haß und historischem Groll gerechtfertigte Politik wieder eingeführt wird, ist ›Europa‹ am Ende. Die berühmte ›Neue Weltordnung‹ ist am Ende, bevor sie begann. Sie ist wieder bei der alten Ordnung. Wir werden es alle bedauern, aber es wird zu spät sein.«

Das Schicksal bewahre uns vor jener verlogenen »Neuen Weltordnung« mit ihren hintergründigen Zielen, die uns unter Zustimmung und Beifall der Bonner Regierung und aller Bonner Parteien zwingt, ein Viertel des Deutschen Reiches den »ethnischen Reinigern« von 1945 »freiwillig« abzutreten. □

Absprachegremien

Neue Weltordnung in Europa

Ivor Benson

Es gibt bestürzende Ähnlichkeiten zwischen dem heutigen Amerika und der Phase, in die die ehemalige Sowjetunion vor fast einem Dreivierteljahrhundert eintrat. Nachfolgender Bericht ist ein Auszug aus Ivor Bensons »Behind the News«.

Es scheint mehr als ein Körnchen Wahrheit in der kürzlich von einem amerikanischen Akademiker vertretenen These zu stekken, der feststellte, die Geschichte sei zuendegegangen. Dies scheint in der Tat genau das zu sein, was, wenn auch nur vorübergehend, in den Vereinigten Staaten eingetreten ist.

Die Parallelen zur Sowjetunion

In Amerika gibt es heute keine starken Kräfte mehr, die sich zu einem Kampf zusammenschließen, aus dem sich eine Veränderung von welthistorischer Bedeutung ergeben könnte. Was wir stattdessen auf dem gesamten nordamerikanischen Kontinent antreffen, ist eine metastabile Situation, die noch eine ziemlich lange Zeit anhalten kann, ähnlich wie die in den letzten 70 Jahren in der ehemaligen Sowjetunion vorherrschenden Zustände.

Das Gebiet in dem bedeutende historische Veränderungen, die die ganze Welt betreffen können und jetzt unmittelbar bevorstehen, liegt auf der anderen Seite des Atlantik, wo weiterhin hektische Bemühungen unternommen werden, um Europas zahlreiche Einzelstaaten in einen riesigen Megastaat zu verwandeln – ein Schritt, dem ein paar wortgewaltige Persönlichkeiten lauthals Widerstand entgegensetzen.

Man kann sich kaum eine ähnliche politische Übung vorstellen, die noch offensichtlicher dazu verurteilt ist, Ergebnisse zu zeitigen, die sich völlig von den erwarteten unterscheiden werden.

Die Tatsache, daß mehrere Generationen westlicher Intellektueller erwartet haben, das der Marxismus in der Sowjetunion ein Musterbeispiel schaffen würde, dem die übrige Welt schleunigst nacheifern sollte, war nicht völlig überraschend. Jedoch nach dem Fehlschlag des sowjetischen Experiments ist es schwierig, das Argument derjenigen zu akzeptieren, die behaupten, in Europa könne man von einer ähnlichen Machtkonzentration bessere Ergebnisse erwarten.

Und dennoch reagierten Politiker und Medien des Establishments mit erstaunter Überraschung, als Margaret Thatcher am 15. Mai diesen Jahres in Den Haag erklärte, das »der Tag des künstlich geschaffenen Megastaats vorüber« und das Denken der Eurobegeisterten im wesentlichen »die Denkweise des Morgens von gestern« sei.

Da Mrs. Thatcher wegen ihrer derart einheitsfeindlichen Haltung als britischer Premierminister abgesetzt und praktisch aus der britischen Parlamentspolitik ausgestoßen wurde, ist die Vehemenz mit der sie sich artikulierte durchaus verständlich. Nach ihrem Eintritt ins Oberhaus kann jedoch damit gerechnet werden, daß sie dieses Forum dazu benutzen wird, um das Volk Großbritanniens vor der Gefahr zu warnen, in die es blindlings hineinrennt.

Margaret Thatcher mußte wegen ihrer Europa-feindlichen Haltung als britischer Premier zurücktreten.

Der sich jetzt im Gang befindliche Prozeß kann mit einfachen geopolitischen Begriffen, die das Gewirr der Rhetorik für oder gegen das »Ideal« eines europäischen Megastaates durchschneiden, wie folgt erläutert werden:

Ein neues Europa, gesäubert von seinen vielen separaten nationalistischen Plänen wäre eine der Wegstationen auf der Straße zu einer geplanten Weltordnung. Aber die Völker Europas können dessen Errichtung völlig verhindern, wenn sie rechtzeitig aufgerüttelt werden, dies zu tun.

Das Unternehmen »Neues Europa« ist Teil einer weltrevolutionären Bewegung, die schon zu Beginn des bolschewistischen Aufstandes in die Wege geleitet wurde.

Das Gesamtbild dieser Weltrevolution wurde von George Orwell in seinem Buch »Ninteen Eightyfour« (»1984«) in einer sehr vereinfachten allegorischen Form dargestellt. Die Wirklichkeit ist unendlich komplexer und verwirrter.

Täuschungsmanöver und Verschwiegenheit

Es gibt viele Leute in Europa, die voll und ganz verstehen, was geschehen wird, wenn die Entwicklung zu einem europäischen Megastaat nicht gestoppt werden kann; sie wissen, daß es »Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, landesweiten Widerstand und völkische Konflikte« geben wird, wovor Mrs. Thatcher mit gewaltiger Stimme warnte.

Aber sie verstehen nicht, wie dies alles herbeigeführt wird – oder wenn sie das verstehen, dann wagen sie nicht, über das, was sie wissen, zu reden.

Warum hat man bei der Förderung dieses angeblichen Ideals für ein »Neues Europa« so stark auf Täuschung und Verschweigen gesetzt? Warum müssen die gewählten Führer des Volkes so viele Ausflüchte machen?

Die kurze Antwort darauf lautet, daß diese Führungspersönlichkeiten einfach nicht die Kraft haben, echten Widerstand zu leisten; was mit Mrs. Thatcher geschah ist der Beweis dafür, was auch mit ihnen geschehen könnte.

Es handelt sich tatsächlich um zwei verschiedene Ideale des »Neuen Europas«, das eine echt und das andere falsch.

Jedes ehrliche Unternehmen, sei es der Bau einer Autobahn oder die Gründung einer Organisation, wird als Ganzes konzipiert und alle Möglichkeiten werden sorgfältig untersucht, bevor das Unternehmen tatsächlich auf den Weg gebracht wird. Nicht so der

falsche »Neues Europa«-Vorschlag. Hier wird eine ganz andere Methode angewendet.

Eine verstohlene Form der Roßtäuscherei

Zunächst wird der Plan als nur ein »Gemeinsamer Markt« bezeichnet, ein vertrautes Konzept, von dem zu erwarten ist, daß es von einer Mehrheit akzeptiert wird. Dann folgt eine allmähliche, verstohlene Form der Roßtäuscherei, die dazu führt, daß die Völker Europas in ein Gewirr von zahllosen Bestimmungen, Konventionen, Pflichten und Verpflichtungen verfangen werden, gegenüber denen, im Einzelnen betrachtet, keine starke Opposition gerechtfertigt zu sein scheint. Aber zusammengenommen zielen diese darauf ab, die Völker unter das Joch eines neuen Megastaates zu bringen. Diese Völker müssen das Gefühl dafür bekommen, daß sie zusammengehören und zur Förderung und Bewahrung ihrer gemeinsamen Interessen zusammenarbeiten müssen.

Eine europäische Einheit, die allen Bevölkerungen auf dem Kontinent zum Vorteil gereicht, braucht keine Machtkonzentration im Zentrum; im Gegenteil, sie benötigt die Wahrung der Integrität der einzelnen Nationen mit, vielleicht, nichts weiter als eine gemeinsame zentrale Bürokratie, die nur dazu dient, die Kommunikation, Kooperation und, falls notwendig, Koordination der Aktionen, zu erleichtern.

Aber wie CODE schon seit Jahren offenlegt, haben sich die reichsten und mächtigsten Leute auf Erden Jahr für Jahr hinter verschlossenen Türen versammelt, um Pläne für die internationale Tagesordnung zu schmieden. Dies ist die geheimnisvolle Bilderberg-Gruppe, die so genannt wird, weil ihre erste Sitzung Mitte der fünfziger Jahre in einem Hotel gleichen namens in Holland stattfand.

Führende Persönlichkeiten aus dem Bereich der Hochfinanz, des Big Business, der Politik, der Medien, des höheren Bildungswesens und des Militärs werden eingeladen, die zauberhafte Atmosphäre einer Versammlung zu genießen, wo vermutlich die Zukunft der ganzen Welt bestimmt wird. In diesem Jahr fand die Sitzung Ende Mai in Evian, Frankreich, statt. CODE berichtete ausführlich darüber.

In der Presse des Establishments werden diese Sitzungen kaum erwähnt, und umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen werden getroffen, um zu verhindern, daß irgendwelche Informationen über das, was dort vor sich geht, nach außen durchsickern.

Die Geheimnisse werden offengelegt

Nichtsdestoweniger wird die Mauer des Schweigens von Zeit zu Zeit durchbrochen, und CODE veröffentlichte in seiner Ausgabe von September eine Aufstellung der Teilnehmer an der diesjährigen Bilderberg-Sitzung.

Das Bemerkenswerteste an den Bilderbergern ist, daß im Kielwaser fast jeder Zusammenkunft mit einer bedeutsamen Veränderung in Weltangelegenheiten gerechnet werden kann – dies kann in der Politik oder auf dem Sektor der Hochfinanz geschehen.

Aber ist die Bilderberg-Konferenz eine Art geheimes Parlament der Mächtigen, wo alle wirklich bedeutsamen Entscheidungen getroffen werden?

Nach unserer Auslegung der Geschichte besteht der Zweck der Bilderberger darin, sich die Billigung und das Einverständnis der sich in hohen Machtpositionen befindlichen Einzelpersonen für Entscheidungen einzuholen, die bereits in begrenzteren Kreisen gefällt worden sind. Ihre Rolle sowie die ähnlicher Gruppen – Trilaterale Kommission, Council on Foreign Relations – ist eher exekutiv als legislativ.

Zusammen mit den Vereinten Nationen gehören sie alle zu der Infrastruktur eines Totalitarismus der Neuen Weltordnung, die derzeit im Entstehen begriffen ist.

Als Folge davon ähnelt der letzte Entscheidungsprozeß, dessen können wir sicher sein, eher dem der die Sowjetunion ins Leben rief – was der eigentliche Beginn des revolutionären Krieges gegen die Völker des Westens war. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt, Christine Olschewski.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Nicole Franke-Gricksch.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE veröffentlicht Beiträge, die urheberrechtlich geschützt sind. Mit Namen gezeichnete Beiträge stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung und Auffassung des Verlages und der Redaktion überein; hierfür liegt die Verantwortung beim Autor. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf (abgesehen von den Ausnahmefällen der §§ 53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.
Alle Informationen und Berichte stammen aus zuverlässigen Informationsquellen, sind mit Sorgfalt recherchiert und werden veröffentlicht nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr. Verantwortlich für den Inhalt sind die jeweilig zuständigen Redaktionen in Washington und Leonberg.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

USA

Die Herausforderung des »Multikulturismus«

Samuel Taylor

Von allen Möglichkeiten, wie eine Nation sich selbst definiert, sind wenige wichtiger als das, was sie ihre Kinder über sich lehrt. Im Geschichtsunterricht ihrer öffentlichen Schulen erzählt die Nation ihnen die eigene Geschichte und weckt in den Köpfen der jungen Bürger eine nationale Identität. Im heutigen Amerika, wo miteinander im Wettstreit stehende rassische, kulturelle und sprachliche Ansprüche es beinahe unmöglich machen, auch nur von nationaler Identität zu sprechen, sind Fragen bezüglich der Geschichte zu einem Gerangel um den Besitz amerikanischer Vergangeheit geworden.

Die multikulturelle Geschichte mit vielen Perspektiven, die sich aus diesem Kampf entwickelt haben, ist nicht nur ein Aussteigen aus der Geschichte, die Amerika seine Kinder stets gelehrt hat. Es dürfte das erste Mal sein, daß eine Nation die eigene Identität seines Ursprungs aufgegeben und vorsätzlich damit begonnen hat, mehrfache nationale Identitäten anzunehmen.

Die Rassen spalten Amerika

Bezeichnenderweise ist das Verständnis vieler Nichtweißen für multikulturelle Geschichte ganz anders als das der Weißen. Für Weiße sind die zentralen Auffassungen »Aufnahme« und »Pluralismus«. Die amerikanische Geschichte muß umgeschrieben werden, so daß rassische und kulturelle Perspektiven, die einst »ignoriert« oder »vernachlässigt« wurden, gleiche Behandlung erfahren. Für viele Nichtweiße ist multikulturelle Geschichte jedoch nur ein Schritt auf dem Wege zu einer ausdrücklichen rassischen, afrozentrischen oder hispanischen Geschichte. Ihr Ziel ist eher Trennung als Aufnahme.

Die »konservative« Ansicht lautet, daß ausgesprochen rassische Geschichtsauffassungen ungesetzlich sind. Amerika, so wird argumentiert, muß durch eine gemeinsame Geschichte geeint werden, und exklusionistische Geschichtsauffassungen entzweien die USA nur. Dieser Standpunkt entbehrt nicht der Logik: Geschichtsauffassungen, die andere ausschließen, sind spaltend.

Aber wie wir noch sehen werden, die »konservative« Position ist falsch – praktisch, gefühlsmäßig und sogar moralisch. Amerika ist bereits durch Rasse gespalten, und keine Geschichtsauffassung kann das ändern. Genau so wie es unmöglich wäre, das gleiche Geschichtsbuch sowohl in Frankreich als auch in England zu benutzen, ist es unmöglich, eine einzige amerikanische Geschichte zu schreiben, die Weiße, Schwarze, Indianer und Asiaten zufriedenstellt.

Unterricht als Assimilation

Der Zweck des amerikanischen öffentlichen Bildungswesens bestand niemals einfach nur darin, Wissen zu vermitteln. Eines seiner zentralen Ziele war es, Kinder zu Amerikanern zu erziehen. Vor amerikanischen Schulen weht das Sternenbanner, und die Schüler geloben ihm Treue und Ergebenheit. Die zentralen Ereignisse der Geschichte liegen in der amerikanischen Vergangeheit. Die ruhmreichsten Errungenschaften sind amerikanische Errungenschaften. Daran ist nichts Seltsames. Jede Nation vermittelt ihren Kindern eine Erziehung im nationalen Sinne.

Nichtsdestoweniger verfolgen amerikanische Schulen wegen der Notwendigkeit, Einwanderer zu assimilieren, einen unverhüllteren, die Nation aufbauenden Zweck als andere. John Quincy Adams schrieb, daß Einwanderer »ihre europäische Haut abstreifen müssen, um sie nie wieder anzulegen«. Horace Mann argumentierte dahingehend, daß »ein fremdes Volk ... nicht lediglich durch eine Reise über den Atlantik zur vollen Statur amerikanischer Bürger verwandelt werden könne«. Einer der stärksten Beweggründe für den Bau von öffentlichen Schulen war daher die Notwendigkeit, aus Europäern Amerikaner zu machen.

Europäer sollten nicht dadurch zu Amerikanern gemacht werden, daß man sie über die Beiträge der Afrikaner, Mexikaner und Indianer aufklärte. Die alte Standardgeschichte vereinigte Amerikaner, weil sie einen zusammenhängenden Zweck und eine einzige Stimme hat. Sie hob einen Gesichtspunkt hervor und ignorierte andere. Um es frei heraus zu sagen, es war Geschichte von Weißen für Weiße. Diese Geschichtsauffassung diente dem Lande gut, und die beiden traditionellen Minderheiten – Schwarze und Indianer – hatten keine Stimme. Dies alles änderte sich Anfang der sechziger Jahre. Die Bürgerrechtsbewegung gab Schwarzen und Indianern Stimmen, und Änderungen der Einwanderungsgesetze hatten ein gewaltiges Hereinströmen von Nichtweißen zur Folge. Es war das Ende einer bestimmten Art von Amerika.

Nichtweiße begannen, sich über eine Version der Geschichte zu beschweren, die sie ausschloß. Jene, die Nation aufbauende Geschichte, die Europäer zu einem einzigen Volk zusammenband, hatte Weiße und Nichtweiße nicht zu einem einzigen Volk zusammengeschlossen. »Multikulturelle« Geschichte sollte daher eine breitere, aufnehmendere Geschichte sein, die jedem Amerikaner seinen rechtmäßigen Anteil an Amerikas Vergangenheit zugesteht. Gleichzeitig sollte eine »kulturbezogene« Geschichte Schwarze und Hispanier in der Schule halten und sie daran hindern, sie in immer größer wendender Quoten vorzeitig zu verlassen.

Die Quadratur des Kreises

Etwas, was wohlmeinende Weiße nicht verstanden haben, ist, daß eine »inklusive« Geschichte – eine alles für jedermann Geschichte – unmöglich ist. Die Geschichte hat nun einmal Gewinner und Verlierer, und diese sehen die Ereignisse mit unterschiedlichen Augen.

Gleichzeitig sieht praktisch jede nichtweiße Volksgruppe die Konflikte der Vergangenheit als Kämpfe mit Weißen an, daher wird multikulturelle Geschichte zu einer Sammlung von Perspektiven, die oft nicht nur nichtweiß, sondern weißenfeindlich sind.

Wie, zum Beispiel, soll eine multikulturelle Geschichte die Entdeckung und Besiedlung Nordamerikas durch Europäer behandeln? Die alte Geschichte nannte sie einen triumphalen Fortschritt für die Zivilisation. Aber für Indianer sind die gleichen historischen Ereignisse eine unendliche Folge von Niederlagen und Katastrophen. Nennt ein multikulturelles Geschichtsbuch dies einen Triumph oder eine Katastrophe oder beides oder keines von beiden?

Was ist mit dem mexikanisch-amerikanischen Krieg (1846 – 1848)? Seinerzeit wurde er als glorreicher Erfolg verstanden, weil er dem amerikanischen Westen riesige Landstriche hinzufügte. Aber war es stattdessen eine imperialistische Greueltat? Sollen die heutigen Schulkinder in Jubel darüber ausbrechen, daß Kalifornien zu Amerika gehört, oder sollen sie über das gestohlene Geburtsrecht ihrer hispanischen Brüder weinen?

Die Probleme der Sklaverei

Die Sklaverei wirft ein ähnliches Rätsel auf. Schwarze wollen sie

zum Kernstück ihrer Geschichte machen, und auf mehrfache Weise ist sie das auch. Nahezu 300 Jahre lang waren die meisten amerikanischen Schwarzen Sklaven, und alles was Schwarze taten oder dachten wurde mit Sklaverei umschrieben. Heute ist Sklaverei immer noch das Kernstück der Geschichte der Schwarzen, weil sie Fehlschläge und Versagen entschuldigt und dazu benutzt werden kann, den Weißen Vorteile abzuringen.

Für Weiße ist die Sklaverei jedoch ein geringfügiges historisches Ereignis. Abgesehen vom Bürgerkrieg – der von Weißen angezettelt und von Weißen geführt wurde – wäre der Verlauf der Geschichte des Landes kaum anders gewesen, wenn es keine Sklaverei gegeben hätte.

Ist George Washington sowohl der Gründungsvater seines Landes als auch ein bösartiger Mann, weil er Sklaven besaß? Ist Abraham Lincoln der verbriefte Retter der Union oder ist er ein Scheusal, weil er glaubte, Schwarze seien minderwertig und sollten eigentlich nach Afrika zurückgeschickt werden?

Diejenigen von uns, die zur Schule gingen als amerikanische Geschichte noch einen Zusammenhang hatte, werden wahrscheinlich von der neuen, multikulturellen Geschichte nur durch Zufall erfahren. Ein derartiger Zufall ist, daß wir in diesem Jahr das 500. Jubiläum der Entdekkung Amerikas feiern. Ein typisch multikulturelles Problem wurde somit aus dem Klassenraum herausgespült und fand größere Beachtung: War Kolumbus ein großer Entdecker oder war er ein völkermordender Tyrann? Sollen wir ein halbes Jahrhundert europäisches Amerika feiern oder unser Haupt vor Scham senken? Oder sollen wir beides tun?

Die Probleme und Ungewißheiten

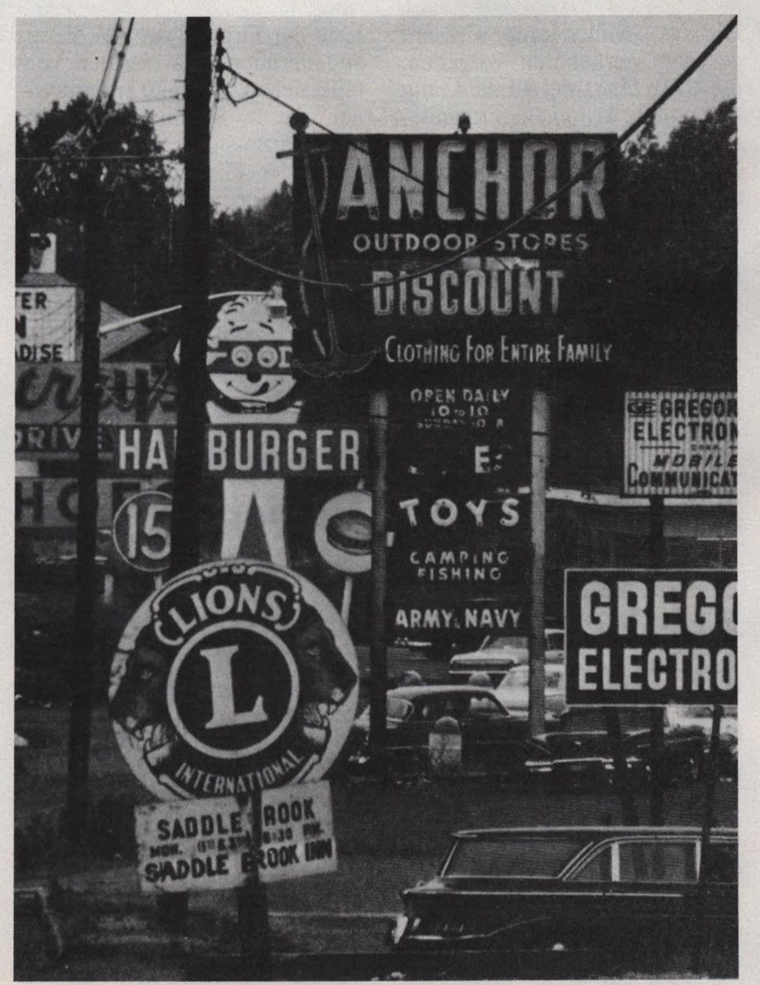
Multikulturelle Geschichtsauffassungen können von ihrer Natur her diese Fragen nicht beantworten. Und weil sie das nicht können, stellen sie Amerika als ein Bündel von Ungewißheiten, als eine Reihe von ungelösten »Problemen« dar. Anders als die alte Geschichte, die die Vergangenheit mit Stolz und ihre Zukunft mit Zuversicht betrachtete, sind multikulturelle Geschichtsauffassungen zaghaft und verwirrt. Anders als die alte Geschichte, die zumindest weißen Kindern ein festes Fundament für ihre nationale Identität bereitete, sagt die multikulturelle Geschichte effektiv, daß Amerika keine Identität hat. Das Einzige was übrigbleibt, um ein multikulturelles Amerika zu einigen, sei Geographie.

Eine Möglichkeit, die unmögliche Aufgabe, die sich die multikulturelle Geschichte selbst gestellt hat, zu verstehen, besteht darin, sich einmal vorzustellen, wie jemand ein Geschichtsbuch schreiben würde, das sowohl in Frankreich als auch in England benutzt wird. Wie würde es Napoleon abhandeln? Sogar die Geographie Londons – Waterloo Station, Trafalgar Square – ist ein Denkmal für Engländer, die Franzosen töteten. Napoleons Grabstätte, Bahnhof Austerlitz, und Straßennamen wie Jena und Ulm kennzeichnen alle den Stolz der Franzosen auf die Bereitschaft ihrer Ahnen, Ausländer abzuschlachten. Ein »multikulturelles« Geschichtsbuch über die napoleonischen Kriege wäre eine Absurdität, und das weiß jeder. Und dennoch wäre es kaum absurder als die Geschichtsbücher, die amerikanische Kinder heute benutzen.

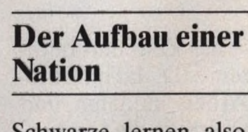
Nichtweiße haben einen viel schärferen Sinn für ihre Gruppeninteressen als Weiße. Sie sehen sehr klar, daß die Zukunft ihre Gewinner und Verlierer haben wird, ebenso wie die Geschichte sie gehabt hat. Während praktisch jeder Schulbezirk mit einer weißen Mehrheit versucht, die Quadratur des Kreises zu finden, indem dort eine Geschichte gelehrt wird, die alles für jeden ist, fangen Schulbezirke mit schwarzen Mehrheiten damit an, den alten »eurozentrischen« Lehrplan durch einen zu ersetzen, der offen »afrozentrisch« ist.

Man ist nicht daran interessiert, die traditionelle Geschichte mit verschiedenen Gesichtspunkten zu bereichern. Man will einen einzigen, afrikanischen Standpunkt. In Atlanta, wo 92 Prozent der Schüler an öffentlichen Schulen Schwarze sind, wurden Lehrpläne für Geschichte und Sozialkunde von einer »afrikanisch-amerikanischen« Perspektive aus umgeschrieben. New Yorks öffentliche Schulen genehmigten kürzlich eine Überarbeitung der Lehrpläne auf der Grundlage eines offen weißenfeindlichen Positionspapiers, das teilweise von Professor Leonard Jeffries, der für die Vorherrschaft der Schwarzen eintritt, entworfen wurde. In Kalifornien begannen Schulbezirke im mehrheitlich von Schwarzen bewohnten Oakland und East Palo Alto das Schuljahr 1991/92 ohne Lehrbücher für Sozialkunde. Sie entschieden, eigene Lernmittel mit Schwerpunkt auf Schwarze zu entwikkeln, weil sie nichts Passendes finden konnten.

Privatschulen für Schwarze sind ganz nach Osten verlegt worden. Einige lehnen Amerika ab und bringen ihren Kindern bei, daß sie die afrikanische Diaspora seien. Viele lehren völligen Unsinn, und es wird behauptet, die antiken Ägypter und sogar König Salomon seien Schwarze gewesen. Nichtsdestoweniger, selbst wenn ein Teil ihres Lehrmaterials lächerlich ist, afrozentrische Lehrer haben etwas erkannt, was weiße Lehrer längst vergessen haben: Geschichte hat einen Standpunkt; sie kann nicht alles für jeden sein.



Das Experiment der Vereinten Staaten ist im Begriff zu scheitern, weil es keine Nation geben kann, die alle zufriedenstellt.



Der Aufbau einer Nation

Schwarze lernen also eine Art von Geschichte, die einst Weiße lernten – eine Geschichte, die Identität und Gewißheit aufbaut.

Weiße Kinder lernen, daß jede Auslegung Gültigkeit hat, daß nichts gewiß ist, daß die Vergangenheit ihrer Nation aus lauter Paradoxen und ungelösten Problemen besteht. Vaterlandsliebe wächst nicht im Herzen eines Kindes, das nicht mit Stolz auf die Vergangenheit seines Landes zurückblicken kann.

Die Vereinigten Staaten sind weit von einem Schulwesen abgekommen, das Europäer zu Amerikanern machte. Jetzt machen wir Amerikaner zu rein gar nichts. □

Die Zwölf schlagen bei der Mafia schneller zu

Nach der Ermordung der Richter Falcone und Borsellino in Sizilien haben die Zwölf beschlossen, den europäischen Kampf gegen das organisierte Verbrechen zu beschleunigen. Die Minister des Inneren und der Justiz haben sich in Brüssel getroffen und eine Sondereinheit aus Polizisten und Richtern eingesetzt, die im Kampf gegen die Mafia und ähnliche Organisationen spezialisiert sind. Die Gruppe soll den Ministern in sechs Monaten über die Verflechtungen der kriminellen Syndikate Bericht erstatten.

Die Initiative, durch die die Aufdeckung von Mafiosi und anderen Schwerverbrechern erleichtert werden soll, wurde von den Ministern Italiens und Frankreichs angeregt. Sie ist eine der Strategien gegen das organisierte Verbrechen. Daneben gibt es ein ganzes Arsenal an Maßnahmen, die im Hinblick auf den großen Binnenmarkt geschaffen werden.

Dazu gehört das Zoll- und Informationssystem SID, das im Oktober seine Arbeit aufnahm und helfen wird, Licht in die Machenschaften des organisierten Verbrechens zu bringen. Diesem Ziel dient auch das Schengener Informationssystem, das die acht Mitglieder der Schengener Gruppe (die Zwölf ohne Dänemark, Griechenland, Großbritannien und Irland) in Straßburg errichten lassen.

Doch die Zwölf wollen nicht nur den Informationsfluß beschleunigen, sondern auch die Ausbildung ihrer Anti-Mafia-Spezialisten verbessern, indem verstärkt Beamte zwischen den Mitgliedstaaten ausgetauscht werden.

Aufdecken und dann zuschlagen. Auch letzteres wollen die Zwölf forcieren. Die Minister haben die mit der Einrichtung der europäischen Polizei Europol beschäftigten Beamten gebeten, ihre Bemühungen zu intensivieren, damit ein erster Teilbereich, die Europäische Drogeneinheit, ab Januar 1993 einsatzbereit ist. Außerdem haben die Minister Europol beauftragt, den Kampf gegen das internationale Verbrechen zu verschärfen. Es ist bekannt, daß der Drogenschmuggel eines der wichtigsten Betätigungsfelder der Mafia ist.

Einigkeit herrscht bei den Zwölf auch darüber, gemeinsam der Geldwäsche im Drogengeschäft einen Riegel vorzuschieben. Die Beschlagnahme von illegal erworbenem Vermögen steht ebenso auf der »Wunschliste« der Zwölf wie die Auslieferung von Straftätern, die in einem Mitgliedstaat verhaftet werden und deren Auslieferung von einem andern Mitgliedstaat beantragt wird. Zu all diesen Bereichen gibt es zwar bereits europäische Abkommen, doch sie wurden noch nicht von allen EG-Ländern ratifiziert.

Die Zwölf wollen ferner wirksam gegen Unternehmen vorgehen, die als Deckmantel für die Mafia und andere kriminelle Organisationen dienen. Derzeit ist der Handlungsspielraum der Behörden in diesem Bereich oft noch sehr begrenzt.

Leider machen die Untaten von Mafia und Co. nicht vor den Grenzen der EG halt. Daher möchten die Zwölf auch andere Länder an ihrem Kampf beteiligen. Das erscheint umso dringlicher, als Mafiaorganisation auch in den ehemals kommunistischen Ländern Osteuropas Fuß fassen. □

Zahl der Häftlinge in russischen Gulags steigt

Jelena Bonner, die Witwe Andrej Sacharows und weithin bekannte Aktivistin für die Menschenrechte, Amnesty International und eine politische Partei, die sich Europäische Freiheitspartei nennt, klagten auf einer Pressekonferenz an, daß Rußlands Gulags immer noch da sind und die Zahl der Häftlinge ansteigt.

Gennadij Zhaworonkow, Herausgeber der »Moscow News«, die eine Tatsachenerforschungs-Rundreise zu den Gulags förderte, sagte, nach einer konservativen Schätzung gebe es 40000 Häftlinge in den Gulags, es seien aber wahrscheinlich in Wirklichkeit 100000 und mehr. Die Gefangenen arbeiten 12 bis 16 Stunden pro Tag beim Holzfällen zum Gebrauch im Inland und im Ausland. Er sagte, drei neue Lager seien im Raume Moskau eingerichtet worden.

Zhaworonkow hob hervor, daß sich viele der Häftlinge in einer orwellschen Situation befinden, das heißt, Verbrechen, für die sie unter dem Kommunismus schuldig gesprochen wurden, seien in Rußland zwar keine Verbrechen mehr, aber eine allgemeine Amnestie, hauptsächlich für politische Gefangene, sei auf sie nicht angewendet worden, weil sie als »Wirtschaftsverbrecher« angesehen werden.

Eine der Firmen, die aus dieser andauernden Sklavenarbeit Vorteile ziehen, ist Palm International, die in Sibirien und Palm Beach ansässig ist. In Presseaufrufen der Firma Palm werden Amerikaner aufgefordert, in eine ganz sichere Sache in der Sowjetunion – die Bauholzindustrie – zu investieren, die, wie Zhaworonkow hervorhob, immer hauptsächlich von Sklavenarbeitern betrieben wurde. □

Polnische Regierung ruft Arbeiterstreiks hervor

Die Weigerung der polnischen Regierung, angeführt von Ministerpräsidentin Hanna Suchocka und Arbeitsminister Jacek Kuron, mit Bergleuten Gespräche zu führen, die gegen die bösartigen, vom Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegten Sparpläne und die drohende weitverbreitete Beseitigung der Bergbauindustrie in Polen sind, hat die Gewerkschaften, die die andauernde Streikwelle im südlichen Polen und die vorangegangenen Proteste der Bauern organisiert hatten, zur Bildung eines nationalen Streikausschusses und zur Vorbereitung eines Generalstreiks veranlaßt.

Der Streikausschuß, der bereits überall im Land über die schlesische Bergbauregion hinweg Kampfgruppen gebildet hat, setzt sich aus der ländlichen Selbstverteidigungsorganisation Samoobrona, der Gewerkschaft Solidarnosc 80, der neuen Gewerkschaft der Lokomotivführer ZZMK, der neuen Bergarbeiter-Gewerkschaft FZGG und dem nachkommunistischen Gewerkschaftsbund OPZZ zusammen.

Führer des Streikausschusses sagten, die Unnachgiebigkeit der Regierung habe eine Situation herbeigeführt, in der die Arbeiterschaft, um überhaupt etwas zu erreichen, gezwungen sei, über bloße Lohnforderungen hinauszugehen und eine landesweite Protestaktion zu starten, mit dem Ziel, die Wirtschaftspolitik des Landes wesentlich zu verändern. Zurückweisung der der Regierung und dem Banksektor auferlegten IWF-Konditionalitäten und die Schaffung eines Systems des produktiven Kredits, einhergehend mit Einfuhr-Schutzzöllen, sind grundsätzliche Forderungen der Generalstreik-Kampagne. □

Zweites Massengrab in der Mongolei entdeckt

Ein zweites Massengrab buddhistischer Mönche, die Ende der dreißiger Jahre während eines stalinistischen Terrorregimes hingerichtet wurden, ist in der Mongolei entdeckt worden berichtete Reuters.

Munkhdalain Rinchin, Historiker für den Präsidenten der Mongolei, sagte kürzlich in einem Interview, daß das zweite Massengrab im Juni dieses Jahres nur wenige Kilometer von dem ersten, 1991 entdeckt, gefunden wurde. Er sagte, er habe in diesem Sommer die Exhumierung von etwa 1000 Skeletten aus den beiden Massengräbern überwacht. Jedes Skelett wies einen

einzigen Einschuß einer Kugel des Kalibers 0,22 hinten im Schädel auf. Im zweiten Massengrab bei Ar Zuraa in der nordwestlichen Provinz der Mongolei Hovsgol lagen Skelette immer noch in den Safran-Gewändern buddhistischer Mönche gehüllt, eines auf dem anderen gestapelt, bis zu einer Tiefe von 12 Metern.

»Die Soldaten müssen die Mönche einen nach dem anderen in voller gegenseitiger Sicht erschossen und einen auf den anderen in das Grab geschoben haben«, sagte Rinchin. »Es muß eine Szene erschütternder Grausamkeit gewesen sein.« Rinchin hatte ein Videoband, auf dem junge Männer mit Gasmasken bei der Ausgrabung der Leichen zu sehen sind, zusammen mit Besitztümern, die in den Falten ihrer Gewänder gefunden wurden: Rosenkränze, Buddha-Statuen, Schnupffläschchen und Seiten der Schrift.

Die Greueltaten wurden auf Befehl des mongolischen kommunistischen Diktators Horloogiyn Choibalsan als Teil einer Kampagne zur Zerschlagung der Macht der alten buddhistischen Theokratie dieses Landes begangen. Historiker schätzen, daß 17000 Mönche hingerichtet und in Massengräbern verscharrt wurden. Außerdem wurden 746 Klöster, die einen Großteil des Reichtums und der Lehrbibliothek der Mongolei enthielten, zerstört. Choibalsan soll bis zu seinem Tode im Jahre 1952 etwa 100000 Menschen hingerichtet haben.

Mongolische Historiker, die jetzt bislang als geheim eingestufte Archive durchsehen, sagen, daß Josef Stalin, der die irre Idee hatte, daß Mongolen sich mit den expansionistischen japanischen Armeen in der Mandschurei zusammentun würden, viele der Hinrichtungen anordnete. □

Armenien hofft auf Hilfe im »unerklärten Krieg«

Aserbaidschan hat einen »unerklärten Krieg« gegen Armenien vom Zaune gebrochen, klagte der armenische Präsident Levon Ter-Petrossian als Reaktion auf zwei Angriffe aserbaidschanischer Streitkräfte auf armenisches Territorium an. Armenien hat sich an die anderen Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gewandt, ihrem Mandat der »kollektiven Verantwortung für die Sicherheit« gerecht zu werden und Armenien zur Hilfe zu eilen.

Wie berichtet wird, setzten die Azeris russische SU-25-Bomer gegen die Region Goris im südöstlichen Armenien ein. Die Angriffe der Azeris folgten dem Zusammenbruch der multinationalen Friedensgespräche über die von Armeniern bewohnte Enklave Nagorno-Karabakh in Aserbaidschan, die in Rom stattfanden.

Der armenische Geschäftsträger in London, Professor Armin Sarkissian, äußerte zur BBC, daß azerische Streitkräfte »Territorien in Armenien erobert haben«. Aserbaidschan beherrscht jetzt 40 Quadratkilometer armenischen Territoriums im nördlichen Armenien.

Die eskalierende Krise ruft dramatische politische Veränderungen hervor. Die Regierung von Nagorno-Karabakh trat am 12. August diesen Jahres zurück und das ausscheidende Regime empfahl die Einführung des Kriegsrechts und die Gründung eines neuen Verteidigungsrates, der die Herrschaft übernehmen soll, berichtete Moskau. Es wird auch über russisch-armenische diplomatische Kontakte auf hoher Ebene über verstärkte Kooperation auf einer Reihe von Gebieten berichtet. In Armenien wurde ein neuer Verteidigungsminister, der erste mit Kampferfahrung, ernannt. □

Weltkirchenrat treibt Bevölkerungsbegrenzung voran

Der Weltkirchenrat (WCC) übernimmt bei der Organisation religiöser und kirchlicher Gruppen hinter der Bevölkerungsbegrenzungspolitik eine führende Rolle ein, schreibt die Zeitschrift »People and the Planet«, ein gemeinsam von der International Planned Parenthood Federation, der International Union for the Conservation of Nature und dem Fund for Population Activities der Vereinten Nationen gefördertes Presseorgan.

Wegen des WCC »wurde Bevölkerung zu einem zentralen Gesprächsthema« unter Religions- und Kirchenführern auf dem Erd-Gipfel in Rio de Janeiro im Juni diesen Jahres, schreibt die Zeitschrift. »Der Weltkirchenrat, der sich hauptsächlich aus protestantischen und orthodoxen Kirchen zusammensetzt, äußerte sich mit starken Worten über die Notwendigkeit einer Bevölkerungspolitik. Auf einer dem Gipfel vorangehenden Sitzung in einem der verarmten Bezirke Rio de Janeiros, die 176 Kirchenvertreter aus aller Welt zusammenbrachte, argumentierte der WCC dahingehend, daß Paare mehr Auswahlmöglichkeiten bei der Geburtenverhütung haben sollten.«

Der Generalsekretär des WCC, Emilio Castro, sagte: »Während die katholische Kirche gegen die Methodologie der Verwendung künstlicher Verhütungsmittel zur Einschränkung des Bevölkerungswachstums ist, glaubt der WCC, daß die Verantwortung, zu dieser Methodologie zu greifen, dem Paar obliegt.«

Dieser Standpunkt wird das fördern helfen, was die Gruppe »das Rechte auf reproduktive Freiheit« nennt. »People and the Planet« stellt diese Ansicht der des Vatikans gegenüber, wie sie von Angelo Kardinal Sodano auf dem Erd-Gipfel zum Ausdruck gebracht wurde: »Methoden anzuwenden, die nicht mit der wahren Natur des Menschen übereinstimmen, werden am Ende tragisches Leid herbeiführen.« □

Bosnischer Präsident kritisiert den Westen

»Der Mangel des Westens an politischem Willen ist ... für uns eine unangenehme Überraschung«, sagte Präsident Alija Izetbegovic in einem Interview zu »Newsweek«. »Der Westen verriet seine eigenen Grundsätze. Glücklicherweise fackelte der Westen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht so lange, wie er es jetzt tut. Dann hätten wir eine Nazi-Herrschaft in der Welt«, meinte er.

Das Interview fand nach Friedensgesprächen in London statt. Izetbegovic sagte, die Gespräche seien enttäuschend gewesen, aber »ein gewisser Fortschritt ist erreicht worden. Unsere Region hat für die Vereinigten Staaten keine Priorität«, sagte Izetbegovic. »Das Übel, dessen Opfer wir sind, ist irgendwie europäischen Ursprungs. Es ist eine unglückliche Mischung zwischen Faschismus und Sozialismus, in Europa geboren.«

Die Politik des Westens geriet auch unter scharfe Kritik des slowenischen Schriftstellers Savoj Zizek in der Ausgabe der britischen Zeitung »Guardian«. »Präsident Izetbegovic hat für sein Vertrauen in den Westen und dafür, daß er das zivilisierte Spiel getrieben hat, bezahlt, mit der völligen Zerstörung seines Landes. Als sich Versprechungen des Westens als leere Hülle erwiesen und die Serben angriffen, nahm der Westen die Haltung eines Beobachters an, der über den Ausbruch ›primitiver balkanischer Leidenschaften‹ entsetzt war ... Es gibt nichts Selbsterzeugtes an diesen ethnischen Konflikten, der Westen war von Anfang an darin verwickelt. Carrington, Baker, Hurd, Genscher ... der Westen ist durch und durch verantwortlich. Bei Frankreich und Großbritannien erweckte die Auflösung Jugoslawiens das Phantom des Vierten Reiches, das das empfindliche Gleichgewicht der europäischen Politik stört ...

Das richtige Thema zur Unterstützung ist eigentlich die hysterische Spaltung, die die Haltung des Westens kennzeichnet: Der unheimliche Antagonismus zwischen seiner ›offiziellen‹ Politik der Verhinderung ethnischer Bereinigungen und seinem wahren Wunsch, die Serben ihr Werk vollenden zu lassen.« □



Balkan

Lehren aus dem Balkan-Krieg

Siegfried Gärtner

Schon seit weit über einem Jahr tobt im ehemaligen Jugoslawien ein blutiger Krieg mit all den abscheulichen Begleitumständen, die zu solchen Auseinandersetzungen, zumal in jenem balkanischen Winkel Europas, zu gehören scheinen. Wieviele Opfer dieser Krieg bereits gefordert hat, weiß niemand genau. Es können Zehntausende, aber auch Hunderttausende sein. Millionen befinden sich auf der Flucht oder verloren ihre Wohnungen.

Zuallererst gilt es klar festzuhalten: Der jetzige Krieg ist eine Spätfolge des Diktats von Versailles beziehungsweise St. Germain.

Serbien ist das verwöhnte Hätschelkind

Dort nämlich wurde Serbien dafür belohnt, daß serbische Fanatiker durch den Sarajewo-Mord den Ersten Weltkrieg ausgelöst hatten. Jugoslawien war daher trotz der Einverleibung vieler bosnischer, kroatischer und slowenischer Gebiete, trotz der Annexion ungarischen Territorismus, eigentlich ein Großserbien. Und hier liegt auch der Grund für die mehr als nachsichtige Haltung, die der gesamte Westen und die ihm folgende »Weltöffentlichkeit« Belgrad gegenüber einnimmt. Serbien ist das verwöhnte Hätschelkind der Weltkrieg-I- und II-Sieger!

Bis zuletzt hoffte man in Paris, London und Washington, es könnte dem Belgrader Panzerkommunismus gelingen, die aufmüpfigen Slowenen, Kroaten und Bosniaken in die »multikulturelle Gesellschaft« Tito-Jugoslawiens zurückzwingen.

Die Folgen von Versailles

All dies wird von den Massenmedien geflissentlich verschwiegen, weil dadurch unbequeme Fragen aufgerührt werden könnten. Denn die sogenannten Pariser Vorortverträge (sprich: das Versailler Diktat) sind nicht nur ursächlich für die jetzige jugoslawische Tragödie verantwortlich, sondern sie waren es schon für dem Zweiten Weltkrieg!

Als im Frühjahr 1941 Jugoslawien dem Dreimächtepakt Berlin-Rom-Tokio beitrat, wurden seine aus Wien zurückkehrenden Unterhändler von achsenfeindlichen serbischen Fanatikern auf dem Bahnhof verhaftet, und somit war der Vertrag annuliert. Hier zeigte sich bereits die Rivalität zwischen Slowenen und Kroaten einerseits und den Serben andererseits.

Die serbische Putschregierung hatte schon ihre Fühler nach Moskau und London ausgestreckt. Sie wurde auch sofort durch Stalin anerkannt, was wiederum beweist, daß Stalin voll auf die antideutsche Seite eingeschwenkt war und den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt nur als vorübergehenden taktischen Schachzug betrachtet hatte.

Die kulturellen Gegensätze

Es ist, als wolle die Geschichte im letzten Moment all den Verblendeten in Bonn, all den Traumtänzern in den patentdemokratischen Parteizentralen unseres Landes nochmals drastisch vor Augen führen, was »multikulturelle Gesellschaften« bedeuten und was sie unausweichlich nach sich ziehen!

Aber das offizielle Rumpf- und Neudeutschland scheint wie eine vom Wahnsinn getriebene Lemmingherde nur noch den Lauf in den eigenen Untergang zu kennen.

Es sind vor allem religiös-kulturelle Gegensätze, die den künstlichen jugoslawischen Staat jetzt gesprengt haben. Die eigentlichen nationalen Unterschiede sind vergleichsweise gering. Serben und Kroaten zum Beispiel sprechen dieselbe Sprache, nur schreiben die Kroaten lateinisch, die griechisch-orthodoxen Serben kyrillisch. Die römisch-katholischen Kroaten waren immer nach Mitteleuropa ausgerichtet, gehörten lange zu Österreich-Ungarn und standen in beiden Weltkriegen auf deutscher Seite.

Sie gelten demzufolge als deutschfreundlich, und hier liegt wieder einer der penetrant verschwiegenen Gründe für die Tatsache, daß der Westen so lange das serbische Treiben – bis vor kurzem noch unter dem Sowjetstern – geduldet, ja ermuntert hat. In Bosnien-Herzegowina lebt außer Serben und Kroaten noch ein hoher Prozentsatz von Moslems. Es handelt sich bei dem derzeitigen Gemetzel also auch um einen Religionskrieg, was wiederum beweist, daß Offenbarungsreligionen alles andere als eine Garantie für friedliche Zustände sind, auch wenn sie sich nach außen hin noch so human gebärden.

Ein verlogenes Geschichtsbild

Während des Zweiten Weltkrieges führten die roten Tito-Partisanen einen hartnäckigen Kleinkrieg nicht nur gegen die Besatzungstruppen der Achsenmächte, sondern auch gegen alle jene Personen, die deutscher Sympathien verdächtig waren oder sich aus dem südslawischen Zwangsstaat lösen wollten.

Es geschahen abscheuliche Grausamkeiten, und die jetzigen Ereignisse sind nur die Folge der Saat, die damals gesät wurde.
Nach dem Kriege wurde dann alle Schuld für das Geschehen, wie könnte es auch anders sein, der deutschen Seite angelastet.

Zehntausende deutscher Kriegsgefangener, Hunderttausende von Volksdeutschen wurden von dem roten Mob gefoltert, gequält und ermordert.

Wer in Wirklichkeit die Schuld an all den damaligen Scheußlichkeiten trug, zeigt sich jetzt. Nach dem Krieg aber wurden untadelige ehrenhafte deutsche Heer- und Truppenführer an Tito-Jugoslawien ausgeliefert und dort öffentlich gehängt. Auf ihre Rehabilitierung wartet man vergeblich, obwohl eine Geschichtslüge nach der anderen platzt.

Die Tschechoslowakei, ein anderer Vielvölkerstaat der Versailler Unfriedensmacher, löst sich nun auf, und die Slowakei wird selbständig. Ganzen Schülergenerationen aber war vorgelogen worden, der Zerfall jenes Staatsgebildes im Jahre 1939 sei nur auf Grund von heimtückischen Machenschaften der damaligen deutschen Reichsregierung erfolgt.

Das »induzierte Irresein«

Im Jahre 1963 hatte der Rechtsanwalt W. Schöttler aus Recklinghausen Strafanzeige gegen den damaligen jugoslawischen Außenminister Koca Popovic erstattet,

»... weil Popovic als Partisanenkommandant mehrere hundert deutsche Kriegsgefangene bis zum Hals hatte eingraben und ihnen dann mit Eggen die Köpfe hatte abreißen lassen.«

Die Strafanzeige war bei der Bundesanwaltschaft Karlsruhe erfolgt. Das Verfahren wurde mit der Begründung niedergeschlagen, daß einem Prozeß vor einem westdeutschen Gericht »unüberwindliche Schwierigkeiten« entgegenstünden.

Aber Deutsche wurden und werden verfolgt, nicht nur draußen, sondern im eigenen Land – und das ist die größte Schmach!

Seit fast 50 Jahren wurden Tausende von Prozessen angestrengt, die Unsummen kosteten, zweimal wurde die Verjährungsfrist verlängert, einzig zu dem



Zweck, um ununterbrochen die deutsche Wehrmacht, die Waffen-SS, das ganze deutsche Volk diffamieren und schlechtmachen zu können. Der Haß öffnet hierbei sogar noch Gräber.

Eine ganze politische Kaste lebt von den Unwahrheiten gegen das eigene Volk.

Das sind genau dieselben Leute, die die Opferzahl des Dresdner Bombenmassenmords vom Februar 1945 von 300000 auf 35000 hinunterzulügen pflegen. Weil das, was andere verbrochen haben, nicht ans Licht der Öffentlichkeit kommen darf. Denn nur absolute Einseitigkeit kann die bußfertige Zerknirschung der Deutschen aufrechterhalten.

Wer hat je gehört, daß die Russen oder Polen, US-Amerikaner oder Chinesen, Franzosen, Israelis oder Briten »ewig zu sühnen und zu büßen« hätten?

Wer hat bei den über 200 Kriegen seit 1945 nach Kriegsverbrechern oder Aggressoren auch nur gefragt? Bloß mit den Deutschen treibt man das, und wir lassen es mit uns treiben!

Was uns als »Politik« und »Recht« verkauft wird, kann man nur noch als induziertes Irresein bezeichnen.

Vernebelung der Verantwortlichkeiten

Wir haben gesehen, daß die Hauptgründe des derzeitigen Kriegselends auf dem Balkan in dem Unrecht von Versailles 1919 liegt. Bei jenen »Verträgen« waren aber vor allem Frankreich und England federführend. Auch Italien. Was aber tun diese Mächte nun angesichts der Flüchtlingsmassen aus dem verblichenen Jugoslawien? Nichts oder so gut wie nichts!

Hier die Lasten zu tragen, überläßt man einmal mehr den Deutschen. Aber wird uns diese Bereitwilligkeit zu Opfern für andere honoriert? Ganz im Gegenteil! Weil wir unsere Ehre weggeworfen haben und die geschichtliche Wahrheit schänden ließen, sind wir längst zu den Deppen der Welt geworden.

Und das kann man mit Gedanken nach allen Seiten auch nicht wieder gutmachen, sondern man weckt damit immer neue Begehrlichkeiten und kennzeichnet die Neudeutschen höchstens als Oberdeppen.

Hier gibt es nur eines: Alle jene schleunigst abzuwählen, die sich in fast einem halben Jahrhundert weder willens noch fähig gezeigt haben, die Lebensinteressen unseres Volkes zu wahren!

Schweigen über Millionen deutsche Opfer

Selbstverständlich gibt es vertretbare Gründe, Kriegsflüchtlinge kurzzeitig bei uns aufzunehmen, wenn sie an Leib und Leben gefährdet sind, sich entsprechend bescheiden und nicht noch Ansprüche stellen. Dann darf man aber Deutschland nicht vorher schon durch Wirtschaftsasylanten und reine Schmarotzer aus jedem Weltwinkel überschwemmen lassen.

Die Folgen von Versailles, wo sich Clemenceau, Wilson und Lloyd George (von links nach rechts) nach dem Ende des Ersten Weltkrieges trafen, sind heute in den einzelnen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens zu sehen.

Und man darf zweitens nicht zulassen, daß die deutschen Heimatvertriebenen von 1945 und später im eigenen Land als »Berufsvertriebene« oder »Revanchisten« noch beschimpft und daß gleichzeitig noch die Vertreiberstaaten mit Geschenken überhäuft werden.

Man darf dann weiter nicht so tun, als wären die Millionen Mordopfer jener Vertreibung nicht der Erwähnung wert und darf im Bundestag nicht Beifall klatschen, wenn die 700jährige Heimat der vertriebenen Deutschen vertraglich den Räuberstaaten überantwortet wird. Denn all dies entlarvt das wahre Gesicht all jener Moral-, Humanitäts- und Menschenrechtsapostel, die hoffentlich nächstes Mal nicht mehr gewählt werden! □

Balkan

Der Islam ist das eigentliche Ziel

Ivor Benson

Was den Medien des Establishments über gewisse Bereiche des weltweiten Tumults immer wieder entgeht, ist nicht an dem politischen Verfasser und Kommentator Ivor Benson vorbeigegangen.

Die öffentliche Reaktion auf die Ereignisse in Bosnien-Herzogowina ist äußerste Befremdung und Erschütterung. Drastische Berichte über den Vorgang der sogenannten ethnischen Bereinigung durch die Serben sind von Horden von Journalisten und Fernseh-Kameramännern, die im ganzen Land, mit einigen Gefahren für sich selbst, ausgeschwärmt sind, vorgelegt worden.

Die große Angst vor dem Islam

Aber die Frage, worauf es noch keine Antwort gibt, lautet: »Warum?« Warum sind urplötzlich die Großmächte, die bislang so eifrig die Welt als Polizeikräfte überwachten, so hilflos?
Gleichermaßen rätselhaft ist die Lage, die im Irak entstanden ist: Warum gelingt es den Mächten, nachdem sie Saddam Hussein eine derart verheerende Niederlage beigebracht haben, nicht, ihn dazu zu zwingen, sich den Kapitulationsbedingungen zu beugen? Sie reden jetzt von der Notwendigkeit, ihn zu »stürzen«; warum haben sie das nicht getan, als er ihnen auf Gnade und Barmherzigkeit ausgeliefert war, und sie das in wenigen Tagen hatten bewerkstelligen können?

Unsere eigene kurze Antwort auf alle derartigen Fragen ist, daß, wie widersprüchlich, sogar chaotisch das der öffentlichen Meinung präsentierte Bild auch sein mag, die Ereignisse in der Golfregion und im ehemaligen Jugoslawien völlig mit dem Drehbuch übereinstimmen und entweder erzwungen oder vorsätzlich geduldet werden.
Unter dem Aspekt der weltweiten Machtpolitik haben Bosnien und der Irak einen bedeutsamen gemeinsamen Faktor: Die große Angst vor dem sich ausbreitenden Einfluß des Islams.

Der Präsident des Iraks, Saddam Hussein, und der Präsident Serbiens, Slobodan Milosevic, fühlen sich frei, sich auf ausgedehnte völkermordende Operationen einzulassen, weil sie wissen, daß sie nicht angefaßt werden können – oder vielmehr nicht angefaßt werden. Und warum sind sie so sicher, daß ihnen nichts geschieht? Weil sie wissen, daß diejenigen, die im Westen die Macht ausüben, sie als Bollwerk gegen einen wiederauflebenden Islam brauchen.

Es wäre unmöglich gewesen, Saddam Hussein auszuschalten, ohne gleichzeitig die Macht der herrschenden Baath-Partei zu brechen, und wenn die Sieger des Golfkrieges das getan hätten, dann hätten sie ein Machtvakuum geschaffen, das nur die schiitischen Moslems, mit einiger Unterstützung durch den Iran, hätten ausfüllen können.

Aber warum keine Furcht vor der Baath-Partei? Ist das nicht auch eine islamische Partei?

Es ist eine verweltlichte oder abartige Form des Islam, die viel mit der verweltlichten Form des Christentums gemein hat, das sich im Westen so bereitwillig an die große politische Macht, die im Mammon verwurzelt ist, anpassen konnte.

Und von daher gesehen, wie sehr auch immer Milosevic wegen seiner Politik der »ethnischen Bereinigung« – eine Beschönigung für Völkermord – verachtet wird, war in den Zentren der Großmächte im Westen das mögliche Hervortreten eines von Moslems dominierten Bosnien-Herzegowina noch mehr zu fürchten. Ebenfalls zu berücksichtigen war der beträchtliche moslemische Druck in Kosovo, das in Serbien und Albanien liegt und fast völlig moslemisch ist.

Religion ist der springende Punkt

Im Grunde genommen handelt es sich hier also um Religion, nicht Rasse oder Nationalismus, da man sich allgemein darüber einig ist, daß die Moslems in dieser Gegend Serben und Kroaten sind – Europäer wie die übrige Bevölkerung Serbiens, und die gleiche Sprache sprechend –, unterschiedlich nur in der Religion.

Einer der am besten zusammengefaßten Berichte über das, was sich in Bosnien-Herzegowina ereignet hat, wurde kürzlich von Patrick Bishop, ein Korrespondent des »London Daily Telegraph«, vorgelegt: »Die verspäteten Bemühungen der Außenwelt, die bosnische Krise einzudämmen, kamen zu spät. Das Märtyrertum im Lande ist fast vollständig.

Die Tragik des Landes Bosnien-Herzegowina besteht darin, daß es als das kurzlebigste Land in die Geschichte des modernen Europas eingehen könnte.

Innerhalb weniger Monate nach seiner Unabhängigkeitserklärung im März dieses Jahres befindet sich das Land in den letzten Stadien der Zerstückelung. Die Serben haben bereits Zweidrittel des Territoriums des Landes verschlungen.

In der westlichen Herzegowina hacken die Kroaten sich ihre eigenen Anteile aus der Leiche heraus.

Die Hauptopfer der Aufteilung sind die Moslems, die 44 Prozent der Bevölkerung ausmachten, die größte Volksgruppe, bevor die Kämpfe begannen. Sie sind jetzt auf ein paar belagerte Enklaven eingeengt und scheinen dazu verurteilt zu sein, sich den Palästinensern als Volk ohne Heimatland anschließen zu müssen.«

Keine schnelle Lösung möglich

Hätte die serbische Regierung daran gehindert werden können, dies alles zu tun? Verschiedene Formen des Eingreifens haben sich als undurchführbar und sogar höchst gefährlich erwiesen, geeignet, die westlichen Mächte in einen weiteren, Vietnam-ähnlichen politischen und militärischen Sumpf zu ziehen. Aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn die Mächte so entschlossen gewesen wären, wie sie es im Falle des Einmarsches in Kuwait waren, die serbische Regierung auf der Stelle stehengeblieben wäre, und eine sich lange hinziehende Einmischung wäre nicht notwendig gewesen.

Wie Margaret Thatcher, Paddy Ashdown (Führer der Liberaldemokraten) und andere gesagt haben, war nur die sofortige Beherrschung des Luftraums erforderlich, also etwas, was man leicht hätte erreichen können, dazu der Beweis für noch ernsthaftere Absichten. Mit einem Wort, alles, was die Mächte hätten tun müssen, ist »nein« zu sagen, und das mit Bestimmtheit.

Was sollen also alle diese Hilfeleistungen und schwachen Versuche, die unternommen werden, um die Fahrzeugkolonnen zu schützen? Wie Charles Moore im »Daily Telegraph« ausführte, bestand die Notwendigkeit für eine »zwecklose Geste«, mit der eine Öffentlichkeit zufriedengestellt werden sollte, die durch die Presse- und Fernsehberichte über die serbische Barbarei zutiefst beunruhigt war, um die eigene Politik des Nichteingreifens irgendwie zu verdecken.

Und so wird der Wirrwarr in der Welt immer schlimmer, während der Kommunismus, der stets nur ein Scheingegner des Kapitalismus, selbst sogar ein Produkt des Kapitalismus war, als Feind Nr. 1 des Westens abgelöst wird; umso mehr gefürchtet, vielleicht, weil er mit seiner harten und einleuchtenden Verurteilung des westlichen Gesellschafts»modells« ein Wiedererwachen der moralischen Intelligenz der Menschen im Westen entfachen könnte. □

Serbien

Es geht um das alte zionistische Muster

Martin Mann

Das von den Serben durchgeführte Programm der »völkischen Säuberung« durch Massaker und Plünderung geht nach dem von Israel in dessen »Unabhängigkeitskrieg« festgelegten Muster vor sich.

Der barbarische Mord- und Plünderungs-Ansturm, der von Kommunisten geführten serbischen Milizen gegen andere Nationalitäten in der ehemaligen jugoslawischen Föderation, ähnelt sehr stark dem 1948 – 49 von zionistischen Guerillas geführten Feldzug, um palästinensische Moslems und Christen aus ihrem angestammten Heimatland zu »säubern«.

Eine Dokumentation über unbeschreibliche Verbrechen

Dies ist der wachsende Konsens unter Politik-Experten und Historikern, die kürzlich freigegebene Dokumente überprüft haben, aus denen hervorgeht, daß israelische Streitkräfte sich einen Staat herausschälten, indem sie der ihnen im Weg stehenden Zivilbevölkerung weithin Greueltaten, Vergewaltigungen, Plünderungen und Massaker zufügten.

Das neue Beweismaterial, das in den letzten Monaten weitgehend von unabhängigen israelischen Historikern veröffentlicht wurde, ist eine dramatische Bestätigung der von Issah Nakhleh, dem angesehenen Dekan arabischer Beobachter bei den Vereinten Nationen, zusammengestellten Forschungsergebnisse.

Auf der Grundlage von Augenzeugenberichten und zeitgenössischen Dokumenten hat Nakhleh, ein Anwalt und Rechtsgelehrter, der die seltene Auszeichnung genießt, sowohl der britischen als auch der palästinensischen Anwaltschaft anzugehören, einige der lange unterdrückten »Kriegsverbrechen«, »Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord«, die von israelischen Milizen bei ihrem Vorstoß, Schlüsselregionen Palästinas von ihren historischen Siedlern zu »säubern«, begangen wurden, zurückverfolgt. Dazu gehört:

Israel »verletzte die territoriale Integrität Palästinas und besetzte 80 Prozent davon«, berichtete Nakhleh.

Durch »Gewalt und Massaker« vertrieben israelische Streitkräfte mehr als 800000 palästinensische Araber aus dem Heimatland ihrer Familien und Vorväter.

Israelische Streitkräfte »plünderten und raubten« 95 Prozent der Häuser, Wohnungen und Handelsgebäude aus, und nahmen »die Maschinen, Möbel, Waren und alle weltlichen Besitztümer der palästinensischen Araber in 80 Prozent Palästinas widerrechtlich in Besitz.

Aus Angst davor, daß die zivilisierte Welt vor einem neuen Staat, der mit derart brutalen und gesetzlosen Mitteln geschaffen wurde, zurückschrecken – und ihre Anerkennung rückgängig machen könnte –, ordnete Israel an, daß alle Aufzeichnungen und Dokumente über seine Eroberungen in Palästina 40 Jahre lang hinter Schloß und Riegel verwahrt werden mußten.
Erst jetzt erhielten unabhängige israelische Historiker Zugang zu – und das Recht zur Veröffentlichung – der realen Vorgeschichte der israelischen Eigenstaatlichkeit. Ariyeh Yitzhaki, ein Gelehrter an der Universität Bar Ilan, der auch Dozent für Militärgeschichte ist, berichtete kürzlich, er habe »mehr als 20 große Massaker an Arabern und über 100 kleinere« verifiziert, die von israelischen Truppen während ihres sogenannten Unabhängigkeitskrieges begangen wurden.

Nach diesem Bericht hinterließen »große« Massaker mindestens 50 dokumentierte Opfer; alles was unter dieser Zahl liegt, wird als »kleine« Greueltat eingestuft.

Schmutzige Geheimnisse treten zutage

Yitzhakis eigene Forschung beweist, daß ein Großteil des Gemetzels nicht nach irgendeinem Maßstab als »klein« bezeichnet werden kann. In Doueimah, eine nicht verteidigte Stadt nördlich von Hebron, »wurden mindestens 580 Zivilisten getötet«, berichtet er.
Augenzeugenberichte, die 40 Jahre lang unterdrückt wurden, enthüllten, daß »Frauen und Kindern mit Keulen der Schädel eingeschlagen wurde; andere wurden in ihren Häusern in die Luft gesprengt«.

Andere israelische Wissenschaftler haben diese erschütternden Entdeckungen bestätigt: »Bis zur Gründung des Staates Israel endete jeder Zusammenstoß mit einem Massaker an Arabern«, gab der Historiker für Militärgeschichte Uri Milstein zu.

Aus »fast jedem lange unterdrückten Bericht in den Archiven der israelischen Armee über die Besetzung arabischer Dörfer steigt der Gestank von Massakern empor«, berichtete der Kolumnenschreiber Alexander Cockburn nach einer Überprüfung der kürzlich freigegebenen Berichte des Vorstoßes von 1948 – 49 zur Errichtung des israelischen Staates. Die Berichte lassen »das Muster eines willkürlich ausgeübten israelischen Terrors erkennen, der darauf abzielte, Massenflucht herbeizuführen, so daß ganze Regionen (Palästinas) von Arabern ›gesäubert‹ sein würden«.

Kein Wunder, daß die serbisch-kommunistische Führung, nachdem sie Kissinger Associates in den achtziger Jahren weiterhin als strategischen Berater« beibehalten hatte, sich dazu entschloß, alle ethnischen Regionen des ehemaligen Jugoslawien dadurch an sich zu reißen, daß sie Israels völkermordende Eroberung Palästinas genau nachahmte, sagen erfahrene Beobachter bei den Vereinten Nationen.

»Als ehemaliger Hausgelehrter der Rockefellers, Berater des Weißen Hauses und schließlich Außenminister ging Henry Kissinger und auch der amtierende Außenminister Lawrence Eagleburger bei der Vertuschung des Terrorismus und Plünderung, die Israel die Eigenstaatlichkeit einbrachten, voran«, sagt Oberst Joachim Wegener, ein österreichischer Staatsanwalt beim Militärgericht, der dem militärischen Stab des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zugeteilt ist.

»Sie konnten der serbischen Führung versichern, daß Kissinger Associates weiß, wie man öffentliche Aktenunterlagen von derartigen Greueltaten säubert.« □



Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Gorbatschow greift zurück nach der Macht

Alfred König

Der Kommunismus ist noch lange nicht tot. Ganz im Gegenteil. Das häßliche Gespenst der Menschheitsunterdrückung meldet sich in Person Michail Gorbatschow zurück. Immer unverhohlener greift der gestürzte frühere sowjetische Staats- und Parteichef zurück nach der Macht und wird dabei von den westlichen Medien, besonders den deutschen, massiv unterstützt.

Es ist absolut unbegreiflich, wie sehr dieser Mann im Westen noch umjubelt wird. CODE hat in der April-Ausgabe dieses Jahres dezidiert nachgewiesen, daß Gorbatschow niemals der Friedensapostel war, als der er sich immer dargestellt hat. Vielmehr hat er nur konsequenter als andere das Wort seines Vorbilds Lenin – so selber von Gorbatschow bezeichnet – befolgt, nach dem man alles tun dürfe, auch einen Schritt zurückgehen, nur eines nicht, nämlich das Ziel aus dem Auge zu verlieren.

Lob für Erich Honecker

Das seltsame ist, daß Gorbatschow eigentlich nie ein Hehl aus seiner Einstellung gemacht hat. Wer das Interview Jauchs mit ihm im »Stern-TV« gesehen hat, muß seine Worte im jüngsten »Stern«-Interview, er stehe dem »linken Zentrum« nahe, als blanken Hohn empfinden.

Darin hat sich Gorbatschow nämlich ganz eindeutig zum Sozialismus bekannt. Nicht zu vergessen, sein sehr emotionelles Plädoyer zu Gunsten des stalinistischen Oberverbrechers Erich Honecker. Dieser wurde von dem Ex-KPdSU-Chef geradezu als Friedensengel dargestellt, der nur das friedliche Zusammenleben zwischen Ost und West im Sinn hatte und der einer der Väter der Entspannungspolitik gewesen sei. Es sei unverantwortlich, diesen schwerkranken Greis ins Gefängnis zu stecken oder überhaupt vor Gericht zu stellen. Es ist schade, daß der von dieser Eindeutigkeit selbst überraschte Günter Jauch diese vielleicht einmalige Chance nicht nutzte und konsequent nachfragte. Da er diese Frage als Schlußwort an Gorbatschow gerichtet hatte, spielte aber wohl die Sendezeit nicht mit und durfte die Werbung nicht nach hinten geschoben werden.



Michail Gorbatschow wartet auf seine politische Stunde, wo er an die Macht in der ehemaligen Sowjetunion zurückkehrt.

Gorbatschows Einstellung zeigt sich auch daran, daß er sich entschieden weigert, beim obersten Gericht Rußlands als Zeuge im Prozeß gegen die KPdSU auszusagen. Mit großer Empörung reagierte dann die Öffentlichkeit im Westen auf den Einzug des Reisepasses von Gorbatschow. Dabei ist es auch in Deutschland durchaus üblich, daß einem Bürger, der mehrfach seiner Ladung als Zeuge vor Gericht nicht nachkommt, dort zwangsvorgeführt wird oder sogar in Erzwingungshaft genommen werden kann. Auch der Einzug des Reisepasses ist ein gesetzlich mögliches Mittel. Von daher ist es absolut unverständlich, daß Rußland kritisiert wird, wenn es mit vollkommen legalen und demokratischen Mitteln gegen jemanden vorgeht, der beharrlich die Aussage vor Gericht verweigert!

Im »Stern«-Interview führt sich Gorbatschow sogar als Märtyrer auf. Originalton: »Alles, was ich während meiner Amtszeit als Generalsekretär und Präsident verdient habe, habe ich dem Staat und der Partei gegeben. Drei Millionen Dollar Buchhonorare an den Staat, eine Million Rubel an die Partei. Nicht eine Kopeke, nicht einen Cent habe ich für mich behalten. Wir hatten nie eine eigene Wohnung... Heute behalte ich einen Teil der Honorare. Irgendwie müssen wir ja leben. Meine Tochter und mein Schwiegersohn, beide Ärzte, geben ihre Gehälter nur für Lebensmittel aus. Sie sind gezwungen, sich in der Freizeit Geld hinzuzuverdienen.«

Kein Wort sagt Gorbatschow natürlich davon, daß er alleine in seine politische Stiftung Millionen Dollar gepumpt hat, daß er glaubhaften Berichten zufolge Millionen Dollar auf Schweizer Konten liegen hat, daß alleine der Schmuck und die Pelze seiner Frau hunderttausende, wenn nicht gar Millionen Mark wert sind.

Seine Stiftung ist heute schon eine der reichsten, vielleicht sogar die reichste Organisation in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Keiner stellt aber die Frage, wofür er dieses Geld denn braucht, und wieso er es nicht besser dafür verwendet, am Aufbau der GUS mitzuhelfen.

Indirekt gibt er aber hierfür die Antwort selber. Auf die Frage, ob er denn zurück in die Politik wolle, antwortete Gorbatschow: »Dieser Tag ist noch nicht gekommen.«

Und genau hierfür braucht er das Geld, und schart er seine Truppen um sich. Man sieht, welch ein Schreckensregime sein enger Freund Eduard Schewardnadse, auch immer als Friendensapostel apostrophiert, in Georgien führt. Angesichts der starken innergeorgischen Opposition spricht das Präsidentschafts-Wahlergebnis, nach dem sich angeblich 95 Prozent für Schewardnadse aussprachen, eine deutliche Sprache. Eine Mehrheit von 60 Prozent hätte auch ausgereicht, aber das geht nicht in die Köpfe der altstalinistischen Fälscher rein.

Der KGB arbeitet immer noch

Dafür wird dann von Gorbatschow kräftig auf die sicherlich manchmal etwas naiven Bemühungen Jelzins eingeschlagen,

das Land vor dem endgültigen Sturz ins Chaos zu bewahren.

»Wie üben denn die sogenannten Demokraten um Jelzin, und man kann sie wirklich nur noch sogenannte Demokraten nennen, ihre Macht aus? In nur neun Monaten haben die es geschafft, daß das Lebensniveau der Menschen um 50 Prozent fiel. Sie haben uns 20 Jahre zurückgeworfen. Alles Geld geht jetzt drauf für Lebensmittel... Diese Reformen, das ist doch reiner Zynismus gegenüber den Menschen. Die Produktion ist um 30 Prozent gefallen. Die da oben glauben doch nur, sie hätten die Lage im Griff. Und jetzt soll innerhalb weniger Monate alles privatisiert werden. Da will man die Leute wieder einmal zu ihrem Glück zwingen. Das ist nichts weiter als Neostalinismus.«

Gerade der letzte Satz ist doch Heuchelei pur. Gerade derjenige muß es sagen, der während seiner langjährigen Amtszeit das Land immer weiter in die Misere geführt hat. Der noch zu Zeiten, wo der Westen bereits mit der realen Abrüstung begonnen hatte, die sowjetischen Verteidigungsausgaben nicht kürzte, das Atom-U-Boot- und das Marine-Programm sogar drastisch weiter ausbaute.

Es sind doch gerade die noch immer mächtigen Altstalinisten und Altleninisten, die heute jede wirkliche Reform verhindern. Westliche Geheimdienstergebnisse besagen eindeutig, daß der frühere KGB im Untergrund noch immer sehr aktiv ist und tausende Tonnen Lebensmittel gebunkert hat und eher verschimmeln läßt, als sie der hungernden Bevölkerung zu geben.

Eine neue kommunistische Diktatur?

Es ist doch gerade die mehrheitlich noch kommunistisch beeinflußte Militärführung, die verhindert, daß Jelzin die Kurilen-Inseln, die heute strategisch nur noch von untergeordneter Bedeutung sind, an Japan zurückgibt. Dabei hat Japan angekündigt, nach Rückgabe der Inseln umgehend Milliarden und Abermilliarden Dollar in der ehemaligen Sowjetunion investieren zu wollen.

Es muß doch erlaubt sein, die Frage zu stellen: Was hat das Militär mit den Kurilen vor? Durch den bald kompletten Abzug der Atomwaffen der Amerikaner aus Westeuropa und der Ablehnung der deutschen Regierung, unser Land gegebenenfalls auch mit eigenen atomaren (Abwehr)-Waffen zu verteidigen, wird ein konventioneller Krieg wieder möglich. Und nach erneuter Etablierung einer kommunistischen Diktatur in der GUS, die nicht ausgeschlossen werden und bereits sehr schnell erfolgen kann, wäre Deutschland dann das Erpresserziel Nummer 1. Will das Militär deswegen nicht auf die Kurilen verzichten?

Wenn man von einer Plan- auf die Marktwirtschaft wechselt, so setzt dies nun einmal gravierende Einschnitte in das bestehende Wirtschaftssystem voraus. Die Marktwirtschaft, so wie sie derzeit im Westen praktiziert wird, ist natürlich noch bei weitem nicht das Gelbe vom Ei, ist aber der kommunistischen Planwirtschaft weit überlegen.

Jelzins dritter Weg

Zudem bleibt Rußland und den anderen Staaten der GUS angesichts der zusammengebrochenen oder sich westlich orientierenden Ostmärkte sowieso nichts anderes übrig, als zu versuchen, wirtschaftlich international wettbewerbsfähig zu werden. Klüger wäre es sicher gewesen, die Privatisierung der Wirtschaft konsequent voranzutreiben, zumindest vorübergehend aber Lebensmittel zu subventionieren.

Gorbatschow hat in der Vergangenheit bei fast jeder Gelegenheit zu erkennen gegeben, daß er die Ziele des Internationalismus vertritt. Diese würden das gerade von den Kommunisten freigewordene Land aber nur direkt wieder in eine neue Abhängigkeit führen. Von daher ist der dritte Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus, den Jelzin zu gehen versucht, der richtige und müßte von allen freiheitsliebenden Personen und Regierungen unterstützt werden. Daß dies nicht geschieht, zeigt, daß George Orwells »1984« oder Aldous Huxleys »Schöne neue Welt« schon viel weiter vorangeschritten sind, als allgemein angenommen. □

Gemeinschaft unabhängiger Staaten

Griwna, Litas und Tanga

Der Rubel rollt – dieses geflügelte Wort erhält angesichts der Währungsturbulenzen in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) eine völlig neue Bedeutung. Tagtäglich verliert die Währung innerhalb und außerhalb der Staaten-Gemeinschaft an Wert. Zwar benutzt die russische Wirtschaftspresse den Begriff Rubelzone inzwischen als Synonym für die ehemalige Sowjetunion, doch die meisten Republiken denken längst über ihre Unabhängigkeit und eine eigene Währung nach.

Die Geldpolitik und die Rolle des Rubel rücken immer mehr in den Vordergrund der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen GUS-Republiken. Meldungen über die Einführung eigener Währungen wechseln mit Beschlüssen, den Rubel als gemeinsame Währung beizubehalten.

Folgen der Preis-Liberalisierung

Eine der Ursachen für das Hin und Her sind die Folgen der Preis-Liberalisierung. Seitdem die russische Regierung diesen Reformschritt zu Beginn des Jahres 1992 verkündete, sind die Preise für Grundnahrungsmittel in Rußland auf das Siebenfache gestiegen, und die Inflation erreichte zeitweise fast das 1000-Prozent-Tempo.

Nach Meinung der anderen GUS-Republiken beschließt Rußland die Reformen weitgehend im Alleingang – die Auswirkungen auf den Rubel aber bekommen alle zu spüren.

An der Moskauer Börse mußten Mitte September 1992 für einen Dollar 248 Rubel gezahlt werden – mehr als je zuvor.

In den vorangegangenen Monaten war es der russischen Zentralbank gelungen, den Rubelverfall wenigstens zeitweise zu bremsen. Im Januar 1992 notierte die Börse 230 Rubel pro Dollar, im Juni war der Dollar sogar schon für 120 bis 125 Rubel zu haben.

Der Niedergang des Rubel sowie die mangelnde Versorgung mit Banknoten durch die russische Zentralbank verstärkten das überwiegend politisch motivierte Streben der Republiken nach eigenen Währungen.

Estland und Lettland: Die beiden baltischen Republiken scherten als erste aus der Rubelzone aus. Rund 1,6 Millionen Esten bezahlen seit Juni 1992 mit der Krone, die fest an die D-Mark gebunden ist (1 DM = 8 Kronen). Knapp 2,7 Millionen Letten haben fortan lettische Rubel und – noch – russische Rubel in ihren Portemonnaies.

Litauen: Als letzte der drei baltischen Republiken verabschiedet sich Litauen vom Rubel. Ab dem 1. Oktober 1992 verliert die russische Währung im Ostsee-Anrainerstaat ihre Gültigkeit.

Auf die eigene Währung, den Litas, müssen die knapp vier Millionen Litauer jedoch noch eine unbestimmte Zeit warten. Zunächst einmal gelten namenlose Coupons als Übergangs-Zahlungsmittel.

Aserbaidschan: Die Republik am Kaspischen Meer will den Manat einführen. Allerdings sollen die rund sieben Millionen Aseris noch eine Zeitlang auch mit dem Rubel zahlen können.

Die Ukraine, Weißrußland und Kasachstan haben ebenfalls eigene Währungen ins Gespräch gebracht. Falls die Pläne Wirklichkeit werden, bekommen rund

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Griwna, Litas und Tanga

52 Millionen Ukrainer den Griwna, etwa zehn Millionen Weißrussen zahlen mit dem Taler, und rund 17 Millionen Kasachen gewöhnen sich an den Tanga.

Die starke Verflechtung der GUS-Republiken

Auch in Moldawien, Georgien und Armenien werden vereinzelt Rufe nach einer eigenen Währung laut. Doch wie in den meisten anderen Republiken scheiterten die Pläne bislang an den wirtschaftlichen Realitäten. Gründe:

Nach wie vor sind die Volkswirtschaften der einzelnen GUS-Republiken stark miteinander verflochten. Im Durchschnitt gehen rund 50 Prozent der Gesamtproduktion einer Republik in die anderen GUS-Länder.

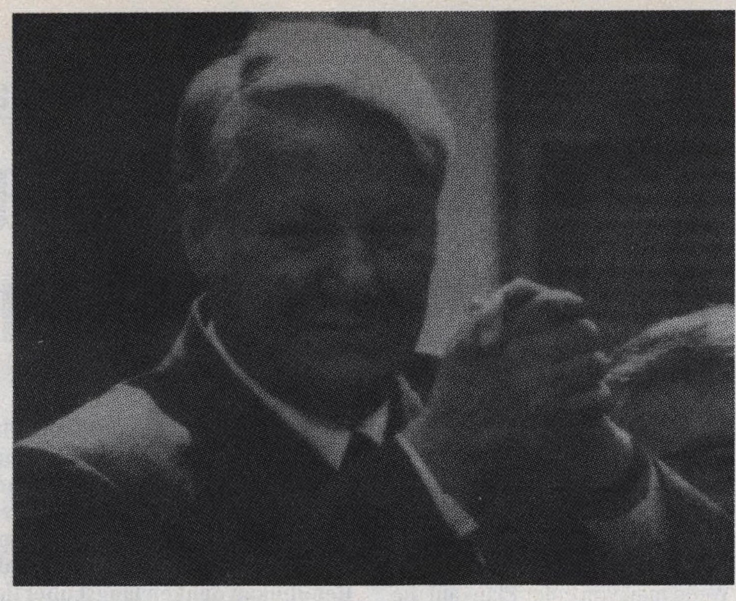
Dabei kommt es jedoch zu starken Ungleichgewichten bei einzelnen Produkten, so daß sich die gegenseitigen Abhängigkeiten nicht von heute auf morgen auflösen lassen.

So entfallen allein auf Rußland rund 90 Prozent der Erdölförderung, knapp 80 Prozent der Erdgasproduktion und über die Hälfte der Kohleförderung.

Auch beim Getreide hält Rußland mit 50 Prozent den Löwenanteil; es folgen die Ukraine mit 24 Prozent und Kasachstan mit 13 Prozent. In den Branchen der verarbeitenden Industrie ragen die baltischen Republiken, Weißrußland und die Ukraine heraus.

Eine plötzliche Abkehr von der bisherigen gemeinsamen Währung würde den Handel schlagartig lahmlegen. Denn die neuen Währungen müßten sich zunächst etablieren – und der Warentausch auf Hartwährungs-Basis scheitert am chronischen Devisenmangel der meisten Republiken.

Die angestrebte außenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der GUS-Republiken ist ohnehin nur auf der Basis einer gemeinsam getragenen Handelspolitik zu erreichen.



Der russische Präsident Boris Jelzin steht vor der Tatsache, daß die meisten ehemaligen Sowjetrepubliken eine eigene Währung planen.

Eine Vielzahl von Abmachungen

Diese Erkenntnis hat sich zwar inzwischen überall durchgesetzt, doch die Vereinbarungen auf höchster Ebene werden immer wieder von einseitigen Bestimmungen oder bilateralen Vereinbarungen zwischen einzelnen Regierungen unterlaufen.

Vor allem zu Fragen des Zolls, der Lizenzierung und Quotierung von Ein- und Ausfuhren sowie des Transitverkehrs existiert inzwischen eine Vielzahl von Abmachungen.

Ohne verbindliche Spielregeln funktioniert jedoch nichts. Experten schätzen, daß allein die willkürliche Einrichtung von Zollgrenzen den Handel zwischen den einzelnen Republiken in diesem Jahr auf die Hälfte des Standes von 1991 zurückwirft.

Eine Folge davon: Immer mehr Unternehmen müssen ihre Produktion stillegen, die Schulden wachsen.

Allein zwischen Januar und Juli 1992 stiegen die Schulden der russischen Unternehmen von 39 auf 3,200 Milliarden Rubel.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor der Rubelzone ist der Streit über die Geld- und Kreditpolitik. Die Republiken beklagen vor allem die Monopolstellung der russischen Zentralbank.

Solange die Rubelnoten nur in Rußland emittiert werden, hat allein die Zentralbank in Moskau den Geldumlauf in der Hand. Doch die Druckmaschinen können nicht mit der Inflation mithalten – überall im Land fehlen Banknoten. Im ersten Quartal 1992 blieben 80 Prozent der neuen Banknoten in Rußland – den Rest mußten sich alle anderen Republiken teilen.

Kein Wunder also, daß viele GUS-Länder sich um eine eigenständige Geldpolitik bemühen und mit dem Austritt aus der Rubelzone drohen. Diese Konstellation führt zu einem heillosen Durcheinander.

So schwankten die Zinssätze in der GUS im April dieses Jahres zwischen 18 Prozent bei den Banken in Usbekistan und 58 Prozent in Lettland. Das ruft findige Rechner auf den Plan: Das Geld wandert von einem Konto auf das andere – die Zirkulation des Rubel ist völlig außer Kontrolle.

Ein Drei-Stufen-Plan des Internationalen Währungsfonds (IWF) soll den Rubel stabilisieren. Doch die Freigabe der vorgesehenen sechs Milliarden Dollar ist an vier Bedingungen geknüpft: Reduzierung des Haushaltsdefizits; Beschränkung des Geldmengenwachstums; Schaffung eines funktionierenden Wechselkursmechanismus für alle Länder der Rubelzone und Übergang zu einem marktbestimmten Rubelkurs sowie volle Konvertibilität der Währung.

Das Dilemma: Um die Bedingungen zu erfüllen, braucht Rußland einen stabilen Rubel – für einen stabilen Rubel braucht das Land die IWF-Gelder.

Die Auswirkungen auf den Rubel sind verheerend

Die aktuelle Wirtschaftskrise verstärkt noch die Währungsmisere. Die Produktion der russischen Industrie lag im ersten Halbjahr 1992 um rund 15 Prozent unter dem Vorjahresniveau, und die Steuereinnahmen bleiben entsprechend zurück. Die Folgen:

Nach Angaben der russischen Zentralbank sind bis Anfang September 1992 fast 1,3 Billionen Rubel Schulden des Staates aufgelaufen – allein 823 Milliarden Rubel zur Deckung des Haushaltsdefizits.

Die Auswirkungen auf den Rubel sind verheerend: Ende August kostete ein US-Dollar 210 Rubel, Mitte September waren es schon 241 Rubel. Einen Tag nach Bekanntwerden des Haushaltsdefizits mußten an der Moskauer Börse bereits 248 Rubel pro Dollar gezahlt werden, in St. Petersburg wurden sogar erstmals mehr als 300 Rubel für die US-Devise geboten.

Damit wurden sogar die pessimistischen Prognosen übertroffen:

Bei einer Umfrage der Moskauer Staatsuniversität sagten 518 Wirtschaftsforscher und Banker einen Kursverfall bis Ende September auf 250 Rubel pro Dollar voraus.

Anders als die Westeuropäer bei den jüngsten Turbulenzen im Europäischen Währungssystem scheinen die Russen von der Rubel-Rallye jedoch wenig beeindruckt. Der Vize-Außenminister Glasjew meinte, die Bevölkerung habe sich in den vergangenen neun Monaten bereits an hohe Inflationsraten im Land gewöhnt. □

Weltkirchenrat

Frage nach der sowjetischen Beeinflussung

Beat Christoph Baeschlin

Die Kirchenführer der »freien westlichen Welt« hatten nicht mehr an die Zukunft des pluralistischen Parlamentarismus geglaubt. Darum haben sie sich auf einen künftigen Sieg des marxistischen Gottlosentums eingestellt.

Das war falsch spekuliert. Und nun kommen immer mehr Beweise der schmählichen Zusammenarbeit zwischen den Spitzen westlich finanzierter »christlicher« Organisationen mit dem Kommunismus ans Tageslicht und beleuchten die trüben Machenschaften in den kirchlichen Führungskreisen des Westens. Da und dort werden Verantwortliche zur Rede gestellt. So hat der »Kirchenbote für das reformierte Volk des Aargau« dem Präsidenten des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes folgende unausweichliche Frage gestellt:

»Laut einer Mitteilung der russischen Nachrichtenagentur TASS soll Emilio Castro dank des russischen Geheimdienstes KGB zum Generalsekretär des Weltkirchenrates gewählt worden sein. Wie beurteilen Sie solche Geschichten?«

Wie man lästige Fragen abwimmelt

Mit dem abwertenden Ausdruck »solche Geschichten«, sollte wohl die Sprengkraft der aufsehenerregenden Frage etwas gemildert werden. Pfarrer Heinrich Rusterholz holte trotzdem zu einer klotzigen Antwortrede aus und sprach: »Dummes Zeug! Diese Meldung muß ja von einem KGB-Mitarbeiter stammen. Denn, von den 150 Zentralausschußmitgliedern, die Castro wählten, sind nur etwa zehn Prozent Orthodoxe aus dem Einflußbereich der ehemaligen Sowjetunion ...«

Pfarrer Rusterholz wirkt seit langem in der Führungsgruppe der evangelischen Kirchen der Schweiz. Er hat gelernt, wie man lästige Fragen mit einem Anschein von Überzeugungskraft abwimmelt. Für Leute, die nicht im Bild sind über die hoffnungslose geistliche Zerrüttung der Landeskirchen, mag diese Antwort den Anschein von Gültigkeit erwecken. In Wirklichkeit aber wird da mit tückischem Schweigen der Kern des Problems verheimlicht, nämlich die Tatsache, daß im Weltkirchenrat von den 150 Mitgliedern des Zentralausschusses eine überwältigende Mehrheit im Sog des Marxismus und im Banne einer höchst kritischen und distanzierten Haltung gegenüber den biblischen Aussagen und Lehren standen und heute noch stehen.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion hat sich an der pseudo-christlichen Haltung der Genfer Kirchenzentrale nichts – aber auch gar nichts geändert. Die Reservatio Mentalis, womit Pfarrer Rusterholz diese Tatsache zu verwedeln sucht, ist höchstens ein weiterer Beweis für die Unglaubwürdigkeit des Weltkirchenrates ... und weitgehend auch der gegenwärtigen Führung des Schweizerischen Kirchenbundes.

Die »Stimme der Märtyrer«, Nachrichtenblatt der Hilfsaktion Märtyrerkirche, veröffentlicht auf der Titelseite ihres Oktoberheftes 1992 die Karteikarte zur KGB-Akte von Iraklij Schiolaschwili, der unter dem Namen Ilia II. Patriarch der Georgischen Orthodoxen Kirche ist und von 1979 bis 1983 das Amt eines Präsidenten des Weltkirchenrates in Genf inne hatte. Seit 1962 wirkte Ilia II. als Spitzel der berüchtigten sowjetischen Geheimpolizei KGB. Das gleiche taten fünf weitere Erzbischöfe der georgischen Orthodoxen Kirche.

Soeben hat auch der orthodoxe Erzbischof Chrysostomus von Vilna (Litauen) zugegeben, daß er ein Spitzel des KGB war. »Ich habe aus Überzeugung mitgemacht, einerseits um Vorteile für unsere Kirche zu erwirken und andererseits aus vaterländischer Gesinnung ... (!)«, teilte er dieser Tage mit. (Quelle: die französische Tageszeitung »Present« vom 24. September 1992).

Die Frage: Ist der Weltkirchenrat vom sowjetischen KGB gesteuert oder nicht? hat schon 1982 hohe Wellen geworfen. Die deutsche evanglische Presseagentur »idea« hat damals über diese Auseinandersetzung berichtet: »Der Bundestagsabgeordnete Graf Huyn hatte behauptet, der Weltkirchenrat sei zum Weltkirchensowjet geworden, und der Generalsekretär der ökumenischen Organisation sei ein Marxist. Der Graf hatte in einer 112 Seiten starken Dokumentation dargetan, evangelische Kirchen seien ›Zielgruppen kommunistischer Infiltration‹. Sowohl der Weltkirchenrat als auch die ›Christliche Friedenskonferenz‹, der ›Weltfriedensrat‹, die ›Deutsche Friedensgesellschaft‹ und die ›Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste‹ seien vom sowjetischen Geheimdienst unterwandert. Graf Huyn stützte sich dabei vor allem auf Material des deutschen Bundesnachrichtendienstes sowie auf den Verfassungsschutzbericht der Bonner Regierung.«

Daß der Weltkirchenrat verdächtigt werden konnte, eine Umschlagstelle für sowjetische Meinungslenkung zu sein, ist erschütternd. Trotzdem hat man nie eine ideologische Durchleuchtung der im kirchlichen Leben des Westens führenden Persönlichkeiten vorgenommen. Man hätte zum Beispiel auch feststellen müssen, wie viele davon zur Freimaurerei gehören, also zu einer Glaubenslehre, die sich klar vom Evangelium distanziert. Freimaurerei »toleriert« die christliche Lehre als »wertvolle Meinung«. Mehr nicht. Aus diesem Gesichtswinkel ist auch der Marxismus als ebenso wertvolle »Meinung« toleriert.

Gerade in dieser Hinsicht hat CODE in seiner Februar-Nummer 1991 einen gewichtigen Hinweis gegeben, indem es mitteilte: »Ist doch der Ökumenische Rat der Kirchen in Genf fest in der Hand der Freimaurerei. Die Generalsekretäre von Visser t'Hooft bis Emilio Castro waren und sind allesamt Freimaurer. Dasselbe gilt von den Gründerpersönlichkeiten, ganz besonders vom Hochgradfreimaurer Erzbischof Söderblom und selbstverständlich auch von den jeweils tonangebenden Leuten im Führungsstab ...«

Die Frage drängt sich auf: Gehört etwa auch Pfarrer Rusterholz zur Freimaurerei? Wäre das vielleicht der Grund, daß er tut, als hätte er noch nie etwas gehört, daß die damaligen sowjetischen Vertreter in Genf entweder in geistliche Gewänder verkleidete KGB-Offiziere oder aber von KGB-Offizieren streng überwachte Geistliche waren?

Natürlich hat auch die DDR-Stasi, die rumänische »Securitate« und Bischof Kaldy von den ungarischen Protestanten die kommunistische Beeinflussung des ökumenischen Kirchenrates kraftvoll unterstützt. Bischof Kaldy (gestorben 1987) war Abgeordneter im ungarischen Parlament und Präsident des im Weltkirchenrat tonangebenden »Lutherischen Weltbundes«.

Im Laufe der letzten 30 Jahre sind im Westen fast alle amtskirchlichen und Kirchen-amtlichen Informations-Organe auf Linkstrend gleichgeschaltet worden. Diese Umorentierung geschah weitgehend unmerklich, aber mit geschickter Taktik:

Schockweises Vorprellen, zum Beispiel durch Anpreisen der Homosexualität, dann halbe Rückzieher mit frommtönenden Floskeln, aber dann neues Vorprellen bis sich die Leser daran gewöhnten. So wurde eine Christentumsferne, Marxixmus-freundliche Geisteshaltung aufgenötigt. Von der Genfer Weltzentrale der Kirchen aus erfolgt eine ideologische Berieselung, womit das Evangelium durch einen wertfreien Humanismus ersetzt wird. □

Albanien

Eine Lösung für die Balkan-Tragödie

Fred Balhut

Im vergangenen Jahr warnte die albanische Exilregierung vor einem Blutbad auf dem Balkan. Jetzt sagt sie, daß, wenn die Vereinigten Staaten und andere Großmächte nicht endlich handeln, die Lage sich weiter verschlimmern könnte.

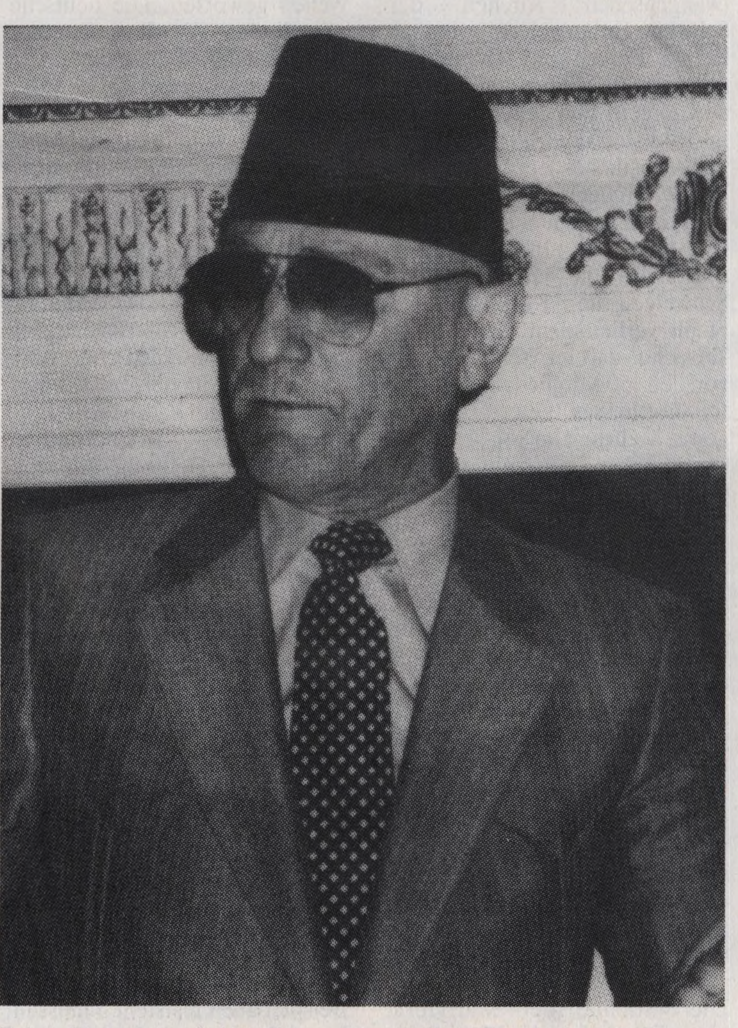
Die Eroberung eines Großteils dessen, was einst das seltsame Land Jugoslawien ausmachte durch die Serben, wird den Balkanstaaten keinen Frieden bringen. Die serbische Aggression könnte nämlich andere Länder in einen Konflikt verwickeln, der schließlich zum Dritten Weltkrieg ausarten könnte.

George Bush bekam seinen Willen

Dies ist die Meinung von Prinz Mohammed Aly Khan, Führer der albanischen Exilregierung. In einem Exklusiv-Interview in Washington mit »The Spotlight«-Redakteuren Mitte September warnte Aly Khan davor, daß Albanien, die Türkei, Griechenland und Bulgarien leicht in die Auseinandersetzung hineingezogen werden könnten.

Im vergangenen Jahr sagte Aly Khan: »Nur eine völlige Umkehr in der amerikanischen Außenpolitik – in Richtung auf Unterstützung der regionalen, nationalistischen Demokratie und weg von der internationalen ›Neuen Weltordnung‹ – wird auf der Balkan-Halbinsel ein Blutbad verhindern.«

US-Präsident George Bush hat keine Veränderungen vorgenommen. »Wir wünschten uns, wir hätten Unrecht gehabt«, äußerte der Prinz. »Aber Bush wollte uns nicht hören, und er bekam sein Blutbad.« Der albanische Führer meinte, die Politik des amerikanischen Außenministeriums unterstützt die serbische Hegemonie. »Ex-Außenminister James Baker und der amtierende Außenminister Lawrence Eagleburger raten Bush, nichts zu tun«, meint Aly Khan.



Prinz Mohammed Aly Khan, Führer der albanischen Exilregierung.

Außer Aly Khan nahmen Ismet Berisha, Präsident der Albanischen Liga Prizren, und Abdella Nour, Repräsentant der Moslemischen Weltliga, an der Sitzung teil. Berisha sprach für Kosovo, eine Provinz des ehemaligen Jugoslawiens, die jetzt von Serbien beansprucht wird. Kosovo ist zu 90 Prozent albanisch und gehörte 500 Jahre lang zu Albanien, bis es zunächst durch den Vertrag von Versailles und dann durch die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg abgetrennt wurde.

»Bush sagt, er wolle Amerika nicht direkt in den Balkan-Konflikt hineinziehen«, kommentierte Berisha. »Gut, dann soll er draußen bleiben. Gebt uns nur die Waffen.«

Sowohl Berisha als auch Aly Khan wiesen darauf hin, daß die USA jahrelang dem kommunistischen Jugoslawien, das effektiv ein künstliches Großserbien war, militärische Hilfe zuteil werden ließ. Die Zentralregierung in Belgrad war eine serbische Regierung; das Militär wurde von Serben dominiert. Heute ist das, was von der Zentralregierung und der serbischen Regierung überbleibt, nicht voneinander zu unterscheiden, trotz der offiziellen Trennung.

Die Folgen des Ersten Weltkrieges

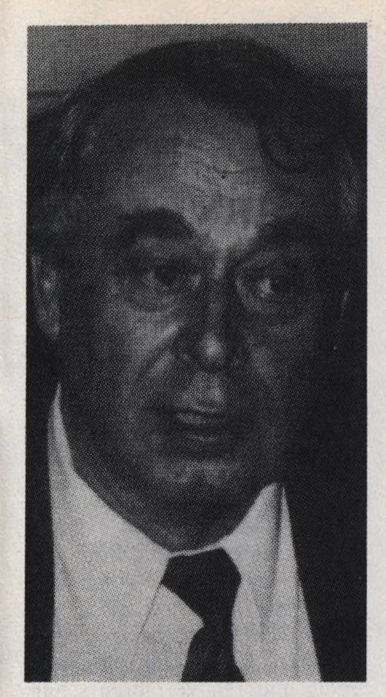
Benötigt werden Waffen für die anderen Volksgruppen und Republiken, da die frühere Hilfe an die Serben ging, die sie jetzt für »völkische Säuberungen« verwenden.

»Der serbische Präsident Slobodan Milosevic hat bereits Pläne verkündet, 140000 serbische Flüchtlinge nach Kosovo umzusiedeln«, sagte Aly Khan. »Er könnte versuchen, durch ethnische Bereinigung – oder vielmehr durch die ›Bereinigung Kosovos‹ von der albanischen Mehrheit dieser Provinz – Platz für sie zu schaffen und dann eine Eroberung des unabhängigen Mazedonien zu versuchen, unter dem Vorwand, die serbische Minderheit dort schützen zu wollen.«

Vor einem allgemeinen Balkankrieg

Dem albanischen Prinzen zufolge könnte jeder dieser Schritte »einen allgemeinen Balkan-Krieg auslösen und Albanien, Bulgarien, Griechenland und die Türkei hineinziehen«.

Milan Panic, der nominelle Präsident, dessen, was von Jugoslawien übriggeblieben ist, warnte kürzlich Sali Belisha, den Präsidenten Albaniens, sich aus den Kämpfen herauszuhalten, da sonst etwas passieren würde. Sali Berisha ist nicht mit Ismet Berisha verwandt.
Aly Khan meinte, nach seinen Informationen aus dem Balkan hat Milosevic bereits mit der ethnischen Bereinigung in Kosovo – »oder mit der ›Säuberung von Moslems‹ – begonnen, die den frühen Stadien des bosnischen Konflikts gleicht«.



Fred Ikle dienste unter beiden Reagan-Regierungen als Staatssekretär des US-Verteidigungsministeriums.

Die Situation ist in der islamischen Welt nicht unbemerkt geblieben. Nour, der seinen Bemerkungen die Ermahnung vorangehen ließ, daß seine Organisation eine geistige, keine politische Organisation sei, sagte: »Moslems überall in der Welt sind darüber empört, was derzeit in Bosnien vor sich geht.«

Er meinte jedoch, daß die einzelnen islamischen Länder aus verschiedenen Gründen nicht eingreifen können.

Indem er darauf hinwies, daß seine Ansichten »meine und ganz allein meine« sind und nicht als Äußerungen »irgendeiner islamischen Organisation, Volksgruppe oder Land« ausgelegt werden sollten, deutete Nour nichtsdestoweniger an, daß die Moslems im ehemaligen Jugoslawien trotz der fehlenden offenen Aktion seitens islamischer Länder nicht im Stich gelassen worden seien.

»Sarajewo hat viel länger durchgehalten als ohne Hilfe von außen möglich gewesen wäre«, sagte er etwas geheimnisvoll.

Nur eine Frage der Zeit

Es erscheint den Albanern, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis die Serben einen Großangriff auf Kosovo starten. Wenn das geschieht, wird Albanien eingreifen. Ein Angriff auf Kosovo wird als Angriff auf Albanien angesehen werden, äußerten Aly Khan und Berisha.

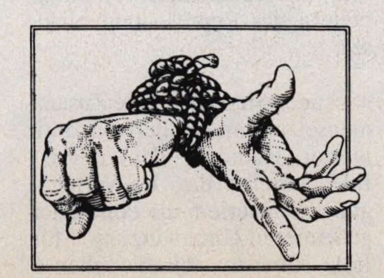
Aber wenn Albanien selbst angegriffen wird, dann ist die Türkei vertraglich verpflichtet, Albanien zur Hilfe zu eilen. Wenn die Türkei jedoch aus irgendeinem Grund Truppen in die Balkanländer verlegt, dann besteht die Gefahr, daß Griechenland nach Norden vordringen und Territorien an sich reißen wird, die es für sich beansprucht, einschließlich die neu ausgerufene Republik Mazedonien. Und wenn das geschieht, dann könnte Bulgarien sich möglicherweise nach Westen bewegen, um »bulgarische Landsleute und Interessen zu schützen«.

Und dann haben wir Ansätze zum Dritten Weltkrieg, sagte Aly Khan. Er erinnerte seine Gastgeber daran, daß der Erste Weltkrieg mit einem Angriff des österreichisch-ungarischen Imperiums auf Serbien begann. Dieser wurde durch die Ermordung des Erzherzogs Ferdinand in dem seinerzeit serbischen Teil des Imperiums (Sarajewo) herbeigeführt.

Als die österreichische Regierung vorstieß, um die Serben zu bestrafen, die für das Attentat verantwortlich gemacht wurden, unternahm Serbien Schritte, um serbische Volksangehörige zu schützen.

Großbritannien hatte einen Vertrag mit Serbien; Deutschland hatte einen Vertrag mit Österreich-Ungarn. Und so kam der Erste Weltkrieg zustande.

Den beiden Albanern zufolge ist die Lösung ein Großalbanien, vom Westen unterstützt. Ein solches Land würde jedoch nicht nur Kosovo, sondern Teile von Mazedonien und Bosnien und sogar einen Teil des heutigen Griechenland einschließen. □



Washington

Die dunklen Geschäfte des George Bush

Warren Hough

Der amtierende amerikanische Außenminister Lawrence Eagleburger sowie der Berater für nationale Sicherheit des Weißen Hauses, Brent Scowcroft, sehen nach der Wahl großangelegten Anhörungen auf Kongreßebene und möglichen strafrechtlichen Anklagen entgegen, erfuhr CODE von Informanten aus dem amerikanischen Kongreß. Die Anklage: Eine von ihnen in New York City gegründete und geförderte Bank war in die Wäsche von annähernd zwei Milliarden Dollar gestohlener Gelder verwickelt.

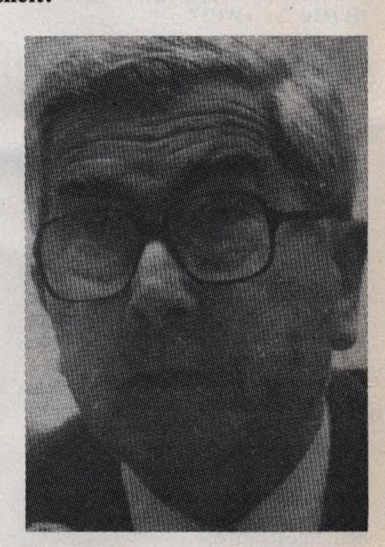
Auf der Spur geheimer Bargeldverschiebungen von großen Summen deckten Schweizer Behörden Verbindungen großer Finanzinstitute in der Schweiz und Bulgarien zur LBS-Bank in New York City, einem internationalen Geldzentrum, wo Eagleburger 1980–81 als Vorstandsvorsitzender diente, auf.

Der Einfluß der Serben in den USA

Die LBS-Bank wurde durch eine enge Beziehung zwischen Eagleburger und Scowcroft – die seinerzeit als Präsident beziehungsweise stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Kissinger Associates dienten – und Serbiens kommunistischen Führern ins Leben gerufen, sagen Untersuchungsbeamte des Kongreß.

»Einfach ausgedrückt, die Serben trachteten danach, sich in den Vereinigten Staaten Einfluß zu erkaufen; Eagleburger und Scowcroft verkauften ihn«, erläuterte ein erfahrener Untersuchungsbeamter des Repräsentantenhauses, der unseren Korrespondenten schon seit fast einem Jahrzehnt zuverlässige Informationen liefert und nur darum bittet, nicht namentlich genannt zu werden.

»Beide Männer haben sich als Schützlinge des ehemaligen Außenministers Henry Kissinger in der Washingtoner Bürokratie der nationalen Sicherheit hochtrabende Karrieren aufgebaut. Als Kissinger sich entschloß, für seine weltweiten Kontakte abzukassieren, gründete er Kissinger Associates, eine teure Beratungsfirma in New York City. Kurz darauf traten Eagleburger und Scowcroft in seine Firma ein.«



Ismet Berisha, Präsident der Albanischen Liga Prizren, verlangt vom Westen militärische Hilfe.

Darüber hinaus unterhielten beide Bürokraten langjährige Verbindungen zur serbischen Führung. »Für die Beziehungen, die sich daraus entwickelten, aufgebaut auf Geldzuwendungen, ist eine Bank das ideale Instrument«, sagte der Untersuchungsbeamte des Kongresses. Die

Die dunklen Geschäfte des George Bush

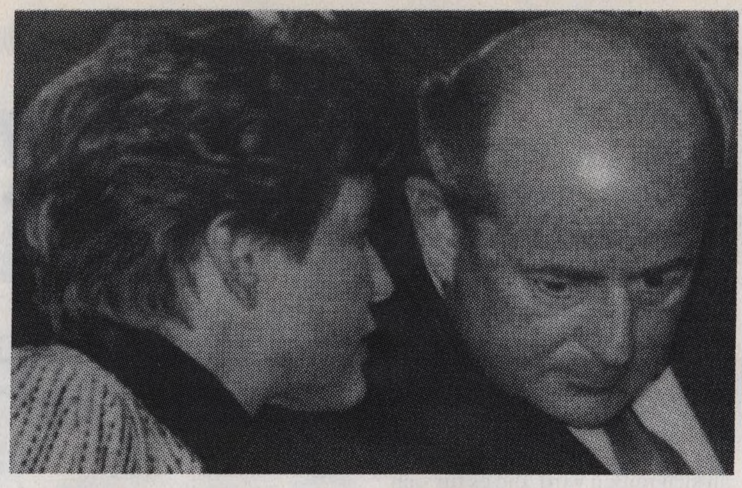
LBS-Bank wurde in New York City als Zweigstelle der Ljubyanka Banka, Serbiens zweitgrößtes Geldzentrum, die dieser voll und ganz gehört, gegründet. Eagleburger übernahm den Vorsitz des Vorstands dieser Firma. Scowcroft diente als Berater im Namen von Kissinger Associates, wo sich die LBS-Bank einer Reihe von Firmenkunden mit erstklassigen Wertpapieren hinzugesellte.

Die guten Verbindungen in die Schweiz

Die LBS-Bank, unterstützt vom Kissinger-Konsortium, entwikkelte bald lukrative Verbindungen nach Europa. Darunter befand sich die Firma Trans K.B., ein bargeldreicher Schweizer Investmentfonds. Geleitet von zwei aufstrebenden Schweizer Anwälten, Hans Kopp und seiner Frau Elisabeth, hatte Trans K.B., wie Gerüchte besagten, beträchtlichen Einfluß in Washington; Frau Kopp, geborene Ikle, ist die Nichte von Fred Ikle, eines der mächtigsten amerikanischen Bürokraten des nationalen Sicherheitswesens der USA der achtziger Jahre.

Als Kissingers Verbündeter diente Ikle unter beiden Reagan-Regierungen als Staatssekretär des Verteidigungsministeriums für Politik, ein Posten, auf dem er als Schlüsselverfechter israelischer Interessen bekannt wurde.

Eine der gemeinsamen Interessen der Vereinigten Staaten und Israel bestand seinerzeit darin, den Golfkrieg zwischen dem Irak und Iran am Kochen zu halten, solange bis beide Kriegsparteien erschöpft waren. »Es war eine Ära der geheimen Waffenverkäufe, des Austausches von Geheimdienstnachrichten und anderer Hinterzimmer-Geschäfte, mit denen die Mitspieler übernacht riesige Gewinne einheimsten«, sagte der Schweizer Journalist Ernst Boegli, ein Untersuchungsreporter. »Trans K.B., die Finanzfirma der Kopps, die gute Verbindungen hatten, hatte genau die richtigen Kontakte, um auf diesem schmutzigen Markt einen Mordsreibach zu machen.« Und genau das hat sie getan, sagen Schweizer Gesetzesvollstrekker heute. 1981 erwählte die irakische Regierung Elisabeth Kopps Firma zu ihrem vertraulichen Transfer-Agenten für zwei Milliarden Dollar, die dazu bestimmt waren, den Kauf von neun Hochgeschwindigkeits-Kanonenbooten von italienischen Reedereien zu finanzieren. Was dann geschah wird derzeit noch untersucht, sagen amerikanische Fahnder. Folgendes ist jedoch jetzt schon bekannt:



Elisabeth Kopp mit ihrem Ehemann Hans; sie wurden mit einem der größten Finanzskandale in Verbindung gebracht.

Der Irak hat seine Kriegsschiffe niemals bekommen; 1,84 Milliarden Dollar des dafür vorgesehenen Bargelds verschwanden spurlos; und Anfang dieses Jahres wurde Hans Kopp vor einem Schweizer Gericht wegen seiner Beteiligung an der Trans K.B.-Affäre wegen Betrugs in Tateinheit mit anderen Vergehen schuldig gesprochen.

Die schalldichte Vertuschung

Zu der Zeit als Kopp schuldig gesprochen wurde, hatte seine Frau Elisabeth Ikle im Kielwasser eines anderen Geldwäsche-Skandals bereits ihren Posten als erster weiblicher Polizei- und Justizminister in der Schweiz verloren. »Die Kopps wurden mit einigen der größten Finanz-Skandalen der achtziger Jahre in Verbindung gebracht«, behauptet Boegli.

»Aber anscheinend weil eine Reihe anderer einflußreicher Mitspieler, darunter das amerikanische Verteidigungsministerium und der CIA, ebenfalls in diese Untergrund-Transaktionen verwickelt sind, wurde ein schalldichter Vertuschungsvorhang vor diesem ganzen Millionen-Dollar-Schlammassel heruntergelassen.«

In Privatgesprächen haben Schweizer Behörden die US-Regierung jedoch davor gewarnt, daß eine der Geldwäschereien, die mit dem Verschwinden der Milliarden der irakischen Regierung, die in der Trans K.B.-Affäre verloren gingen, in direktem Zusammenhang stehen, die LBS-Bank war.

Diese war das mysteriöse Clearing House (Girostelle) in New York, das gemeinsam von Eagleburger, der serbischen Regierung und der das Geschäft abschließenden Firma Henry Kissingers – Fred Ikles langjähriger Verbündeter in der Washingtoner Bürokratie der nationalen Sicherheit – betrieben wurde.

Untersuchungsbeamte des US-Kongresses ebnen derzeit den Weg, um diesem Skandal auf die Spur zu kommen, erfuhren unsere Korrespondenten von Mitarbeitern des Repräsentantenhauses.

»Schauen Sie sich nur die Zusammensetzung an«, äußert ein routinierter Fahnder. »Unter Fred Ikle betreibt das US-Verteidigungsministerium die Politik der geheimen Unterstützung für Iraks Kriegsmaschinerie; ebenso Israel. Kurz danach erhält Elisabeth Koppes Schweizer Investmentfirma einen atemberaubenden Bargeld-Transfer in Höhe von zwei Milliarden Dollar vom Irak, für diskrete Einkäufe von Kriegsgerät in Europa. Das Geld – und zwei Milliarden Dollar sind sicherlich kein Pappenstiel – verschwindet in einer zuverlässigen Geldwäscherei.«

Der Preis für das Schweigen

Die LBS-Bank, verlautet aus Kreisen des amerikanischen Gesetzesvollzugs, war eine solche gut etablierte transatlantische Geldwäscherei. 1981 wurde Anklage gegen sie erhoben, und sie wurde schließlich wegen des Anklagepunktes der Geldwäsche in einem anderen Verfahren schuldig gesprochen. Aber diese Affäre wurde auch mit einer Vertuschung auf hoher Ebene erstickt; Eagleburger durfte ohne Tadel durch die Öffentlichkeit aus dem Vorstand der LBS-Bank ausscheiden und schloß sich bald darauf wieder als neuer stellvertretender Außenminister der Bush-Regierung der Macht-Elite an.

Scowcroft folgte ihm von Kissinger Associates ins Weiße Haus, wo er seitdem als Leiter des mächtigen Nationalen Sicherheitsrats regiert.

Der bittere Preis für diese eklatante Korruption auf höchster Ebene wurden von den völkischen Minderheiten des ehemaligen Jugoslawiens bezahlt. Da er mit dem mörderischen serbischen Führer Slobodan Milosevic in enger Verbindung stand, konnte Eeagleburger keinesfalls den Einfluß der USA gegen den immer schlimmer werdenden Völkermord, der von den Milizen Milosevics in Kroatien und Bosnien begonnen wurde, geltend machen.

»Was als typische Kissinger- und Associates-Masche für ein paar Millionen Dollar begann, artete in ein Blutbad für unschuldige Moslems und anderer Minderheiten aus«, schloß Boegli. □



USA

Washingtons Geschäfte mit Terroristen

Mike Blair

Die Bush-Regierung gewährt insgeheim Hilfe und andere Erleichterungen an Länder, die sie selbst als »terroristische Staaten« bezeichnet hat, was beweist, daß sie nichts aus ihrem damaligen Aufbau des Iraks in den Jahren, die zum Krieg am Persischen Golf führten, gelernt hat.

Obwohl die Regierung des US-Präsidenten George Bush lauthals den »vom Staat geförderten Terrorismus« in Bausch und Bogen verdammt, erleichtert sie es klammheimlich amerikanischen Firmen, Geschäfte mit solchen Ländern zu betreiben, die sie selbst als »terroristische Staaten« bezeichnet hat, und beschafft ihnen Gelder in Form von Schuldenerlasse und Weltbank-Darlehen.

Zum Beispiel gestattet Bush amerikanischen Firmen, das Handelsembargo gegen das libysche Regime des Obersten Muhammar el-Gaddafi, das Bush als terroristischen Staat bezeichnet hat, zu umgehen.

Die Bush-Regierung beschwor ein internationales Drama herauf, als sie versuchte, die Ausweisung zweier libyscher Geheimdienstagenten, die vom US-Justizministerium wegen ihrer Mittäterschaft beim Bombenanschlag gegen die Maschine 103 der Pan American World Airways über Lockerbie, Schottland, bei dem 270 Personen ums Leben kamen, unter Anklage gestellt worden sind, zu erreichen. Nichtsdestoweniger erlaubt sie leitenden Herren amerikanischer Ölgesellschaften mit einem verwickelten Netz von internationalen Verbindungen insgeheim nach Tripolis zu reisen und dort Firmengeschäfte zu betreiben.

Nach veröffentlichten Berichten trugen die höchsten Direktoren zweier dieser Firmen, Amerada Hess und Occidental Petroleum, 1988 je 100000 Dollar zum Republican National Committee bei.



US-Präsident George Bush machte »Geschäfte wie gewöhnlich« mit angeblich terroristischen Regimes.

Die Politik des Weißen Hauses

Indessen haben sowohl Hess als auch Occidental den ehemaligen Führer der Senatsmehrheit, Howard Baker, eine einflußreiche Stimme in Washington und in Kreisen der Grand Old Party, zu ihrem Interessensvertreter auf Capitol Hill auserkoren. Baker diente auch in den letzten Tagen der Regierung von Bushs Vorgänger, Ronald Reagan, als Stabschef im Weißen Haus, und zu der Zeit sprengten die Terroristen die Maschine 103 aus dem Himmel. Die Politik des Weißen Hauses unter dem Motto »Geschäfte wie gewöhnlich« mit angeblichen terroristischen Regimes ist damit jedoch noch nicht zuende.

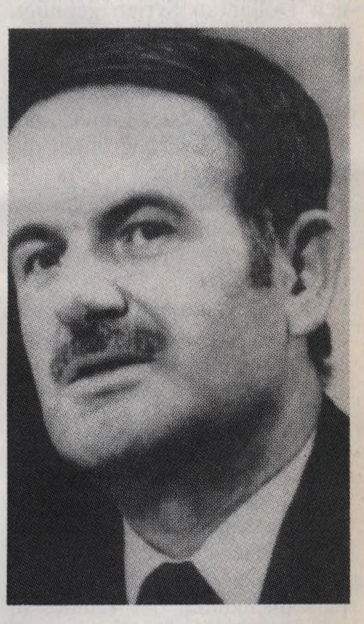
Mehrere Ausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses und des Senats führen derzeit Untersuchungen gegen das Weiße Haus durch, weil es dem irakischen Regime Milliarden von Dollar an angeblichen Landwirtschaftsdarlehen gewährte, die von dem starken Mann des Iraks, Saddam Hussein, abgezweigt wurden, um Waffen zu kaufen und seine Waffen zur Massenvernichtung selbst zu entwickeln. Und sie nähern sich jetzt in gleicher Weise dem brutalen Regime des Präsidenten Hafez al-Assad von Syrien.

Das US-Justizministerium weigert sich, den Namen eines Sonderstaatsanwalts zu nennen, wie der Gerichtsausschuß des Repräsentantenhauses, der zur Zeit untersucht, warum die Regierung bis wenige Monate bevor Husseins Regime im August 1990 das benachbarte Kuwait angriff und besetzte, was schließlich zum Krieg am Persischen Golf führte, es verlangt hatte.

Zu diesen Geschäften mit dem Irak gehörte auch die Gewährung von Ausfuhrgenehmigungen zur »zweifachen Verwendung«, die es dem Hussein-Regime ermöglichten, von amerikanischen Firmen empfindliche Technologie zu kaufen, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke zu verwenden ist, und die, wie Kongreßausschüsse festgestellt haben, zum letzteren Zweck verwendet wurde, und das mit voller Kenntnis der amerikanischen Regierungsbeamten.

Die Genehmigungen für Syrien

Die Kanonenrohre hatten sich von der Operation Wüstensturm noch nicht abgekühlt, als die Bush-Regierung schon damit begann, Syrien in aller Stille Ausfuhrgenehmigungen zur »zweifachen Verwendung« zu gewähren, ungeachtet der Tatsache, daß die Familie Assad in die kriminelle Produktion von Drogen verwikkelt ist. Etwa 25 Prozent des Heroins, das die Straßen amerikanischer Städte erreicht, stammt aus syrischer Produktion im Bekaa-Tal, wie aus der Statistik der eigenen Drug Enforcement Agency (Drogenbekämpfungsbehörde) der Regierung hervorgeht.



Hafez al-Assad, Präsident Syriens, erhält von den USA finanzielle Unterstützung für die kommerzielle Fluglinie des Landes.

Im Dezember vergangenen Jahres begann das Handelsministe-

Washingtons Geschäfte mit Terroristen

rium nach Anweisungen aus dem Weißen Haus unter Bush damit, Genehmigungen zur »zweifachen Verwendung« zum Verkauf von Produkten für Syriens Atomenergiebehörde an Syrien zu vergeben.

Laut Mitteilung der Abgeordneten Mel Levine und Howard Berman, beide kalifornische Demokraten, wurden sieben Genehmigungen zur »zweifachen Verwendung« im Werte von drei Millionen Dollar an Syrien gebilligt, darunter Verkäufe von Flugzeugen und Navigationssysteme für Syrian Air, die kommerzielle Fluggesellschaft des Landes, die aber zur Verwendung durch die syrische Luftwaffe abgezweigt werden können.

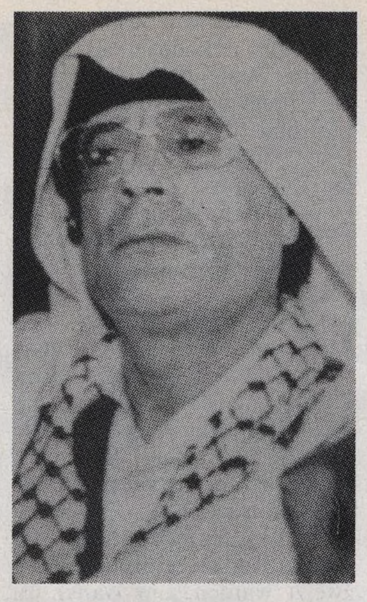
Die Regierung opponiert gegen Gesetzesentwürfe, die von den beiden Kongreßabgeordneten eingebracht wurden, womit die Vergabe von Genehmigungen zur »zweifachen Verwendung« grundsätzlich blockiert werden soll.

Es ist der Bush-Regierung sehr wohl bekannt, daß die Familie Assad ebenso wie einige der höchsten militärischen Führungspersönlichkeiten des Landes in den internationalen Drogenhandel verwickelt sind, von dessem Einkommen ein Großteil für terroristische Operationen abgezweigt wird.

Ermordete 30 000 Moslems

Die US-Regierung weiß auch, daß Assad 1982 für die Ermordung von etwa 30 000 seiner moslemischen Brüder in Hama, Syrien, verantwortlich war.

Es ist beinahe unglaublich, aber die amerikanische Regierung ermöglichte vor einem Jahr sogar VIP-Rundreisen für zwei der höchsten Generale Syriens zu den Drogenverbotseinrichtungen der Drug Enforcement Agency, wie einem in der »New York Post« veröffentlichten Bericht zu entnehmen ist.



Libyens Muhammar el-Gaddafi kann auch wieder amerikanische Firmen in seinem Land gegrüßen, das Bush als terroristischen Staat bezeichnet.

Und Senator Charles Grassly klagte an, daß das FBI für eine Rundfahrt Haider Youssefs, Syriens »Drogenterrorist« Nr. 1, durch Washington im vergangenen September – etwa zur gleichen Zeit als das Verbot für die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen zur »zweifachen Verwendung« an Syrien klammheimlich aufgehoben wurde – den Begleitschutz stellte.

Das FBI versuchte, die Informationsquelle Grassleys und einen seiner Mitarbeiter unglaubwürdig zu machen, räumte aber später ein, daß Youssef tatsächlich in der Hauptstadt des Landes war, beharrt aber immer noch darauf, keinen Begleitschutz gestellt zu haben. Grassley bleibt jedoch bei seinen ursprünglichen Beschuldigungen.

Aus bestimmten Kreisen verlautet, daß Bush die Weltbank unter Druck setzt, einen Teil der Schulden des Assad-Regimes zu erlassen.

Laut Frank Gaffney, einem assistierenden Verteidigungsminister unter der Reagan-Regierung, benutzt Bush die Weltbank als »subrosa« (streng geheimen) Geldbeschaffungsmechanismus für Assad. □

Henry Kissinger

Die Vertuschung des BNL-Skandals

Warren Hough

Der BNL-Skandal platzt weit auseinander, jetzt, wo die Italiener ihre eigenen Ermittlungen beginnen und es Eingeständnisse gibt, daß Beamte der amerikanischen und italienischen Regierung sich vorher verschworen hatten, die ganze Sache zu vertuschen.

Die italienische Regierung hat sich dazu entschlossen, im Falle des Banca Nazionale del Lavoro (BNL)-Kissinger Associates-Skandals selbst Ermittlungen einzuleiten.

»Jetzt wird vielleicht die Untersuchung, die der Vorsitzende des Bankenausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses Gonzales so lange ganz allein durchgeführt hat, die Unterstützungen bekommen, die sie verdient – wenn nicht durch die Washingtoner Bürokratie, dann durch uns in Rom«, versicherte Dr. Giancarlo Voltri. Voltri ist ein italienischer Gerichtsrevisor, der sich zur Zeit in den Vereinigten Staaten aufhält, um den BNL-Skandal eingehend zu untersuchen.

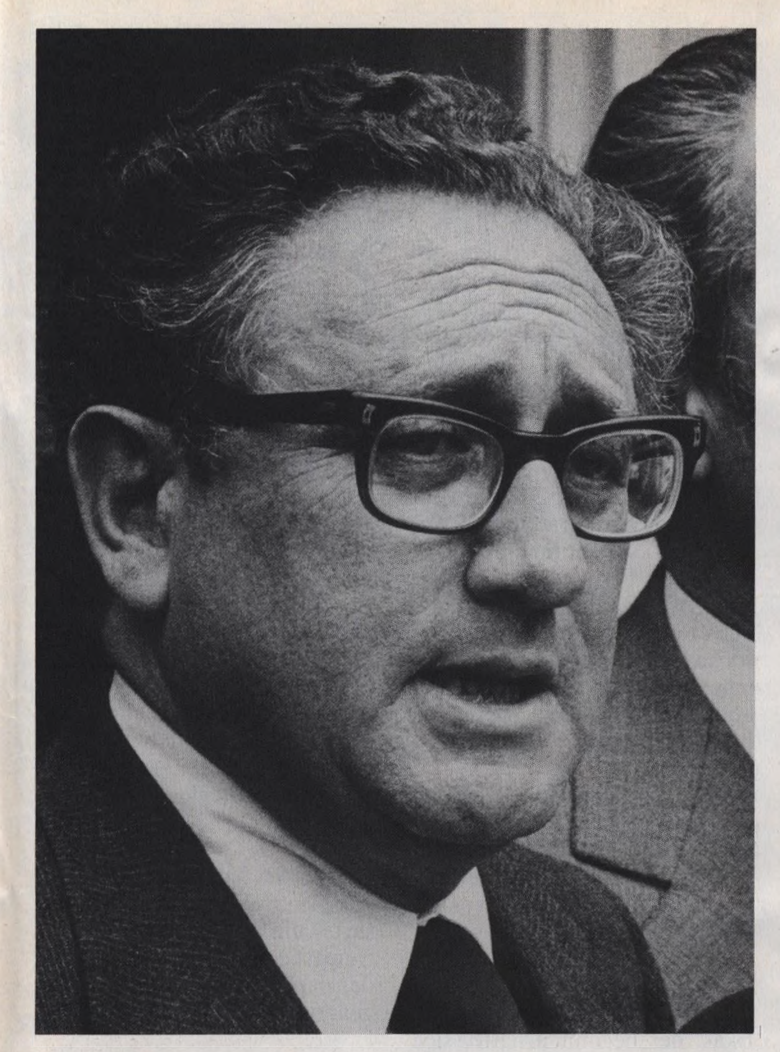
1987 – 88 flossen mehr als sechs Milliarden Dollar an Darlehen an den Irak über die kleine Zweigstelle der BNL in Atlanta, wovon beinahe die Hälfte von amerikanischen Steuerzahlern verbürgt wurde. Die Bürgschaften der Steuerzahler wurden aber für sogenannte Landwirtschaftsdarlehen gewährt, die die irakische Regierung jedoch dazu benutzte, ihre Kriegsmaschinerie aufzubauen.

Als der Irak Kuwait besetzte und US-Präsident George Bush damit begann, Saddam Hussein als den gefährlichsten Tyrannen der Welt in Bausch und Bogen zu verdammen, lösten diese gewaltigen Geldtransfers einen Skandal aus. Bundesaufsichtsbeamte stürzten sich auf die Büros der BNL in Atlanta, beschlagnahmten Akten und nahmen Christopher Drogoul, den jugendlich aussehenden Büroleiter, fest.

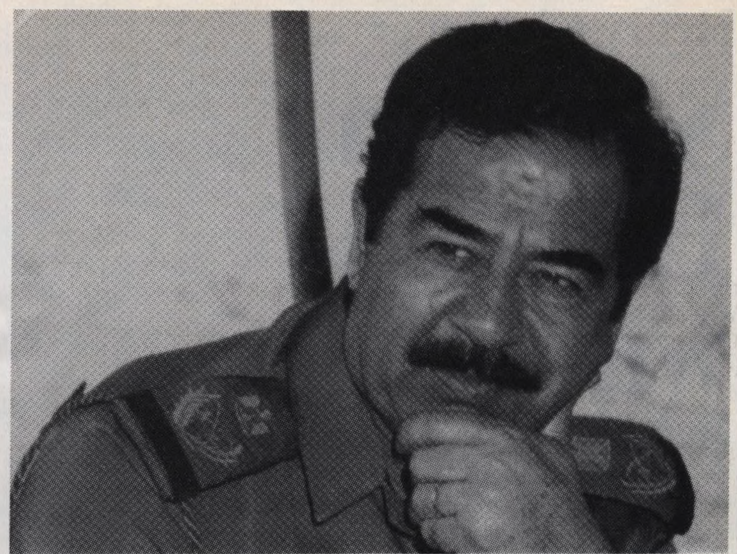
Drogoul wurde dazu verleitet, den Behörden zu erzählen, er habe dem Irak sechs Milliarden Dollar auf eigene Faust geliehen, ohne seine Vorgesetzen in der BNL zu Rate zu ziehen. Er wurde einiger Verstöße gegen Statuten und Bestimmungen angeklagt. Wie ein Mann der Anweisungen befolgt, bekannte er sich gehorsam in einigen dieser Anklagepunkte für schuldig.

»Er säße jetzt in einer Bundes-Strafanstalt«, sagte ein Ermittlungsbeamter des Kongresses, der darum bat, nicht namentlich genannt zu werden, »wenn einer der besten und kampflustigen Strafverteidiger, Bobby Lee Cook, nicht angefangen hätte, sich für seinen Fall zu interessieren.«

Obwohl der Fall Drogoul, nachdem die Vertuschung abgesichert war, schon fast der Vergangenheit angehörte – alles, was noch ausstand, war die Verurteilung, eine kurze routinemäßige Gerichtsverhandlung, die für den 18. September angesetzt war –, verwandelte Cook diese in einen noch nie dagewesenen Mini-Prozeß. »Das erste, was Cook unternahm, war, den Oberstaatsan-



Henry Kissinger kassierte von den Italienern für seine Beratung jährlich 800000 Dollar.



Saddam Hussein kassierte mehr als sechs Milliarden Dollar als Darlehen an den Irak über die BNL.

walt in den Zeugenstand zu setzen und ihn darüber zu befragen, inwieweit Drogouls Vorgesetzte – die Generaldirektion der BNL – von dem Darlehensstrom in den Irak unterrichtet gewesen sein könnte«, erinnerte sich Alistair Sedgwick, der für einen britischen Zeitungskonzern über diesen Fall berichtete. »War es wirklich möglich, daß ein junger Zweigstellenleiter in Atlanta von sich aus jene Milliarden von Dollar in den Irak schickte?«

Das war eine gute Frage. »Fast jeder im Gerichtsaal, einschließlich des vorsitzenden Richters, Marvin Shoob, wußte, daß dies ganz und gar unmöglich war«, berichtete Sedgwick.

Es stellte sich heraus, daß die Staatsanwaltschaft niemals versucht hatte, die italienische Seite dieses bedeutenden Falles zu untersuchen. Nachdem er dazu die Genehmigung erhielt, tat Cook dies für sie.

Mit einer Reihe von kühnen Vorstößen im Gerichtssaal brachte Cook neues Beweismaterial in das Verfahren ein, aus dem hervorgeht, daß der italienische Botschafter für die Vereinigten Staaten, Rinaldo Petrignani, und Richard Thornburgh, seinerzeit der Generalstaatsanwalt der Bush-Regierung, in Washington zu geheimen Sitzungen zusammentraten, nachdem der Irak Kuwait besetzt hatte. Sie kamen darin überein, daß die Herkunft der BNL-Darlehen vertuscht werden müsse, um der italienischen und amerikanischen Regierung eine »Ohrfeige« zu ersparen.
Einige italienische leitende Angestellte der BNL, darunter derjenige, der offiziell damit beauftragt war, die amerikanischen Geschäfte der Bank zu beaufsichtigen, Luigi Sardelli, wußten – und bestritten nicht –, daß es »nur eine Vertuschung« war, die Schuld für die Darlehen in Höhe von mehreren Milliarden Dollar auf Drogoul abzuwälzen.

Die eigentlichen Entscheidungstreffer hinter den lukrativen Geschäftsbeziehungen der BNL mit dem Irak waren »die oberste Geschäftsführung der Bank und deren amerikanischen Berater«, sagte Cook.

Heute an den Schalthebeln der Macht

»Dies sind explosive Enthüllungen«, erläuterte Sedgwick, »weil die Berater der BNL, die hinter dem Irak-Deals steckten, Henry Kissinger und die beiden Männer waren, die seinerzeit als hohe leitende Angestellte von Kissinger Associates dienten: Lawrence Eagleburger und Brent Scowcroft«.

Heute sitzen »diese beiden Unterhändler mit weltweitem Einfluß«, wie Sedgwick sie bezeichnete, an den Schalthebeln der Außenpolitik und strategischen Entscheidungsfindung der Bush-Regierung: Eagleburger ist Außenminister, Scowcroft leitet den Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses.
»Anstatt sich einen Prügelknaben wie Drogoul zu schnappen, hätten sie öffentliche Anklage gegen die Bush-Regierung wegen ihrer Hinterzimmer-Abkommen mit dem Irak erheben müssen«, schloß Sedgwick.

»Diese Milliarden-Dollar-Masche schuf die Voraussetzung für den Krieg um Kuwait«, sagte Voltri, der italienische Ermittlungsbeamte, am 29. September dieses Jahres zu uns. »Unsere Ermittlungen sind in eine neue Phase eingetreten. Wir untersuchen eingehend die von Kissinger und seinen Geschäftsfreunden bei einer Reihe von unerklärten Transaktionen, die vorangingen – und vielleicht zum Ausbruch des Krieges gegen den Irak geführt haben –, hinter den Kulissen gespielte Rolle.«

Voltri ist davon überzeugt, daß der Golf-Krieg »kein überraschender Zusammenstoß, sondern eine Inszenierung, ein geheimer Plan war, den wir bis zum Büro von Mr. Henry Kissinger zurückverfolgt haben«.

Die BNL-Affäre, verlautet aus Kreisen der italienischen und amerikanischen Gesetzesvollstreckung, ist ein Lehrbuch-Beispiel für die verschiedenen, von Kissinger und seinem Netzwerk von ehemaligen und heutigen Bürokraten der nationalen Sicherheit veranstalteten Geschäfte. »1984 eröffnete die BNL, die zweitgrößte italienische Bank – die Regierung besitzt die Mehrheitsanteile – Zweigstellen in New York und Atlanta«, berichtete Voltri. »Um auf diesem neuen Markt die Strategie und Taktik der BNL zu formulieren, heuerte die italienische Bank Kissinger Associates an.« □



Henry Kisssinger

Saddam Hussein wurde zum Narren gehalten

Warren Hough

Es ist jetzt erwiesen, daß Henry Kissinger und seine Geschäftsfreunde ihre Hand im Spiel hatten, als der irakische Führer Saddam Hussein reingelegt wurde. Zunächst einmal dadurch, daß man ihm sehr viel Geld zukommen ließ, damit er seine Kriegsmaschinerie aufbauen konnte, und ihn dann dazu verleitete, Kuwait anzugreifen.

Kissinger Associates, die einflußreichen Makler der Macht, die von einigen ausländischen Regierungen als amerikanische »Schattenregierung« angesehen werden, dienten jedem der am Irak-Konflikt Beteiligten als »Berater für Politik«, wie Untersuchungsbeamte in Washington festgestellt haben.

Die Schlüsselrolle von Henry Kissinger

Es ist bekannt, daß Alan Stoga, ein Vizepräsident von Kissinger Associates, in den 18 Monaten, die der Kuwait-Krise vorausgingen, den Irak mindestens dreimal zu privaten Zusammenkünften mit den höchsten Führungspersönlichkeiten besucht hat.

Hinter dem schrillen Wahlkampfgetöse bereiten Fahnder des Kongresses in aller Stille die Bühne für »chirurgische« Anhörungen Anfang des kommenden Jahres über »die beiden Fragen, die die Bush-Republikaner am meisten fürchten«, wie einer von ihnen es ausdrückte. Diese Fragen lauten: War der verheerende Golfkrieg im vergangenen Jahr das Ergebnis eines geheimen Planes, den starken Mann des Iraks »aufzubauen und zu verlocken«, bei seinem Streit mit Kuwait die militärische Lösung zu wählen, wie aus neuem Beweismaterial, das jetzt einem US-Bundesgericht vorgelegt wurde, hervorgeht?

Spielten Henry Kissinger und sein Schwarm von Speerträgern in Hinterzimmern in diesem Szenario die Schlüsselrolle, und wenn dem so ist – wie aus neuen Untersuchungsergebnissen hervorgeht –, warum üben sie immer noch einen derart beherrschenden Einfluß auf die amerikanische Politik aus?

Die stärker werdende Entschlossenheit der demokratischen Führung auf Capitol Hill, sich mit diesen »unantastbaren« Fragen auseinanderzusetzen, ist in den letzten Monaten durch die Schlagzeilen machenden Entdekkungen des unbeugsamen Abgeordneten Henry Gonzales, Vorsitzender des Ausschusses des Repräsentantenhauses für das Banken- und Finanzwesen und für städtische Angelegenheiten, der fest entschlossen ist, der Spur, die zum Krieg gegen den Irak führte, egal wo sie hinführen mag, weiter angeheizt worden. Einer der Bargeldkanäle, dem Gonzales nachging, führte zur Zweigstelle der riesigen italienischen regierungseigenen Banca Nazioanle del Lavoro, im allgemeinen als BNL bekannt, in Atlanta. Nahezu fünf Milliarden Dollar an Darlehen gingen Ende der achtziger Jahre aus der BNL-Zweigstelle in Atlanta an den Irak. Christopher Drogoul, der Leiter der BNL-Zweigstelle, der die meisten dieser Darlehen abgezeichnet hat, bekannte sich im Frühjahr dieses Jahres schuldig, diese gewaltigen Bargeld-Transaktionen gebilligt zu haben, ohne sich vorher die Genehmigung der Hauptdienststelle der BNL in Italien dazu einzuholen.

Unter Beamten der Gesetzesvollstreckung, die mit dem Fall vertraut sind, spricht man offen davon, daß Drogoul für andere »den Kopf hinhalten mußte«, daß er unmöglich eine derart verwickelte und weitreichende Masche ganz allein inszeniert haben könne. Aber offiziell wurde der Fall abgeschlossen.

Als jedoch der in die Falle getappte leitende Bankangestellte am 14. September 1992 in Atlanta zu einer, wie man erwartete, routinemäßigen Aburteilung vor ein Bundesgericht gestellt wurde, stand ihm ein neuer Verteidiger zur Seite: Bobby Lee Cook, einer der besten Strafverteidiger Amerikas, der begonnen hatte, sich für die Angelegenheit zu »interessieren«.

Der Plan wurde inszeniert

Weit davon entfernt, der einzige Schwindler hinter diesem BNL-Skandal zu sein, war Drogoul aufgebaut worden, als Opfer »eines auf höchster Ebene der amerikanischen Regierung inszenierten Planes«, versicherte Cook. Sein Fall wurde durch Großkopferte manipuliert, um die Übeltaten und Schnitzer Washingtoner Bürokraten und Wall Street-Finanziers abzuschirmen, behauptete Cook.

In der Gerichtsverhandlung, in der das Urteil verkündet wurde, sagte seine rechte Hand, Franz von Wedel, von dem man vorher nie etwas gehört hatte, es sei eine infame Lüge, zu behaupten, Drogoul habe bei dem Gaunerstück auf eigene Faust agiert. Von Wedel meinte, Drogoul habe auf den Rat der Berater der Bank, Kissinger Associates, hin gehandelt, deren Vorschläge Drogoul auch über eine besondere Telefonleitung mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bank in Rom, mit dem er täglich telefonierte, besprochen habe.

Dies hat ein völlig neues Licht auf diesen Fall geworfen, und der Richter verwarf die Einlassung der Regierung, sie habe nur beweisen wollen, daß es sich hier um ein Gaunerstück handelte.

In Wirklichkeit, so erfuhren unsere Korrespondenten von Untersuchungsbeamten des Repräsentantenhauses, führt die Geldspur des gewaltigen, als Irakgate bekannten »Vertuschungs- und Täuschungsmanövers« nach Washington und zur Wall Street, und zu dem verborgenen Verbindungsstück zwischen Washington und Wall Street, Kissinger Associates, die teure New Yorker Berater- und Verhandlungsfirma, die von vielen ausländischen Führungspersönlichkeiten als Amerikas »Schattenregierung« angesehen wird.

»Sehen Sie sich nur die Hauptmitspieler dieses Aufbaus an«, sagte ein erfahrener Untersuchungsbeamter des Kongresses, der darum bat, nicht namentlich genannt zu werden.

»Da ist die BNL, eine der führenden Banken der Welt, die der italienischen Regierung gehört; da sind einige riesige amerikanischen Firmen wie Bechtel Co., das, weltweit größte Bau- und Logistik-Konglomerat. Da gibt es noch andere Finanzinteressen, wie die LBS-Bank, ein Arm der serbischen Kommunisten, die in den Vereinigten Staaten von Lawrence Eagleburger, dem derzeitigen amtierenden Außenminister ins Leben gerufen wurde«, setzte er hinzu. »Da ist das Weiße Haus. Und schließlich gibt es noch Saddam Hussein, den irakischen Führer.«

»Ist es denkbar, daß diese verschiedenen Machtzentren auf ihrem Kollisionskurs alle dem Rat des gleichen Beraters folgten? Ja. Saddam Hussein gewährte der amerikanischen Botschafterin, April Glaspie, in den zwei Jahren, die sie in Bagdad verbrachte, nur eine einzige Audienz – und das war kurz bevor der Krieg ausbrach«, sagte der Firmenberater Michael Sacha, der den Irak während des Zeitraums häufig besuchte. □

Mexiko

Die Lobby für den Freihandelspakt

Mike Blair

Mächtige Finanzinteressen formieren sich hinter dem vorgeschlagenen Freihandelspakt mit Mexiko. Sie geben Millionen für ihre Lobby-Tätigkeit beim amerikanischen Kongreß aus. Viele der hochbezahlten Interessenvertreter sind selbst ehemalige Beamte der US-Regierung.

Die mexikanische Regierung gibt Millionen von Dollar aus, um amerikanische Interessenvertreter anzuheuern, um die Verabschiedung der Nordamerikanischen Freihandelsvereinbarung im Kongreß durchzupauken, die letztendlich die amerikanischen Arbeiter Hunderttausende von Arbeitsplätzen kosten wird, wenn sich amerikanische Industrien südlich nach Mexiko hinein bewegen, um aus den dortigen Niedriglöhnen und laschen Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitssicherheitsschutzgesetzen Nutzen zu ziehen.

Der Druck auf Kongreß-Mitglieder

Um der Opposition im Kongreß entgegenzutreten, hat Mexiko eine eindrucksvolle Macht von Interessenvertretern, darunter ehemalige Mitglieder des US-Trade Representative's Office, angeheuert. Dem Handelsrepräsentanten der Regierung von US-Präsident George Bush wurden nämlich über die letzten 18 Monate hinweg 425000 Dollar gezahlt, um Kongreßmitglieder unter Druck zu setzen, dem Handelspakt Rückendeckung zu verleihen.

Carla Hills, der derzeitige amerikanische Handelsrepräsentant, spielte bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen die führende Rolle auf amerikanischer Seite.

Derzeit sind etwa 70 amerikanische Firmen beim Justizministerium als Vertreter mexikanischer Interessen eingetragen. Es gibt 22 Firmen oder Einzelpersonen, die speziell am Handelspakt für die mexikanische Regierung arbeiten.

Die Werbefirma Burson-Marstaller Inc., eine Einheit der Young and Rubicam Inc., erhielt nach Unterlagen des amerikanischen Justizministeriums das meiste Geld: drei Millionen Dollar im vergangenen Jahr.

Latino-Interessensgruppe im Vordergrund

Die von Toney Anaya, dem ehemaligen Gouverneur von New Mexico, geleitete Firma ist eine von mehreren Firmen, die von Mexiko angeheuert wurden, um unter der amerikanischen Latino-Gemeinde Unterstützung zu bekommen.

Die Regierung von Mexiko zahlte an Manchester Trade Inc., deren Präsident 1982 von einem hohen Posten im US-Trade Representative's Office zurücktrat, 98000 Dollar für die Entwicklung von Verhandlungsstrategien, verlautet aus dem US-Justizministerium.

Mexiko hat eine mächtige Geschäftsberatungsgruppe zusammengestellt, die SJS Advanced Strategies Inc., den Handelsinteressenflügel der einflußreichen amerikanischen Anwaltspraxis Steptoe und Johnson, angeheuert hat, deren zwei Chefs, die für die Mexikaner arbeiten, bis vor vier Jahren Beamte auf höchster Ebene im US-Trade Representative's Office waren. Als die Verhandlungen über den Freihandelspakt im August dieses Jahres zuende gingen, waren der Anwaltspraxis von der mexikanischen Regierung schon mehr als 300000 Dollar zugeflossen.

Die mexikanische Geschäftsberatergruppe ist selbst als Interessen vertretende Firma eingetragen und zu ihren politischen Tätigkeiten gehören Kontakte zu Kongreßabgeordneten und Journalisten. Sie hat aus einem Büro in Washington heraus 375000 Dollar ausgegeben.

Pemex läßt die Chancen prüfen

Eine Firma, die bei den Mexikanern unter Vertrag steht, ist Crowell and Moring International Ltd., der Interessen vertretende Flügel der Washingtoner Anwaltspraxis gleichen Namens.

Laut Mitteilungsformularen des Justizministeriums über Auslandsvertreter führt die Firma Crowell and Moring José Luis Alberro Inc. als Anheuerungspartei der Firma auf. Die Firma Alberro, so heißt es auf den Formularen, wird von dem mexikanischen regierungseigenen Monopol, Petroleos Mexicanos, allgemeiner als Pemex bekannt, »kontrolliert«.

Alberro selbst war Mexikos Energie-Verhandlungsführer und ist jetzt Generaldirektor einer Einheit von Pemex.

An Crowell and Moring wurden 40000 Dollar ausgezahlt, um eine Beschreibung der amerikanischen Verhandlungsziele und eine Analyse der »Hebelkraftpunkte« zu beschaffen, die von Pemex ausgebeutet werden könnten.

Nach Unterlagen des amerikanischen Justizministeriums arbeiten folgende Firmen für Mexiko an dem Handelspakt:

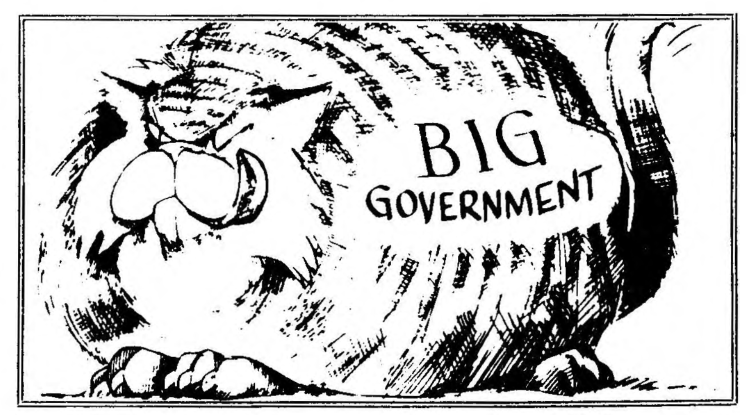
Morgan, Lewis and Bockius; Abelardo L. Valdez; Edward Hidalgo and Apodaca-Sosa Associates; Burson-Marstaller Inc.; Public Strategies Washington Inc.; Crowell and Moring International L. P.; TKC International Inc.; Brock Group Ltd.; Charles E. Walker Associates Inc.; Manchester Trade Inc.; Cleary, Gottlieb, Steen and Hamilton; Shearman and Sterling; Olsson, Frank and Weeda; und Gold und Liebengood, alle aus Washington.

Ein Interessen vertretender Moloch

Auf der Liste stehen auch Toney Anaya aus Santa Fé, New Mexico; Pantin Partnership aus Miami; Kathleen Ann Griffith aus La Jolla, California, und Moya Villahueva and Associates aus Universal City, California.

Laut Charles Lewis, Generaldirektor der in Washington ansässigen Wachhund-Gruppe, des Center for Public Integrity, »beutet Mexiko ein offenes, demokratisches System aus, das sehr wenige Beschränkungen für die Zeit nach Ende des Beschäftigungsverhältnisses hat; was sich auf die Anheuerung von Firmen, deren Mitarbeiter ehemalige Beamte des US-Trade Representative's Office sind, bezieht –«.

Wegen des Interessen vertretenden Molochs angesprochen, erwiderte ein Sprecher für den mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari: »Das völkische Problem wäre auf der amerikanischen Seite, nicht auf unserer Seite.« □



Das Geständnis eines CIA-Agenten

Der legendäre Gerry Patrick Hemming, ein langjähriger Vertragsagent des CIA und Anhänger der castro-feindlichen kubanischen Bewegung, stellte sich einem Interview mit unserem Mitarbeiter Tom Valentine. Hemming, dessen Namen häufig in der Literatur in Zusammenhang mit dem Mord an John F. Kennedy und den Ereignissen um den Vorfall auftauchte, ist sogar beschuldigt worden, in dem Mord an dem amerikanischen Präsidenten verwickelt gesesen zu sein.

Könnte man Sie einen Ex-CIA-Agenten, einen CIA-Agenten oder einen CIA-Vertragsagenten nennen?

Hemming: Man könnte mich einen »CIA-Vertragsagenten« nennen.

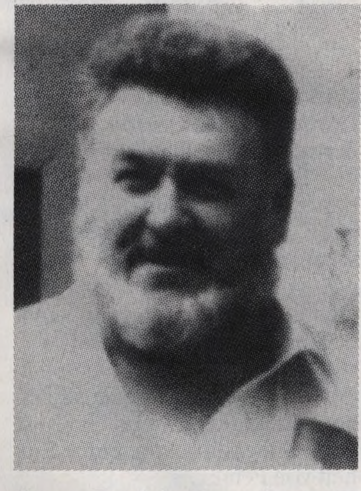
Welche Rolle, wenn überhaupt, spielten Sie bei den Ereignissen um die John F. Kennedy-Kontroverse – oder zumindest wessen sind Sie beschuldigt wurden?

Wer waren die »Oswalds«?

Hemming: Es wurde gesagt, ich hätte mich in einer Wagenkolonne befunden, die vor dem Mord von Miami nach Dallas abfuhr. Es gab tatsächlich mehr als eine Fahrzeugkolonne, die Miami in Richtung Dallas verließ, um in Texas an Sitzungen mit einigen Finanziers teilzunehmen.

Einige unserer Leute hegten Zweifel daran, was wirklich vor sich ging, und rieten einigen kubanischen Führungspersönlichkeiten davon ab, in der betreffenden Woche nach Dallas zu fahren.

Victor Marchettis Behauptung – auf Grund dessen der ehemalige CIA-Agent E. Howard Hunt erfolglos eine Verleumdungsklage anstrengte – erwähnte auch meinen Namen. Marchetti, den ich persönlich kenne, suggerierte, daß ich Lee Harvey Oswalds CIA-Einsatzleiter auf dem Luftstützpunkt Atsugi in Japan (wo sowohl Hemming als auch Oswald stationiert waren, als Oswald in den Marines diente) gewesen sein könnte.



Gerry Patrick Hemming, ein CIA-Vertragsagent, berichtet in einem Interview über die Hintergründe des Kennedy-Mordes.

Waren Sie Oswalds Einsatzleiter?

Hemming: Nein, ich war nicht in dieser Kapazität tätig

Nun, sie waren aber in irgendeiner Funktion tätig.

Hemming: Nur in dem Ausmaß, wie es als höchstwahrscheinlich erschien, daß ich und meine Ausbildungsmannschaft, die im Exil lebende Kubaner eine Zeit vor und nach der Schweinebucht ausbildeten, die erste ausgewählte Gruppe hätte sein können, die in dem ganzen JFK-Mord-Szenario zu »Oswalds« (das heißt, die Mörder oder die Prügelknaben für den Mord – die Redaktion) wurden.

Es gab Behauptungen, daß eine Anzahl potentieller Schützen angeworben oder sonstwie geplant waren, für den Mord an JFK eingesetzt zu werden.

Hemming: Es gab eine Reihe von Leuten, die zu verschiedenen Zwecken nach Dallas dirigiert wurden. Es gab eine französische Mannschaft in Dallas. Mehrere von diesen Leuten wurden am Tage nach dem Mord deportiert.

Es waren die gleichen Leute, die versucht hatten, den Präsidenten von Venezuela, Romulo Bettancourt, mit einer Autobombe zu ermorden. Sie wurden von dem Diktator der Dominikanischen Republik, Rafael Trujullo, bezahlt. Sie versagten. Die gleichen Personen befanden sich im Bereich der Dealey Plaza und wurden am gleichen Tage festgenommen.

Geldangebot für den Kennedy-Mord

Waren dies die berühmten »Landstreicher«?

Hemming: Nein, dies war die französische Verbindung. Es waren Korsen. Sie wurden über New Orleans deportiert.

Darüber wurde in den Zeitungen überhaupt nichts berichtet.

Hemming: Nun eine wohlbekannte Figur des organisierten Verbrechens wurde sofort nach seiner Festnahme an der Dealey Plaza des Landes verwiesen. Es befanden sich viele Menschen in dem Bereich, die auf die eine oder andere Weise veranlaßt wurden, die Gegend zu verlassen.

Sie haben in der Vergangenheit einmal gesagt, Ihnen sei Geld geboten worden, um JFK zu ermorden.

Hemming: Gewisse Leute, die ziemlich gut bei Kasse waren, machten diesen Vorschlag: In einem Fall war es ein Element des organisierten Verbrechens; ein anderer war Guy Bannister in New Orleans; ein anderes Mal war es eine Organisation des extremen rechten Fügels, die dem Minuteman angegliedert war; ein weiteres Mal waren es eine Ku-Klux-Klan-Organisation und eine Gruppe hier in Miami. Im Falle Miami tauchte das Tonband eines Mannes (eines gewissen Joseph Milteer – die Redaktion) auf, der sagte, JFK würde von einem Mann mit einem hochkaratigen Gewehr aus einem Fenster heraus erschossen.

Ich stand zufällig außerhalb des Gebäudes als das Band aufgenommen wurde. Mein Kollege und ich weigerten sich, hineinzugehen, da wir den Verdacht hatten, das der Mann ein agent provocateur war, der für eine amerikanische Bundesbehörde arbeitete und versuchte, uns die Schuld zuzuschieben.

Wir sind mehr als einmal in eine solche Situation geraten, denn es scheint, daß wir die einzige Mannschaft waren, die das Werk vollbringen könnten, da wir Meisterschützen unter uns hatten.

Sie hatten also eine Menge Angebote, konnten sich aber nicht sicher sein, ob sie real waren oder nicht?

Hemming: Angesichts der Vorgeschichte dieser Leute hatten die meisten von ihnen ungefähr ein Drittel des Geldes, das sie brauchen, um das Werk zu vollbringen.

Sie erwähnten Guy Bannister in New Orleans. Er war der ehemalige FBI- und Naval Intelligence-Mann, der angeblich eine Waffenschmuggel-Operation des CIA leitete und von dem allgemein angenommen wird, Lee Oswald Harvey auf irgendeine Weise »gehandhabt« zu haben. Bannisters Aktivitäten waren Brennpunkt der Untersuchung des Mordes durch Jim Garrison.

Hemming: Ich arbeitete mit Jim Garrison zusammen und versuchte, ihm den rechten Weg zu weisen. Ich identifizierte vier

Übertäter, die in seiner Untersuchungsmannschaft waren und für andere Leute arbeiteten. Ich versuchte, ihm klarzumachen, daß Oswalds Kontakte in New Orleans und in welchem Zusammenhang diese mit den Ereignissen in Dallas standen schwierig nachzuweisen waren – äußerst schwierig. Wenn wir uns viele der Untersuchungsobjekte einiger Forscher einmal näher ansehen, dann stellt sich heraus, daß die meisten von diesen »Einfaltspinsel« – potentielle »Oswalds« – waren, die zur Verfügung gestellt werden, wenn der Schlag auf New Orleans oder eine andere Großstadt niedergehen sollte.

Es gibt sehr viele Spekulationen

Wir haben über die letzten 25 Jahre hinweg sieben Mannschaften identifiziert. Zwei von diesen Mannschaften sind seitdem sehr, sehr betriebsam gewesen. Sie haben sich einige hochkarätige Leute vorgenommen: Einen in Ungarn, einen in Chile und einen in Washington im Embassy Row (Botschaftsviertel).

Dies war so gut eingefädelt, daß es zumindest so aussah, als seien eine Menge Leute in den Mord verwickelt gewesen.

Hemming: Es gibt viel Spekulation darüber. Professionelle, wie man sie im CIA findet, leiteten im Rahmen ihrer Charter, soweit dies die Feststellung möglicher Aktionen einer feindlichen Macht, die an einer Durchführungsaktion – das heißt, Ermordung eines Staatschefs – beteiltigt war, betraf, eine sofortige Untersuchung ein.

Sich einen Staatschef vorzunehmen ist eine Kriegshandlung; und der CIA und Gesetzesvollstreckungsbehörden stellten unverzüglich – und dies war vor der Warren Commission – eine Menge Daten zusammen, um festzustellen, ob es einen Nexus mit den Geheimdiensten Castros und dem tschechoslowakischen Geheimdienst gab, der Castros Geheimdienste ausbildete.

Hat der CIA seine eigenen Leute überwacht?

Hemming: Er hätte das automatisch unter dem Motto »Schadensbegrenzung« getan, um festzustellen, ob seine Vertragsagenten unter Umständen an der Peripherie in die betreffende Aktivität verwickelt waren.

Was fand der CIA heraus?

Hemming: Dieser Bericht fällt immer noch unter Geheimhaltung. Es handelt sich um eines der Dinge, die nicht einmal irgendwo aufgezeichnet werden, als hätte es sie nie gegeben.

Der Mann, der den Schweinebucht-Bericht für den CIA erstellte, reichte im vergangenen Jahr bei einem Bundesgericht Klage ein, um diesen Bericht nach dem Freedom of Information Act (Gesetz, das sich mit der Freiheit der Information befaßt), freizubekommen. Und dieser Fall ist immer noch bei Gericht anhängig. In einer Änderungsklage brachte er dies mit den Ereignissen an der Dealey Plaza in Zusammenhang.

Glauben Sie, daß die geheimen Akten für den Mord an JFK, die von der Regierung verwahrt werden, jemals freigegeben werden?

Hemming: Die Dinge liegen so, daß es Angestellte gibt, die eigens als unbedenklich im Sinne der Sicherheitsbestimmungen erklärt werden müssen, das heißt, einen Sonderausweis bekommen, um an die Akten heranzugehen zu dürfen. Dies wirft ein Sicherheitsproblem auf. Jede Freigabe von Dokumenten ermöglicht es gewissen professionellen Forschern, Juwelen zu finden, die zu größeren Dingen führen.

Ein Dokument mag harmlos erscheinen, aber diejenigen, die etwas von der Sache verstehen – Leute wie Mark Lane zum Beispiel –, könnten Dinge herausfinden, die zu anderen Akten unter anderen Aktenzeichen führen.

Verdeckte Operationen zur Geldwäsche

Die französische Verbindung, auf die ich mich bereits bezog, wurde von Mary Farrell, einer professionellen Forscherin in Dallas, entdeckt. Sie mußte über diese sehr schlechten Kopien von Dokumenten, Buchstabe für Buchstabe, brüten, und dort waren die Hinweise auf die Deportation der Korsen, die seinerzeit an der Dealey Plaza waren.

Wie reagieren Sie als langjähriger Vertragsagent des CIA, wenn jemand den CIA eine »rogue agency« (bösartige Agentur) nennt?

Hemming: Es gibt Parteiungen, die auf Grund ihrer Geschicklichkeit in der Lage sind, unabhängige Grundbesitze – (Firmen, die als Fassade für den CIA oder CIA-Parteiungen dienen – zu organisieren. Sie bauen ihre eigenen Betriebe auf und leihen ihre Dienstkräfte aus. Im allgemeinen benutzt der CIA vorwiegend Ausländer: Man kann nicht einen Haufen Gringos in Ländern der Dritten Welt herumlaufen lassen, die deren Sprache nicht sprechen. Man hat vielleicht einen oder zwei amerikanische Einsatzleiter am Ort.

Manchmal handeln diese Agenten oder Einsatzleiter jedoch auf eigene Faust oder tanzen aus der Reihe. Manchmal haben wir Operationen, die unter »falscher Flagge« segeln. Da gibt es vielleicht jemanden, der unter der Aufsicht zum Beispiel eines KGB- »Maulwurfs« (Untergrundagenten) arbeitet, und man glaubt, er arbeite unter einem loyalen amerikanischen CIA-Einsatzleiter.

Ein Job wie jeder andere

Viele verdeckte Operationen werden zur Geldwäsche aufgebaut, da es oft für den CIA nur sehr schwierig ist, vom Kongreß Gelder bewilligt zu bekommen.

Redet Ihr Agenten miteinander, oder handelt es sich um eine Situation, wo man »genau wissen muß, mit wem man es zu tun hat?«

Hemming: Es handelt sich um einen unglaublich kleinen Kreis von Leuten.

Was sollen wir von diesen sogenannten Abtrünnigen halten, die als Pfeifer in Erscheinung treten. Ist dies lediglich Desinformation?

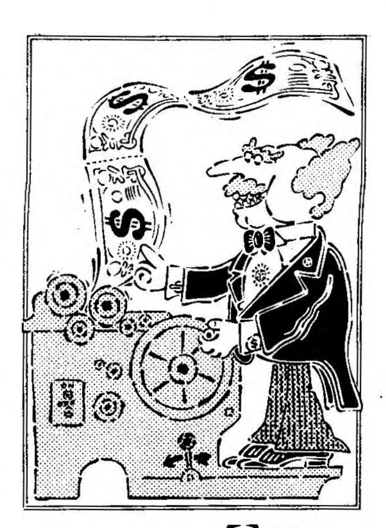
Hemming: Einige dieser Leute sind immer noch im Geschäft. Es gibt Leute draußen in diesem Geschäft, die zu sagen pflegen: »Schreiben Sie nur meinen Namen richtig. Ich bin gut in meiner Arbeit.« Was sie betrifft, so ist es halt nur ein Job wie jeder andere.

Es gibt eine sehr interessante CIA-Figur namens Theodore Shackley.

Hemming: Er ist ein interessanter Fall, weil angenommen wird, er sei nur ein Verwaltungsmensch, aber er steckt sehr tief in den Cowboy-ähnlichen Operationen – unter jedem Aspekt dieser Operationen. Er war in die Aufsicht über so viele Dinge in Miami – wenn es um die castrofeindlichen Aktivitäten ging – und in Laos während des Vietnam-Krieges verwickelt.

Was können Sie uns über Gloria Steinem, Gründerin der National Organization for Woman, und Ed Wells, Gründer der Handgun Control Inc., erzählen, die beide vorgeblich »in den Ruhestand traten«, bevor sie ihre jeweiligen Operationen ins Leben riefen?

Hemming: Die meisten der im Ruhestand lebenden Geheimagenten tun sich schwer, öffentlich darzulegen, was ihre Regierungserfahrungen waren, abgesehen von einem allgemeinen Abriß über ihre Tätigkeiten. Sie wollen aber nicht zugeben, was genau sie getan haben. Es gibt wiederum Leute, die Zugang zu Informationen haben und gebeten werden, einer bestimmten Angelegenheit nachzugehen. Es könnte eine einmalige Sache in ihrem Leben gewesen sein. Das veranlaßt sie aber nicht dazu, ihr ganzes Leben zu »offenbaren«. Es handelt sich um die Art von Leuten, die, wenn der CIA sie ruft und sie auffordert an irgendeinem Projekt zu arbeiten, dies sofort tun werden. □



Irak beschuldigt Ägypten

Der Irak beschuldigte Ägypten, der Non-Aligned-Movement (NAM) Schaden zugefügt und versucht zu haben, die 104 Mitgliederstaaten und deren Ressourcen der Gnade und Barmherzigkeit der Vereinigten Staaten auszuliefern. Die Anklagen erfolgen zu einem Zeitpunkt, wo es Anzeichen für eine Spaltung innerhalb der NAM gibt.

Der ägyptische Außenminister Amr Moussa hat vorgeschlagen, daß die NAM Teil der Gruppe der 77 Entwicklungsländer werden sollte und behauptete, die NAM werde nicht mehr benötigt.

»Es ist ein amerikanischer Vorschlag, dessen Ziel darin besteht, ihnen unangefochtene Kontrolle über ... das Potential und die Ressourcen der Entwicklungsländer zu verleihen, schrieb »Al-Thawra«, das Organ der herrschenden Baath-Partei. »Es ist ein verdächtiger Vorschlag, der darauf abzielt, die NAM in eine bloße wirtschaftliche Vereinigung rückständiger und armer Länder zu verwandeln, die einer durch wirtschaftliche Disparität gekennzeichneten Weltwirtschaftsordnung hilflos gegenüberstehen«, setzte das Blatt hinzu.

»Die Bewegung ihrer politischen Natur zu berauben, würde sie nicht nur schwächen, ... sondern auch ihre historische Rolle beseitigen und sie von ihrem lebenswichtigen Pfad abbringen«. »Al-Thawra« lobte Indonesien, das in Jakarta Gastgeber des NAM-Gipfeltreffens war weil es »den ägyptischen Vorschlag zurückgewiesen« und andere Mitglieder gedrängt hat, »diese Unterwanderungsversuche in Bausch und Bogen zu verdammen«.

Die Balkankrise ruft wachsende Probleme für die NAM hervor. Die malaydianische Regierung unterbrach ihre diplomatischen Bindungen mit Jugoslawien. Indonesien hat in den letzten Monaten einen Großteil des Rückstands, der darauf zurückzuführen war, daß es die NAM, die an das ehemalige Jugoslawien fallen sollten, dirigiert hat, wieder aufgeholt.

Der indische Minister für auswärtige Angelegenheiten Eduardo Faleiro sagte, daß Serbien und Kroatien sich um dem Beobachterstatus auf dem Gipfeltreffen beworben haben, und daß er einen ähnlichen Antrag aus Bosnien erwarte. □

Europa hat die falsche Politik gegenüber dem Osten

Jacques Attali, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, sagte in einem Interview in der französischen Zeitschrift »Le Point«, Europa betreibe gegenüber dem Osten die falsche Politik.

Die Europäische Gemeinschaft sei naiv zu glauben, daß Demokratie automatisch Wachstum herbeiführe, und daß die Liberalisierung der Preise eine Marktwirtschaft schaffen werden, äußerte Attali. »Demokratie ohne Institutionen ist Anarchie. Die Marktwirtschaft ohne Institutionen ist die Mafia. Wir haben jetzt Anarchie und die Mafia, statt Demokratie und Markt.« □

Algeriens Wirtschaftskontrolle wieder hergestellt

Die algerische Regierung geht wieder zur zentralen Kontrolle der Wirtschaft über und hat einen Ausschuß gebildet, der die Importe kontrollieren und einschränken soll, berichtete Reuters aus Algier. Die Regierung sagte, der Schritt werde unternommen, »um das Risiko eines wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenbruchs einzudämmen«, als Folge der noch nie dagewesenen Belastungen der Wirtschaft durch die Bedienung der Auslandsschulden in Höhe von 28 Milliarden Dollar. Algerien hat es mit einem Schuldendienst-Verhältnis von 74 Prozent – das heißt, 74 Prozent der Exporterlöse – zu tun. Trotz der Tatsache, daß das Land sich eines Handelsüberschusses erfreut – Einfuhren von sieben Milliarden Dollar und Ausfuhren von 11,3 Milliarden Dollar – wird der Überschuß ausschließlich für den Schuldendienst verwendet.

Vom Ministerpräsidenten Belaid Abdessalam erlassene Richtlinien ermächtigen einen Regierungsausschuß dazu, die Einfuhren zu kontrollieren, damit sie mit den wirtschaftlichen Prioritäten übereinstimmen, die der Einfuhr von notwendigen Arzneien, Lebensmitteln, Baumaterialien und Ersatzteilen den Vorrang einräumen, aber die Einfuhr von Verbrauchsgütern, wie zum Beispiel Luxuswagen oder ausgeklügelte Kommunikationsausrüstung, hemmt. Die Richtlinien scheinen die im April vergangenen Jahres erlassenen Bestimmungen, wonach es algerischen Unternehmen gestattet wurde, alles, was sie haben wollten, direkt von ausländischen Lieferanten zu importieren, abzulösen, berichtete Reuters. □

Krebsversuche in England gefährden Menschenleben

Das führende Krebskrankenhaus in England, Cristie Institute in Manchester, hat die ganzen achtziger Jahre hindurch an Frauen, die an Gehirnkrebs litten, klinische Versuche durchgeführt, die darauf abzielten, festzustellen, ob eine Verdreifachung der empfohlenen Strahlendosis die Kosten für das Gesundheitswesen verringern könnte. Rund 400 Frauen werden dort jährlich auf Gehirnkrebs getestet. Den Frauen wurde bei diesen Versuchen, die 1991 gestoppt wurden, niemals gesagt, daß eine herkömmliche, zuverlässige Behandlung als Alternative zur Verfügung stand, berichtete der »Scotsman«.

Obwohl vieles geheim bleibt, sollen bei diesem Programm Dutzende, vielleicht Hunderte von Frauen getötet worden sein; bei den Überlebenden waren praktisch alle Gedärme und die Blase entfernt worden, während andere die gesamten inneren Organe von der Taille bis nach unten herausgenommen bekamen. Der Hintergedanke war, ein neues Instrument zu verwenden, das Selektron genannt wird, um die Patientinnen mit Cäsium-Kügelchen zu bombardieren, und dann die Strahlungsdosis dermaßen zu erhöhen, daß die Patientin in 24 Stunden, statt in drei oder mehr Tagen behandelt werden kann.

Es wird nicht mit Ansprüchen auf Schadensersatz gerechnet, weil alle potentiellen Gutachter vermutlich aussagen werden, daß die Behandlung niemals unter dem gesunken sei, was »jeder kompetente« Arzt auch getan hätte. □

Die Weltbank und der landwirtschaftliche Fortschritt

In einem Kommentar von Richard Critchfield in der »New York Times« wurde die Weltbank wegen ihrer Behinderung der landwirtschaftlichen »Grünen Revolution« des Dr. Norman Borlaug, des Züchters aus Iowa, der 1970 den Friedensnobelpreis erhielt, weil er in den sechziger Jahren neue, ertragsreiche Weizensorten in Asien eingeführt hatte, die den Nahrungsmittelausstoß verdreifacht oder gar vervierfacht haben, unter Beschuß genommen.

Critchfield schrieb: »Hohe Beamte der Bank, hauptsächlich Wirtschaftswissenschaftler oder Akademiker, die niemals ihren Fuß in ein afrikanisches Maisfeld gesetzt haben, sind mit Politiken wie ›strukturelle Anpassungen‹, ein Schlagwort in der Strategie des freien Marktes, die drastische Haushaltskürzungen und Inflation, Privatisierung der Industrie, Senkung der Handelsbarrieren und Anspornung der Auslandsinvestitionen nach sich zieht, verheiratet.«

Borlaug äußerte verbittert: »Die Weltbank sagt, unsere Art der Feldarbeit sei nicht gerechtfertigt, weil noch nicht genügend

Forschungsarbeit betrieben worden sei, obwohl wir klar und deutlich demonstriert haben, daß wir die Erträge verdoppeln, verdreifachen oder sogar vervierfachen können.« Die Bürokraten der Weltbank haben »niemals in Afrika gelebt. Sie leben in einem Elfenbeinturm, der sich Weltbank nennt.« □

IWF heizt Arbeitslosigkeit in Ägypten an

Intensivierte Sparmaßnahmen, über die man sich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geeinigt hat, werden bis 1997 40 Prozent der ägyptischen Bevölkerung arbeitslos machen und die Zahl der Arbeitslosen landesweit auf sechs Millionen erhöhen, berichteten Wirtschaftsfachleute.

Die Regierung verkündete, daß sie jetzt die Privatisierung von 76 staatseigenen Firmen in Angriff nehmen werde, über die im Mai 1991 mit dem IWF verhandelt wurde. Dies bedeutet, daß etwa 400000 Industriearbeiter gefeuert werden – und davon werden zum Beispiel 15 Prozent der Arbeitskräfte in der Chemie-Industrie und etwa der gleiche Prozentsatz auf dem Bausektor betroffen. Die ägyptische Wirtschaft muß mit weiteren Problemen fertigwerden, weil andere arabische Staaten, speziell die Scheichtümer am Persischen Golf, ägyptische Gastarbeiter nach Hause schicken und sie durch billigere Arbeitskräfte aus asiatischen Ländern ersetzen. □

Rabin droht mit massiver Vergeltung

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin drohte massive Vergeltung gegen jeden arabischen Staat an, der konventionelle Raketen auf Israel abfeuert. Rabin sagte zu der israelischen Zeitung »Haaretz«, daß Israel sich nicht zurückhalten werde, wenn es mit irakischen Raketen angegriffen wird, wie es während des Golfkrieges getan habe. »Ich glaube nicht, daß der Irak gegen Israel vorgehen wird«, sagte er, »aber wenn er das tut, dann verfügt Israel über eine Vielfalt von Aktionsmitteln, die in der Öffentlichkeit nicht im einzelnen aufgeführt werden können.«

Befragt, ob Israel andere arabische Staaten von Raketenschlägen abschrecken könne, erwiderte Rabin: »Im allgemeinen, wenn wir im Zusammenhang mit einem totalen Krieg über einen Nachbarstaat wie Syrien sprechen, gibt es zwei Komponenten.

Die erste besteht darin, klar und deutlich zu machen, daß ein Schlag gegen Israel mit konventionellen Waffen einen massiven konventionellen Schlag gegen die Städte des betreffenden Landes mit sich bringen würde.«

Die zweite, meinte er, bestünde darin, »zu einer schnellen Entscheidung im Kriege zu kommen und keine Situation wie Operation Wüstensturm aufkommen zu lassen, in der unser Hinterland 45 Tage Angriffen ausgesetzt war.

Was weiter weg liegende Staaten betrifft – kommt es darauf an, die Fähigkeit zu entwickeln, die Ballungszentren dieser Staaten zu treffen.« □

China versucht grüne »Revolution«

China versucht die Landwirtschaft zu revolutionieren. Unter Umständen sollen bessere Getreidesorten eingeführt werden, um »schnelle Erfolge« mit höheren Erträgen und besseren Qualitäten in der Nahrungsmittelproduktion zu erzielen, schrieb die »China Daily«.

Die chinesische Bevölkerung, die noch bis Anfang der achtziger Jahre mit ausreichendem, wenn auch minderwertigem Getreide zufrieden war, verlangt jetzt Obst, Gemüse und Fleisch sowie Reis von hoher Qualität. China kann diesem Verlangen jedoch nicht nachkommen.

Die Einkünfte der Bauern, die im Durchschnitt 130 Dollar betragen, sind seit Mitte der achtziger Jahre entsprechend derjenigen der städtischen Bevölkerung rückläufig. Da die Landwirte 80 Prozent der Bevölkerung Chinas ausmachen, wird es, falls sich diese Stagnation fortsetzt, unmöglich sein, China aus seinem derzeitigen Status als Volk mit dem niedrigsten Lebensstandard in der Welt herauszubekommen.

Eine tüchtigere Landwirtschaft und Diversifikation sind auch von wesentlicher Bedeutung, um Chinas gewaltigen »Überschuß an Landarbeitern«, mindestens 100000 Menschen, zu absorbieren. Die ungelösten Probleme des Transports von landwirtschaftlichen Produkten auf die Märkte und die vorsätzliche Verarmung von Wissenschaftlern und Technikern, die China sehr rückständig halten, müssen unbedingt angepackt werden, wenn China seine Produktion erhöhen soll, räumte das Blatt ein. □

Türkei billigt Morde an PKK-Führern

Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei genehmigte auf seiner gemeinsamen Sitzung mit Präsident Turgut Özal in Ankara, Einsätze zur Tötung von Führern der kurdischen separatistischen Gruppe PKK durchzuführen, berichtete die Tageszeitung »Hurriyet«.

Obwohl das amtliche Kommuniqué nur von »Operationen innerhalb und außerhalb des Landes«, sprach, führte »Hurriyet« des längeren und breiten aus, daß die Türkei daran denkt, Spezialmannschaften ausschwärmen zu lassen, die das mit den PKK-Führern machen sollen, was Israel schon sehr viele Male außerhalb seiner Grenzen mit der PLO gemacht hat, nämlich deren Führer und Elitekader zu beseitigen.

Der PKK-Vorsitzende Abdullah Ozcalan, der sich in Syrien versteckt halten soll, ist als Hauptziel eines Einsatzes israelischer Art im Gespräch, schrieb »Hurriyet«. Frühere Bemerkungen des türkischen Innenministers Szesgin, daß seine Kräfte »diese Terroristen hetzen und stellen werden, ganz gleich wo sie sich befinden, selbst wenn wir sie außerhalb unserer Grenzen jagen müssen«, sind in den türkischen Medien wiederholt worden. □

Grenzstreitigkeiten zwischen China und Vietnam

Vietnam klagte an, daß China damit begonnen habe, in vietnamesischen Gewässern nach Öl zu bohren und forderte Peking auf, seine Schiffe aus dem Gebiet »sofort zurückzuziehen«, berichteten die offiziellen vietnamesischen Medien laut UPI.

»Mitte August und Anfang September setzte China seine Ölsuch- und Bohrschiffe zu einer Bohroperation in einem Bereich innerhalb der territorialen Gewässer Vietnams« im Golf von Tonkin in Bewegung, verkündete der staatseigene Rundfunksender Hanoi. »Es verbot auch Operationen anderer Schiffe innerhalb eines Radius von 1000 bis 1500 Meter.

Die nächste Stelle des geplanten Operationsfeldes ist nur 128 km von dem vietnamesischen Hafen Ba Lat entfernt. »Das Gebiet liegt auch direkt an der internen Seeroute zwischen Haiphong und Quang Ninh. Dies verstößt gegen den Vorschlag, den China am 18. Januar 1974 gemacht hatte, nämlich daß, vorbehaltlich der Festlegung der Seegrenze zwischen den beiden Ländern, beide Seiten zeitweilig davon Abstand nehmen sollten, in diesem Gebiet nach Öl zu suchen«.
In dem Rundfunkbericht hieß es, das vietnamesische Außenministerium habe dem chinesischen Botschafter in Hanoi eine Note zugeschickt, »in der es seine Besorgnis über diese Aktivitäten auf dem Festlandsockel Vietnams zum Ausdruck bringt« und »fordert, daß China alle seine ausgefahrenen Schiffe unverzüglich zurückruft«.

Der chinesische Außenminister Xu Dunxin wird Hanoi besuchen, um über die umstittenen Grenzen zwischen den beiden Ländern zu sprechen. Aus Radio Hanoi verlautet, daß die chinesischen Aktionen »keine günstigen Bedingungen für die kommenden Gespräche schaffen«. □

John Demjanjuk

Kein Zweifel an der Unschuld

Die unglaubliche Geschichte der Kampagne des amerikanischen Justizministeriums gegen John Demjanjuk, ein im Ruhestand lebender Automechaniker aus Cleveland, war Mittelpunkt eines Interviews, das unser Mitarbeiter Tom Valentine mit dem US-Abgordneten Jim Traficant führte. Traficant hat sich eingehend mit dem Schicksal Demjanjuks beschäftigt und ist dabei auf Beweise gestoßen, die belegen, daß das US-Justizministerium gegen den geplagten naturalisierten Amerikaner, der heute in einem israelischen Gefängnis einsitzt und dem der Tod durch den Strang droht, ein abgekartertes Spiel abzog. Demjanjuks Anwälte haben gegen das Todesurteil Berufung eingelegt. Valentins Fragen sind in Fettdruck.

Sie haben sich da auf eine sehr umstrittene Sache, den Fall Demjanjuk, eingelassen. Nun geht das Bundesberufungsgericht in Cincinnati hart gegen das US-Justizministerium vor, weil es Demjanjuk mit falschem Beweismaterial, das vom Office of Special Investigations (OSI) in Zusammenarbeit mit den Sowjets zusammengebraut wurde, über den Tisch gezogen hat.
Ein Großteil der Informationen, auf daß sich das Berufungsgericht verließ, kam zur Verteidigung John Demjanjuks aus Ihrem Büro. Sie erhielten einige dieser Beweise, in dem Sie einen Antrag unter dem Freedom of Information Act (Gesetz das sich mit der Freiheit der Information befaßt) stellten. Wie wurden Sie in diesen umstrittenen Fall verwickelt?

Traficant: Die Familie Demjanjuk kam zu mir. Sie konnten anderswo keine Unterstützung bekommen, da der Fall so heikel war. Ich verwies sie an die Kongreßmitglieder aus dem Raum Cleveland. Ich selbst bin aus Youngstown.

Das Material aus dem Müll

Demjanjuks Sohn sagte: »Wir sind Bürger dieses Landes. Wir haben niemals gegen irgendwelche Gesetze verstoßen. Wir finden jedoch niemanden, der mit uns reden will.«

Sie hätten das Gefühl, daß ich mit ihnen reden würde, sagten sie. Sie hätten von meinem berühmten Kampf mit dem US-Justizministerium gehört. Dieses war gegen mich vorgegangen, und ich verteidigte mich selbst in dieser Sache.

Als ich Sheriff war, wurde ich von der Bundesregierung angeklagt, Bestechungsgelder angenommen zu haben. Ich bin kein Anwalt, aber ich verteidigte mich selbst, und ich obsiegte gegen das US-Justizministerium ohne Anwalt. Mein Fall war mehr politischer Natur als alles andere.

Zu diesem Zeitpunkt hörte die Familie von mir. Sie wußte, daß ich keine Angst vor der Regierung hatte, und daß ich standhaft sein würde. Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß sich das amerikanische Volk heute daran erinnert, daß es unsere Regierung ist, und daß wir Bürokraten und nicht gewählte Leute haben, die aus irgendeinem Grund glauben, das Recht zu haben, über unser Leben zu bestimmen. In diesem Zusammenhang kamen die Demjanjuks zu mir.

Washington kannte die ganze Wahrheit

Ich sagte ihnen, daß ich mich mit der Sache befassen würde. Schon als sie zu mir hereinkamen, sagte ich zu ihnen: »Ihr Vater ist wegen scheußlicher Verbrechen schuldig gesprochen worden. Was mich betrifft, er hat einen Prozeß gehabt. Ich werde mir ihren besonderen Fall näher betrachten, aber ich werde ihn genau so darstellen, wie ich ihn sehe.«

Was dann geschah, war, daß die Demjanjuks Material hereinbrachten, das sie aus dem Müll entnommen hatten. Es gab Leute, die sich den Müll des dem Justizministerium unterstehenden Office of Special Investigations (OSI) angesehen hatten.

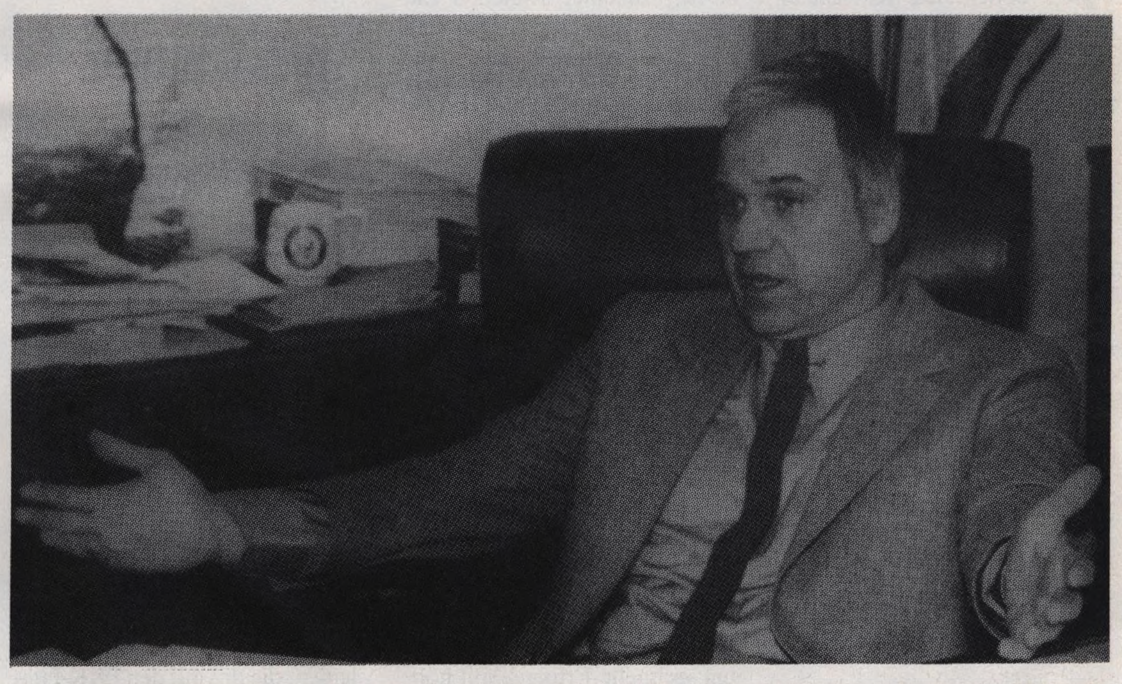
Ebenso wie die Justiz gegen andere Leute vorgeht und deren Müll nach Beweisen gegen sie durchsucht.

Im Falle Demjanjuk waren es Berichte von Beamten des Justizministeriums, die 1979 in Berlin den Ex-Nazi-Wachmann Otto Horn verhörten. Horn sagte in dem Ausbürgerungsverfahren gegen Demjanjuk in Cleveland – wo man ihn seiner Staatsbürgerschaft entkleidete – aus. Horn war ein Schlüsselzeuge. Nachdem er sich in Berlin zwei Satz Fotos angesehen hatte, sagte er aus, er könne Demjanjuk in zwei verschiedenen Satz Fotos identifizieren.

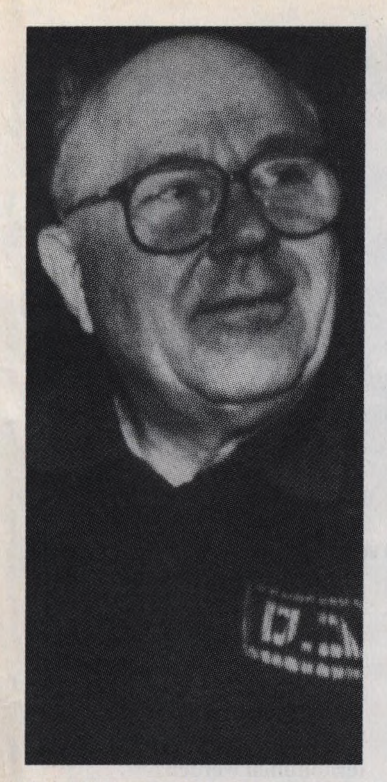
Das Bemerkenswerte an dieser Sache ist, daß aus den Dokumenten, die mir übergeben wurden, zu entnehmen war, daß das Personal des Justizministeriums, das Horn verhört hatte, detaillierte Berichte darüber verfaßt hatte, was bei den Verhören vor sich gegangen war.

Zur Erinnerung: Als Horn in Cleveland aussagte, sagte er, als er in Berlin den ersten Satz Fotos gesehen habe, habe er »Iwan den Schrecklichen« herausgesucht und ihn als Demjanjuk identifiziert. Als er sich den zweiten Satz Fotos betrachtete, habe er »Iwan« herausgesucht und gesagt, es sei Demjanjuk.

Und dann fragte man ihn – und es war keine Verteidigungsmannschaft für Demjanjuk zugegen –,



Der Abgeordnete Jim Traficant ist wesentlich daran beteiligt, daß der Fall John Demjanjuk wieder aufgerollt wird.



John Demjanjuk, ein im Ruhestand lebender Automechaniker aus Cleveland, ist in Israel zum Tode verurteilt worden.

Grösse: 175 cm
Gesichtsform: oval
Haarfarbe: dklblond
Augenfarbe: grau
Besondere Merkmale: Narbe auf dem Rücken
Familienname: Demjanjuk
Vor- und Vatersname: Iwan/Nikolai
geboren am: 3.4.20
geboren in: Duboimachariwzi/Saporosche
Nationalität: Ukrainer
Abkommandiert am 22.9.42 zu L.G. Okzow
Abkommandiert am 27.3.43 zu Sobibor
Abkommandiert am zu
Abkommandiert am zu
Abkommandiert am zu

Empfangene Ausrüstungsgegenstände:

Mütze:	1	Koppel:	
Mantel:	1	Seitengewehrtasche:	1
Bluse:	1	Handschuhe:	
Hose:	1	Unterhemd:	2
Stiefel:		Unterhosen:	2
Schnürschuhe:	1	Wollweste:	
Socken:	1	Badehose	
Fusslappen:			1
Essgeschirr:			
Brotbeutel:			
Trinkbecher:			
Feldflasche:			

Wolldecken: 1
Gewehr Nr.:
Seitengewehr Nr.:
Ausgegeben: / Richtig empfangen:

Raum für Anmerkungen der Dienststelle:
WIRD DER INHABER DIESES AUSWEISES AUSSERHALB DES ANGEGEBENEN STANDORTES ANGETROFFEN, IST ER FEST ZU NEHMEN UND DER DIENSTSTELLE ZU MELDEN.

Der Beauftragte des Reichsführers-SS für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum.
DIENSTSITZ LUBLIN
AUSBILDUNGSLAGER TRAWNIKI
Dienstausweis Nr. 1393
Der Demjanjuk, Iwan
(Name des Inhabers)
ist in den Wachmannschaften des Beauftragten des RF-SS für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum als Wachmann tätig.
I. A.
Hauptsturmführer

Der Ausweis strotzt vor bösen Fehlern, was Sachkundige nicht verwundert, da der KGB nicht für Präzision bekannt ist.

Das »Dokument«, der Ausweis, aufgrund dessen Demjanjuk gehängt werden soll. Er enthält nicht einmal ein Ausstellungsdatum.

ob er den ersten Satz Fotos überhaupt gesehen habe, als man ihm den zweiten Satz Fotos vorlegte. Horn sagte: »Überhaupt nicht. Die Fotos wurden weggenommen, in einen Umschlag gesteckt und meinen Blicken entzogen«.

Und dies kam aus dem Müll zum Vorschein: Originaldokumente, unterzeichnet und datiert von den Vernehmungsbeamten, mit Eingangsstempel ihres Vorgesetzten im Justizministerium. Diese Dokumente beweisen, daß Otto Horn ein Satz von acht Fotos von kaukasischen Männern, die am Anfang ihrer zwanziger Jahre standen, gezeigt wurde. Es heißt darin, er habe sich die Fotos sehr lange angeschaut und gesagt, eine Person komme ihm bekannt vor, und das war nicht einmal Demjanjuk. In dem ersten Satz von acht Fotos habe er überhaupt niemanden erkennen können.

Die Manipulation mit den Fotos

Diese Vernehmungsbeamten schrieben seinerzeit in ihrem amtlichen Bericht, sie hätten dann die acht Fotos wieder an sich genommen und ein Foto auf diesen Stapel gelegt und diesen auf die Tischkante geworfen, so daß das obenauf liegende Foto - das von Demjanjuk - Horn förmlich ins Gesicht sprang. Dann legten sie ihm einen anderen Satz Fotos von acht kaukasischen Männern, die in ihren dreißiger oder vierziger Jahren standen, vor, und Horn schaute sie sich eine Zeitlang an. Dann, so heißt es weiter in dem Bericht, nachdem Horn zwischen diesem Satz Fotos und dem Stapel Fotos - mit dem von Demjanjuk obenaufliegend - hin und hergeschaut hatte, sagte er: »Das ist der Mann.«

So wurde der orchestrierte Prozeß gegen Demjanjuk eingeleitet, der wahrscheinlich als einer der bemerkenswertesten Fälle in die Justizgeschichte der USA eingehen wird, weil die Rechte einer Einzelperson auf dem Spiel stehen. Wenn man es einmal zuläßt, daß die Rechte des Einzelnen gefährdet werden, bringt man letztendlich unser aller Rechte in Gefahr.

Otto Horn war ein Nazi und ein Lügner, und er log das Blaue vom Himmel herunter. Er identifizierte Demjanjuk nicht, und das US-Justizministerium wußte das ganz genau.

Ich hatte ja selbst mit dem Justizministerium zu tun gehabt und wußte, daß es über solche faulen Tricks keineswegs erhaben ist. Vielleicht glaubte es wirklich, zwar den richtigen Mann, aber nicht genug Beweise gegen ihn zu haben, um ihn zu überführen. Deswegen wurde der Prozeß manipuliert.

Ich wollte im Zweifelsfall zugunsten des Justizministeriums entscheiden, verfolgte aber den Fall weiter und sagte den Beamten seinerzeit, daß für mich keinerlei Zweifen bestehen, daß Otto Horn in Cleveland einen Meineid schwor, und daß das Justizministerium diesen Meineid unterstützte und genau wußte, daß Horn nicht die Wahrheit gesagt hatte. Das reichte aus für mich, um die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Jedesmal, wenn ich versuchte, mehr Informationen entweder über Demjanjuk oder über Treblinka zu bekommen, lief ich gegen eine Mauer. Das Justizministerium wußte jedoch, daß es in mir jemanden hatte, der die Sache weiter untersuchen und sich nicht abschrecken lassen würde.

Da gab es jedoch einen Ukrainisch-Amerikaner, der wegen Kriegsverbrechen schuldig gesprochen und hingerichtet

John Demjanjuk

Kein Zweifel an der Unschuld

wurde. Sein Name war Fedor Federenko. Ich stellte Anträge nach dem Freedom of Information Act (FOIA), da dieser Mann auch in Treblinka war. Ich sandte FOIA-Anträge an den Immigration and Naturalization Service (Einwanderungsbehörde), an das US-Justizministerium und an das Außenministerium.

Demjanjuk ist nicht »Iwan«

Durch meinen Briefkastenschlitz schlüpfte die Kopie eines Telegramms, das mir das Außenministerium zuschickte und das im August 1978 von dort an das OSI – das gegen Demjanjuk und Federenko ermittelte – gegangen war. In diesem Telegramm steht alles, worum es bei der ganzen Demjanjuk-Kontroverse in Israel im dortigen Obersten Gericht geht.

Darin wird auf die Tatsache angespielt, daß es sechs ukrainische Wachleute gab, die wegen Kriegsverbrechen in Treblinka hingerichtet wurden. Schaut man sich die Namen und Aussagen dieser Männer an, stellt man fest, daß sie Iwan den Schrecklichen als einen Mann namens Iwan Martschenko identifizierten. Martschenko war größer, hatte dunkleres Haar, war neun Jahre älter als Demjanuk und hatte eine Narbe am Hals.

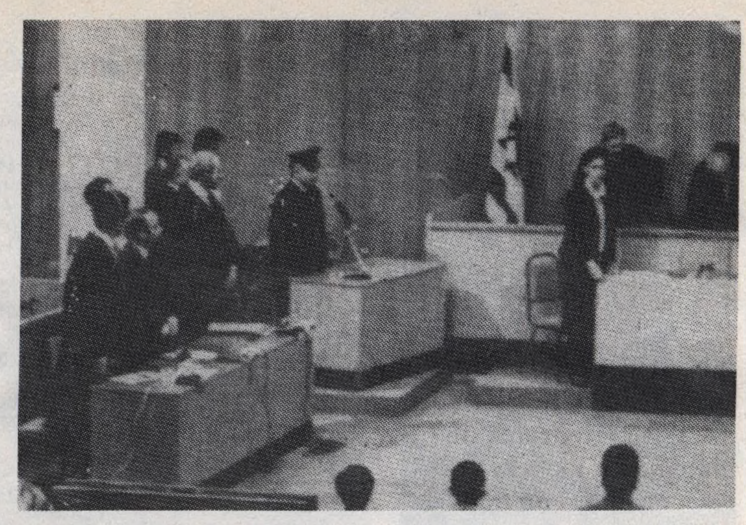
Zu diesen Informationen gehört auch das Bild von einem Mann, der von jüdischen Häftlingen Iwan der Schreckliche genannt wurde, und dieser Mann war Iwan Martschenko. Demjanjuk ist nicht Iwan der Schreckliche, Iwan in Treblinka war Iwan Martschenko.

Jetzt muß unser Justizministerium hierfür Rechenschaft ablegen, weil man dort von Anfang an wußte, daß Demjanjuk nicht jener Iwan war, trotzdem einen Prozeß gegen ihn führte, weil das sensationelle Schlagzeilen bringen würde. Diese haben die Herren sicherlich bekommen, doch müssen sie dafür geradestehen, was sie getan haben.

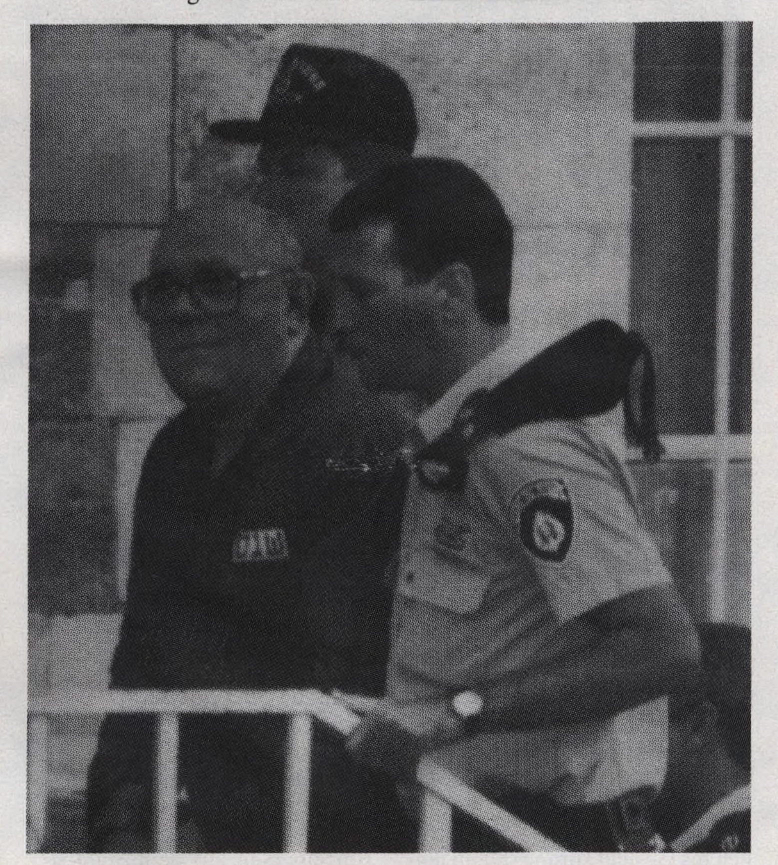
Ich werde nicht eher zufrieden sein bis der Gerechtigkeit Genüge getan ist und einige von denjenigen, die Demjanjuk wissentlich zu Unrecht strafrechtlich verfolgt haben, dafür ins Gefängnis geschickt werden.

Jetzt hat das Berufungsgericht in Cincinnati von sich aus eine Untersuchung eingeleitet.

Traficant: Die von mir zusammengestellte gewaltige Menge Beweismaterial habe ich nach Israel geschickt, und in aller Fairneß gegenüber Israel muß gesagt werden, daß man diese Beweise dort sehr ernst genommen und es in das Verfahren des dortigen Demjanjuk-Prozesses eingebracht hat. Also mußte über die Angelegenheit beraten werden. Gott sei Dank.



Richter Dov Levin (rechts hinten) verkündet das Urteil im Demjanjuk-Prozeß in einem Kino.



John Demjanjuk wird in Begleitung von zwei israelischen Polizisten zu einem Termin des obersten Gerichts Israels geführt.

Schließlich tat das Berufungsgericht des Sechsten Gerichtsbezirks in Cincinnati – das anfangs Demjanjuks Berufung gegen seine Ausbürgerung verwarf – etwas, wozu man ihm gratulieren sollte. Man sagte: »Kommen Sie herein, Justizministerium, und geben Sie uns jetzt alle Fakten.«

Und das Berufungsgericht gab auch der Familie Gelegenheit, alle ihr bekannten Tatsachen auf den Tisch zu legen. Glauben Sie mir, dies ist eine gute Gelegenheit.

Ich kann Ihnen ohne Zögern versichern: Demjanjuk ist nicht Iwan der Schreckliche. Er hat nicht als Iwan der Schreckliche gemordet.

Was, glauben Sie, sollte jetzt unternommen werden?

Traficant: Ich glaube, das Urteil muß aufgehoben werden. Wenn es irgendeine Gerechtigkeit gibt, dann sollte unsere Regierung eine Vereinbarung mit Israel anstreben, um Demjanjuk nach Hause zu holen. Das Justizministerium behauptet jetzt, es gebe andere Dinge, die es vielleicht untersuchen wird. Von all diesen anderen Dingen, von denen sie jetzt reden, hatten die Herren des Justizministeriums aber schon 1978 Kenntnis. Sie machten Demjanjuk den Prozeß, obwohl sie ganz genau wußten, daß er nicht dieser Iwan war.
Ich sage, daß sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Wenn es eine Gerechtigkeit gibt, dann müssen einige Herren aus dem Justizministeriums ins Gefängnis. Das ist eine Möglichkeit unsere Regierung aus der Schußlinie zu bringen.

Wir wissen jetzt, daß die Beweisnorm für ein Kapitalverbrechen Schuld ohne angemessenen Zweifel ist. Wir haben genügend Beweise für Demjanjuks Unschuld. Jeder, der noch etwas mißtrauisch ist, sollte sich dieses Beweismaterial ansehen und wird dann sagen: »Dieser Mann ist nicht Iwan.«
Wenn es andere Dinge gibt, wegen denen das Justizministerium gegen Demjanjuk ermitteln will, dann ist das eine andere Sache. Er muß jedoch auf alle Fälle nach Hause gebracht werden. □

Pearl Harbor

Fünfzig Jahre Historiker-Streit

Zweiter Teil

Charles Lutton

Der Standpunkt der Revisionisten stand auf festem Boden von Beweismitteln, die während der Congressional Hearings (Untersuchungen auf Kongreßebene) und in anderen Nachkriegsenthüllungen vorgelegt wurden. Dies brachte die Verteidiger Roosevelts und der »Neuen Weltordnung«, die in Teheran, Jalta, Potsdam und San Francisco geschmiedet wurde, nicht zum Schweigen. Weit davon entfernt.

Eine Flut von Büchern, in denen Roosevelt und seine hauptsächlichen Gehilfen verteidigt, »erklärt« und entschuldigt werden, lief von den Druckpressen zu den Akkoladen der Massenmedien des Establishments. Repräsentative Beispiele für diese Literatur sind: »The Road to Pearl Harbor« von Herbert Feis, Princeton University Press, 1950; »Roosevelt: From Munich to Pearl Harbor«, Creative Age Press, 1950; »The Challenge to Isolation«, Harper and Brothers, 1952, und »The Undeclared War«, Harper und Brothers, beide von William L. Langer und S. Everett Gleason.

Noch immer lesenswert

Wenn George Morgensterns »Pearl Harbor« auch die beste Antwort auf die Establishment-Version des Angriffs bleibt, haben andere Autoren sich näher mit dem New Deal und dem Zusammenhang zwischen dem Angriff der Japaner auf Hawaii und mit amerikanischer Außen- und Innenpolitik während der Roosevelt-Ära befaßt. Besonders bemerkenswert sind die Studien von Charles A. Beard. »President Roosevelt and the Coming of the War, 1941: A Study in Appearances and Realities«, Yale University Press, 1948; William Henry Chamberlin »America's Second Crusade«, Henry Regnery, 1950; Frederick R. Sanborn »Design for War: A Study of Secret Power Politics, 1937 – 1941«, Devin Adair, 1951, und Charles Callan Tansill »Back Door to War: The Roosevelt Foreign Policy, 1933 - 1941«, Henry Regnery, 1952. Die Bände von Beard und Tansill waren unter den Verteidigern der rooseveltschen Politik besonders unwillkommen, da Beard einer der hervorragendsten Historiker der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts und Tansill ein distinguierter Universitätsprofessor für Geschichte der amerikanischen Diplomatie war. Alle oben erwähnten Titel sind immer noch lesenswert, nicht nur vom Standpunkt der Geschichtsschreibung aus gesehen, sondern auch wegen ihrer Enthüllung von Tatsachen und Auslegungen der Ereignisse.

Das Barnes-Symposium

Harry Elmar Barnes (1889 – 1968) war ein hochrangiger Gelehrter und Pfadfinder der revisionistischen Geschichtsforschung über den Ersten Weltkrieg. Später, ein Kritiker der Politik des New Deal, schrieb er über Geschichte der Diplomatie und internationale Beziehungen und ermunterte andere großzügig, verschiedene Gesichtspunkte der jüngsten Geschichte zu erforschen. Er sah diese »Erforschung der Wahrheit« nicht als bloße Geistesübung, sondern als eine Bemühung, die dazu beitragen könnte, einer bedrängten Welt Gerechtigkeit und Frieden zu bringen.

1953, brachte Barnes »Perpetual War for Perpetual Peace«, The Caxton Printers Ltd., heraus. Darin brachte Barnes in einem Überblick eine Bewertung der Entwicklung, des Verlaufs und der Folgen der amerikanischen Politik während der Präsidentschaft sowie Roosevelts führende Kritiker zusammen. Er war zuversichtlich, daß die in diesem Band zum Ausdruck kommenden Ansichten jeder Einlassung der Verteidiger Roosevelts standhalten konnten. Er schrieb: »Es besteht keine Möglichkeit, daß spätere Beweise eine Milderung der Anklagen gegen unsere Außenpolitik seit 1914 und besonders seit 1933 erforderlich machen werden. Wenn es irgendwelches Geheimmaterial gäbe, das die Politik Roosevelts und Trumans in einem helleren Licht erscheinen ließe, dann könnten wir gewiß sein, daß ihre Hofhistoriker und Publicity-Agenten dies längst der Öffentlichkeit mitgeteil hätten.«

Eingeständnisse zur US-Politik

Das Symposium wurde mit einer Einführung zu »Revisionismus and the Historical Blackout« eröffnet, in der Professor Barnes erläuterte, wie abweichende Ansichten durch die gleichen Elemente unterdrückt wurden, die behaupteten, die First Amendment to the Constitution (Erste Verfassungsänderung) verteidigen zu wollen. Wären die kleinen Firmen Henry Regnery und Devin-Aldair nicht bereit gewesen, revisionistische Bücher zu veröffentlichen, sei es zweifelhaft, ob es Morgenstern, Sanborn, Tansill und anderen überhaupt gelungen wäre, ihre sehr bedeutsamen Werke gedruckt zu bekommen.
In seinem Essay »The United States and the Road to War in Europe« besprach Dr. Tansill den europäischen Hintergrund zum Ursprung des Zweiten Weltkriegs sowie die japanisch-amerikanischen Beziehungen bis zu dem Angriff auf Pearl Harbor. Frederick R. Sanborn erörterte den Ursprung des rooseveltschen Interventionismus und des Fehlschlags seiner unneutralen Politik Hitler gegenüber in »Roosevelt is Frustrated in Europe« (»Roosevelt scheitert an Europa«). Professor William L. Neumann lenkte die Aufmerksamkeit seiner Leser auf »How American Policy Toward Japan Contributed to War in Europe« (»Wie die amerikanische Außenpolitik gegenüber Japan zum Krieg in Europa beitrug«).

Das Beste, was den USA geschehen konnte

Zwei Essays befaßten sich mit Pearl Harbor und seinen Nachwehen: »The Actual Road to Pearl Harbor« (»Der eigentliche Weg nach Pearl Harbor«) von George Morgenstern, in dem die Argumente, die er in seinem Buch gleichen Titels vorgetragen hatte, zusammengefaßt und auf den neuesten Stand gebracht werden, und »The Pearl harbor Investigations« von Percy L. Greaves jun. Greaves befaßte sich mit den neun Untersuchungen über Pearl Harbor und legte dar, wie die Schuld von den wirklichen Übeltätern abgelenkt wurde. Er enthüllte, wie General Marshall gezwungen wurde, unter hartnäckiger Befragung durch US-Senator Homer Ferguson eine Reihe von belastenden Eingeständnissen machen mußte, unter anderem daß die Vereinigten Staaten insgeheim militärische Vereinbarungen mit den Briten und Niederländern begonnen hatten, die gegen die Japaner gerichtet waren, und daß diese noch vor dem Angriff auf Pearl Harbor in Kraft traten. Nichtsdestoweniger lief die Kampagne zum Schutz derjenigen, die für das Debakel von Pearl Harbor verantwortlich waren, weiter.

Greaves schrieb: »Diejenigen, die an dieser großen Verschwörung gegen das amerikanische Volk beteiligt waren, glauben zweifellos, daß der Zweck die Mittel heilige. Sie schließen sich wahrscheinlich alle den Herausgebern der Zeitschrift ›Life‹ an, die uns in ihrer ›Picture History of World War II‹ (›Bildgeschichte des Zweiten Weltkriegs‹) weismachen wollen: Rückschauend betrachtet, scheint Pearl Harbor eindeutig das Beste zu sein, was den USA passieren konnte.«
William Henry Chamberlin erinnerte die Leser daran, daß keines der Ziele, für die die Vereinten

Pearl Harbor

Fünfzig Jahre Historiker-Streit

Nationen angeblich eintreten, am Ende des Krieges erreicht wurde. In seinem Essay »Der Bankrott einer Politik« vertrat er die Ansicht, daß die rooseveltsche Außenpolitik eine Katastrophe war, deren entsetzliche Folgen wir noch Jahrzehnte zu erdulden haben. Das abschließende Essay von Professor A. Lundberg befaßte sich mit »Amerikanische Außenpolitik im Lichte der nationalen Interessen in der Mitte des Jahrhunderts«. Darin verglich er den Internationalismus und den Interventionismus mit dem, was vor der Einmischung Amerikas in den Ersten Weltkrieg traditionelle amerikanische Politik des Kontinentalismus war. Unter der alten Politik seien die Vereinigten sicher gewesen und wohlhabend geworden. Der neue Internationlismus habe die USA unfreier und unsicherer gemacht.

Fast vierzig Jahre nach ihrer Veröffentlichung kann man sagen, daß die Artikel in »Perpetual War for Perpetual Peace« in der Tat die Zeitprobe bestanden haben und immer noch wertvolle Geschichtsschreibung sind. Seit Barnes hat niemand mehr versucht, in einem einzigen Band über die Geschichte zu schreiben, die er darin behandelt. Bedauerlicherweise ist es unwahrscheinlich, daß ein solches Projekt heute in Angriff genommen werden kann, da nicht genügend Wissenschaftler an diesen Themen arbeiten, um einen großen Band mit Essays zu füllen.

Die Admirale melden sich zu Wort

Dank der Roosevelt-Apologeten, darunter die voreingenommene Roberts-Kommission, der Mehrheitsbericht des gemeinsamen Kongreßausschusses und der regierungsfreundlichen Bücher, ist es kein Wunder, daß die Öffentlichkeit darüber verwirrt war, welcher Zweig der Streitkräfte nun eigentlich für die Sicherheit Pearl Harbors verantwortlich war – ein Zustand, der bis heute anhält. Aus den verschiedenen Untersuchungen ging hervor, daß der Armee, nicht die Kriegsmarine, die Verteidigung der Pacific Fleet oblag, als diese sich im Hafen befand. Daher lief die Befehlskette 1941 über den Staabschef der Armee, General Marshall, zu seinem Kommandeur in Hawaii, General Short. Admiral Kimmel sollte mit der Armee kooperieren, zu der zu dieser Zeit auch die Luftwaffe gehörte – die während des ganzen Krieges eigentlich die Army Air Force war –. Kimmels Aufgabe war es, sich um Marineeinsätze zu kümmern.

Über die Jahrzehnte, in denen die Debatte über Pearl Harbor tobte, hinweg stellten einige Beobachter fest, daß es im großen und ganzen Leute der Kriegsmarine waren, die sich dafür interessierten, die Wahrheit über den Angriff herauszubekommen. General Short hat seine eigenen Memoiren niemals veröffentlicht. Auch die Männer, die Marshall nahestanden, haben niemals einen »Insider«-Bericht über jene schicksalhaften Tage veröffentlicht.



US-Präsident Franklin D. Roosevelt suchte mit allen Mitteln einen Einstieg in den Zweiten Weltkrieg, um Amerika einen wirtschaftlichen Aufschwung zu ermöglichen.

Konterandmiral Robert A. Theobald war zur Zeit des Angriffs Kommandeur der Zerstörer der Pazifik-Flotte und befand sich am 7. Dezember 1941 in Pearl Harbor. Später war er Kommandeur der Northern Pacific Force. Zum Zeitpunkt seines Ausscheidens aus dem aktiven Dienst war er Kommandant des First Naval District.

Roosevelt wollte die Niederlage Deutschlands

Theobald leistete Kimmel bei seiner Aussage vor der Roberts Commission Hilfestellung. Nach seinem Eintreten in den Ruhestand verbrachte er Jahre damit, den Angriff und dessen Nachwirkungen unter die Lupe zu nehmen. Die Ergebnisse seiner Untersuchung wurden erstmals im März 1954 veröffentlicht, als Devin-Adair »The Final Secret of Pearl Harbor: The Washington Contribution to the Japanese Attack« (»Das letzte Geheimnis von Pearl Harbor: Wie Washington zum Angriff der Japaner beitrug«) herausbrachte.

Es war Admiral Theobalds Eindruck, daß vom Sturz Frankreichs im Juni 1940 an Roosevelt davon überzeugt war, daß die USA an der Seite Großbritanniens kämpfen müssen, und daß das Hauptziel die Niederlage Deutschlands sei. Am 27. Dezember 1940 schlossen Deutschland, Italien und Japan den Dreierpakt ab, der vorsah, daß jeder von ihnen einer dritten Partei den Krieg erklären werde, die gegen eines der drei Länder in den Krieg ziehen würde – dies traf nicht auf Deutschlands und Japans Beziehungen zur UdSSR zu –. Von diesem Zeitpunkt an bedeutete Krieg mit Japan Krieg mit Deutschland und Italien, und dies sollte eine mehr und mehr bedeutsame Rolle in Roosevelts Machenschaften spielen.

Bei seiner Bemühung, die Widerwilligkeit der amerikanischen Öffentlichkeit, in den Krieg einzutreten, zu umschiffen, unternahm Roosevelt eine Reihe von Schritten, die Theobald ausführlich im einzelnen erklärte. Kurz zusammen gefaßt waren dies folgende Maßnahmen:

Erstens, er begann eine gewaltige Aufrüstung; zweitens, er provozierte Deutschland wiederholt durch einen nicht erklärten Seekrieg im Atlantik; drittens, er übte immer stärkeren Druck auf Japan aus, der Ende Juli 1941 einen Höhepunkt erreichte, als die USA, Großbritannien und die Niederlande japanische Vermögenswerte einfroren. Japan verlor 75 Prozent seines Außenhandels und 90 Prozent seiner Ölversorgung; viertens, im August 1941 traf er in Neufundland mit Churchill zusammen, wo Roosevelt versprach, daß ein japanischer Angriff auf britische oder niederländische Besitzungen die Vereinigten Staaten in den Krieg bringen würden; fünftens, am 26. November 1941 ließ er den Außenminister Hull ein beleidigendes Ultimatum an Japan stellen, »das Japan keine andere Wahl als Kapitulation oder Krieg ließ«; sechstens, er »hielt gegen den Rat der Kriegsmarine eine schwache Pacific Fleet in hawaiischen Gewässern fest, wo sie nur einem diplomatischen Zweck diente, als Aufforderung an Japan zu einem Überraschungsangriff«; siebtens, er »spielte dieser Überraschung zu, indem er veranlaßte, daß er den Kommandeuren in Hawaii unbezahlbare Informationen aus entschlüsselten japanischen Depeschen über das Herannahen des Krieges und über die große Möglichkeit, daß der Angriff gegen Pearl Harbor gerichtet sein werde, vorenthielt«.

Der US-Präsident wollte es so

In seinem Überblick über die entschlüsselten diplomatischen MAGIC-Meldungen, die in Washington vorlagen, hob Theobald hervor, daß dieses lebenswichtige Material nicht weitergeleitet wurde, und daß »in den drei Monaten vor dem Angriff auf Pearl Harbor fast alle Informationen zurückgehalten wurden«. Dann stellte er eine Reihe von Fragen, die Roosevelts Verteidiger noch zufriedenstellend beantworten müssen: »Warum wurden derart unwiderlegbare Beweise für den bevorstehenden Angriff auf diese Weise zurückgehalten? Warum trug Washigton so perfekt zu dem Überraschungsmoment des Angriffs bei?« Theobald meinte: »Es kann nur eine Antwort geben – weil Präsident Roosevelt es so wollte!«.

»The Final Secret of Pearl Harbor« gibt einen Überblick über die verschiedenen Untersuchungen nach dem Angriff und widerlegt die Majority Conclusion of the Joint Congressional Committee (Mehrheitsbeschluß des gemeinsamen Kongreßausschusses) Punkt für Punkt. Diesen wies er als »den letzten Akt bei dem Versuch, das Geheimnis um Pearl Harbor zu bewahren«, entschieden zurück.

Die amerikanischen Schritte, die zu dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbor führten, werden in seinem letzten Kapitel zusammengefaßt, in den Admiral Theobald noch einmal hervorhebt: »... eine Tatsache der Geschichte über Pearl Harbor, die immer wieder auftaucht, ist die wiederholte Zurückhaltung von Informationen vor Admiral Kimmel und General Short ... Die Vorenthaltung jeglicher Kenntnis über MAGIC vor den Kommandeuren in Hawaii war von entscheidender Bedeutung für den Plan, die Japaner zu einem Überraschungsangriff auf die Flotte zu verlocken, ... weil Admiral Kimmel noch am Samstag, dem 6. Dezember, eine Annullierung des Angriffs hätte herbeiführen können, wenn er seine Flotte über die Sichtweite von Land aus aufs Meer hinausfahren lassen hätte.«

Schwerwiegende Mängel in Pearl Harbor

Aus protokolliertem Beweismaterial schließt Theobald folgendes: Alles, was am Samstag und Sonntag, dem 6. und 7. Dezember, in Washington geschah, läßt den Schluß zu, daß Roosevelt angeordnet hatte, daß vor Mittag, Washingtoner Zeit, keine Botschaft an die Kommandeure in Hawaii ergehen sollte ... Niemals zuvor in der Geschichte war einem Kommandeur im Felde die Information vorenthalten worden, daß sein Land sich innerhalb von Stunden im Kriegszustand befinden werde, und daß alles auf einen Überraschungsangriff nach Sonnenaufgang hindeutete.

Nichtsdestoweniger, war Theobald gezwungen einzuräumen, verfehlte Roosevelts Strategie nicht ihren Zweck: Ein geeintes Volk stand hinter den Kriegsanstrengungen seines Präsidenten. Der Verfasser überläßt es seinen Lesern, über die Ethik dieser Staatsführung nachzudenken.

Entgegen dem allgemein vorherrschenden Eindruck sind Admiral Kimmel und General Short offiziell niemals eines fehlerhaften Beurteilungsvermögens oder der Pflichtvergessenheit bezichtigt worden. Es fand niemals ein Kriegsgerichtsverfahren statt.

Admiral Kimmel und General Short wurden ihrer Kommandos enthoben und Anfang 1942 auf die Liste der in den Ruhestand Getretenen gesetzt. Keinem von ihnen wurde Gelegenheit gegeben, sich gegen die in dem Bericht der Roberts-Kommission enthaltene Kritik zur Wehr zu setzen.

Jedoch während der Untersuchung des Marinegerichts im Jahre 1944 wurde Kimmel gestattet, sich Anwälte zu nehmen (Charles B. Rugg und Edward B. Hanify), Beweismittel einzubringen und Zeugen ins Kreuzverhör zu nehmen. Im Verlauf dieser Navy Inquiry hörte Kimmel von den abgefangenen MAGIC-Botschaften, die nicht an ihn und General Short weitergeleitet worden waren. Danach versuchte Kimmel, soviele Informationen einzuholen wie er konnte, um die Dinge richtigzustellen. Im Dezember 1954 veröffentlichte der Verlag Henry Regnery Company in Chicago »Admiral Kimmel's Story«.

Kimmel wiederholte darin nicht nur die Untersuchungsergebnisse Morgensterns und Theobalds. Er legte seinen Lesern eine ganz neue Perspektive vor, warum die Pacific Fleet auf Beharren Roosevelts in Pearl Harbor stationiert wurde, und schilderte wie er und General Short viele Monate lang versucht hatten, die schwerwiegenden Mängel dieser Einrichtung zu beseitigen. Es standen niemals genügend Flugzeuge zur Verfügung, um auf regelmäßiger Basis Suchaktionen um 360 Grad durchzuführen; dem Stützpunkt fehlten Radargeräte und ausgebildetes Personal; der Eingang zum Ankerplatz war so eng, daß Kriegsschiffe gezwungen waren, in einer Reihe hinein- und hinauszufahren. Kimmels Vorgesetzte teilten ihm wiederholt mit, es bestünde keinerlei Gefahr von Torpedoangriffen, weil, dessen seien sie sich sicher, die Gewässer des Hafens zu seicht sind und jeder aus der Luft abgeworfene »Fisch« werde einfach auf den Boden sinken – die Japaner lösten dieses Problem, indem sie besondere Flossen an ihren Torpedos anbrachten; die US-Naval Ordnance (Marineatillerie) hielt dies nicht für möglich –.

Verunglimpfung und Morddrohungen

Wie aus den Congressional Hearings hervorging und in den einzelnen Studien durch Morgenstern, Greaves, Barnes und Theobald detailliert ausgeführt wird, wurden Kimmel und Short über die sich verschlechternde diplomatische Situation in bezug auf Japan im Dunkeln gehalten, und es wurden ihnen sämtliche in den abgefangenen und entschlüsselten MAGIC-Meldungen enthaltenen Informationen verwehrt.

Kimmel berichtete weiter, er sei von dem Chief of Naval Operations, Admiral Stark, in Kenntnis gesetzt worden, daß ein Angriff gegen Pearl Harbor unwahrscheinlich sei und habe den Befehl erhalten, seine Flotte nach Ausbruch von Feindseligkeiten im Pazifik zum Auslaufen gegen die Marshall-Inseln bereit zu halten.

Unmittelbar nach dem Angriff auf Pearl Harbor bombardierten verärgerte Bürger Kimmel mit Beschimpfungen und sogar Morddrohungen. Mehr als ein Politiker suggerierte, er solle sich das Leben nehmen. Ein Musterbeispiel dieser Verunglimpfung ist im neunten Kapitel seines Buches enthalten.

»Admiral Kimmel's Story« ist auch heute noch eine ernüchternde Lektüre. Wenn man über Kimmels Bericht nachdenkt, ist es sehr wahrscheinlich, daß die meisten Leser seinen Buches mit Fleet Admiral William F. Halseys Beurteilung übereinstimmen

Pearl Harbor

Fünfzig Jahre Historiker-Streit

werden, daß »Admiral Kimmel und General Short hervorragende Offiziere waren, die den Wölfen als Sündenböcke vorgeworfen wurden für etwas, was außerhalb ihres Machtbereiches stand. Sie mußten mit dem arbeiten, was sie bekommen hatten, sowohl an Ausrüstung als auch an Informationen.«

Stimsons peinlicher Tagebucheintrag

Am 25. November 1941 traf Roosevelt mit Außenminister Hull, Marineminister Frank Knox, Kriegsminister Henry Stimson, General Marshall und Admiral Stark zusammen. Die Beziehungen zu den Japanern war das Hauptthema der Besprechungen. Roosevelt bemerkte, daß die Japaner zu Beginn früherer Kriege Überraschungsangriffe durchgeführt hätten, und daß die USA bis spätestens kommenden Montag angegriffen werden könnten. Stimson führte zu dieser Zeit ein Tagebuch, und die Verfechter von Roosevelts Unschuld sind seit langem über den nachstehenden Eintrag in sein Tagebuch unter dem Datum vom 25. November, der sich mit der Konferenz befaßt, enttäuscht: »Die Frage lautete, wie wir sie (die Japaner) in die Position des Abgebens des ersten Schusses hineinmanövrieren können, ohne uns selbst zu sehr in Gefahr zu bringen. Es war ein schwieriger Entschluß.«

Wohlstetter und Morison und ihre Bücher

Nachdem sie über diese Angelegenheit dieskutiert hatten, kamen Roosevelt und seine engsten Berater wie folgt überein: »Trotz des Risikos, das damit verbunden war, die Japaner den ersten Schuß abgeben zu lassen, waren wir uns jedoch darüber im klaren, daß es, um die volle Unterstützung des amerikanischen Volkes zu bekommen, wünschenswert sei, sicher zu gehen, daß die Japaner dies tun würden, so daß bei niemanden irgendwelche Zweifel darüber zurückbleiben, wer die Angreifer waren.«

Richard N. Current, Professor für Geschichte an der Universität von North Carolina, gab eine erfindungsreiche Erklärung für dieses bemerkenswerte Beweisstück ab, das während der Joint Congressional Hearings der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. In »Secretary Stimson: A Study in Statecraft«, New Brunswick-Rutgers University Press, 1954, räumt Dr. Current zwar ein, es könne nicht bestritten werden, daß Stimson und andere einen Angriff erwarteten. Aber, so behauptet er kühn, nicht auf die Vereinigten Staaten, sondern vielmehr auf niederländisches oder britisches Territorium. Die Herausforderung an Roosevelt habe darin bestanden, den japanischen Angriff auf niederländisches oder britisches Territorium als Angriff auf Amerika erscheinen zu lassen. Ich überlasse es dem geneigten Leser, zu entscheiden, ob dies eine überzeugende Darstellung ist.

Zwei Bücher, die immer noch Klassiker der Pro-Roosevelt-Literatur sind, erschienen 1963: Samuel Eliot Morisons »The Two-Ocean War«, Boston, Little, Brown, und Roberta Wohlstetters »Pearl Harbor: Warning and Decisions«, Stanford, Stanford University Press. Beide wurden weithin wohlwollend rezensiert. Morisons Buch wurde zum Wahlbuch eines Buchklubs und Bestseller. Wohlstetters akademischer Ruf als Spezialistin für die Auswertung von Geheimdienstnachrichten und Entscheidungsfindung war mit der Akzeptanz ihres Buches gesichert.

Morison wurde von der Regierung Roosevelt angeheuert, um die offizielle »History of United States Naval Operations in World War II« (»Geschichte der Marineeinsätze der Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg«) zu schreiben. Der Zeitverlauf hat wenig dazu beigetragen, seine Hingabe zu der Sache seines Arbeitgebers abzuklären. Kapitel 3 von »The Two Ocean War« befaßt sich mit Pearl Harbor. Darin behauptet der Verfasser: »Tatsächlich taten die Regierung und die führenden Köpfe der bewaffneten Streitkräfte ihr Bestes, um einen Krieg mit Japan zu verhindern oder hinauszuschieben.« Die verschiedenen MAGIC-Botschaften, über die Washington Hawaii keine Mitteilung machte, seien einfach mit anderen Warnungen vor bestehenden japanischen Schritten gegen Sibirien, Peru oder andere unwahrscheinliche Ziele durcheinandergebracht worden. Morison machte Kimmel und Short dafür verantwortlich, nicht die richtigen Maßnahmen getroffen zu haben, und ging so weit, sie zu beschuldigen, eine am 27. November aus Washington abgeschickte zweideutige »Kriegswarnung« »ignoriert« zu haben. Am Schluß beginnt Morison zu schwafeln, indem er behauptet: »Im Grunde genommen war es jedoch das System, die Hierarchie sowohl in Washington als auch in Pearl Harbor, eher als die Dummheit oder Apathie von Einzelpersonen, die das, was vor sich ging, einhüllten und durcheinanderbrachten«. In dieser Berichterstattung bekommen Roosevelt, Stimson, Hull, Marshall und Stark jedenfalls keine dunkle Flecken auf ihre weiße Weste.

Die angeblich falschen Erwartungen der USA

Admiral Morison stimmte in den allgemeinen Chor ein, indem er Mrs. Wohlstetters »Pearl Harbor: Warning and Decisions« als »bei weitem das beste Buch über die Frage, warum wir in Pearl Harbor überrascht wurden« bezeichnete. In jüngerer Zeit nannten Capitain Roger Pineau und John Costello – der es eigentlich besser wissen sollte – deren Bemühungen eine »wissenschaftliche Studie«.

Wohlstetter war nicht darin interessiert, irgendjemandem die Verantwortung für die Katastrophe zuzuschreiben. Ihre These lautete vielmehr, daß »die Vereinigten Staaten im Schlaf überrascht wurden ... Wir hatten nur falsche Erwartungen«. Pearl Harbor war »ein Versagen der strategischen Analyse« und »ein Versagen, richtig vorauszuschauen«. Ja, im Nachhinein gehe aus den Unterlagen zwar hervor, daß Washington Kimmel und Short sehr wohl hätten warnen können und müssen. Aber hier handele es sich um »ein Versagen auf nationaler Ebene, nicht damit gerechnet zu haben«, daß die Japaner Hawaii und nicht ein anderes Ziel angreifen würden. Und, nein, es gab sicherlich keine »Verschwörung«, in die Roosevelt und seine Kumpels verwickelt waren.

Percy L. Greaves, der nach allgemeiner Ansicht mehr über Pearl Harbor wußte als irgendein anderer Zeitgenosse, schrieb eine beißende Kritik an Wohlstetters Buch, die eigentlich Anlaß dafür hätte sein sollen, dieses Buch in aller Stille aus den Regalen der Bibliotheken zu entfernen und den Recycling-Anlagen zuzuführen. »The Mystery of Pearl Harbor: 25 Years of Deception« (»Das Geheimnis von Pearl Harbor: 25 Jahre der Täuschung«) erschien zusammen mit den Essays von Harry Elmar Barnes und Vizeadmiral Frank Betty in der Ausgabe der Zeitschrift »National Review« vom 12. Dezember 1966. Später nachgedruckt in der Sonderausgabe von »The Journal of Historical Review« (Band vier, Nummer vier, Winter 1983-84), stellte Greaves fest, daß eine erste Lektüre ihres Buches über einhundert sachliche Fehler zutage fördert, »ganz zu schweigen von der kindischen Akzeptanz der Mitteilungen der Regierung, die sie den verdunkelten Realitäten vorzog«. Eine grundlegende falsche Annahme untergräbt ihr gesamtes Argument. Als sie die Geheimdienstphase ihrer Story behandelte, hatte sie wohl noch nie davon gehört, daß zwischen Navy-Time (Zeit in Hawaii) und der Zeit in Washington D.C. ein Unterschied von fünf Stunden bestand.

Weitere Beiträge von Barnes

Wie Greave bemerkte: »Wieviel ist ein Buch über Geheimdienstnachrichten vor dem Angriff wert, das fünf Stunden von der zeitlichen Abstimmung aller Mitteilungen der Kriegsmarine aus Washington heraus hinter dem Mond liegt? Wie verläßlich ist ein Historiker der Kriegsmarine, der ein solches Buch als das beste zu diesem Thema hochjubelt? ... Man konnte immer weiter über hundert andere Irrtümer berichten. Die Tatsachen waren eben zu viel für Mrs. Wohlstetter.« Es spricht Bände über die Qualität der heutigen Generation von akademischen Historikern, daß Wohlstetters Buch weiterhin in der Liste der »empfohlenen« Titel, die sich mit der Pearl Harbor

Katastrophe befassen, aufgeführt wird.

Harry Elmar Barnes hat den Angriff auf Pearl Harbor noch lange nach der Veröffentlichung von »Perpetual War For Perpetual Peace« weiter untersucht. Er betrieb nicht nur eigene Forschungen, sondern spornte andere mit von Herzen kommenden Worten an, Leute, die über »innere« Kenntnis der Ereignisse verfügten, ebenso wie vorurteilsfreie Wissenschaftler, die keine Angst hatten, Wege der Forschung zu beschreiten, die zu Ergebnissen führen könnten, die beim Establishment der Politiker und der Historiker unpopulär sind.

Der 25. Jahrestag von Pearl Harbor wurde bei der »Chicago Tribune« mit einer Sonderbeilage über Pearl Harbor hervorgehoben. George Morgenstern organisierte dieses Unternehmen mit Unterstützung von Dr. Barnes. Der Höhepunkt der Ausgabe der »Chicago Tribune« vom 7. Dezember 1966 war ein Essay von Admiral Kimmel. Barnes trug einen verständnisvollen Artikel über General Marshall bei.

Commander Charles Hiles schrieb den bislang besten Artikel über die »Bomb Plot«-Messages (Meldungen über ein Bomben-Komplott). Tokio bat um spezifische Informationen über die Bewegung und den genauen Standort großer Kriegsschiffe, die in Pearl Harbor vor Anker lagen. Am 3. Dezember setzte der japanische Konsul in Honolulu, Nagao Kita, Tokio davon in Kenntnis, daß er ein System von Codes entwickelt habe, mit denen die Bewegung verschiedener amerikanischer Kriegsschiffe durch Signale in Fenstern an der Lanikai-Bucht, die von »Fischer«-Booten und U-Booten vor der Küste ausgemacht werden konnten, bestätigt werde.

Diese lebenswichtigen Informationen können dann an die Einsatzgruppe auf den japanischen Flugzeugträgern weitergeleitet werden, hieß es. Das Signalsystem werde den ganzen 6. Dezember hindurch in Betrieb sein. Die Botschaften Kitas wurden vom US-Geheimdienst abgefangen und entschlüsselt. Daher wußte Washington, daß Pearl Harbor möglicherweise angegriffen werden sollte und an welchem Tage. Keiner dieser Informationen wurde an die Kommandeure der US-Army und Navy in Pearl Harbor weitergeleitet.

Wie ahnungslos die Amerikaner waren

Artikel des altgedienten Bürochefs der »Tribune«, Walter Trohan, und seines Luftfahrt-Redakteurs, Wayne Thomis, rundeten diese Sonderbeilage ab.

Im darauffolgenden Jahr, am 7. Dezember 1967, berichtete Morgenstern auf der ersten Seite der »Tribune« über die Veröffentlichung einer Reihe von Dokumenten, die sich auf Pearl Harbor beziehen, mit einem Kommentar von Barnes. Obwohl diese Informationen denjenigen, die die Debatte über die Jahre hinweg in Gang gehalten hatten, bestens bekannt waren, empfanden Leser aus der breiten Öffentlichkeit einen Großteil des Materials, das Barnes zusammengestellt hatte, als schockierend. Es enthüllte ihnen ein Kapitel der Geschichte, von dem sie bislang nichts gewußt hatten.

Harry Elmer Barnes starb am 25. Auguste 1968 im Alter von 79 Jahren. Weniger als eine Woche vor seinem Hinscheiden hatte er den letzten Entwurf von »Pearl Harbor After a Quarter of a Century«, eine 132seitige Zusammenfassung der ganzen Kontroverse, fertiggestellt. Diese einschneidende Studie erschien ursprünglich im Druck als eine ganze Ausgabe von »Left and Right: A Journal of Libertarian Thought« (Band IV, 1968). Sie wurde seitdem in ganzer Länge von Institute for Historical Review nachgedruckt.

Barnes schrieb, daß die gesamte sorgfältige Forschung, die von Revisionisten betrieben wurde, die allgemeine Auffassung der Öffentlichkeit über dieses Ereignis noch nicht geändert hat.

Roosevelt wollte die Japaner provozieren

»Nur ein kleiner Teil des amerikanischen Volkes ist in irgendeiner Weise besser mit den Realitäten der Schuld für den Angriff vertraut, als er es war, als Präsident Roosevelt am 8. Dezember 1941 seine Rede über den ›Day of Infamy‹ (›Tag der Schande‹) hielt. Die Legenden und Rhetorik über jenen Tag beherrschen immer noch die amerikanische Gedankenwelt.«

Zum letzten Male umriß Barnes, was seiner Meinung nach die Politik und die Ereignisse waren, die zum Angriff auf Pearl Harbor führten. Über die Jahre hinweg hatte Barnes eine Reihe von seinen eigenen Annahmen revidiert. Eine davon betraf Roosevelts Befehl vom 1. Dezember 1941 zur sofortigen Entsendung dreier »kleiner Dampfer«, bewaffnet mit einem Maschinengewehr und einem Deckgeschütz, jeder von einen Offizier der US-Navy kommandiert und unter der amerikanischen Flagge fahrend. Die drei kleinen Schiffe erhielten Order, in die Route von Konvoys der japanischen Kriegsmarine hineinzufahren, von denen Washington wußte, daß sie in südlicher Richtung dampften. Wenn die amerikanischen Schiffe von den Japanern angegriffen worden wären, so glaubte Barnes jetzt zuverlässig zu wissen, dann hätte dies Pearl Harbor gerettet.

»Es bestehen kaum Zweifel darüber, daß der Cockleship-Plan vom 1. Dezember darauf abzielte, den unerläßlichen Angriff durch eine Methode herbeizuführen, die dem Angriff auf Pearl Harbor vorausgegangen, diesen verhütet und die Pacific Fleet und das Leben von Amerikanern gerettet hätte«, schrieb er über diesen Gesichtspunkt des Geheimnisses.

Ein Teil der Geschichte, der bis dahin weitgehend übersehen worden war, auch von vielen Historikern der revisionistischen Schule, betraf die geheimen Abmachungen, die Roosevelt mit den Briten und Niederländern getroffen hatte, und die dazu führten, daß Amerika sich technisch vier Tage vor Pearl Harbor im Kriegszustand mit Japan befand. Wie Barnes in knappen Worten erläuterte, einigten sich die Amerikaner, Briten und Niederländer im April 1941 darüber, gemeinsam militärisch gegen Japan vorgehen zu wollen, wenn die Japaner bewaffnete Streitkräfte über die Linie 100 Grad Ost und 10 Grad Nord oder 6 Grad Nord und die Davao-Waigeo-Linie hinaus entsenden oder britische und niederländische Besitzungen im südwestlichen Stillen Ozean oder unabhängige Länder in der Region bedrohen würden.
Die Vereinbarungen waren als ABCD bekannt. Danach sagte Admiral Stark, daß Krieg mit Japan keine Frage des ob, sondern vielmehr des wann und wo sei. Roosevelt gab den damit verbundenen Kriegsplänen im Mai und Juni seine Zustimmung. Am 3. Dezember 1941 beriefen sich die Niederländer auf die ABCD-Vereinbarung, nachdem japanische Streitkräfte die Linie 100 Grad Ost und 10 Grad Nord überschritten hatten, und man glaubte, daß sie auf niederländischen Territorium sowie auf die Halbinsel Kra und Thailand zusteuerten. Der amerikanische Militärattache in Melbourne, Australien, Oberst Van S. Merle-Smith, wurde von den Australiern', Briten und Niederländern davon in Kenntnis gesetzt, daß die Niederländer von der US-Navy Hilfe erwarteten. Merle-Smith leitete diese Information durch verschlüsselte Botschaft an seine Vorgesetzten weiter. Sie dürften Washington am frühen Abend des 4. Dezembers erreicht haben.

Roosevelt brauchte den Krieg

Wie eine Reihe von anderen Personen, die sich mit diesem Zeitabschnitt befaßt haben, argwöhnte Barnes, daß Roosevelt nach einem »guten Krieg« strebte, um die schwerwiegenden Wirtschaftsprobleme zu lösen, die durch den ganzen New Deal hindurch fortbestanden. Was auch immer seine Beweggründe waren, schloß Barnes, es sei unbestreitbar, daß die überwältigende Verantwortung für den Krieg und den Angriff natürlich in Roosevelt vorsätzlicher Weigerung lag, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan auf friedliche Weise durch ehrliche diplomatische Verhandlungen zu regeln, um die zu erreichen, Japan ungewöhnlich eindrucksvolle Gesten gemacht und sehr vernünftige Bedingungen angeboten hatte, die alle legitimen und lebenswichtigen amerikanischen Interessen im Fernen Osten schützten.

»Pearl Harbor After a Quater of a Century» ist nach wie vor ein bemerkenswerter Beitrag zur Literatur über dieses Thema. Es ist eine sehr gute Einführung in alle Fragen, um die es hier geht. □

Vertrauliches

Kolumbien entläßt panamaischen Offizier

Die kolumbianische Regierung des Präsidenten César Gaviria ließ Major Edgardo López Grimaldo frei, nachdem sie ihn 61 Tage lang in Bogotas berüchtigtem Gefängnis »La Picota« als politische Geisel festgehalten hatte. López Grimaldo, Chef-Presseoffizier der Panamaischen Verteidigungsstreitkräfte (PDF) unter General Manuel Noriega, wurde nach einer internationalen Kampagne gegen seine Inhaftierung auf freien Fuß gesetzt.

López Grimaldo war auf Betreiben der von den USA eingesetzten panamaischen Regierung von Guillermo Endara, die ihn wegen rein politischer Anklagen strafrechtlich verfolgen wollte, von der kolumbianischen Sicherheitspolizei (DAS) festgenommen worden. Der Fall wurde als weiterer Versuch gesehen, die Thornburgh-Doktrin anzuwenden, unter der die Vereinigten Staaten das Recht für sich beanspruchen, Ausländer irgendwo in der Welt zu entführen und sie amerikanischen Gerichtsverfahren zu unterwerfen.

Hätte Kolumbien López wie verlangt an Panama ausgeliefert, dann wäre er höchstwahrscheinlich unverzüglich nach den Vereinigten Staaten überstellt worden, um dort gegen Noriega auszusagen, dem ein weiterer Prozeß in Tampa, Florida bevorsteht.

Nach dem Einmarsch der USA in Panama, am 20. Dezember 1989, wurde López von Peru politisches Asyl gewährt, und er ging später nach Ecuador, um dort zu leben. Bei einem Besuch zur Beantragung eines Visums wurde López von der DAS aufgegriffen. »Es ist ganz klar, daß sie ihm folgten«, sagte sein Anwalt, der glaubt, daß der Plan darin bestand, López schnell und heimlich nach Panama zu bringen, obwohl die kolumbianische Verfassung »die Auslieferung von Ausländern aus politischen oder ideologischen Gründen« untersagt.

Obwohl er niemals angeklagt wurde, gegen irgendein kolumbianisches Gesetz verstoßen zu haben, wurde er zusammen mit den gefährlichsten illegalen Drogenhändlern und anderen Verbrechern in den Höchstsicherheitsflügel von La Picota gesetzt. Gavirias Regierung weigerte sich, ihn ausreichend mit medizinischer Betreuung zu versorgen oder ihn zu entlassen, trotz der Tatsache, daß er unter einem lebensbedrohenden Zustand, akute übermäßige Spannung der Arterien, leidet. Selbst nachdem ein Gericht in Panama alle Anklagen fallengelassen und den Haftbefehl gegen ihn aufgehoben hatte – womit der Antrag auf Auslieferung effektiv annulliert wurde –, dauerte es länger als einen Monat, bevor man ihn auf freien Fuß setzte. □

Malaysia fordert zum Austritt aus der UN auf

Kassim Ahamad, ein Schriftsteller, ehemaliger Vorsitzender der Sozialistischen Partei des Malaysianischen Volkes und jetzt bei der regierenden Partei UMNO in Malaysia, forderte in einem Telegramm an den malaysianischen Ministerpräsidenten, Mahathir Mohammed, moslemische und Dritte-Welt-Länder dazu auf, sich aus den Vereinten Nationen zurückzuziehen.

In einer später am gleichen Tage freigegebenen Erklärung sagte Kassim Ahamad, sein Telegramm habe folgenden Wortlaut: »Ich beglückwünsche Sie dafür, daß Sie eine Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen gefordert haben, um das Thema Bosnien zu erörtern. Die Anglo-Amerikaner, deren Ziele die Destabilisierung des kontinentalen Europas und die Auslöschung eines moslemischen Staates in Europa sind, stehen hinter den serbischen Greueltaten. Auf die Vereinten Nationen ist kein Verlaß mehr. Die moslemischen Länder sind von Präsident Bush getäuscht worden. Warum überlassen wir es dem Irak, mit der Gesetzlosigkeit der anglo-sächsichen Neo-Imperialisten ganz allein fertigzuwerden? Wo sind unsere Grundsätze? Ich fordere die moslemischen und Dritte-Welt-Länder auf, aus der UNO auszutreten und eine andere gerechtere Weltkörperschaft zu gründen.« □

Somalia-Clan protestiert gegen UN-Truppen

Der United Somali Congress, angeführt von Mohammed Aidid, wie berichtet wird die mächtigste Clanmiliz, ist gegen einen Plan der Vereinten Nationen, 3000 Soldaten nach Somalia zu entsenden, vorgeblich um den Transport von Nahrungsmitteln zu bewachen, berichtete die »New York Times«. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stimmte zu, weitere Soldaten zu entsenden, zusätzlich zu den 500, die sich bereits in Somalia befinden.

Die Miliz sagte, daß Geld und Hilfsmittel zum Wiederaufbau der Polizeistreitkräfte des Landes wichtiger sind als die Entsendung von Soldaten. Die Gruppe beschuldigte die Vereinten Nationen, das Land besetzen zu wollen, mit der Absicht, den rivalisierenden Führer Ali Mahdi als Präsident anzuerkennen. Andere Clans haben sich bereits über die Streitmacht lustig gemacht und festgestellt, daß Lebensmittel nur dann gestohlen werden, wenn sie knapp sind, und wenn die Vereinten Nationen wirklich Hungersnot und Kämpfe um Nahrungsmittel verhindern wollen, dann würden sie »das Land mit Lebensmitteln überfluten«.

In seinem Bericht an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertrat der Generalsekretär der Vereinten Nationen Boutros-Ghali den Standpunkt, daß die Vereinten Nationen einen einzigen residierenden Beamten, einen Botschafter mit allen diplomatischen Vollmachten, in jedes Zielland entsenden sollten, der alle Programme kontrolliert. Somalia wird als Testfall für die Wiedereinführung der Treuhandschaften der Vereinten Nationen über ehemalige, seit kurzem unabhängige Kolonien angesehen.

Der Generaldirektor des Rettet-die-Kinder-Fonds, Nicholas Hinton, forderte in einer Ansprache in London einen UNO-Zar für Somalia. »Unter dem Aspekt ihres Lebens nach dem Kalten Krieg sind die Vereinten Nationen ein Trümmerhaufen«, behauptete Hinton. »Was fehlt, ist irgendeine koordinierte Planung ... wenn man auf Somalia schaut, sieht man eine schlecht ausgerüstete, schlecht unterrichtete und unkoordinierte Reaktion.« Er rief die Vereinten Nationen dazu auf, einer Stelle der Vereinten Nationen »über allen anderen Stellen der Vereinten Nationen, die dort tätig sind, Befugnis und Führung zu übertragen«. □

Die Probleme der Blutspender mit Aids

Ein Aufruf einiger Aids-Experten, Blutspender auf eine neu entdeckte Aids-ähnliche Krankheit, die erstmals auf der internationalen Aids-Konferenz in Amsterdam der Öffentlichkeit bekannt wurde, hinzuweisen, wurde von Beamten des amerikanischen Gesundheitswesens zurückgewiesen, berichtete die »Washington Times«.

»Wir müssen uns an die Lektionen aus Aids erinnern«, sagte Dr. Donald Armstrong vom Memorial Sloan-Kettering Cancer Center auf einer von den Centers for Disease Control (CDC) in Atlanta einberufenen Versammlung. »Das Wichtigste ist die Sicherheit unseres Blutvorrats. Ich möchte nicht noch einmal hinter den Dingen zurückliegen«, sagte Armstrong, der 1983 den ersten Aufruf zur Durchsiebung des Blutvorrats des Landes auf HIV erließ, obwohl routinemäßige Tests erst zwei Jahre später eingeführt wurden.

CDC-Beamte entgegneten, daß es den Forschern an Beweisen dafür mangele, daß die Krankheit durch Blut verbreitet wird. »Wir haben noch nicht genug, um eine Empfehlung zur Blutsicherheit abzugeben«, sagte Dr. Harold Jaffe, amtierender Direktor der Aids-Abteilung der CDC. □

Speichel wahrscheinlich für Verbreitung von Seuchen verantwortlich

Dr. Helen Singer Kaplan, Leiterin des Sex Therapy and Education Program an der Payne Whitney Clinic des New York Hospitals und klinische assozierte Professorin für Psychatrie an der Cornell University of Medicine, warnte in der »Minneapolis Star Tribune« davor, daß der Aids-Virus durch Speichelaustausch verbreitet werden kann.
In der Kolumne mit der Überschrift »Guarding Against Kiss of Death« (»Warnung vor Todeskuß«), ergab sich die Frage an Frau Kaplan, ob Aids durch Küssen verbreitet werden könne. Frau Kaplan erwiderte: »Ja, wenn die Lippen auseinandergehen und ein Austausch von Speichel stattfindet... Speichel ist eine ideale Umgebung für den Aids-Virus.«

»Wie wahrscheinlich ist es dann, daß Tiefküssen den Partner einer Person, dessen HIV-Tests positiv sind, infizieren wird?« Frau Kaplan antwortete: »Wir wissen das noch nicht genau, weil wir noch nicht die richtige Statistik haben. Aids kann in einer infizierten Person jahrelang untätig bleiben. Als ich mir einmal herausnahm, zu sagen, daß die einzige Verteidigung darin bestehe, die ganze Bevölkerung zu testen, brach auf jeder Seite ein wütender Sturm der Entrüstung aus.« □

Taiwan wird in die Drogen-Sphäre hineingezogen

Höhere taiwanische Regierungsbeamte haben ein Paket mit Vorschlägen zur Verstärkung der Kontakte mit China unterstützt, berichtete Taiwans Zentrale Nachrichtenagentur. Als Folge davon wird erwartet, daß der Handel mit und die Investitionen in China nach oben schnellen werden.

Eine zweitägige Konferenz in Taiwan über Investitionen auf dem Festland endete mit der Unterstützung weitreichender Vorschläge, darunter die Genehmigung für taiwanische Banken, direkt mit überseeischen Zweigstellen chinesischer Banken und ausländischen Banken in China, die das Rückgrad von Dope Inc. in Asien sind, Geschäfte zu tätigen. Taipei beschloß auch, taiwanischen Geschäftsleuten zu gestatten, Geld aus China zur Insel zu überweisen, und die Liste der legalen Importgüter aus China zu erweitern. Der zweiwegige Handel könnnte in ein bis zwei Jahren auf mehr als zehn Milliarden Dollar in die Höhe schießen, zitierte die Agentur aus einem Bericht des Wirtschaftsministeriums.

»Nichts kann Geschäftskonglomerate in Zukunft davon abhalten, auf dem Festland zu investieren«, berichtete die Agentur.

Der indirekte Handel über Hongkong stieg im vergangenen Jahr von vier Milliarden Dollar 1990 auf 5,8 Milliarden Dollar. Kleine taiwanische Firmen haben weit über drei Milliarden Dollar in China investiert, obwohl es größeren Firmen durch die Regierung in Taipei offiziell verboten war, in China zu investieren. □

De Klerk will Verständigung mit Mandela

Der südafrikanische Präsident F. W. de Klerk rief zu einer Krisensitzung mit dem Führer des African National Congress (ANC), Nelson Mandela, auf, da nach den Gewalttätigkeiten im Bantustan Ciskei, am 7. September dieses Jahres, die drohende Gefahr besteht, daß das Land in Flammen aufgeht. »Es ist nicht möglich, über Verfassungsfragen zu verhandeln, bevor wir uns mit der Frage der Gewalttätigkeiten befassen«, sagte er. »Verhandlungen müssen auf der Führungsebene stattfinden. Wir müssen uns auf den Vorrang konzentrieren, diesen Gewalttätigkeiten ein Ende zu bereiten.«

Der ANC behauptet, obwohl seine Führung de Klerks Vorschlag studieren werde, »scheint es auf erste Sicht so zu sein, daß die Regierung noch mehr desgleichen anbietet«.

Die Anglo-Amerikaner rufen nach einer verstärkten Rolle für die Vereinten Nationen in Südafrika. Die Londoner »Financial Times« schrieb in ihrem Leitartikel, daß das Massaker in der Ciskei »die Notwendigkeit für eine schnelle Durchführung des Planes des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Entsendung einer Mannschaft von Beobachtern der Völkergemeinschaft unterstreicht«.

Südafrikanische Zeitungen warnen davor, daß das Land zu einem anderen Jugoslawien entarten könnte. Sich darauf beziehend, daß einige ANC- und Regierungsgestalten den Glauben an eine friedliche Regelung verloren zu haben scheinen, schrieb der »Johannesburg Star« in einem Leitartikel: »Wir können dieser Option nichts entgegensetzen, weil deren unvermeidliche B-Seite Krieg ist ... Es würde bedeuten, den jugoslawischen Pfad zu beschreiten.«

Die Regierung in Pretoria gab eine Denkschrift heraus, in der der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, und der Sicherheitsrat aufgefordert werden, »zu fordern, daß die Allianz zwischen dem ANC und der Kommunistischen Partei alle weiteren provokativen Aktionen unterläßt, die das Leben unschuldiger Südafrikaner gefährden«. Botha hat Boutros-Ghali gebeten, die baldmöglichste Entsendung eines Repräsentanten der Vereinten Nationen in Erwägung zu ziehen. □

Tierforscher durch neues US-Gesetz geschützt

Ein neues Gesetz, das gegen Tierschutzterroristen schützt, wurde von US-Präsident George Bush als Ergebnis einer vierjährigen Interessensvertretung der Gruppe Putting People First (Erst kommt der Mensch) unterzeichnet. Das neue Gesetz ändert den Titel 18 des amerikanischen Strafgesetzbuchs gegen Einbrüche, körperliche Angriffe und Terrorismus anderer Art gegen Tier-Unternehmen, darunter Forschungsstätten, Zoos, Aquarien, Zirkuse, Rodeos und ähnliche Unternehmen, bei denen Tiere verwendet werden.
»Zumindest Bundesstaatsanwälte und Richter warten mit harten Strafen für Terrorismus gegen Einrichtungen, die Tiere benutzen, auf«, sagte Kathleen Marquardt, Vorsitzende von Putting People First, die dem Abgeordneten Charles Stenholm und dem Senator Howell Heflin empfahl, den Gesetztesentwurf zu fördern. Im vergangenen Jahrzehnt, sagte sie, sind die Tierrechtgruppen zu Einbrüchen, Diebstahl, Brandstiftung und Bombenanschläge gegen mindestens 90 Tierunternehmen übergegangen, was zu mehr als zehn Milliarden Dollar an Schadensersatz zu Lasten der Steuerzahler, außerdem zu höheren Futterkosten, Verzögerungen in der Forschung und Hunderten von verlorenen Arbeitsplätzen führte.

Jeder medizinische Durchbruch des Jahres 1992 machte in einem kritischen Stadium des Forschungsvorgangs den Gebrauch von Versuchstieren erforderlich, heißt es in einer Studie von Americans for Medical Progress, einer nicht gewinnbringenden Organisation. Zu den medizinischen Durchbrüchen im Jahre 1992 gehörte eine künstliche Lunge, die an Kaninchen und Rhesus-Affen erprobt wurde, und die das Syndrom der Atemnot, eine Haupttodesursache für frühgeborene Kinder, verhindert; ein Blutersatz, der aus Rinder-Hämoglobin entwickelt wurde, ist patentiert – dies ist bedeutsam wegen des schrumpfenden Weltangebots an nicht infiziertem Blut – und das chemische Molekül-Enedyin, erprobt an Ratten, das Tumore angreift und die meisten normalen Zellen in Ruhe läßt. □



Briefe

Betr.: Bonn »Religiöser Rassismus«, Nr. 11/92.

Dr. Baeschlin wehrt sich gegen Meinungszensur, *kämpft gegen die Einwanderungslobby* und die Rassenmischungsfanatiker. Seine Beobachtungen und seine Kritik an den Hintergrundsmachenschaften sind ebenfalls angebracht. Aber dennoch begibt sich Herr Baeschlin auf sehr glattes Parkett, wenn er seine Sichtweise der Dinge so formuliert: »Rasse und Religion haben doch keinen inneren Zusammenhang.« und »Rasse als Begriff der Naturwissenschaft kann nicht in irgendeine Ecke der Geisteswissenschaften-Religion, Psychologie oder Ideologie – eingeschmuggelt werden. Versuche zur Vermischung von Unvereinbarem sind (...) hanebüchener Unsinn, ...«

Solch – entschuldigen Sie bitte – ignorante Weltsicht bei sonst vernünftiger Logik macht mich als Leser nicht nur ärgerlich, sondern sie bietet leider auch den Ansatzpunkt, um die übrige Argumentation auszuhebeln.

Die Grundaussage der oben genannten Zitate ist, daß es eine Trennung von körperlichen und nichtkörperlichen Vorgängen gibt, was mit einer Definition von Dr. Girtanner aus dem Jahr 1796 untermauert werden soll. Wenn man gutmütig wäre, könnte man sagen, daß der Autor unglückliche Formulierungen gefunden hätte. Daß er wohl meint, daß Warnung vor der religiösen Landnahme durch den Islam, nicht logischerweise die Aufstachelung zum Rassenhaß nach sich ziehe. Bei Dr. Baeschlin scheinen die Dinge jedoch anders zu liegen.

Helmut Schröcke stellte doch – kurz auf das Körper-Geist-Problem eingehend – in seinem Aufsatz »Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Volkes« Nr. 10/92 fest, daß die Gegensätzlichkeit Körper-Geist eine Erfindung des Christentums ist, zu dem sich, wie aus seinen Schriften ersichtlich, Herr Baeschlin bekennt.

Mag man der modernen Naturwissenschaft einiges vorwerfen, ein großes Verdienst ist jedoch ihre Beweisführung, daß der Komplex Körper-Geist nicht voneinander zu trennen ist. Darüber ist ausreichend zum Beispiel bei Eccles, Lorenz oder v. Ditfurth nachzulesen.

Im Folgenden möchte ich kurz auf die Ursache des »Denk-Fehlers« bei Herrn Baeschlin eingehen. Daß die Deutschen auch vor der blutigen Zwangschristianisierung einen Glauben – oder besser: eine eigene Religiosität hatten, darf als bekannt angenommen werden. Ebenso wie der krasse Gegensatz zwischen dieser »Ur-Religiosität« und dem fremden oktrojierten Glauben – der so gar nichts mit dem deutschen Empfinden und Denken, was in seiner Grundstruktur vererbt wird (!), zu tun hat –. Also medias in res: Der Psychiater Professor Kraeplin (1856 – 1926) hat den Begriff der Paranoia geprägt, was im Deutschen wohl am besten mit »Wahnglaube« übersetzt wird. Verkürzt ausgedrückt bedeutet Paranoia, daß mit Hilfe von Suggestion die Denk- und Urteilskraft in bestimmten Fragen gelähmt wird. Auf die Religion bezogen *heißt das: Ein zum christlichen Glauben* Erzogener wird in Glaubensfragen nicht frei urteilen können.

Warum? Die Suggestiv-Einprägung von Wahnvorstellungen (zum Beispiel christlicher Glaube) findet höchstwahrscheinlich im Molekularbereich in Nervenzellen des Vorder- und Stammhirns statt, was wiederum beweisen würde, daß Fühlen, Denken, Bewußtsein ein Teil des Körperlichen ist, was sich je nach Rasse eben unterscheidet. Es wird kaum jemand widersprechen können, daß sich das Seelenerleben eines Weißen von dem eines Schwarzen grundsätzlich unterscheidet. Aus diesem Seelenerleben geht aber nun mal auch das Religiöse hervor. Das bedeutet, daß die Anlage für eine bestimmte Ausprägung der Religiosität durch die Gene – damit vererbbar – gegeben ist.

Nach dem Psychiater William Hirsch sind sowohl Abraham, Isaac und Moses, als auch Paulus und Jesus – sollte es ihn je gegeben haben – ausgesprochene Paranoiker, die unter Wahnideen und Halluzinationen zu leiden hatten. Und diese Wahnideen sind im »Heiligen Buch« niedergeschrieben, welches bis heute den anfangs gesunden Kindern und Jugendlichen als etwas Besonderes, gar als »Offenbarung« vorgebetet wird. Wo man doch langsam weiß, daß es auch beim Menschen eine sensible Phase gibt, in der bestimmte Dinge fast irreversibel in das Verhaltensmuster eingraviert werden (siehe Dressur).

Schopenhauer stellt dazu resigniert fest: »Wenn die Welt erst ehrlich genug geworden sein wird, um Kindern vor dem 15. Jahre keinen Religionsunterricht zu erteilen, dann wird etwas von ihr zu hoffen sein.«

Die gefälschte Bibel – siehe Karlheinz Deschner – und die christliche Ethik, dieses janusköpfige Monstrum, das alle echte Religiosität – von den alten Ägyptern, Babyloniern bis zu den Indo-Germanen – wie ein Schwamm in sich aufgesogen hat, gehört auf den Müllhaufen der Geschichte oder allenfalls als aufschlußreiches Dokument ins Museum. Als Fazit bleibt festzuhalten, daß christliche Suggestiv-Behandlung leider den Ausfall der kritischen Vernunft im Bereich des Glaubens bedingt. Lichtenberg (1742 – 1799) bringt das unnachahmlich auf den Punkt: »Erst müssen wir glauben, dann glauben wir.«

Friedrich Düthorn, Erlangen

Betr.: Deutschland »Die verlorene Ehre des Oskar Lafontaine und anderer Deutscher«, Nr. 10/92.

Der Beitrag »Die verlorene Ehre des Oskar Lafontaine und anderer Deutscher« von Frank Falkenberg erfordert eine kurze Ergänzung.

Frank Falkenberg schreibt in seiner tiefschürfenden und demaskierenden Abhandlung über die Bonner am Schluß, wie Kohl (laut Zeitung »LeMonde«) Mitterrand anvertraut habe »... ich bin der letzte Kanzler, der sich der Wiedervereinigung (noch) entgegenstellt«.

Diese Aussage von Kohl ist eine solche Ungeheuerlichkeit, die es verdient, verdeutlicht zu werden.

Ist Kohl wirklich ein deutscher Politiker? Vertritt dieser Mann wirklich die Interessen des deutschen Volkes? Es ist eine überprüfbare Tatsache, daß Kohl nach einem Bericht der Pariser Zeitung »Le Monde« vom 20. Mai 1987 – der betreffende Artikel sprach von der »Gefahr« einer deutschen Wiedervereinigung auf der Grundlage deutscher Neutralität – dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand »mit einem gewissen Pessimismus« anvertraut hat: »Ich bin der letzte der Kanzler, der sich der Wiedervereinigung (noch) entgegenstellt.«

Es ist eine überprüfbare Tatsache, daß Kohl Deutschland mit dem Vehikel Maastricht unumkehrbar unter das europäische beziehungsweise einweltlerische Joch bringen will.

Die Frage: Vertritt Kohl die Interessen Deutschlands? ist beantwortet mit einem klaren Nein.

Gotthold Schick, Backnang

*

Im Vorfeld der demnächst erscheinenden sogenannten Elektronikschrott-Verordnung, die wegen der zu erwartenden Benachteiligung deutscher Hersteller gegenüber Importeuren und auch sonst stark umstritten ist, bietet jetzt eine Firma Peter Töpfer Planung und Beratung GmbH eine Studie zu dieser Verordnung für betroffene Firmen zum Preise von 59000 DM zuzüglich MwSt an. Bei dem Firmeninhaber handelt es sich um den Bruder unseres Umweltministers, der seine verwandtschaftlichen Beziehungen auch ganz ungeniert in seine Akquisitionsgespräche einfließen läßt. In der Firma sind übrigens noch mehrere Töpfers in leitender Funktion tätig.

Wen wundert es bei solch krassen Fällen von Nepotismus, daß unser Staat sich in solcher Verfassung befindet?

Dr. Helmut Fasbender, Bergisch Gladbach

*

Der »große« Politiker Willy Brandt wurde mit allen Ehren zu Grabe getragen. Wie konnte dieser Mann zu so viel Lob und Ehre in Deutschland kommen?

Brandt hatte im Mamorandum C Nr. 4072 am 2. September 1944 den USA die Abtretung der Ostgebiete und die Vertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten vorgeschlagen. Er erhielt für den Kniefall in Warschau den Nobelpreis. Vor den 300000 in Dresden durch Bomber-Harris umgebrachten Toten, hat er nicht ein Mal ein Knie gebeugt oder ein bedauerndes Wort gesagt.

Die Wiedervereinigung nannte er eine Lebenslüge. Die »fruchtlose Diskussion wie offen die deutsche Frage« sei, müsse beendet werden, forderte Brandt. Wer es gut mit dem deutschen Volk meine, müsse zu einem Verfechter der Anerkennung der DDR werden. Im Grundgesetz komme das Wort »Wiedervereinigung« nicht vor, sagte Brandt. Mit solchen Zitaten könnte man Seiten füllen.

Brandt war ein Meister der Zweizüngigkeit. Wenn er sagte: Eines Tages wird das Brandenburger Tor nicht an der Grenze stehen, mußte man rätseln, wie er es meinte. Wollte er Westberlin aufgeben? Das muß so angenommen werden, denn die endgültige Grenze an der Elbe hatte er für die Ewigkeit anerkannt.

Wenn jemand behauptet, Brandt war ein deutscher Patriot, der sollte bedenken, warum die SPD die ganze Auflage seines von ihm geschriebenen Buches »Verbrecher und andere Deutsche« aufgekauft hatte. Am 2. September 1944 sagte Brandt in Schweden: Er habe keinerlei nationale Gefühle oder Bindungen.

Beim Fall der Berliner Mauer zeigte Brandt »Charakter«. Er sagte: Es kommt zusammen was zusammen gehört. Er mußte noch erleben wie das DDR-Regime zusammenbrach und sein geliebtes Rußland zerfiel. Am 14. Januar 1990 forderte Brandt das Recht auf Irren. Ein guter Politiker darf sich nicht so viel irren. »Willy Brandt hat sich oft und gerne geirrt.«

SPD-Engholm sprach bei der Trauerfeier Brandts von Wahrheit. Was ich geschrieben habe, ist die Wahrheit! Wann werden sich Politiker und die deutschen Medien zur vollen Wahrheit durchringen?

Mir fallen die wahren Worte des verstorbenen Konrad Adenauers ein. Er sagte: Wenn mich das Ausland lobt, dann bin ich schlecht für das deutsche Volk.

Fritz Kühl, Buxtehude

Die umfassende Dokumentation über Hintergründe zur Geschichte von Krieg und Revolutionen. Die Autoren haben sich eingehend mit dem internationalistischen Netzwerk beschäftigt, das die Welt regiert.

DER NAMENLOSE KRIEG

Ekkehard Franke-Gricksch (Hrsg.) **Diagnosen**

Archibald Maule Ramsay »Der namenlose Krieg«
Adolf Rossberg »Der Orden des Herrn Weishaupt«
Karl Heise »Okkultes Logentum«
Leon de Poncins »Hinter den Kulissen der Revolution«
Konrad Lerich »Der Tempel der Freimaurer«
Im Anhang: Die Konstitution »Alter und Angenommener Schottischer Ritus«

»Der namenlose Krieg«,
448 Seiten mit
84 Abbildungen
DM/Sfr 36,–
ISBN 3-923864-04-3
Verlag Diagnosen
D-7250 Leonberg
Zu beziehen über
den Buchhandel

<u>Verlagsauslieferung:</u>
SPS-Verlagsservice
GmbH · D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06 - 0
Telex 862 662
Telefax 02 61/8 07 06 54

Ein Volk nach dem anderen wird vom Moloch "Neue Weltordnung" geschluckt. Über das Geld soll das politische Ziel einer Weltregierung geschaffen werden. Die Gruppe, die die "Neuerschaffung der Welt" will, versteckt sich hinter vielen Namen. Das Nachschlagewerk informiert über die Arbeit, die Pläne und die Ziele der Internationalisten.

Peter Blackwood

DAS ABC DER INSIDER



Diagnosen

Peter Blackwood:
"Das ABC der Insider"
537 Seiten mit vielen Abbildungen.
DM/Sfr 40,-
ISBN 3-923864-05-1
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg.
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz,
Telefon: 02 61/8 07 06-0,
Telefax: 02 61/8 07 06 54
Zu beziehen über den Buchhandel.